56. Sitzung

am Donnerstag, dem 14. Oktober 2010, 09.00 Uhr, in München

Abs übe die
nic Bes
Um Bay Unt Bes
Mit
neu zur tigu
Drii Geo und Tob Jörg Aus che
E D A
D S Bes

Geschäftliches......4706

Abstimmung über Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. a. Anlage 1)
Beschluss4750
Umbesetzung im Untersuchungsausschuss BayernLB / HGAA - Bestellung gem. Art. 4 Abs. 1 UntersuchG Beschluss
Mitteilung betr. neues ordentliches Mitglied und neues stellvertretendes Mitglied der Kommission zur parlamentarischen Begleitung der Krisenbewältigung bei der BayernLB
Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Erwin Huber, Renate Dodell u. a. und Fraktion (CSU), Tobias Thalhammer, Dr. Franz Xaver Kirschner, Jörg Rohde u. a. und Fraktion (FDP) Ausbau und Elektrifizierung der Strecke Mün- chen - Mühldorf - Freilassing (Drs. 16/5910)
Erwin Huber (CSU)
Beschluss

Dr. Franz Xaver Kirschner (FDP)......4747

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Isabell Zacharias, Franz Maget u. a. und Fraktion (SPD)

Integration statt Ausgrenzung - gesellschaftlicher Zusammenhalt statt Stimmungsmache gegen Zuwanderer (Drs. 16/5911)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Thomas Mütze, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Kein Zündeln am rechten Rand - für eine verantwortungsbewusste Integrations- und Zuwanderungspolitik (Drs. 16/5917)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Prof. (Univ Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion (FW) Einwanderung und Integration nicht zu partei-

politischen Zwecken missbrauchen

(Drs. 16/5923)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Renate Dodell, Karl Freller u. a. und Fraktion (CSU),

Thomas Hacker, Prof. Dr. Georg Barfuß, Brigitte Meyer u. a. und Fraktion (FDP)

Integration auf der Grundlage der Werteordnung des Grundgesetzes (Drs. 16/5925)

Markus Rinderspacher (SPD)
Hubert Aiwanger (FW) 4763 4765 4768
Dr. Otto Bertermann (FDP)4765
Brigitte Meyer (FDP) 4765 4767
Dr. Hans Jürgen Fahn (FW)4767
Dr. Franz Xaver Kirschner (FDP)4767
Staatsminister Joachim Herrmann. 4768 4769 4771
4772
Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP)4769
Christine Kamm (GRÜNE)4771
Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter
Bauer (FW)4772
Beschluss zum SPD-Dringlichkeitsantrag 16/5911 4773
Beschluss zum GRÜNEN-Dringlichkeitsantrag 16/5917 4773
Beschluss zum FW-Dringlichkeitsantrag 16/5923 4773
Beschluss zum CSU/FDP-Dringlichkeitsantrag 16/5925 4773

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FW)

Zu den geplanten Stellenverlagerungen der Deutschen Telekom AG (Drs. 16/5912)

Jutta Widmann (FW)	4773 4774 4775
Klaus Stöttner (CSU)	4774 4776
Annette Karl (SPD)	4776
Maria Scharfenberg (GRÜNE)	4776 4778
Dr. Franz Xaver Kirschner (FDP)	4777
Staatsminister Martin Zeil	4778
Dr. Hans Jürgen Fahn (FW)	4779
Tobias Thalhammer (FDP)	4779
Beschluss	4779

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Thomas Mütze, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Karten auf den Tisch, Frau Staatsministerin Haderthauer: Konzept für die Erstaufnahme von Flüchtlingen in Bayern vorlegen (Drs. 16/5913)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Dr. Hans Jürgen Fahn u. a. und Fraktion (FW)

Erarbeitung eines Gesamtkonzepts und Entschärfung der aktuellen Flüchtlingssituation durch flexible Lösungen (Drs. 16/5924)

Staatsministerin Christine Haderthauer 4780 4782 4793
Claudia Stamm (GRÜNE)4781
Renate Ackermann (GRÜNE) 4782 4792
Dr. Hans Jürgen Fahn (FW) 4783 4791
Angelika Weikert (SPD)4785
Christine Kamm (GRÜNE) 4785 4790 4791
Bernhard Seidenath (CSU)4788 4790
Brigitte Meyer (FDP)4790 4791
Namentliche Abstimmung zum GRÜNEN-Dringlichkeitsantrag 16/5913 4795
Namentliche Abstimmung zum FW-Dringlichkeitsantrag 16/5924
Ergebnis der namentlichen Abstimmung 16/5913 (s. a. Anlage 2)
Ergebnis der namentlichen Abstimmung 16/5924 (s. a. Anlage 3)

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Renate Dodell, Georg Winter u. a. und Fraktion (CSU),	Verweisung in den Umweltausschuss 4795
Karsten Klein, Dr. Franz Xaver Kirschner, Prof. Dr. Georg Barfuß u. a. und Fraktion (FDP) Keine EU-Steuer (Drs. 16/5914) Verweisung in den Bundes- und Europaangelegenheitenausschuss 4795	Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Thomas Mütze, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Hochschulausbau nachhaltig finanzieren (Drs. 16/5920)
	Verweisung in den Haushaltsausschuss 4795
Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Angelika Weikert, Christa Steiger u. a. und Fraktion (SPD) Bayern, aber gerechter: Sozialgipfel zur Umsetzung der Neuregelung des SGB II (Drs. 16/5915) Verweisung in den Sozialausschuss	Gesetzentwurf der Staatsregierung über den Schutz der Natur, die Pflege der Landschaft und die Erholung in der freien Na- tur (Bayerisches Naturschutzgesetz - Bay- NatSchG) (Drs. 16/5872) - Erste Lesung -
Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Günther Felbinger u. a. und Fraktion (FW)	Verweisung in den Umweltausschuss
Keine Erhöhung der Gebühren zum Waffen- recht (Drs. 16/5916) Verweisung in den Innenausschuss	über Gewährleistungen im Zusammenhang mit der Bewerbung und der Austragung der XXIII. Olympischen und der XII. Paralympischen Win- terspiele 2018 (Olympiagesetz - OlympiaG) (Drs. 16/5873)
Keine Erhöhung der Gebühren zum Waffenrecht (Drs. 16/5916) Verweisung in den Innenausschuss	über Gewährleistungen im Zusammenhang mit der Bewerbung und der Austragung der XXIII. Olympischen und der XII. Paralympischen Winterspiele 2018 (Olympiagesetz - OlympiaG) (Drs. 16/5873) - Erste Lesung - Staatsminister Siegfried Schneider
Keine Erhöhung der Gebühren zum Waffenrecht (Drs. 16/5916) Verweisung in den Innenausschuss	über Gewährleistungen im Zusammenhang mit der Bewerbung und der Austragung der XXIII. Olympischen und der XII. Paralympischen Winterspiele 2018 (Olympiagesetz - OlympiaG) (Drs. 16/5873) - Erste Lesung - Staatsminister Siegfried Schneider
Keine Erhöhung der Gebühren zum Waffenrecht (Drs. 16/5916) Verweisung in den Innenausschuss	über Gewährleistungen im Zusammenhang mit der Bewerbung und der Austragung der XXIII. Olympischen und der XII. Paralympischen Winterspiele 2018 (Olympiagesetz - OlympiaG) (Drs. 16/5873) - Erste Lesung - Staatsminister Siegfried Schneider

(Beginn: 9.03 Uhr)

Präsidentin Barbara Stamm: Kolleginnen und Kollegen! Ich bitte, die Plätze einzunehmen, damit wir mit der Sitzung beginnen können. Ich begrüße ganz besonders mit einem schönen "Guten Morgen" die Kolleginnen und Kollegen, die im Saal anwesend sind,

(Heiterkeit - Allgemeiner Beifall)

und hoffe und wünsche, dass die anderen bald hinzukommen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 56. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Sie ist, wie immer, vorweg erteilt worden.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, darf ich noch zwei Glückwünsche aussprechen.

Man hat auch als Präsidentin des Bayerischen Landtags immer wieder einmal eine Premiere. Ich habe heute eine: Ich darf nämlich Claudia Stamm zum runden Geburtstag gratulieren.

(Heiterkeit)

Die Kolleginnen und Kollegen des Hohen Hauses gratulieren herzlich und wünschen alles Gute.

(Allgemeiner Beifall)

weiterhin viel Freude bei der Arbeit, vor allen Dingen auch Gesundheit.

(Christa Naaß (SPD): Und der Mutter auch!)

- Danke schön, vielen Dank.

Dann darf ich noch Herrn Kollegen Bachhuber gratulieren; er hatte einen halbrunden Geburtstag. Herzlichen Glückwunsch, lieber Kollege! Alles Gute, Gesundheit.

(Allgemeiner Beifall)

Ich rufe <u>Tagesordnungspunkt 1</u> auf:

Ministerbefragung gem. § 73 GeschO auf Vorschlag der SPD-Fraktion "Mehr Studierende und weniger Geld - das Streichkonzert an den Hochschulen gefährdet Bayerns Zukunft"

Die vorschlagsberechtigte SPD-Fraktion hat als Thema für die heutige Ministerbefragung benannt: "Mehr Studierende und weniger Geld - das Streichkonzert an den Hochschulen gefährdet Bayerns Zukunft". Für die Beantwortung ist der Staatsminister für Wissenschaft, Forschung und Kunst zuständig. Ich darf Sie, Herr Staatsminister, ans Redepult bitten und Frau Kollegin Zacharias, für die SPD-Fraktion die erste Frage zu stellen. Bitte schön, Frau Kollegin.

Isabell Zacharias (SPD): Herr Minister Heubisch! Bildung hat oberste Priorität, an Bildung und Forschung wird nicht gespart - ein Mantra, das Sie und der Herr Ministerpräsident Seehofer, in den letzten Tagen, Wochen und Monaten hinsichtlich des vermeintlich ausgeglichenen Doppelhaushalts 2011/2012 stets singen.

Im Mai dieses Jahres werden Sie in der "Augsburger Allgemeinen" zitiert mit dem Satz: "Ich werde persönlich alles daransetzen, dass keine Studienbewerberin, kein Studienbewerber vor der Tür stehen bleiben muss." Ist es richtig, dass den Hochschulen im kommenden Jahr Einsparungen in Höhe von 2 Millionen Euro und mehr drohen?

Herr Minister, im August auch dieses Jahres, nicht lange her, werden Sie in der "Passauer Neuen Presse" mit dem Satz zitiert: "Wir haben die Hochschulen kräftig ausgebaut und mieten zusätzliche Räume an, machen uns personell fit. Das kostet viel Geld. Das muss der Freistaat jetzt in die Hand nehmen, nicht erst in ein paar Jahren."

Aha! - Die Uni-Chefs kündigen massive Auswirkungen Ihres Streichkonzerts auf Forschung, Lehre und Studium an. Beispiel Uni Bayreuth: Der Präsident setzt auf seine Sparliste folgende Angelegenheiten: Maßnahmen zur Verbesserung von Lehre und Forschung; Frauenförderung; familienfreundliche Maßnahmen; Kosten der Universitätsbibliothek - alles Maßnahmen, die in den letzten Jahren mühsam aufgebaut wurden. Sie werden von Ihnen mit einem Federstrich wegrasiert. Welche Konsequenzen haben diese Kürzungen für die Studierenden und den doppelten Jahrgang 2011?

Der Personalstopp, die Sparmaßnahmen - ist das die Antwort auf die Proteste vor einem Jahr und den doppelten Abiturjahrgang, Herr Minister? Und können Sie sich überhaupt vorstellen, wie sich Eltern und Schüler und Schüler und Schülerinnen vorkommen, wie sie sich fühlen, nachdem ihnen in zig Veranstaltungen erzählt worden ist, wie wunderbar, wie rosig alles ist im Hinblick auf den doppelten Abiturjahrgang 2011?

Herr Minister Heubisch, Sie haben noch im Juni dieses Jahres gesagt, Sie werden dafür kämpfen. Kämpfen? Also: Kämpfen heißt: Torero, ran an die Maschine!

(Heiterkeit bei der SPD und den GRÜNEN - Zurufe)

Kämpfen heißt kämpfen - das geht alles von meiner Zeit ab.

Präsidentin Barbara Stamm: Es wird vielleicht zu blutig, Frau Kollegin.

(Allgemeine Heiterkeit - Zurufe)

Isabell Zacharias (SPD): Sie haben noch im Juni dieses Jahres - das ist überhaupt nicht witzig - gesagt, dass Sie versuchen, die zusätzlichen 10.000 Studienplätze zu realisieren, dass Sie dafür kämpfen werden. Geben Sie mir recht, wenn ich sage, dass Sie diesen Kampf eindeutig verloren haben?

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Dann gibt es noch andere wilde Versprechungen Ihrerseits: 150 Millionen Euro als Kofinanzierung zur Uni-Maut, mehr Geld für die Studierenden-/Studentenwerke - da bin ich sehr gespannt -, und eine Qualitätsoffensive in der Lehre. Da haben Sie auch den Kürzeren gezogen.

Wie wirkt sich die kommende Sparwelle auf die Bewerbungen der bayerischen Hochschulen zur laufenden Exzellenzinitiative aus?

Bevor Sie jetzt erst einmal antworten, schon einmal die erste letzte Frage - so schnell kommen Sie mir nicht davon -: Wie will das Ministerium dem Sparzwang begegnen? Wird die Einführung neuer und erhöhter Studiengebühren erwogen? Werden die neuen Haushaltslöcher erneut und wieder mit Gebühren gestopft?

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister, bitte.

Staatsminister Dr. Wolfgang Heubisch (Wissenschaftsministerium): Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Kollegin Zacharias, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ja, es ist in der Tat ein sehr ernstes Thema. Da darf man nicht drum herumreden. So verstehe ich auch Ihren Hinweis: Man sollte dem in der Tat mit allem Ernst begegnen. Natürlich ist die Zukunftsfähigkeit unserer Hochschulen eines der herausragendsten Kennzeichen dieses Freistaates.

(Zuruf des Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD))

- Verehrter Herr Pfaffmann, jetzt lassen Sie mich doch einmal zwei Minuten ohne Unterbrechung reden.

Oder können Sie es nicht mehr erwarten, dass Sie mir Ihre qualifizierten Fragen stellen? Halten Sie ein bisschen an sich. Dann werden wir es gemeinsam schaffen

Ich sage deutlich, dass die Ausbauplanung 2011/12 nicht gefährdet ist. Da habe ich natürlich großes Verständnis, dass Sie nachfragen, welche Sofortmaßnahmen getroffen werden. Ich bitte Sie, da genau zuzuhören, was wir gemacht haben. Wir wollten im letzten Quartal eine Bestandsaufnahme für dieses Jahr erstellen. Mehr ist nicht beschlossen worden. Über den nächsten Haushalt ist weder entschieden noch diskutiert worden. Sie wissen genau, wie der Fahrplan der Regierung läuft. Wir warten die Steuerschätzung Anfang November ab. Dann wird ein Koalitionsausschuss eingesetzt und es wird eine Kabinettsklausur geben. Da wird über die Zukunft gesprochen.

Ich hätte mir die Herausforderung des doppelten Abiturjahrgangs natürlich auch nicht gewünscht; gleichzeitig ist die große Wirtschaftskrise eingetreten. Das hat bei den Ländern und Kommunen den Effekt, dass nicht sofort wieder gute Verhältnisse entstehen. Wir haben, wie Sie heute schon vernehmen konnten, ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 3,5 %. Gewiss wirkt sich das aus, jedoch noch nicht in den Jahren 2010/11.

Hier liegt also ein Problem, das wir lösen müssen. Ich bin froh, dass die bayerische wie auch die deutsche Wirtschaft im Aufschwung sind. Dadurch erhalten wir auch die notwendigen Steuereinnahmen, um die Probleme zu lösen.

Die Maßnahmen, die wir zurzeit durchführen, sind nicht alles. Bei unseren Hochschulen geht es um 1,6 Milliarden Euro. Dem steht ein Einsparvolumen von 10 Millionen Euro gegenüber; bei den angewandten Wissenschaften sind es 2 Millionen Euro. Meine Damen und Herren, da muss man vernünftigerweise die Relationen bedenken und darf das eine nicht mit dem anderen zusammenbringen.

Was ich gesagt habe, bedeutet noch lange nicht, dass wir die nächsten Generationen vergessen. Vielmehr versuchen wir zweierlei - das ist ein besonderes Thema -, nämlich unseren Haushalt zu konsolidieren und ihn letztlich in irgendeiner Form schuldenfrei zu machen. Ob uns das gelingt, werden wir sehen. Über diese Dinge diskutieren wir sehr intensiv.

Vor allem machen wir hier im Freistaat nicht eine Politik, wie sie jetzt in Nordrhein-Westfalen angesagt ist. Das ist nicht unsere Politik. Da wird mit 9 Milliarden Euro umgegangen wie mit links. Welche Folgen das hat, ist denen völlig egal. Hauptsache, es werden Schulden gemacht, und zwar zulasten der zukünftigen

Generationen. So etwas ist unsolide. Wir dagegen versuchen, etwas Ordentliches zustande zu bringen.

(Zuruf des Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD))

- Herr Pfaffmann, ich habe Sie leider nicht verstanden.

(Anhaltende Zurufe von der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Ich bitte um etwas Ruhe. Wir sollten den Herrn Staatsminister seine Ausführungen zu Ende bringen lassen. Danach können Fragen gestellt werden.

Staatsminister Dr. Wolfgang Heubisch (Wissenschaftsministerium): Frau Präsidentin, ich bin froh, dass dieses Thema auch Emotionen hervorruft. Es wäre eine wahre Niederlage, wenn wir darüber hier emotionslos diskutierten. Die Emotionen sind in Ordnung. Ich habe damit kein Problem.

Zur Zukunftsfähigkeit eines Landes gehört in gleicher Weise, den jungen Leuten eine qualitativ hochwertige Ausbildung zu ermöglichen. Wir wollen doch den Akademikeranteil - insofern stimmt alles, was Sie von mir zitiert haben - erhöhen, um den Bedürfnissen draußen gerecht zu werden. Es sind zum großen Teil Bedürfnisse der Wirtschaft. Ich meine damit aber auch Arbeitgeber, die nicht direkt zur Wirtschaft gehören. Daher sage ich immer wieder: Wir dürfen bei den Geisteswissenschaften nicht sparen. Nur wenn wir dies beachten, können wir uns weiterentwickeln.

Die Ausbauplanung zur Bewältigung der infolge des doppelten Abiturjahrgangs stark angestiegenen Studentenzahlen nimmt an Bedeutung zu.

Ziel ist die Haushaltskonsolidierung *und* die Vornahme von Zukunftsinvestitionen.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Ich möchte, dass Sie jetzt einmal eine Frage beantworten!)

- Herr Pfaffmann, ich soll doch zum Thema reden. Es geht darum, die größere Studentenzahl mit weniger Geld zu verkraften. Es wird gesagt: Das Streichkonzert an den Hochschulen gefährde die Zukunft Bayerns. Das ist das Thema, das hier eingebracht wurde. Dazu rede ich.

(Zuruf von der SPD: Wir haben eine Fragestunde!)

Beiträge zur Haushaltskonsolidierung müssen von allen Ministerien geleistet werden. Ich werde natürlich auch in meinem Ministerium nach Einsparpotenzialen suchen.

Ich stimme Ihnen ausdrücklich zu - ich habe es schon ausgeführt -, wenn Sie feststellen, dass auch unsere Hochschulen Sofortmaßnahmen getroffen haben. Ich habe die Zahl genannt. Allerdings wird deren Sondersituation durch eine bevorzugte Behandlung bei der Festlegung neuer Sperren berücksichtigt.

Die Zusatzsperre für die sächlichen Ausgaben bei den Universitäten und Fachhochschulen beträgt nur 5 %. Alle anderen staatlichen Einrichtungen wurden mit einer Zusatzsperre von 10 % belastet.

Ähnlich verhält es sich bei den Stellensperrungen, die generell von drei Monaten auf zwölf Monate verlängert wurden. Bei den Hochschulen beträgt diese Verlängerung nur vier Monate bzw. sechs Monate bei den großen Hochschulen. Beim wissenschaftlichen Personal, das befristet in Lehre und Forschung beschäftigt ist, blieb es bei der bevorzugten Verkürzung der Wiederbesetzungssperre von eineindrittel Monaten. Die Universitätskliniken sind nach wie vor von einer Wiederbesetzungssperre befreit.

Natürlich belastet diese bevorzugte Sperrenerweiterung unsere Hochschulen. Sie erscheint jedoch als Beitrag zur Haushaltskonsolidierung gerade noch vertretbar und ist für diesen knappen Zeitraum bis Jahresende beschlossen; dabei habe ich zur Steuerschätzung und bezüglich Verhandlungen einiges ausgeführt. Die Handlungsfähigkeit der bayerischen Hochschulen wird durch dies alles nicht gefährdet.

Ähnlich verhält es sich - danach haben Sie gefragt, Frau Zacharias - mit dem vorübergehenden Planungs- und Baustopp. Das ist eines der Themen gewesen, die Sie angeführt haben. Diese Regelung besteht nur bis zur Entscheidung der Staatsregierung über den Doppelhaushalt 2011/12. Die kurzfristige Verzögerung von sechs bis acht Wochen im Bauverlauf erscheint trotz der schwierigen Situation vertretbar.

Unterscheiden Sie also bitte zwischen den Maßnahmen, die jetzt beschlossen wurden, und denen, die den Haushalt 2011/12 betreffen. Hierzu ist in keiner Weise irgendeine Entscheidung gefallen. Das habe ich schon zweimal ausgeführt.

Was ich gesagt habe, gilt insbesondere für die Ausbauplanung zur Bewältigung der hohen Studierendenzahlen anlässlich des doppelten Abiturjahrgangs. Das Ausbauprogramm ist hier in keiner Weise tangiert.

Wir werden selbstverständlich prüfen - auch das habe ich eben gesagt -, ob an anderen Stellen Möglichkeiten oder Spielräume zu Kürzungen außerhalb des Personalbereichs an den Hochschulen bestehen. In meinem Haus wird das geprüft. Sie können sicher

sein: Jeder Kürzungsvorschlag wird daraufhin untersucht, ob seine Verwirklichung die Funktions- und Arbeitsfähigkeit der Hochschulen gefährden könnte.

Jetzt möchte ich einmal einen bundesrepublikanischen Vergleich anstellen. Vor Kurzem ging es um die Ausstattung der Hochschulen.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Das ist ein gutes Beispiel!)

Die ersten fünf waren aus den neuen Bundesländern. Ja, Frau Gote, wunderbar. Das gebe ich auch gerne zu. Warum denn? Es gibt zwei Gründe dafür.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Warum?)

Nach der Wende wurden die Universitäten im Osten optimal ausgebaut. Das ist wunderbar, das ist richtig.

(Zuruf der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE) -Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Und Stoiber hat sie kaputt gespart!)

- Moment: Und zweitens haben wir eine dramatische demografische Entwicklung im Osten. Die haben gar nicht mehr die Studenten. Dass dann natürlich die Ausstattung - relativ gesehen - besser ist, ist doch für jeden nachvollziehbar. Es ist sogar soweit gegangen - ich nehme an, die Spezialisten unter Ihnen wissen das, - -

(Zuruf des Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD))

- Entschuldigung, ich bin jetzt in Deutschland, Herr Pfaffmann. Ich nehme an, dass wir jetzt über Deutschland und speziell über Bayern sprechen. Lassen Sie mich darum noch sagen, dass wir in dem harten NC-Fach Medizin aufgrund der demografischen Entwicklung im Osten eigentlich 2.500 Plätze hätten abbauen müssen und dass wir in einem Zusammenwirken aller Bundesländer und der Bundesregierung auch diese 2.500 Plätze erhalten. Und dann, Frau Gote, wenn man diese Sondersituation herausnimmt, kommen Baden-Württemberg und dann Bayern, und dann kommen alle anderen Bundesländer. Also sind die Ausstattung und der Ausbau der Hochschulen in Bayern mit am besten, Herr Pfaffmann.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Exzellent! - Ulrike Gote (GRÜNE): Wir sind ein Volk, Herr Heubisch, ein Volk!)

- Was heißt das?

(Ulrike Gote (GRÜNE): Nicht West-/Ostdeutschland! "Wir sind die Besten im Westen", was soll das heißen?)

- Das habe ich nicht einmal gesagt. Baden-Württemberg ist vor uns. Aber nicht einmal das habe ich gesagt, Frau Gote.

Damit wir auch da einmal zur Sache reden: Warum studieren überproportional mehr Studierende in Bayern? Weil wir bei den Studienanfängern ein Zuwanderungsland sind.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Warum passiert denn das?

(Ulrike Gote (GRÜNE): Das wissen Sie! Wir haben jahrelang exportiert!)

- Wir haben ein Plus - -

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Kollegin Gote, ich bitte Sie jetzt. Sie kommen nachher zu Wort. Es muss schon möglich sein, dass zumindest der Herr Staatsminister hier noch einen Satz zu Ende sagen kann.

(Zuruf des Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD))

- Ja, gut, das kann ich ihm nicht vorschreiben. Das wissen Sie genau, Herr Kollege Pfaffmann.

Staatsminister Dr. Wolfgang Heubisch (Wissenschaftsministerium): Insgesamt werden wir bei der Haushaltskonsolidierung und bei den Investitionen in der Zukunft das richtige Maß finden. Ich habe auch ausgeführt, dass die wirtschaftliche Erholung weiter voranschreitet; dann werden auch die Steuereinnahmen wieder entsprechend kommen.

Frau Zacharias, ich werde mich natürlich weiterhin persönlich dafür einsetzen, dass das nach vorne geht und in die Haushaltsverhandlungen eingebracht wird.

(Beifall bei der FDP)

Das wird schwer genug; natürlich wird das schwer. Da gibt es gar keinen Zweifel.

Was die 150 Millionen betrifft, die ich eingebracht habe, haben wir im Bund diesen Pakt der Lehre beschlossen. Und genau das ist der Grundstock. Dann werden wir mal sehen, wann das ins Laufen kommt.

(Zuruf der Abgeordneten Isabell Zacharias (SPD))

- Frau Zacharias, Sie wissen doch selbst am besten, dass Sie solche Programme nicht innerhalb eines Jahres oder zweier Jahre 1:1 umsetzen können. Das ist ein mittelfristiges Projekt zur Stärkung der bayerischen Hochschulen. Wir wissen, dass die Studierendenzahlen hoch bleiben werden, und zwar nicht nur im nächsten oder übernächsten Jahr. Wir wissen auch, dass Bayern in Zukunft ein Zuzugsland sein wird, sodass wir weiterhin auch den Zuzug der Studierenden haben werden, und das sind die Herausforderungen. Da werde ich auch mit mittel- und langfristigen Maßnahmen entsprechend finanzieren.

(Beifall bei der FDP)

Ich kann Ihnen eines versichern: Dass die Exzellenzinitiative davon nicht betroffen ist.

(Zuruf der Abgeordneten Isabell Zacharias (SPD))

- Liebe Frau Zacharias, haben Sie denn schon mit den Hochschulen gesprochen?

(Isabell Zacharias (SPD): Das habe ich!)

- Dann wissen Sie auch, dass das alles schon längst auf den Weg gebracht worden ist. Und an dem zur Gesamtinvestition des Staates - unabhängig von Drittmitteln in Höhe von 1,6 Milliarden - vergleichsweise geringen Betrag, muss ich sagen, scheitert es bestimmt nicht. Eines kann ich Ihnen auch sagen: An eine Erhöhung von Studienbeiträgen wird niemand denken - ich jedenfalls definitiv nicht.

(Beifall bei der FDP)

Ich glaube, ich habe jetzt das erste Fragenbündel beantwortet. Frau Zacharias wird jetzt weiterfragen.

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Kollegin Zacharias: Die Nachfrage für die SPD-Fraktion, bitte.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Können Sie die Frage wiederholen?)

Isabell Zacharias (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, am liebsten hätte ich die Fragen mit einem Beamer an die Wand geworfen, damit ich wenigstens eine davon ordentlich beantwortet bekommen hätte.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Die hätte aber dann der Herr Staatsminister nicht gesehen.

Isabell Zacharias (SPD): Dann hätte er sich umdrehen können.

Herr Minister Heubisch, ich muss Ihnen sagen, dass Sie nicht ordentlich antworten, war mir klar. Dass Sie in Ihrem Skript nicht alle meine Fragen haben, war mir auch klar. Aber dass Sie so schwach sind und bei den Antworten so herumlavieren, finde ich echt bemerkenswert.

(Beifall bei der SPD - Unruhe)

Ich habe aber noch ein paar Fragen in meinem Köcher, die schieße ich jetzt los. Ich hoffe, dass Sie hier ernsthaft und aufrichtig antworten können: Inwieweit hält der Staat - und halten damit auch Sie - seine Verpflichtungen aus dem Innovationsbündnis 2013 ein? Denn dieses Bündnis ist 2008 mit den Hochschulen und Universitäten zur Sicherung der Leistungsfähigkeit der Hochschulen, aber auch hinsichtlich des doppelten Jahrgangs 2011 und der folgenden Jahre abgeschlossen worden. Die Hochschulen haben ihren Job erledigt und Studienplätze geschaffen. Sie waren für die Planungssicherheit zuständig. Können Sie die immer noch sichern?

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Ja oder Nein?)

- Ja oder Nein? Genau das ist es. Vielleicht konkret, das ist vielleicht einfacher als eine komplizierte Fragestellung.

Welche Auswirkungen hat ein Scheitern des Innovationsbündnisses für den doppelten Abiturjahrgang 2011? Herr Minister, ich gehe davon aus, dass der Freistaat auch die Zielvereinbarung mit den Hochschulen brechen wird. Wie wollen Sie die Planungssicherheit für die Jahre 2011 und folgende sichern?

Herr Minister, Sie sind echt ein feiner Kerl.

(Heiterkeit - Beifall bei der SPD)

Ich merke nur an: Auch wenn Sie ein netter Kerl sind, Sie sind Ihren Aufgaben nicht gewachsen. Alle Ihre Versprechungen konnten Sie nicht einhalten. Sie sind mit Ihrem Job deutlich überfordert. Was darf ich da erwarten?

(Thomas Hacker (FDP): War das jetzt eine Frage?)

Staatsminister Dr. Wolfgang Heubisch (Wissenschaftsministerium): Frau Zacharias, super; ich bedanke mich für dieses Kompliment, dass ich wenigstens ein netter Kerl bin. Wissen Sie, ich habe die Pressemeldung der SPD zur Nachfolge des Generalmusikdirektors in München mit großem Interesse gelesen. Dann habe ich mir gedacht, schau an, schau an, Frau Zacharias. Der Herr Fraktionsvorsitzende musste das leisten, und Sie durften dann irgendwo am Eck zum Schluss auch etwas sagen.

(Harald Güller (SPD): Na, na, na!)

So viel nur zur Verteilung und zum Standing.

Wissen Sie, ich glaube, da können wir uns dann beide die Hand geben. Das ist halt politisches Geschäft.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Zurufe von der SPD)

Jetzt ist wenigstens Leben in der Bude.

Sehr geehrte Damen und Herren auf der Besuchertribüne, ich finde es auch richtig, dass Sie einmal mitbekommen, dass es im Parlament nicht immer nur langweilig zugeht, sondern dass man sich auch emotional austauscht und uns hier natürlich die Zukunft beschäftigt. In dieser Art und Weise begrüße ich das außerordentlich.

Frau Zacharias, das Innovationsbündnis wird vonseiten des Freistaats eingehalten werden. In der Ausbauplanung sind wir. Ich habe mit allen Hochschulen Zielvereinbarungen getroffen. Wir sind bei allen Hochschulen weiter, als die Hochschulen sein müssen. Diese Ausbauplanung - 38.000 Studienplätze, 3.000 Personalstellen - läuft ganz genau. Sie können sich bei den Hochschulen erkundigen. Das sollten Sie machen. Dann werden Sie sehen, dass das Ganze konsequent ausgebaut wird. Das ist die klare Antwort auf die Frage nach dem Innovationsbündnis. Natürlich weiß ich, weiß die Staatsregierung, welchen Vertrag sie unterschrieben hat: Das war der Ministerpräsident, das war der Wissenschaftsminister und das war der Finanzminister

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Was folgt daraus: Dass Sie das wissen?)

- Daraus folgt, dass wir dort konsequent weiterarbeiten und den Vertrag erfüllen. Das heißt es, nicht mehr und nicht weniger. Das waren die Zielvereinbarungen. Ich glaube, jetzt habe ich die Fragen zum Innovationsbündnis, zur Ausbauplanung und zur Zielvereinbarung beantwortet.

(Zurufe der Abgeordneten Thomas Kreuzer (CSU) und Karl Freller (CSU))

Präsidentin Barbara Stamm: Ich bitte, dass wir jetzt wirklich die Zwiegespräche beenden und in der Debatte ordentlich fortfahren. Das läuft sonst aus dem Ruder.

Ich rufe jetzt für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/ DIE GRÜNEN Frau Kollegin Gote auf. Bitte schön, Frau Kollegin.

Ulrike Gote (GRÜNE): Herr Minister Heubisch, wir haben heute den 14. Oktober. Ich rede jetzt nur über die nächsten zehn Wochen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Sie haben am 28. September die Sofortmaßnahmen für den Haushaltsvollzug 2010 beschlossen. Ich stelle Ihnen jetzt die ganz konkrete und einfache Frage: Haben Sie da auch mitgestimmt? Haben Sie diesen Sparmaßnahmen zugestimmt, die auch die Hochschulen betreffen?

Weil eben unterschiedliche Zahlen im Raum standen, sage ich Ihnen noch einmal, was wirklich an den Hochschulen gespart werden muss. Ich habe diese Auskünfte aus Ihrem Haus, nicht aus der Zeitung und ich habe sie mir auch nicht ausgedacht. Es sind insgesamt gut 13 Millionen Euro,

(Staatsminister Dr. Wolfgang Heubisch: Die habe ich genannt!)

und zwar nur die laufenden Verwaltungskosten. Da sind die Baumaßnahmen noch nicht dabei. Diese 13 Millionen Euro sollen in den nächsten zehn Wochen eingespart werden. In zehn Wochen, also noch vor Weihnachten soll der G-9-Jahrgang an die Hochschulen kommen, um sich mit einem vorläufigen Zeugnis zu bewerben.

Wir haben keine Zeit zu verlieren. Die Studierenden stehen praktisch schon vor den Toren der Hochschule. In dieser Situation sagen Sie: Die Universitäten sollen 10,5 Millionen Euro sparen, die Hochschulen für angewandte Wissenschaften sollen 2,5 Millionen Euro sparen, und hinzu kommt noch der Baustopp, auf den ich in einer späteren Frage noch eingehen werde.

Ich möchte von Ihnen jetzt wissen: Waren Ihnen diese konkreten Zahlen am 28. September bewusst? Haben Sie da zugestimmt? Wie stellen Sie sich vor, dass das im Haushaltsvollzug einer Universität geschehen soll? Sollen die jetzt, wenn es kalt wird, die Heizung nicht andrehen oder was sollen sie konkret in den nächsten zehn Wochen machen?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Wolfgang Heubisch (Wissenschaftsministerium): Frau Gote, diese Frage kann ich ganz deutlich beantworten: Ich habe diesem Beschluss zugestimmt. Natürlich haben wir in sehr intensiver Diskussion die Vor- und Nachteile abgewogen. Es trifft alle anderen Ministerien genauso. Im Gegenteil, wie ich vorhin ausgeführt habe, bin ich sogar bevorzugt. Meine Einsparungen sind nicht so hoch wie die der anderen Kolleginnen und Kollegen.

Die Zahl "13 Millionen" habe ich vorhin selber genannt. Das ist also nichts Neues. Ich habe die Zahl offengelegt. Aber ich habe auch gesagt, dass das an den Hochschulen zu entsprechenden Prüfungen führen wird. Ich habe bis heute keine Mitteilung, dass es zu einer Einstellung des Lehrbetriebs oder zu sonstigen ganz gravierenden Maßnahmen käme. Ich habe doch vorhin gerade ausgeführt, dass die Ausbauplanung als solche nicht tangiert ist und dass wir bezüglich der Zielvereinbarungen an allen Hochschulen weiter sind als geplant.

Ich darf auch noch einmal in Erinnerung rufen: Wenn die Studierenden im nächsten Jahr an die Hochschulen kommen, dann sind doch nicht sofort 100 % zu erfüllen. Sie gehen durch die Semester. Das ist alles in der Planung mit berücksichtigt. Sie tun gerade so, als würden alle Studierenden mit allen Maßnahmen im nächsten Jahr dastehen, und alles müsste bis zum sechsten, siebten oder achten Semester, je nach Studiengang, vorgehalten werden. Das ist nicht der Fall, und da heben die zehn Wochen das System auch nicht aus den Angeln. Frau Gote, das sagt doch auch der gesunde Menschenverstand, und so ist es.

(Beifall bei der FDP - Zuruf der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

Präsidentin Barbara Stamm: Für die Fraktion der Freien Wähler darf ich Herrn Kollegen Piazolo das Wort erteilen.

Prof. Dr. Michael Piazolo (FW): Sehr geehrter Herr Minister, meine sehr verehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir eine Vorbemerkung. Wenn wir drei kurze Fragen in zwei Minuten gestellt haben und der jeweilige Minister, in diesem Fall Sie, dann 20 Minuten ein Manuskript abliest, ist das keine Ministerbefragung. Deshalb kündige ich in diesem Hause an, dass sich unsere Fraktion Gedanken darüber machen wird, ob wir dieses Instrument in dieser Form beibehalten.

Präsidentin Barbara Stamm: Aber das klären wir nicht hier, Herr Kollege, sondern anderswo. Das ist eine Geschäftsordnungsfrage.

(Markus Rinderspacher (SPD): Wenn wir im Jahr 2013 Minister sind, machen wir es anders!)

Prof. Dr. Michael Piazolo (FW): Zweitens. Wir hatten vor einem halben Jahr eine weitere Ministerbefragung. Ich hatte damals ganz konkrete Fragen nach dem Haushalt und nach Plänen für Kürzungen gestellt. Damals haben Sie gesagt: Es steht nichts an.

Staatsminister Dr. Wolfgang Heubisch (Wissenschaftsministerium): Ja.

Prof. Dr. Michael Piazolo (FW): Mir kommen die Haushaltsberatungen immer ein bisschen so vor wie ein Ministermikado: Wer sich zuerst bewegt, hat verloren. Niemand macht Vorschläge und nachher ist man verwundert, wenn plötzlich der Rasenmäher kommt oder man unter Druck gesetzt wird und anscheinend auch nicht vorbereitet ist.

Deshalb zielen meine Fragen nicht in die Vergangenheit - diese sind schon gestellt worden -, sondern in die Zukunft. Können Sie garantieren, dass die Verzögerungen bei den eingeleiteten Baumaßnahmen nicht der Beginn von Aussetzungen sind? Das heißt, ich will heute von Ihnen hören, dass diese Baumaßnahmen ab November weitergehen und dass sie nicht gestoppt werden. Das ist eine ganz einfache Frage.

Die zweite Frage zu den Stellen. Können Sie uns versprechen, dass die von Ihnen geforderten Professorenstellen, ungefähr 3.000 - ein halbes Jahr vor dem doppelten Abi-Jahrgang fehlt noch etwa ein Drittel -, bis zum Beginn des Jahrgangs im März besetzt sind, und zwar alle?

Drittens. Was ist mit den von Ihnen zusätzlich verlangten 10.000 Studierendenplätzen, die Sie immer wieder im Parlament gefordert haben? Kommen sie oder kommen sie nicht? Sind sie bei den jetzigen Haushaltsverhandlungen in Gefahr?

Das Letzte. Ich hatte Ihnen angeboten, dass wir Sie bei diesen Forderungen und dem Vorhaben unterstützen. Wenn Sie wieder Probleme im Kabinett haben, informieren Sie uns vorher. Es gibt dann vielleicht auch Unterstützung von uns. Dann stehen Sie nicht alleine und müssen auch nicht alleine kämpfen.

Staatsminister Dr. Wolfgang Heubisch (Wissenschaftsministerium): Das Letzte habe ich nicht verstanden.

Prof. Dr. Michael Piazolo (FW): Kommen Sie einfach zu uns. Wir unterstützen Sie dann bei Ihren Forderungen.

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Wolfgang Heubisch (Wissenschaftsministerium): Herr Piazolo, als ich - das haben Sie, glaube ich, gesagt - im Sommer hier stand, war nicht abzusehen, was kommen würde. Sonst hätte ich Sie als Politiker etwas darauf vorbereitet. Aber wir wussten es nicht.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Thomas Beyer (SPD))

- Ich kann nur das sagen, was Fakt ist, und da bin ich auch sehr offen und ehrlich.

Darum finde ich auch, dass es gerechtfertigt ist, schnell zu reagieren, wenn man sieht, dass es Probleme gibt. Das war der frühestmögliche Zeitpunkt. Hätte ich das hinauszögern sollen? Hätte ich sagen sollen: Nein, da machen wir jetzt die Augen zu und lassen das laufen? Irgendwann sind dann Haushaltsverhandlungen und dann gehen wir sowieso in die Schulden. Wir brauchen nur um uns herum zu schauen, das ist alles sehr vergnüglich. - Nein. Ich glaube, es ist besser, ehrlich zu sagen: Ja, heute und hier ist es so, wie es ist. Deswegen stehe ich auch hier.

Das Zweite. Sie haben von der Baumaßnahme gesprochen, im Grunde sind es zwei. Das eine ist die Ingolstädter Maßnahme, dadurch wurde auch das Ganze bekannt. Wir mussten sehen, wann der Haushaltsausschuss wieder tagt. Die Maßnahme war bekanntlich abgesetzt worden. Jetzt versuchen wir, das wieder auf die Tagesordnung zu setzen und dann auf die Reihe zu bringen. Damit ist überhaupt nichts Nachhaltiges passiert.

Dass die Maßnahme als solche notwendig ist, Herr Piazolo, wird von niemandem bestritten, weder von mir noch vom Ausschuss noch von den Fraktionen. Es ist jetzt eine Verzögerung von sechs bis acht Wochen eingetreten, und dann werden wir weitersehen. Wir werden auch die Planung für Weihenstephan das ist das zweite Bauvorhaben - weiter betreiben und so früh wie möglich in den normalen Ablauf einbringen.

(Prof. Dr. Michael Piazolo (FW): Wann?)

- Ab sofort, sobald es möglich ist. Aber lassen Sie es uns jetzt bitte erst einmal in den Haushaltsschuss einbringen. Näher kann ich es Ihnen nicht beantworten. Ich habe den Verlauf deutlich ausgeführt: Steuerschätzung, Koalitionsausschuss, Ministerratsklausur, und dann werden wir die Entscheidung treffen.

(Prof. Dr. Michael Piazolo (FW): Okay!)

Was die 3.000 Stellen betrifft, sage ich noch einmal deutlich: Dieses Programm ist von den Maßnahmen, die jetzt im Ministerrat beschlossen wurden, nicht tangiert.

(Prof. Dr. Michael Piazolo (FW): Aber es ist noch nicht umgesetzt!)

Herr Piazolo, diese 3.000 Stellen müssen doch nicht am 1. Mai 2011 besetzt sein. Die Studierenden laufen langsam durch. Das alles ist in der Ausbauplanung berücksichtigt, in den Zielvereinbarungen. Es wäre auch widersinnig, bereits jetzt Stellen zu besetzen, die ich noch nicht im ersten Semester brauche, wenn der ganze Berg an Studenten kommt.

Was die 10.000 Studienplätze betrifft, habe ich immer auf den Koalitionsvertrag hingewiesen, in dem die Reihenfolge der Finanzierung festgelegt ist.

Bei den 10.000 Studenten ist natürlich die Krux - und gleichzeitig ein großes Kompliment -, dass Studierende vor allem aus anderen Bundesländern gerne nach Bayern zum Studieren kommen. Das ist wunderbar. Sie müssen bedenken, dass die jungen Leute, die wir in Bayern später als Fachkräfte brauchen, in Bayern studieren wollen. Deshalb bin ich voll dabei und werde mich einsetzen. Wir haben immer klar kommuniziert, dass das kein 38.000 plus 10.000 sein wird. Erst sollen es 38.000 sein, und dann sehen wir, wie wir mit plus 10.000 weitermachen. Das stand im Vordergrund. Dazu habe ich gesagt, dass wir mindestens 800 Planstellen mehr bräuchten. Das ist klar, denn das eine hängt mit dem anderen zusammen. Auch das wird sich in Zukunft einspielen.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Wenn sie türkischer Herkunft sind, brauchen wir sie dann oder brauchen wir sie nicht?)

Präsidentin Barbara Stamm: Für die FDP-Fraktion darf ich Frau Kollegin Dr. Bulfon das Wort geben.

Dr. Annette Bulfon (FDP): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Staatsminister, meine Damen und Herren auf der Besuchertribüne! Ich habe zwei Fragen.

Erstens. Sehen Sie wegen der Sparmaßnahmen die Qualität der Lehre in Gefahr?

Zweitens. Sie haben in einem Kraftakt sehr vorausschauend dafür gesorgt, dass wir 38.000 zusätzliche Studienplätze in Bayern haben und 130.000 Quadratmeter zusätzliche Fläche angemietet oder durch bauliche Maßnahmen zur Verfügung gestellt werden. Das alles muss sehr vorausschauend bewältigt werden. Derzeit besteht ein befristeter Baustopp. Ich frage Sie: Sehen Sie das Studienplatzangebot wegen des doppelten Abiturjahrgangs in irgendeiner Form in Gefahr?

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Kann es sein, dass die Kollegin von der FDP ist?)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Wolfgang Heubisch (Wissenschaftsministerium): Frau Bulfon, die erste Frage dreht sich um die Qualität der Lehre. Ich sehe die Qualität nicht in Gefahr und glaube sogar, dass wir sie

in Zukunft steigern können, wenn wir es schaffen, die Entscheidungen, die im Bund gefallen sind und an denen ich beteiligt war, umzusetzen. Das wird umgelegt.

Die Problematik des Qualitätspakts Lehre liegt darin: Die Länder sollen Anträge stellen. Bei der Lehre haben wir ein Problem, bei der Forschung ist es ganz anders. Wenn die in der Lehre sowieso guten Universitäten und Hochschulen für angewandte Wissenschaften den entsprechenden Antrag stellen, werden genau diejenigen gestärkt, die sowieso schon gut sind. Die Oberhoheit liegt dabei unter Mitwirkung der Länder beim Bund, weil dieser einen Großteil der Gelder gibt. In der Lehre muss mir daran gelegen sein, dass diejenigen, die nicht so gut sind, nach oben gezogen werden. Das ist ein Problem und stellt sich ganz anders dar als in der Forschung. Wenn in der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz - GWK - diskutiert wird, wer das Geld bekommt, wobei es da oft hoch hergeht, und berücksichtigt wird, dass die Qualität nach vorne geschoben werden soll, werden Bayern, Baden-Württemberg und Berlin, die üblichen Verdächtigen, vorne sein. Daraus ergibt sich das Problem, dass man in einem föderalen Staat die anderen Bundesländer auch nach oben bringen muss. Sie können sich vorstellen, wie um diese Millionen gerungen wird. Als Vertreter Bayerns kann ich nicht einfach sagen, wir zwei, drei Bundesländer ganz oben nehmen alles auf unsere Seite, sondern man muss mit Vernunft und Augenmaß handeln. Dass aber viel Geld, wahrscheinlich entsprechend der Verteilung des "Königsteiner Schlüssels" nach Bayern kommen wird, steht außer Frage. Das ist die Basis, weshalb die Qualität der Lehre in den nächsten Jahren zunehmen wird.

Ich leide ebenso unter der problematischen Betreuungsrelation und hätte sie gerne verbessert. Ich bin in meiner Studienzeit auch auf den Treppen gestanden. Ich will das nicht schönreden, aber wir alle haben das mitgemacht. Letztendlich haben wir es auch gepackt.

Zum doppelten Abiturlehrgang darf ich Folgendes feststellen. Ich unterhalte mich oft mit den Studierenden darüber, wie sie das sehen. Ich habe den Eindruck gewonnen, dass sie sich bei Freunden erkundigen, die bereits studieren und die sagen, dass es kein Zuckerschlecken sei und es hart hergehe. In den großen Universitäten ist es wesentlich enger als draußen in den Hochschulen der Regionen. Dort sind die Studienbedingungen im Durchschnitt besser. So viel zur Qualität der Lehre. Wir werden unsere Vorhaben weiter betreiben und aufrechterhalten.

In der zweiten Frage ging es um die Bewältigung des doppelten Abiturjahrgangs. Ich kann und will mich gerne wiederholen. Das Ausbauprogramm auf 38.000 Studierende und 3.000 Professorinnen und Professoren ist in keiner Weise gefährdet. Es ist völlig unabhängig von den Maßnahmen, die uns der Finanzminister beschrieben hat, die wir im Ministerrat beschlossen haben und die wir weitergeben. Ich kann mich kurz halten: Das Ausbauprogramm läuft ganz normal weiter und ist nicht von den jetzigen Maßnahmen betroffen.

Präsidentin Barbara Stamm: Für die CSU hat Kollege Sibler um das Wort gebeten. Bitte schön, Herr Kollege.

Bernd Sibler (CSU): Sehr geehrter Herr Staatsminister, ich möchte dar nicht, dass Sie sich in diesem Punkt kurz halten. Mich interessiert, wie viele der 3.000 Professorenstellen schon besetzt sind, welche Baumaßnahmen schon laufen und welche abgeschlossen worden sind. Wie sieht das im Vergleich mit anderen Bundesländern aus? Wie bereiten sich diese darauf vor? - Wenn ich mich richtig erinnere, hat das Centrum für Hochschulentwicklung eine Studie auf den Weg gebracht und den Freistaat Bayern mit den schon laufenden Maßnahmen beschrieben und bewiesen, dass wir sehr, sehr gut sind. Ich denke, wir liegen im bundesweiten Vergleich auf Platz 1. Das sollte den Damen und Herren auf der Besuchertribüne, die heute oft angesprochen wurden, mitgeteilt werden. Ich möchte nicht, dass der Eindruck entsteht, als ob nichts passiert sei und man nichts getan hätte.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Das ist die Frage!)

Herr Minister, können Sie an ein paar Beispielen deutlich machen, was alles passiert und umgesetzt worden ist? - Ich glaube, wir stehen nicht bei Null.

(Zuruf der Abgeordneten Isabell Zacharias (SPD))

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Wolfgang Heubisch (Wissenschaftsministerium): Herr Sibler, ich möchte noch einmal verdeutlichen: Von den 3.000 Stellen sind weit über 1.600 bereits besetzt. Das sind weit mehr als in den Zielvereinbarungen vereinbart wurde.

An dieser Stelle muss ich etwas ausführen, was noch relevant ist. Auf dem Markt des Personals, der Professorinnen und Professoren herrscht massiver Wettbewerb. Unter dem Aspekt G 8/G 9 bin ich eigentlich froh, dass Bayern das erste bevölkerungsreiche Land ist, das diesen Weg geht, weil sich für uns der Markt noch relativ gut darstellt. Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen werden, wenn sie die Lehre so

ausbauen wie Bayern, Probleme haben, die Lehrstühle zu besetzen.

(Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Michael Piazolo (FW))

- Herr Piazolo, wir wissen, dass in modernen Studiengängen die neueste Forschung in die Lehre transformiert wird. Das ist es, was wir wollen. Dabei gibt es Probleme, die richtigen Leute zu finden. Bayern ist dabei in einer vergleichsweise komfortablen Lage. Wenn man das zur Kenntnis nimmt, weiß man, dass wir auf einem guten Weg sind.

Das Ausbauprogramm läuft seinen Weg völlig normal weiter. Sie wissen, 130.000 Quadratmeter werden genutzt. Die Baumaßnahmen werden dann umgesetzt, wenn sie nötig sind. Das ist nicht zum 01.05.2011 der Fall, sondern im Laufe der Zeit. Das ist entsprechend organisiert worden.

Wir haben stets gesagt, dass von den Maßnahmen 40 % an die Hochschulen für angewandte Wissenschaften und 40 % an die Universitäten gehen sollen, obwohl die Universitäten erheblich mehr Studierende haben. Trotzdem wollen wir gleich aufteilen, weil die Hochschulen für angewandte Wissenschaften extreme Zuwächse vor allem in den technischen Fächern haben. Wir begrüßen das. Hier steuert der Staat nicht. Es wird nur darauf hingewiesen, dass die technischen Fächer auf dem Arbeitsmarkt die Superchancen sind, damit lebenslang sein Geld zu verdienen. Das ist so und deshalb haben wir gerade die Hochschulen für angewandte Wissenschaften gestärkt. Wir halten 20 % vor, um möglichst schnell feinsteuern zu können.

Ich weiß nicht, wie sich die Studierenden verhalten werden - es gibt bestimmte Trends -, wir nehmen aber an, dass sich die Studierenden so verhalten werden wie in der Vergangenheit. Das heißt, die sogenannten MINT-Fächer nehmen erheblich an Attraktivität zu. Wir sind darüber froh und sind auch dabei, mehr Frauen und Mädchen zu begeistern, diese Studiengänge zu belegen. Es ist ein langwieriger Prozess, der überall in der Bundesrepublik gleich schwierig verläuft. Aber auch dabei sind wir an einer Feinsteuerung. Wenn es Verschiebungen bei den Trends gibt, müssen wir entsprechend reagieren können. Ich glaube, das ist für einen doppelten Abiturjahrgang genau das Richtige, so zu reagieren. Ich betone noch einmal, dass alle 38.000 Studienplätze bereitgestellt werden.

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt darf ich für die CSU-Fraktion Frau Kollegin Dettenhöfer das Wort erteilen.

Petra Dettenhöfer (CSU): Sehr geehrter Herr Minister, Sie haben vorhin ausgeführt, dass 1.600 Dozentenstellen bereits besetzt sind. Hat die Haushaltssperre bzw. die Wiederbesetzungssperre keine langfristigen Auswirkungen? - Eine ganz kurze Frage.

Staatsminister Dr. Wolfgang Heubisch (Wissenschaftsministerium): Frau Dettenhöfer, ich habe das am Anfang schon gesagt. Zum einen ist die Wiederbesetzungssperre in ihrem Umfang halbiert worden. Die Stellen sind also nicht in den allgemeinen Sperren der übrigen Ministerien enthalten. Die großen Universitäten und Hochschulen tun sich in dieser Angelegenheit etwas leichter, da sie aufgrund ihrer Größe stärker individuell steuern können. Aber deutlich gesagt: Wir werden das in den Diskussionen über den Haushalt einbringen. In diesem Zusammenhang wird nicht nur über mein Ministerium diskutiert, sondern über alle Ministerien. Es ist die natürlichste Sache der Welt, dass dabei jeder Minister für seinen Etat kämpft. Mir ist dabei klar, dass man mir sagen wird: Sehr geehrter Herr Wissenschaftsminister, Sie müssen sich genauso in die Kabinettsdisziplin einordnen wie andere. Das ist unabhängig davon, dass dieser doppelte Abiturjahrgang selbstverständlich Berücksichtigung finden wird, und zwar in einem angemessenen Maße. Ich kann Ihnen garantieren, dass wir unsere Verpflichtung hinsichtlich des doppelten Abiturjahrgangs erfüllen werden. Er ist von diesen Maßnahmen nicht betroffen. Ich glaube, Frau Dettenhöfer, so kann man Ihre Frage insgesamt beantworten.

Präsidentin Barbara Stamm: Für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN darf ich Frau Kollegin Gote das Wort erteilen.

Ulrike Gote (GRÜNE): Herr Minister, ich will von Ihnen eine Festlegung in Bezug auf die laufenden Sparmaßnahmen und dabei konkret auf den Baustopp haben, damit die Hochschulen sich verlassen können. Es sind neun vom Planungs- und Baustopp betroffen. Sie sprechen dabei von "vorsorglich" und "vorübergehend". Garantieren Sie heute, dass das vorübergehend ist? - Dann können wir die Sperre aber auch gleich aufheben. Ich frage Sie: Was macht es denn für einen Sinn, etwas vorübergehend einzustellen? Was ist damit konkret gespart? Gar nichts, im Gegenteil, es wird sogar noch teurer, weil der Bau verzögert wird. Oder aber es ist doch nicht definitiv vorübergehend und die neuen Baumaßnahmen stehen auf der Kippe. Es könnte drohen, dass nach der Steuerschätzung herauskommt: In Ingolstadt wird nicht gebaut, in München wird nicht gebaut und in Bamberg wird nicht gebaut. Sagen Sie heute definitiv, was Sache ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Wolfgang Heubisch (Wissenschaftsministerium): Frau Gote, ich führe es noch einmal aus: Von 30 im Raumprogramm vorgesehenen Baumaßnahmen haben wir - -

(Ulrike Gote (GRÜNE): Von den neun!)

- Ich komme darauf. Wir haben genügend Zeit, es pressiert noch nicht.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Sie haben Zeit!)

- Ich habe genauso viel Zeit wie Sie.

Von den 30 vorgesehenen Baufreigaben werden 21 über Sonderprogramme abgewickelt. Dies steht außer Frage und die Maßnahmen werden entsprechend umgesetzt. Diese 21 Vorgaben sind von der Aussetzung überhaupt nicht tangiert. Von den restlichen neun Bauvorhaben ist akut "nur" der Erweiterungsbau für die Fachhochschule Ingolstadt betroffen, weil hierfür vorübergehend keine Baufreigabe erteilt werden kann.

(Zurufe der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

Ich bin nicht der Herr des Verfahrens. Ich bin nicht zuständig, Baufreigaben zu erteilen. Ich kann Ihnen noch mal sagen: Wir werden über dieses Thema mit aller Seriosität diskutieren und darüber entscheiden. Selbstverständlich ist es für mich klar: Ich stimme nicht zuerst einem Bauvorhaben zu, um es dann völlig wegzustreichen. Frau Gote, das ist doch nicht die Realität. Es geht um einen Zeitraum von sechs bis acht Wochen.

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt gehen wir erst einmal der Reihe nach vor. Für die Fraktion der Freien Wähler darf ich Herrn Dr. Fahn das Wort erteilen.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FW): Herr Minister, Sie haben gesagt, Sie würden das Verhalten der Studenten nicht kennen. Können Sie zusichern, dass die schon zweimal beschlossene Umfrage unter den Abiturienten endlich an die Gymnasien geschickt wird? Wir haben gestern im Hochschulausschuss darüber gesprochen. Es wäre wichtig und auch in Ihrem Sinne, dass das möglichst bald geschieht.

Zweiter Punkt: Über die 38.000 zusätzlichen Studienplätze haben wir schon gesprochen. Wir hatten aber schon immer gesagt - Sie wissen das genau -, wir bräuchten mindestens 50.000 Studienplätze. Sie haben gesagt, Sie wüssten nicht genau, ob das umgesetzt werden könne. Was machen Sie, wenn diese 10.000 bis 12.000 zusätzlichen Studenten an den Hochschulen sind? Müssen diese dann auf der Straße stehen, weil Sie kein Geld haben? Wie wollen Sie das konkret handeln?

Letzte Frage: Sie haben gesagt, die 130.000 Quadratmeter zusätzliche Fläche würden geschaffen, Sie wollen aber noch zusätzliche Flächen anmieten. Bisher ist gesagt worden, 2011 würden jährlich 15 Millionen zur Verfügung stehen. Stehen diese Mittel konkret zur Verfügung oder fallen womöglich auch dem Rotstift zum Opfer?

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister, bitte.

Staatsminister Dr. Wolfgang Heubisch (Wissenschaftsministerium): Als Erstes zur Online-Umfrage: Herr Fahn, ich habe bei meinen zahlreichen Besuchen und Diskussionen mit Schülern erlebt, dass ich diese erst darauf aufmerksam machen musste, wie knapp sie vor dem doppelten Abiturjahrgang stehen. Sie waren sich, mit Verlaub gesagt, des Problems noch gar nicht richtig bewusst. Ich muss allerdings sagen - vielen von uns wird das so gegangen sein -, dass man sich für das Studium erst interessiert, wenn man das Abitur einigermaßen hinter sich hat. Wir haben dies durch die Kampagne angeschoben. Deswegen macht es auch Sinn, erst jetzt nachzufragen, denn jetzt sind die Betroffenen im letzten Jahr. In der Vergangenheit hat es sie nicht so interessiert. Deshalb wird diese Umfrage unter Federführung des Kultusministeriums durchgeführt und zeitnah, schnell ausgewertet und fließt dann in unsere Überlegungen mit ein. Ich glaube persönlich, dass es wahrscheinlich nicht zu überraschenden Ergebnissen kommen wird. Selbstverständlich wollen wir uns aber die Chance nicht nehmen lassen, die Informationen, die wir daraus ziehen können, entsprechend zu berücksichtigen. Das läuft aktuell an.

Präsidentin Barbara Stamm: Danke schön. Frau Kollegin - -

Staatsminister Dr. Wolfgang Heubisch (Wissenschaftsministerium): Moment, Frau Präsidentin.

Präsidentin Barbara Stamm: Entschuldigung, Herr Minister.

Staatsminister Dr. Wolfgang Heubisch (Wissenschaftsministerium): Pardon, Frau Präsidentin. Herr Fahn hat noch zwei weitere Fragen gestellt.

Die zweite Frage betraf die 38.000 Studienplätze. Darf ich das bitte noch einmal ausführen: Die 38.000 Plätze - das ist klar - werden nicht tangiert. 10.000 Plätze sind im Koalitionsvertrag für das Jahr 2012 ff.

verankert. Wir nehmen an und müssen vermuten, dass die Studierendenzahl dann, obwohl der doppelte Abiturjahrgang die Gymnasien bereits verlassen hat, sehr hoch bleiben wird. Aber es spielt sicher auch eine Rolle, dass Studenten aus Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen kommen werden. Auch diese machen Ausweichbewegungen, wie sie auch bayerische Studierende im nächsten Jahr machen werden. Die 10.000 Plätze sind also weder infrage gestellt noch momentan gefragt. Für die Zukunft haben wir ein Auge darauf; wir werden entsprechend aufpassen. Ich weise auch immer wieder auf den tollen Effekt hin, dass die Studierenden gerne nach Bayern kommen. Darauf werden wir entsprechend reagieren.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Zur dritten Frage muss ich noch etwas klarstellen: Die 130.000 Quadratmeter setzen sich sowohl aus dem Eigenbau als auch aus der Anmietung zusammen. Das gehört zusammen. Räumlichkeiten sind nun einmal per se Räumlichkeiten. Es ist nur von sekundärem Interesse, wer der Eigentümer ist. Sie wissen vielleicht, dass das Wissenschaftsministerium der größte Immobilienbesitzer - ich sage nicht: Eigentümer - im Freistaat Bayern ist. Daran können Sie sich gerne orientieren. Deshalb haben wir übrigens auch ein Programm zur Sanierung und Modernisierung in Höhe von vier Milliarden Euro beschlossen.

Im Übrigen bitte ich Sie, sich noch einmal vor Augen zu halten, dass es sich um 130.000 Quadratmeter Anmietung plus Bau handelt.

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt darf ich mich bedanken, Herr Staatsminister?

Staatsminister Dr. Wolfgang Heubisch (Wissenschaftsministerium): Ja.

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Staatsminister. Frau Kollegin Gote, Sie haben das Wort.

Ulrike Gote (GRÜNE): Noch einmal: Neun Bauvorhaben sind vom Baustopp betroffen. Herr Minister, muss ich nun das, was Sie zu Ingolstadt gesagt haben, so interpretieren, dass der Erweiterungsbau dort tatsächlich auf der Kippe steht? Wenn ja, sollten Sie das der Hochschule Ingolstadt dann auch so offen sagen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nächste Anmerkung. Es gibt unterschiedliche Auskünfte zur Wiederbesetzungssperre. Das Finanzministerium hat uns mitgeteilt, der Bereich Bildung bleibe verschont. Was bedeutet der Begriff "verschont"? Sie haben heute gesagt, es gebe eine kürzere Wie-

derbesetzungssperre. Bitte klären Sie uns auf, was die Wiederbesetzungssperre im Hochschulbereich konkret bedeutet.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Wolfgang Heubisch (Wissenschaftsministerium): Frau Gote!

(Staatsminister Dr. Wolfgang Heubisch räuspert sich - Isabell Zacharias (SPD): Trinken Sie einen Schluck Wasser!)

- Es liegt nicht am Hals; es ist weiter hinten. Es ist die Grippe, die ich seit ein paar Wochen habe.

(Georg Schmid (CSU): Er ist Zahnarzt, er versteht was davon!)

- Richtig, genau!

(Weitere Zurufe)

Die Fachhochschule Ingolstadt steht nicht auf der Kippe.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Okay! - Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Das ist beruhigend!)

Zur Wiederbesetzungssperre habe ich Ihnen die gegenwärtige Regelung vorgetragen. Ich weiß nicht, welche Auskünfte Sie erhalten haben und wen Sie genau gefragt haben. Ich kann Ihnen nur das sagen, was für uns hier und heute Fakt ist. Das habe ich entsprechend getan. Es geht um eine Halbierung der Ansätze, wie sie normal gelten. Ich habe gesagt: vier oder sechs Monate; bei den kleinen sind es vier Monate, bei den großen sechs Monate und bei den Zeitverträgen handelt es sich nur um sechs Wochen. Das ist doch eine klare Aussage.

(Isabell Zacharias (SPD): Das ist doch eine Sperre! - Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Heißt das jetzt Sperre?)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Minister, möchten Sie antworten?

Staatsminister Dr. Wolfgang Heubisch (Wissenschaftsministerium): Ich habe bis jetzt noch keine Frage gehört.

Präsidentin Barbara Stamm: Die Frau Kollegin Gote hat noch zwölf Sekunden. Bitte, Frau Kollegin!

Ulrike Gote (GRÜNE): Meine Frage in zwölf Sekunden: Können Sie uns schon heute garantieren, dass

Bayern seinen Anteil an der Erhöhung der BAföG-Finanzierung leisten wird?

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD - Zuruf von der SPD: Schöne Frage!)

Staatsminister Dr. Wolfgang Heubisch (Wissenschaftsministerium): Ich freue mich natürlich, dass es zu einer Erhöhung des BAföG gekommen ist. Das war der erste Punkt.

Zweiter Punkt: Der Ministerpräsident wird bereits heute Abend entsprechend im Interesse Bayerns verhandeln.

(Isabell Zacharias (SPD): Das glaube ich nicht!)

Morgen ist Bundesrat.

(Anhaltende Zurufe von den GRÜNEN und der SPD - Glocke der Präsidentin)

Verehrte Damen und Herren, wir schauen schon auf unsere Studentinnen und Studenten und sorgen dafür, dass sie hier ordentlich studieren können. Ich kann zum Abschluss nur noch einmal sagen: So gut, wie man in Bayern studiert, studiert man woanders selten. Das ist Fakt.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Widerspruch der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

Präsidentin Barbara Stamm: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Damit ist die Ministerbefragung beendet. Herr Staatsminister, ich darf mich bei Ihnen herzlich bedanken.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf. -

(Anhaltende Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn die Zurufe und die Privatgespräche beendet sind, fahre ich in der Tagesordnung fort. Ich rufe <u>Tagesordnungspunkt 2</u> auf:

Regierungserklärung des Staatsministers für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie "Bayerns Zukunft: Innovationen, Investitionen, Talente"

Das Wort hat Herr Staatsminister Zeil. Bitte sehr, Herr Minister.

Staatsminister Martin Zeil (Wirtschaftsministerium): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! In-

novationen, Investitionen, Talente: Auf dieser Grundlage hat Bayern die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise mit Bravour gemeistert.

Innovationen, Investitionen, Talente: Das sind unsere Stärken, die wir auch in Zukunft für Arbeitsplätze und Wohlstand in Bayern nutzen werden.

Wir haben zwei schwierige Jahre hinter uns. Aber ich kann heute feststellen: Bayerns Wirtschaft liegt im ersten Jahr nach der schwersten Rezession der Nachkriegszeit klar auf Wachstumskurs.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Mit einer Steigerung der Wirtschaftsleistung um 3,2 % im ersten Halbjahr 2010 ist ein guter Teil der Verluste von 2009 wieder wettgemacht. Im Gesamtjahr werden es voraussichtlich 3,5 % sein.

Die Exporte florieren. Sie lagen im ersten Halbjahr 2010 um 16,4 % über Vorjahresniveau. Das Auslandsgeschäft hat uns 2009 zwar hohe Einbußen beschert, im Aufschwung 2010 ist der Export aber wieder wichtiger Wachstumsmotor für Bayern. Wir nutzen unsere Wettbewerbsvorteile auf den Weltmärkten für Wertschöpfung und Arbeitsplätze im Freistaat. Deshalb unterstützen wir den Mittelstand bei seinem Weg auf die Weltmärkte mit unseren Maßnahmen.

Dank guter Auslandsgeschäfte läuft auch die bayerische Industrie wieder rund. Sie hat ihre Umsätze in den ersten sechs Monaten 2010 um 10,9 % gesteigert. Die Auftragseingänge legten um 22,9 % zu, die Auslandsaufträge gar um 25 %.

Noch bis vor einem Jahr galt vielen ein hoher Industrieanteil als rückständig. Heute müssen auch Nationen wie die USA feststellen: Wir brauchen mehr Ingenieure und weniger Finanzjongleure.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Die Staatsregierung muss sich nicht korrigieren, meine Damen und Herren. Für uns stand immer fest: Unsere starke Industrie ist und bleibt zentraler Treiber von Innovationen und Wachstum im Freistaat.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Auch in den mehr binnenwirtschaftlich geprägten Zweigen Handwerk, Handel, Bau, Gastgewerbe und Tourismus zieht die Konjunktur wieder an. Handwerk und Mittelstand haben sich in der Krise als Stabilitätsanker erwiesen.

Mit unserem Mittelstandspakt haben wir ein effektives Netzwerk für den Mittelstand etabliert. Wir fördern Selbstständigkeit und Unternehmertum, damit Bayern Unternehmerland Nummer eins bleibt. Nicht von ungefähr weist Bayern im ersten Halbjahr 2010 mit 6.700 neuen Unternehmen den höchsten Existenzgründersaldo aller Länder auf.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Unser größter Erfolg in Bayern aber ist die Entwicklung am Arbeitsmarkt, meine Damen und Herren. Weite Teile des Freistaats steuern ein Jahr nach der Krise auf Vollbeschäftigung zu. Bayern hat mit 4,0 % die niedrigste Arbeitslosigkeit in ganz Deutschland. Der Abstand zu Baden-Württemberg nimmt zu.

Alle Regierungsbezirke haben eine Arbeitslosenrate unter dem Schnitt der alten Länder. Für ausreichend Arbeitsplätze zu sorgen, ist und bleibt die beste Sozialpolitik.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Weil Bayern beschäftigungspolitisch erfolgreich ist, haben wir auch die niedrigste Quote an Hartz IV-Empfängern.

Der bayerische Arbeitsmarkt hat sich in der Rezession robust und im Aufschwung dynamisch gezeigt. Er bietet den Menschen Sicherheit in der Krise und gute Perspektiven im Boom. Darauf können wir stolz sein.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Die hervorragende Entwicklung ist kein Wunder. Sie ist Resultat innovationsstarker, wettbewerbsfähiger Unternehmen, die Mitarbeiter auch in schwierigen Zeiten gehalten haben, und eben auch des Fleißes dieser Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Sie ist dem umsichtigen Handeln der Tarifparteien in der Krise zu verdanken. Sie ist nicht zuletzt auch Ergebnis mutiger und frühzeitiger politischer Weichenstellungen der Staatsregierung.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Nur zwei Jahre, nachdem wir uns mitten in der Krise an die Arbeit gemacht haben, steht unser Freistaat glänzend da. Dort, wo wir stehen, müssen die anderen erst einmal hinkommen. Wir sind der Premiumstandort in Deutschland.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Unser Engagement, die Wirtschaft in der Krise zu stabilisieren, zahlt sich aus. Die Mittel aus dem Konjunkturpaket II des Bundes haben wir wirkungsvoll eingesetzt. Von den 1,7 Milliarden Euro von Bund, Land und Kommunen profitieren Schulen, Kindergärten und Krankenhäuser. Das hilft Kommunen, in schwieriger

Lage zu investieren. Ein beträchtlicher Teil der Aufträge kommt dem Handwerk zugute.

Wo es ordnungspolitisch zu verantworten war, haben wir wettbewerbsfähige Unternehmen unterstützt, die Finanzkrise zu bewältigen. Ich verweise auf unsere Erfolge bei Knaus Tabbert, Edscha, Trevira und Rosenthal, wo wir viele Arbeitsplätze erhalten konnten. Die Bilder aus Jandelsbrunn, als wir um die Rettung von Knaus Tabbert kämpften, habe ich noch sehr gut im Gedächtnis. Besonders berührt hat mich die Erleichterung der Menschen, als klar war, dass wir ihre Arbeitsplätze erhalten können und diese weiter bestehen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

In zahlreichen Fällen ist es uns gelungen, durch Moderation und direkte Gespräche tragfähige Lösungen zu erreichen, wie zum Beispiel bei Siemens in Bad Neustadt. Viele Einsätze sind geräuschlos und ohne öffentliches Aufsehen abgelaufen. Auf diese Weise konnten wir tausende von Arbeitsplätzen sichern. Dabei gab und gibt es eine klare ordnungspolitische Grenze: Unternehmen, die am Markt nicht auf Dauer Bestand haben, dürfen nicht mit Steuergeldern künstlich erhalten werden. Was weg bricht, ist durch Neues zu ersetzen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Die Insolvenz von Quelle war und ist für Nürnberg-Fürth eine einzigartige Herausforderung. Wir haben nicht tatenlos zugesehen. Die Staatsregierung unterstützt die wirtschaftliche Erneuerung mit einem kraftvollen Strukturprogramm zugunsten neuer Arbeitsplätze und neuer Wertschöpfung. Meine Damen und Herren, dieses Programm greift.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Mit dem bayerischen Mittelstandsschirm hat die LfA Förderbank Bayern 2009 die Risikoübernahmen gegenüber 2008 auf 360 Millionen Euro verdoppelt. Damit haben wir für 1.900 Unternehmen Kredite in Höhe von 500 Millionen Euro mobilisiert. Die Betriebe und Arbeitsplätze, die wir dadurch halten konnten, stärken Bayerns Wirtschaft im Aufschwung.

Meine Damen und Herren, ich verkenne nicht, dass der Aufschwung noch nicht in allen Branchen angekommen ist. Ich weiß, dass die Konjunktur weiter mit Risiken verbunden ist. Deshalb dürfen und werden wir uns nicht ruhig zurücklehnen. Es geht jetzt darum, den Aufschwung zu kräftigen und die Grundlagen für nachhaltiges Wachstum zu legen.

Eine nachhaltige Wirtschaftspolitik setzt zum einen solide Staatsfinanzen voraus. Eine nachhaltige Wirtschaftspolitik muss zum anderen kräftig in die Zukunft investieren. Wir halten am Ziel des ausgeglichenen Haushalts fest. Wir werden konsequent und vor allem intelligent sparen. Wir sparen aber nicht auf Kosten der Zukunft. Wir dürfen künftigen Generationen keine Schulden hinterlassen. Wir müssen unseren Kindern aber auch eine dynamische und innovative Wirtschaft sowie ein exzellentes Bildungssystem übergeben. Wirtschaftspolitisch heißt das: Innovationen beschleunigen, Investitionen stimulieren, Talente fördern und für Bayern gewinnen.

An der Spitze des Fortschritts zu stehen hat Bayern erfolgreich gemacht. Fortschritt und Innovationen sind auch heute die Zukunft Bayerns. Für mich steht fest: Die Innovationsdynamik des Freistaats zu stärken muss zentrale Säule des Regierungsprogramms "Aufbruch Bayern" sein.

Wir werden die Spitzenposition Bayerns als Land der Ideen und Innovationen sichern und ausbauen. Unser Ziel ist es, den Anteil der FuE-Ausgaben, also der Ausgaben für Forschung und Entwicklung, am BIP bis 2013 auf 3,2 zu steigern. Es geht darum, jetzt die Grundlagen zu legen, damit sich Bayern als eine der stärksten Technologieregionen Europas und der Welt etabliert.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Im Zentrum unserer neuen Forschungs- und Innovationspolitik stehen unter anderem folgende Technologiefelder: Life Sciences, Medizintechnik, grüne Technologien, Biosystemforschung und neue Werkstoffe.

Mit der "Zukunftsoffensive Elektromobilität" werden wir Bayern zur ersten Adresse für Forschung, Entwicklung und Anwendung in der Elektromobilität machen. Meine Damen und Herren, es handelt sich um eine Technik, die der Wirtschaft nutzt und die Umwelt schont. In all diesen Technologiefeldern hat Bayern bereits jetzt starke Standbeine. Diese Kompetenzen werden wir mit dem Regierungsprogramm "Aufbruch Bayern" gezielt ausbauen. Darauf können sich die Menschen in Bayern verlassen.

Wir setzen insgesamt auf eine breite, für alle Branchen und Bereiche offene Innovationspolitik. Eine politische Verengung auf einzelne Technologien lehnen wir ab. Wo die Märkte der Zukunft liegen, kann und darf der Staat nicht per Verordnung festlegen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Meine Damen und Herren, die Zukunft unseres Landes steht und fällt vor allem auch mit unserer Bereitschaft und unserem Mut, Investitionen in wichtige Infrastrukturprojekte zum Wohl des Freistaats zu realisieren. Ich frage Sie: Was wären München und Bayern heute ohne den Flughafen München? Er wurde jahrzehntelang energisch bekämpft. Heute ist er Garant für Wohlstand und Arbeitsplätze in ganz Bayern.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Wie wäre es um die Attraktivität der Landeshauptstadt München bestellt, wenn wir nicht kräftig in den öffentlichen Nahverkehr investiert hätten? Welche Perspektiven hätten die Menschen heute ohne unser leistungsfähiges Schienen- und Straßennetz im ganzen Land? Dank mutiger Investitionen in die Infrastruktur konnten auch Regionen mit Wettbewerbsnachteilen Anschluss an die wirtschaftliche Entwicklung ganz Bayerns halten

Deswegen sage ich mit allem Ernst: Wer bei wichtigen Infrastrukturprojekten bremst und blockiert, setzt die Zukunft unseres Landes aufs Spiel.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Dabei nehmen wir die Vorbehalte der Bürger sehr ernst und berücksichtigen sie. Wir müssen mit ihnen reden und ihre Fragen beantworten, im Dialog. Aber wir dürfen ihre Ängste nicht gezielt schüren, nur um auf populistische Weise auf Stimmenfang zu gehen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Wir müssen auch eines klarstellen: Die notwendigen Verfahren für alle Infrastrukturprojekte werden ohne Wenn und Aber nach rechtsstaatlichen Grundsätzen durchgeführt. Dazu stehen wir. Wir erwarten aber auch, dass Demokraten demokratisch legitimierte Entscheidungen respektieren. Wenn das in unserem Land nicht mehr gilt, gefährden wir damit den Wohlstand unserer Kinder und unserer Enkel.

Aufgabe der Politik ist es aber nicht nur, für eine moderne und leistungsfähige Infrastruktur im ganzen Land zu sorgen. In Regionen mit Wettbewerbsnachteilen muss der Staat zudem die Investitionsdynamik gezielt stärken. Die Staatsregierung hält am Ziel gleichwertiger Lebens- und Arbeitsbedingungen im ganzen Land fest. Wir setzen dabei auch in Zukunft auf die Regionalförderung, auf das Mittelstandskreditprogramm, auf Tourismusförderung und auf unsere Technologieförderprogramme. Das sind und bleiben unsere wirksamsten Instrumente, um Arbeitsplätze und Wohlstand gerade in ländlichen Räumen und Regionen mit Wettbewerbsnachteilen zu bringen.

So haben wir beispielsweise im Raum Hof in jüngster Zeit gemeinsam den Weg für Millioneninvestitionen freigemacht. Das Güterverkehrszentrum in Hof, die Erweiterung der Umschlaganlage und die Erneuerung des Containerlagerplatzes werden die gesamte Region nachhaltig stärken.

Auch das Konjunkturpaket II nutzen wir, um die technologischen Standbeine in allen Landesteilen weiter auszubauen. Ich nenne nur die Beispiele: Neue Materialien in Fürth und Bayreuth, angewandte Energieforschung in Würzburg, Fraunhofer Institute und Projektgruppen in Erlangen, Regensburg und Freising oder das DLR Oberpfaffenhofen. Ich verweise ferner auf die Forschungsoffensive Faserverbundtechnologie in Augsburg, den Energiecampus Nürnberg oder die Fraunhofer Projektgruppe BioKat Straubing.

Unsere Maßnahmen greifen. Die Innovationsgutscheine haben sich bestens bewährt und kommen vor allem kleinen Betrieben im ländlichen Raum zugute.

Mit dem bayerischen Breitbandförderprogramm schaffen wir für viele Kommunen schon heute den Einstieg in die Netze von morgen. Bis jetzt haben wir 527 Gemeinden mit 36 Millionen Euro unterstützt. Unser Breitbandförderprogramm ist eines der erfolgreichsten in Deutschland. Wir werden es im Jahre 2011 fortsetzen.

(Zuruf von der SPD)

Was wir mit zukunftsorientierter regionaler Wirtschafts- und Landesentwicklungspolitik erreicht haben, meine Damen und Herren, zeigt sich am besten am Arbeitsmarkt. So hat sich der Abstand der Arbeitslosenquoten zwischen Oberbayern und Oberfranken von 2004 bis 2009 von 3,8 % auf nur noch 1,3 Prozentpunkte gedrittelt. In keinem Regierungsbezirk lag die Arbeitslosenquote im September über 5 %. In ganz Nord- und Ostbayern gibt es heute Hochtechnologie-Unternehmen, die für den Weltmarkt produzieren - vom Spezialglas für Solaranlagen bis zur Straßenwalze für Formel-1-Strecken.

Nord- und Ostbayern stehen für einen erfolgreichen Strukturwandel. Dies gilt es fortzuführen. Deshalb werden wir alles daransetzen, weil wir wissen, dass es nach wie vor auch Regionen mit Wettbewerbsnachteilen gibt, dass die EU-Förderung mit dem Ziel "Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung" auch über 2013 hinaus für Bayern erhalten bleibt.

Meine Damen und Herren, Bayerns Zukunft liegt in innovativen und technologischen Vorsprüngen und hochwertigen unternehmensnahen Dienstleistungen. Gerade auch Mittelstand und Handwerk müssen auf dem modernsten Stand der technologischen Entwicklung sein. Dies setzt Wissen und kreative Lösungen voraus, das heißt Talente, hochqualifizierte Fachkräfte und Wissensträger in allen Branchen. Zwei Drittel der Unternehmen in Bayern haben bereits heute Schwierigkeiten, ausreichend Fachkräfte zu finden. Bis 2015 werden in Bayern laut Prognos 520.000 Fachkräfte fehlen. Deshalb hält die Staatsregierung hier dagegen:

Wir unterstützen die berufliche Bildung bei Industrieund Handelskammern, Handwerkskammern und gemeinnützigen Bildungseinrichtungen mit hohen zweistelligen Millionenbeträgen.

Mit der "Beschäftigungsbrücke Bayern" wollen wir gemeinsam mit der bayerischen Wirtschaft und der Arbeitsagentur Bayern junge Ingenieure und Fachkräfte in Bayern halten.

Wir haben innovative Projekte wie "Bibu - Bildung buchen", "Balance - Gleichstellung von Frauen in der Arbeitswelt" oder den "Jugendwirtschaftsgipfel", der gestern erstmals stattfand, angestoßen. Wir gehen auf junge Menschen zu, um sie zu motivieren und ihnen berufliche Perspektiven zu zeigen.

Die duale Ausbildung ist ein Wettbewerbsvorteil Bayerns, um den uns viele beneiden.

(Beifall bei der FDP)

Sie eröffnet den jungen Menschen einen zuverlässigen Weg in den Beruf und sichert der Wirtschaft die erforderlichen Fachkräfte. Sie trägt zu der im internationalen Vergleich niedrigen Jugendarbeitslosigkeit entscheidend bei. Vor einigen Tagen habe ich eines der vielen Familienunternehmen in Bayern besucht. In den Gesichtern der Auszubildenden sah ich Begeisterung, Neugier und den Willen, die eigene Zukunft in die Hand zu nehmen. Darin, meine Damen und Herren, liegt die Stärke Bayerns. Darauf müssen wir setzen. Es sind gerade die jungen Menschen, die jetzt auf uns zählen. Auch deshalb werden wir die duale Ausbildung weiter gezielt stärken.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Aber es ist genauso klar, dass das allein nicht ausreicht. Deshalb brauchen wir eine Gesamtstrategie mit folgenden Eckpunkten: Abbau der Arbeitslosigkeit und Integration von Hartz-IV-Empfängern in den Arbeitsmarkt. Das ist der erste Punkt. Zweitens, intensivere Einbindung von Frauen, Älteren und Migranten in das Erwerbsleben. Drittens müssen wir weiter der Abwanderung von Fachkräften entschlossen entgegenwirken, und wir müssen viertens gezielt qualifizierte Fachkräfte aus dem In- und Ausland für uns gewinnen und dabei vor allem die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit in der EU gezielt nutzen, um den Fachkräfteengpass abzubauen.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, Bayern muss sich im Wettbewerb um die besten Köpfe offensiver und selbstbewusst positionieren. Machen wir uns nichts vor. Der internationale Wettbewerb um die besten Köpfe ist in vollem Gang. Deutschland hat es bisher nicht geschafft, für hoch qualifizierte Fachkräfte ausreichend attraktiv zu sein.

(Zuruf der Abgeordneten Simone Tolle (GRÜNE))

Die Zukunft Bayerns als eines weltoffenen Landes hängt entscheidend davon ab, inwieweit Unternehmer, Existenzgründer und Fachkräfte aus aller Welt bereit sind, am Standort Bayern zu wirtschaften und zu arbeiten.

(Beifall bei der FDP - Markus Rinderspacher (SPD): Hört, hört!)

Meine Damen und Herren, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, abschließend darf ich festhalten: Die Staatsregierung führt Bayern mit Innovationen, mit Investitionen und mit neuen Talenten in die Zukunft. Wir sind ein Land, in dem es sich für Unternehmen lohnt, zu investieren. Wir sind ein arbeitnehmerfreundliches Land, weil hier attraktive Arbeitsplätze der Zukunft entstehen. Wir sind ein innovationsfreundliches Land und wollen bei neuen Technologien an der Spitze stehen. Wir sind ein weltoffenes Land, und das werden wir auch bleiben.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Meine Damen und Herren, so wird Bayern auch in Zukunft beste Lebensperspektiven für alle seine Menschen bieten. Lassen Sie uns gemeinsam dafür kraftvoll arbeiten.

(Anhaltender Beifall bei der FDP und der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Staatsminister. Ich eröffne die Aussprache. Im Einvernehmen mit den Fraktionen wurde im Ältestenrat eine Redezeit pro Fraktion von 30 Minuten vereinbart. Ich darf als Erstem für die SPD-Fraktion Herrn Kollegen Roos das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Bernhard Roos (SPD): Verehrte Frau Präsidentin, Hohes Haus, sehr geehrter Herr Minister Zeil! Zukunft durch Talente, intensive Einbindung von Migranten in das Erwerbsleben, Akquirierung qualifizierter Fachkräfte aus dem Ausland. Türkischer Ingenieur, tunesischer Mathematiker - ist das so gemeint? Weiß das der Herr Ministerpräsident Seehofer? Ich stelle ab auf die unverantwortliche Stimmungsmache eines vermeintlichen Spitzenpolitikers, der auf niedrige Instink-

te a là FPÖ in Wien setzt. So darf man Wahlerfolge, Stimmungserfolge nicht erzielen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Ministerpräsident, das ist immer noch die alte Lebenslüge der CSU, dass Deutschland, dass Bayern kein Einwanderungsland ist. Dagegen müssen wir uns wenden.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe Mitleid mit einem aus den Reihen der CSU, nämlich mit dem Migrationsbeauftragten. Lieber Martin, Du hast nicht verdient, dass Dein Ministerpräsident und Parteivorsitzender so vorgeht.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Jetzt wende ich mich wieder an die Reihen der FDP: Gestern war ein Empfang der CSU für Hochzeitslader. Möge jeder denken, was er will. Ob Sie schon wieder auf Brautschau sind?

(Thomas Hacker (FDP): Die SPD haben Sie nicht gemeint?)

Herr Zeil, ich empfehle Ihnen: Beim Schafkopf spielen Sie einen Wenz, wo der Unter den Ober sticht! Anscheinend gibt es hier zu wenig Experten.

(Heiterkeit bei der SPD - Thomas Hacker (FDP): Das war zu kompliziert! Wir müssen mehr in die Bildung investieren!)

Zu den Fakten: Deutschland und Bayern sind tendenziell auf dem Weg zum Abwanderungsland. Seit dem Jahr 2008 verlassen Deutschland mehr Migranten und Deutsche als zuwandern. Das ist Anlass, die Alarmglocken zu läuten. Die SPD in Bund und Land würde Bayerns Regierung bei der Forderung unterstützen, einen Punktekatalog für die Zuwanderung einzuführen, auch für die Zuwanderung aus Ländern außerhalb der EU. Angesichts der demografischen Entwicklung sollten wir jedoch nicht zu wählerisch sein. Gut 100.000 Deutsche haben zwar einen Job, aber ohne jedwede Ausbildung. Was fällt Schwarz-Gelb zu diesem Qualifizierungsbedarf ein? Sie kürzen die Zuschüsse an die Bundesagentur für Arbeit und die Bildungsträger gehen in die Insolvenz. Eine Beschäftigungsbrücke? Eine Beschäftigungskrücke. Sie sollten die Berufsschulen und die Hochschulen für die Weiterbildung von Erwachsenen öffnen. Hier schließe ich mich meiner Kollegin Isabell Zacharias an.

(Beifall bei der SPD)

Krise mit Bravour gemeistert? Herr Zeil, Sie sprechen von 3,2 % Wirtschaftswachstum in Vergleich zum

Jahr 2009. Ich frage Sie: Warum vergleichen Sie das Wirtschaftswachstum nicht mit den Jahren 2007 und 2008? Herr Brossardt von der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. - vbw - schätzt, dass noch mindestens ein bis zwei Jahre ins Land gehen werden, bis wir den damaligen Status erreichen, ganz zu schweigen von einem Wachstum darüber hinaus. In der Politik sollte man ehrlich sein und keine rosa Schminke verteilen.

(Beifall bei der SPD)

Die Exporte ziehen an. Das ist richtig. Die Binnenkaufkraft darbt jedoch nach wie vor. Da die Wachstumstreiber gleichwertig sind, muss hinsichtlich des ökonomischen Mehrwerts mehr getan werden. Sie leisten sich eine einsame Einschätzung: Der Bau ziehe wieder an. Wo haben Sie das her? Die Verbände der bayerischen Bau- und Wohnungswirtschaft berichten von einem Einbruch in Höhe von 13,5 % im Jahre 2009 gegenüber 2008. In der Oberpfalz beläuft sich der Einbruch auf sagenhafte 34 % und in der Aufsteigerregion Niederbayern, aus der ich komme, auf ein Minus von 22 %. Die Zahl der neu gebauten Wohnungen befindet sich auf einem historischen Tiefststand von 30.000. 1995 waren es gut 110.000. Ein nachhaltiges und wirksames Konjunkturprogramm wäre es, in diesem Bereich alljährlich zweistellige Zuwachsraten zu schaffen, um Wachstum zu generieren.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben die Unternehmen, die Tarifparteien und die Staatsregierung als Krisendompteure benannt. Was ist mit den Menschen? Sie haben in Ihrer Rede einen kleinen Halbsatz ergänzt, dass es des Fleißes der Menschen bedürfe. Es bedarf aber durchaus auch des Geldbeutels der Bürger. Der Chef der Bundesagentur für Arbeit, Frank Weise, hat gestern auf einer Veranstaltung, die wir beide besuchten, gesagt, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer 6 Milliarden Euro zur Krisenbewältigung beigetragen hätten, indem sie durch Kurzarbeiterregelungen auf Einnahmen verzichtet hätten. Die Unternehmen haben 7 Milliarden Euro beigetragen. Dies ist ein Beitrag auf Augenhöhe, der wertgeschätzt werden muss. Dieser Beitrag darf nicht einfach unter den Tisch fallen.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sollten uns schon daran erinnern, dass es Olaf Scholz, der Bundesarbeitsminister der schwarz-roten Koalition war, der die Kurzarbeit gegen den Widerstand der Konservativen und der Liberalen privilegiert und ausgebaut hat. Das ist noch nicht so lange her. Das war

die Basis für das bayerische Jobwunder. Hier liegt das Copyright.

(Beifall bei der SPD)

Unverschämt wird es beim Konjunkturpaket II. Herr Minister Zeil, die Wahrheit ist doch, dass der Freistaat mit klebrigen Fingern Geld von den Kommunen abgezweigt hat.

(Beifall bei der SPD)

Den Kommunen wurden etwa 400 Millionen Euro vorenthalten. Ich habe die niederbayerischen Zahlen noch genau im Kopf: Statt 141 Millionen Euro kamen 65 Millionen Euro bei den Kommunen an.

Wo Kritik, da auch Lob. Schließlich will ich nicht einseitig sein. Ich nenne zunächst den hohen Industrieanteil. Ich freue mich außerordentlich, dass der Weg in die Wissensgesellschaft nicht nur über die Dienstleistung läuft, sondern dass diese Gesellschaft auch Fertigung und Technologie braucht, industrienahe Dienstleistung und hybride Unternehmen. Respekt für diese Erkenntnis in der Tradition eines Karl Schiller und vielleicht auch eines Otto Wiesheu, um die CSUler zu besänftigen.

(Thomas Hacker (FDP): Apropos Hochzeitslader!)

Herr Seehofer, Sie stehen aber nicht in dieser Tradition. Sie sagen, eine Reindustrialisierung sei unnötig. Sagen Sie einmal den Menschen im Bayerischen Wald, dass die Reindustrialisierung nicht notwendig sei. Ich sehe das ganz anders.

(Beifall bei der SPD)

Ich gebe Herrn Zeil auch recht, wenn er sagt: Mehr Ingenieure, weniger Finanzjongleure. Haben Sie sich Ihre Koalitionäre einmal wirklich angesehen? Haben Sie eine politische Due-Diligence-Prüfung gemacht? Hier sitzen nach wie vor ein Schmid und ein Huber, die zehn Milliarden des bayerischen Volksvermögens in die Binsen gehauen haben. Man kann das nicht anders sagen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Das sind politische Finanzjongleure, Hasardeure und Bankrotteure, die den Steuerzahler nach wie vor viel Geld kosten. Die letzten Tage haben es gezeigt: Ministerpräsident a. D. Dr. Stoiber hat Amnesie. Warnhinweise österreichischer Experten beim HGAA-Deal wurden in den Wind geschlagen. Korruption und Vetternwirtschaft: Die CSU ist Teil der Krise, die wir miteinander bewältigen müssen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN - Alexander König (CSU): Ist heute der 1. Mai?)

Sparen und investieren? Auf dürftigen 13 Zeilen wollen Sie duschen, ohne nass zu werden. Ausgeglichener Haushalt? Vor der Sommerpause hatten Sie sich zu massiven Investitionen in Familie, Bildung und Innovation bekannt. Nun opfern Sie diese auf dem Altar des Stoiberschen Dogmas - inzwischen in der Seehofer-Adaption - vom ausgeglichenen Haushalt. Das geschieht zulasten der Kommunen, zulasten der Unternehmen, zulasten der Familien, der Bildung und der Innovation.

Sehr geehrter Herr Zeil, so verkommt die Abkürzung FBI zu "Fehler, Banalitäten und Ignoranz".

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Zukunft durch Innovationen: Die Wir-sind-wir-Mentalität und das An-der-Spitze-stehen gehören zum bayerischen Programm. Dies ist allerdings auch bildlich gesprochen; denn es fehlt allerorten an Dynamik. Stillstand wäre zwar übertrieben, aber statische Selbstzufriedenheit trifft die Situation sehr gut.

Die Forschungs- und Entwicklungszielsetzung bis zum Jahr 2013 liegt bei 3,2 % des Bruttoinlandsprodukts. Welch anspruchsvolles Ziel. Sie nicken. Es ist aber nicht so; denn Baden-Württemberg, das wir angeblich überholt haben, weist heute schon 4,4 % auf.

Thomas-Frank Dapp von Deutsche Bank Research hat die Innovationskraft der deutschen Bundesländer in einem aufwändigen und ebenso anerkannten Verfahren verglichen. In der Niveau-Betrachtung für das Jahr 2007 kommt er in der Tat zu einem schmeichelhaften Ergebnis für beide Staaten der Südschiene. Auf Platz eins liegt Baden-Württemberg, Bayern liegt gleichauf. Die Wertung der Dynamik und der Veränderungen in den Jahren von 2003 bis 2007 trennt jedoch die bayerische Spreu vom baden-württembergischen Weizen. Baden-Württemberg liegt hier auf Platz 1, Bayern auf Platz 9, kurz vor Mecklenburg-Vorpommern und Bremen. Das ist ein toller Benchmark.

Das gleiche Bild ergibt sich bei den Forschungs- und Entwicklungsausgaben mit einem Minus von 0,15 %. Bei den Hochschulabsolventen haben wir ein kleines Plus von 4 %. Bremen hat 16 %. Bei den Patentanmeldungen haben Sie pro einhunderttausend Einwohner ein Minus von sechs Prozent. Bei den Erwerbstätigen haben wir bei uns ein Plus von einem Prozent, in Berlin-Brandenburg ist es ein Plus von 4,7 %. Das liest sich wie das Psychogramm eines Leistungssportlers, der sich auf den Lorbeeren der Vergangenheit ausruht.

Den Vogel allerdings schießen Sie mit einer allzu rosa gefärbten Bilanz der Breitbandinitiative ab. Sie haben es nicht vermocht, den Geburtsfehler zu beseitigen, den unter anderem auch Erwin Huber verursacht hat. Er hat den Kommunen die Verantwortung für Breitbandanschlüsse zugeschoben. Gerade kleinere Gemeinden haben keine Chance, gegenüber der Marktmacht der großen Telekommunikationsanbieter zu bestehen. Sie sind in ihrer Unprofessionalität Mvox relativ wehrlos ausgeliefert.

(Beifall bei der SPD)

Ansiedlungswillige müssen ebenso wie Private mit vorsintflutlichen Übertragungsraten auskommen, die eine Ansiedlung unmöglich machen Darauf müssen Sie den Fokus richten. Sie müssen die Staatsstraßen des Glasfasernetzes ausbauen. Österreich haben wir, die SPD-Fraktion, schon vor zwei Jahren als beispielgebend gesehen. Vor etwa einem Jahr sind zumindest Teile der CSU-Fraktion nach Oberösterreich gefahren. Geholfen hat es aber immer noch nicht. Jetzt kommt der Clou: Klammheimlich wollen Sie, Herr Zeil, das Programm im Jahr 2011 fortschreiben. Ursprünglich wollten Sie 2010 fertig sein. Zum Jahresende 2010 wollten Sie die weißen Flecken auf der Landkarte gelöscht haben. Das ist nicht geschehen. Das ist für mich ein blankes Eingeständnis des Scheiterns.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, bis dato habe ich viel Mühe darauf verwendet, auf das einzugehen, was Sie, Herr Zeil, gesagt haben. Ich habe Ihre Äußerungen zerpflückt. In meinen Augen war Ihr Vortrag eine Regierungserklärung light. Es müsste noch mehr kommen.

Jetzt gehe ich auf das ein, was Sie bewusst oder unbewusst nicht angeführt oder ausgelassen haben. Zur Wirtschaft gehören die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer genauso wie die Unternehmen. Sie haben kein Wort zu der im europäischen Vergleich katastrophalen Lohnentwicklung verloren. Auch konservative Volkswirte fordern flächendeckend 3 % für alle. In den letzten zehn Jahren haben die bundesdeutschen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Schnitt etwa 1 % zugelegt. In Norwegen waren es sagenhafte 27 %. Der europäische Schnitt bewegt sich zwischen sieben und acht Prozent. Das ist ein Grund für die Wachstumsschwäche, die wir auf dem Binnenmarkt noch immer haben.

(Beifall bei der SPD)

Versetzen Sie die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in die Lage, Geld auszugeben und zu konsumieren. Dann wird es auch besser im Land.

Ihr "Amtsbrüderle" in Berlin hat sich auf fremdes Terrain vorgewagt. Wie ist Ihre Position dazu? Was ist mit einem Tariftreuegesetz? Was ist mit Mindestlöhnen? Was ist mit Equal Pay für Leiharbeitnehmer gemäß der europäischen Richtlinie? Nach dem Motto "Wer hat es erfunden?" reklamieren Sie für sich immer die Koautorenschaft für die soziale Marktwirtschaft und für den Liberalismus. Am Anfang hat es mich noch amüsiert, jetzt irritiert es mich. Wo steht denn etwas von der Anpassung des ökonomischen Weltbilds und des Gerechtigkeitspostulats an heutige Erfordernisse? Wo ist die zündende Idee gegen das Ausbluten ländlicher Räume, das Bayerns Bischöfe brandmarken? Sie schreiben es nur in Ihr Programm hinein. Wo ist das Signal aus dem Wirtschaftsministerium, grenzüberschreitende Europaregionen zu fördern? Ich denke an die Region Donau-Moldau. Der Freistaat sollte dazu ein ganz klares Bekenntnis abgeben und sich hinter die Regionen stellen, die sich, wie in diesem Fall Bayern, Österreich und Tschechien, zusammentun, um gegenüber Brüssel auftreten zu können. Wann kommt endlich der liberale Geistesblitz, entgegen dem Montgelas'schen Zentralismus die Autonomie und Eigenverantwortlichkeit der Landkreise zu stärken? Wir brauchen ein Regionalmanagement mit eigener Budgethoheit, bei dem die Menschen und die Kommunalpolitiker vor Ort darüber entscheiden können, welches Konzept für sie vernünftig ist, in welches es sich zu investieren rentiert. Sie müssen darüber entscheiden, welches Start-up und welche Firma sie unterstützen.

Wieso sprechen Sie kein ministerielles Machtwort gegen die Gedankenspiele in Ihrer Partei, die Gewerbesteuer abzuschaffen? Das würde mich wirklich interessieren. Soweit ich weiß, sind auch sämtliche von der CSU geführte Spitzen in den kommunalen Gebietskörperschaften für den Erhalt der Gewerbesteuer. Warum sind Sie angesichts von mehr als 6.000 Insolvenzen im ersten Halbjahr so schüchtern? Davon habe ich nichts gelesen. Weshalb verlieren Sie keine Silbe zu den Zukunftssorgen unserer ehedem blühenden Luft- und Raumfahrtindustrie? Das brennt auf den Nägeln. Darauf müssen Sie Antworten liefern. Den Unternehmen müssen Sie eine politische Richtschnur geben, in welche Richtung investiert und geforscht werden soll, um den Arbeitnehmern Perspektiven geben zu können.

(Beifall bei der SPD)

Erklären Sie mir schließlich den innovativen Ansatz im Deal der Kanzlerin mit der Atomlobby. Erklären Sie es. Was ist daran innovativ?

(Beifall bei der SPD - Widerspruch bei der CSU und der FDP)

- Hören Sie das Murren auf. Das hat sehr wohl miteinander zu tun. Wer eine moderne Industriepolitik betreibt, darf nicht die Anachronismen fördern und die ausgestorbenen und nur künstlich am Leben erhaltenen Dinosaurier am Netz lassen. Wir fordern ein klares Bekenntnis zum Atomkonsens. Wir werden es immer wieder prüfen. Die Menschen im Lande wollen es so, sonst hätten am Wochenende in München nicht 50.000 demonstriert.

(Zuruf von der CSU: 25.000! - Dr. Thomas Beyer (SPD): Wart ihr dabei? - Super, die CSU war auf der Demo!)

- Es waren 50.000 plus X. Über Global View habe ich alles beobachtet.

Auf viele offene Fragen fehlen die Antworten.

Als Niederbayer schließe ich nach der glorreichen Kabinettssitzung vom Dienstag mit der ehrlich empfundenen Erwartung, dass jetzt ein Run aus dem Landkreis Starnberg, der Ihnen, Herr Zeil, nicht unbekannt ist, in die Boom-Region Bayerwald einsetzen wird, weil es dort am schönsten ist und die Zukunftsaussichten am besten sind.

Mein Fazit lautet: I wie Innovationsschwäche, I wie Investitionsstau und T wie Talentvergeudung. Das ist eine bittere Bilanz und eine grobe Verkennung dessen, was unser Freistaat in diesen Zeiten leisten sollte.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächster hat der Fraktionsvorsitzende Georg Schmid das Wort.

Georg Schmid (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe noch nie 20 Minuten erlebt, in denen mit so viel Freude ein Land schlechtgeredet wurde. 20 Minuten haben Sie das Land nur schlechtgeredet.

(Beifall bei der CSU - Dr. Paul Wengert (SPD): So ein Schmarrn! Zuhören!)

Herr Roos, die Bürgerinnen und Bürger Bayerns und dieses Land haben das nicht verdient. Ihre Rede war nur destruktiv und polemisch.

(Beifall bei der CSU - Dr. Paul Wengert (SPD): Unglaublich!)

Ich sage Ihnen eines: Mit Polemik kann man ein Land nicht führen. Deswegen sind Sie auch nicht an der Regierung.

(Beifall bei der CSU - Dr. Paul Wengert (SPD): Sie müssen sich schämen!)

Von 20 Minuten haben Sie keine einzige Minute für die Zukunft verwendet. Sie haben nur das kritisiert, was Ihnen nicht passt und was nicht läuft. Bayern ist aber ein starkes Land. Es ist deswegen ein starkes Land, weil es fleißige Menschen und starke Unternehmer hat und weil es immer eine gute Regierung hatte, der die SPD nicht angehört hat.

(Beifall bei der CSU)

Bayerns Wohlstand hängt von seinen Ideen ab. Mit immer wieder neuen Innovationen hat Bayern seinen wirtschaftlichen Aufschwung gemeistert. Wir haben keine Rohstoffvorkommen, wir müssen deshalb mit neuen Ideen neue Märkte erschließen. Nur so können wir auch in Zukunft Wohlstand erwirtschaften. Unser Ziel heißt: Bayern wird auch in Zukunft Vorreiter in den zentralen Wachstumsmärkten sein. - Was brauchen wir dafür? Innovationen entstehen schließlich nicht allein im wissenschaftlichen Elfenbeinturm, sondern Innovationen verlangen sehr viel mehr: Tüftler, Träumer, Teams und herausragende Persönlichkeiten, den Geist der Inspiration, Fleiß und Unternehmer, welche die Gunst der Stunde nutzen. Wir brauchen auch Offenheit für Neues in der Gesellschaft und keine Blockadehaltung gegenüber technologischem Fortschritt. All dies ermöglicht erst Innovation.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es bedarf auch der Politik. Wir kommen nicht weiter, wenn die Politik vor technischem Fortschritt nur warnt oder nur Bedenken äußert. Bayern ist deswegen so stark, weil bayerische Politiker und die Politiker der CSU immer mutige Entscheidungen getroffen haben, auch in schwierigen Situationen.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Lachen bei der SPD und den GRÜNEN - Florian Ritter (SPD): Auch bei der HGAA! - Weitere Zurufe von der SPD - Unruhe)

Der technische Fortschritt fällt nicht vom Himmel. Es bedarf einer verantwortlichen Politik. Nicht Technikg-läubigkeit ist gefragt, sondern wir müssen Innovationen anstoßen, die ethisch vertretbar sind. Wir brauchen ein werteorientiertes, vorausschauendes und entschlossenes Handeln für Innovationen, gerade auch in der Politik. Was wäre Bayern, und wo wäre Bayern ohne Alfons Goppel, ohne die Entscheidungen, die während seiner Zeit getroffen wurden? Was wäre Bayern ohne Franz Josef Strauß und die Entscheidungen in seiner Zeit? Der Minister hat den Bau des Flughafens genannt.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Und ohne Stoiber!)

Wo wäre Bayern ohne Edmund Stoiber

(Harald Güller (SPD): Es wäre vor allem deutlich reicher! - Zurufe von der SPD und den GRÜNEN - Unruhe)

und die Entscheidungen, die wir getroffen haben: Offensive Zukunft I, Offensive Zukunft II, High-Tech-Offensive? Die Regionen, von denen Sie gesprochen haben, haben davon profitiert, deswegen ist auch die Arbeitslosigkeit in diesen Regionen geringer, Herr Roos, auch wegen dieser Entscheidungen.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FDP)

Diese Regionen haben von diesen Entscheidungen profitiert und nicht von destruktiven Bemerkungen.

In der Zeit von Horst Seehofer treffen wir die Entscheidungen für die Zukunft,

(Tobias Thalhammer (FDP): Dank Martin Zeil!)

gemeinsam in der Koalition, lieber Herr Kollege Thalhammer -: Die Innovationen und Weichenstellungen, die wir jetzt mit FBI - Familie-Bildung-Innovation - fortsetzen, haben Bayern in den letzten Jahrzehnten nicht nur technischen Fortschritt gebracht. Unser Innovationsvorsprung hat gleichzeitig sozialen Wohlstand und Arbeit für alle gesichert. Staatsminister Zeil hat recht: Diese vorausschauende CSU-Politik der vergangenen Jahrzehnte hat Bayern gerade auch in der internationalen Wirtschafts- und Finanzmarktkrise enorm geholfen.

(Zuruf des Abgeordneten Florian Ritter (SPD))

Dank unserer aktiven Wirtschaftspolitik steht Bayern besser da als alle anderen Länder.

Herr Kollege Roos, Sie haben Beispiele herausgesucht, die zeigen, dass Bayern auf der gleichen Stelle wie Mecklenburg-Vorpommern angesiedelt ist. Ich sage Ihnen eines: Wenn Sie alle Parameter gleichzeitig einbeziehen und sie objektiv und ehrlich betrachten, dann müssen Sie feststellen: Bayern ist ein starkes Land, und Bayern nimmt in allen Feldern Spitzenpositionen ein. Das ist gut so, und das hängt auch mit der guten Politik zusammen, die in den letzten Jahrzehnten gemacht wurde.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Bayern ist der wichtigste Wirtschaftsmotor Deutschlands. Mit unserer antizyklischen Haushaltspolitik haben wir der Krise gegengesteuert. Unsere Haushalte der letzten beiden Jahre waren exzellente Konjunkturprogramme mit Erfolg. Die Wirtschaftskraft unseres Landes ist um weit über drei Prozent angestiegen.

Herr Roos, ich verstehe Ihre destruktive Kritik nicht, wenn wir in diesen Tagen feststellen können, dass wir eine Wachstumsrate von fast dreieinhalb Prozent haben, so viel wie seit Jahren nicht mehr. Wir sollten für diese gute Entwicklung nach dieser schwierigen Wirtschafts- und Finanzmarktkrise dankbar sein.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir haben die Arbeitslosigkeit um 270.000 abgebaut. Ist das denn nicht erfreulich? Ist das denn nicht eine gute Botschaft für die Menschen im Lande? Wir brauchen keine Kehrtwendung in unserer Politik, wie sie die Opposition so oft fordert. Unsere Erfolge sprechen für sich. Bayern ist vom Agrarland zu einer weltweit führenden Innovationsregion aufgestiegen, ist mit einem Bruttosozialprodukt von 430 Milliarden eine der größten Volkswirtschaften Europas und liegt weit vor Österreich, Belgien und Schweden. Das sind die Stichworte. Seien wir auf diese großartigen Leistungen doch stolz! Beklagen wir sie doch nicht, sondern freuen wir uns darüber, dass wir durch die Arbeit der Menschen und durch mutige Entscheidungen der Unternehmer zu diesem Ergebnis gekommen sind!

Das zahlt sich für die Menschen aus. Das sieht man an der starken Wachstumsrate bei zusätzlichen Arbeitsplätzen. Diese liegt weit über dem Bundesdurchschnitt - zehnmal so viel. Die Arbeitslosigkeit ist bei uns doppelt so stark gesunken wie im westdeutschen Durchschnitt. Wir sollten darauf stolz und dafür dankbar sein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit eines Landes ist keine gegebene Größe, sondern sie muss jeden Tag von den Arbeitnehmern und den Unternehmen, aber auch von der Politik neu erarbeitet werden. Die Zeit steht nicht still. Weitere Herausforderungen warten auf uns. Die weltweite Debatte über Klimawandel und Ressourcenknappheit, die Weltwirtschaftskrise und die zunehmende Digitalisierung zahlreicher Lebens- und Arbeitsbereiche sowie neue technische Entwicklungen beeinflussen unser Wirtschafts- und Arbeitsleben. Darauf muss die Politik Antworten geben. Bei der heutigen Regierungserklärung reden wir nicht nur über das Gestern und das Heute, sondern wir müssen auch darüber reden, wie sich das Morgen verändern wird und auf welche Herausforderungen wir miteinander reagieren müssen. Wir müssen auch darüber reden, welche politischen Entscheidungen wir zu treffen haben, damit wir weiterhin stark sind, damit wir weiterhin Exportweltmeister sind, damit wir weiterhin unsere Waren auf der ganzen Welt verkaufen können. Unser Maßstab in der Innovationspolitik war und ist stets: nachhaltige Qualität statt kurzfristige Quantität.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das zahlt sich aus. Innovation, Arbeit, Wohlstand - dieser Dreiklang ist das Erfolgsrezept Bayerns. Ich sage aus aktuellem Anlass: Grundlage für diesen Dreiklang ist eine nachhaltige, generationengerechte und solide Haushaltspolitik. Ich bin Minister Zeil sehr dankbar dafür, dass er darauf auch ausdrücklich hingewiesen hat. Das ist unsere gemeinschaftliche Verantwortung. Solide Finanzen sind die Grundlage für Investitionen in die Zukunft. Solide Finanzen und nachhaltige Innovation sind keine Gegensätze, ganz im Gegenteil: Sie bedingen einander. Seit 2006 hat Bayern keine neuen Schulden aufgenommen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das eröffnet uns heute Handlungsspielräume für die Bewältigung der Zukunft, und darum geht es letztlich, liebe Freunde.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir bekennen uns zum Haushalt ohne neue Schulden. Unser Grundsatz lautet: Nur wer gut wirtschaftet, kann in die Zukunft investieren. Unser Ziel ist es, den Anteil der Ausgaben für Forschung und Entwicklung bis zum Jahr 2020 auf 3,6 % zu bringen. Das ist ein ambitioniertes Ziel; das ist unser politischer Gestaltungswille.

Wenn wir die laufenden Projekte über Schulden finanzieren, das heißt, die Gegenwart über Schulden finanzieren, haben wir - davon sind wir zutiefst überzeugt -, keinen Spielraum für Investitionen und Innovationen in der Zukunft.

Wir müssen die EU-Forschungsmittel stärker abrufen; da haben wir eine weitere, wichtige Aufgabe.

(Zuruf des Abgeordneten Bernhard Roos (SPD))

Wir müssen Steuergutschriften für Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen überlegen. Das ist eine wichtige Entscheidung, die zwar auf Bundesebene zu treffen ist, die wir aber begleiten sollen. Staatsminister Zeil hat die Innovationsschwerpunkte genannt, von der Medizintechnik angefangen bis hin zur Materialforschung; ich darf sie ausdrücklich bestätigen. Das ist ein breites Spektrum für Innovationen. Noch nie war die Zeit so spannend wie jetzt und noch nie war die Zeit so geeignet wie jetzt, um so viele neue Themenfelder mit Innovationen anzupacken.

Ich darf einen Bereich herausgreifen, die digitale Innovation. Wir waren gestern bei den Medientagen. Der Vorstandsvorsitzende des Axel Springer Verlags, Mathias Döpfner, hat die digitale Revolution als vierte Wegmarke menschlicher Kommunikation nach der Sprache, der Schrift und dem Buchdruck bezeichnet. Ja, das ist richtig. Wir müssen diese Chance auch für Bayern nutzen. Wir müssen aus den Clustern, die wir

entwickelt haben, einen Cluster machen. Bayern muss noch stärker vernetzt werden. Das muss unser Ziel sein. Die digitale Neuorientierung bietet dafür eine Möglichkeit. Dafür brauchen wir ein digitales Netz, das kontinuierlich auf einem exzellenten technischen Standard gehalten wird. Das ist eine zentrale Aufgabe für die kommenden Jahre. Bayern muss so eng verknüpft und verbunden sein, dass es ein einziger Cluster für Innovation ist.

Das Thema Umwelttechnik wurde angesprochen. Die Speichertechnologie wird die zentrale Herausforderung sein. Was erreichen wir, wenn wir erneuerbare Energien haben, die Energie, die so erzeugt wird, aber nicht speichern und nicht abrufen können? - Wir haben deshalb den Forschungsverbund "Batterietechnologie" ins Leben gerufen. Ich verweise auf den Energiepark Nürnberg und auf die TU München. Herr Ministerpräsident, aus Baden-Württemberg kommen die ersten Unternehmen zu uns und fragen, ob wir sie in diesem Prozess begleiten können.

Das Thema Mobilität und Elektromobilität wurde angesprochen. Wir sind hier auf einem guten Weg, die Weichen sind mit den Modellregionen Neustadt, Garmisch und dem Bayerischen Wald gestellt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, Innovationen entstehen durch Menschen. Zu einer nachhaltigen Innovationspolitik gehört die bestmögliche Bildungspolitik. Nur wenn jeder Mensch in unserem Land gut gebildet und ausgebildet ist, wird unser Land insgesamt gesehen, innovativ sein. Jedes Talent wird gebraucht und wir geben zu Recht jeden dritten Euro unseres Haushalts für die Bildung und für die Ausbildung der Menschen aus.

(Renate Will (FDP): Echt?)

- Frau Kollegin Will, 15,7 Milliarden Euro geben wir dafür aus. Sie können sich also ausrechnen, wie hoch der Anteil bei einem Gesamthaushalt von 42,3 Milliarden Euro ist. So viel nur, falls Sie es noch nicht wissen.

(Beifall der Abgeordneten Renate Will (FDP))

Bevor wir also ins Ausland schielen, Herr Kollege Roos, müssen wir die Potenziale in unserem Land nutzen. Wir haben über drei Millionen Arbeitslose.

(Bernhard Roos (SPD): Und Hunderttausende Ungelernte!)

Wir haben 1,5 Millionen Menschen, die an Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmen. Dieses Potenzial müssen wir nutzen. Durch eine bessere Ver-

einbarkeit von Beruf und Familie müssen wir auch das Potenzial der Frauen stärker nutzen.

(Zuruf von der SPD: Das haben Sie lange verschlafen!)

Das gilt auch für die ältere Generation von 50 bis 65 Jahren. Wir dürfen bei der Bildungsqualität keine Abstriche machen. Im Übrigen verlosen wir auch keine Plätze an Gymnasien, wie das in Berlin geschieht, Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei der CSU)

In Bayern zählt Leistung. Das ist das sozial gerechteste und gleichzeitig das erfolgreichste Bildungsprinzip. Bildungsabschlüsse zu Schnäppchenpreisen sind keine Garantie für zufriedene und erfolgreiche Lebenswege. Für jeden Einzelnen wie auch für das ganze Land ist entscheidend, dass jeder aus seinen Talenten das Beste macht. Wir müssen die junge Generation auf diesem Weg begleiten und fördern.

Innovationen entstehen aber vor allem auch in unseren exzellenten Hochschulen und in unserer Forschungslandschaft. Seit vielen Jahren haben wir hier einen Schwerpunkt gesetzt. Das war gut und richtig. Bei der Exzellenzinitiative auf Bundesebene haben wir überaus erfolgreich abschneiden können. Wir wollen, dass die Hochschulen als Leuchttürme und nicht als Elfenbeintürme gelten. Wir wollen nicht, dass sich unsere exzellenten Forscher an den Hochschulen abschotten. Wir brauchen vielmehr eine stärkere Verknüpfung zwischen dem, was an den Hochschulen erforscht wird, den dort erzielten positiven Ergebnissen, und dem, was in der Wirtschaft zu marktfähigen Produkten verarbeitet wird. Das ist unser Auftrag. Mit unseren Eliteuniversitäten und mit unseren Fachhochschulen haben wir dafür die beste Grundlage geschaffen. Wir brauchen auch bei den Fachhochschulen eine stärkere Vernetzung zwischen den dort erzielten Forschungsergebnissen und der regionalen Wirtschaft.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, schon heute ist Bayern eine führende Innovationsregion. Neben Baden-Württemberg entwickeln wir hier in Bayern die meisten Patente, und wir haben die besten Hochschulen in Deutschland. 30 Nobelpreisträger stammen aus Bayern. Erhöhen wir diese Zahl, nutzen wir alle Talente in Bayern. Nutzen wir sie! - Für den sozialen Frieden in unserem Lande erachte ich es als nicht hilfreich, wenn wir alle Probleme zur Seite stellen und sagen, wir lösen die Probleme dadurch, dass wir Leute aus dem Ausland holen, dass wir Fachkräfte von außen hereinholen. Zu allererst müssen wir doch unsere Hausaufgaben erledigen.

(Bernhard Roos (SPD): Dann machen Sie es halt!)

Wenn diese Hausaufgaben erledigt sind, und sie werden erledigt werden, dann können wir über alles Weitere reden. Wenn man aber nur Fachkräfte aus dem Ausland fordert, dann macht man es sich zu einfach. Außerdem würde das, und hiervon bin ich zutiefst überzeugt, den sozialen Frieden in unserem Land massiv gefährden.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Bernhard Roos (SPD): Die haben wenigstens Umschulungen, Herr Kollege!)

Verweigern wir uns nicht der Zukunft, nutzen wir stattdessen die Chancen. Setzen wir heute die richtigen Schwerpunkte. Mit den Innovationen von heute schaffen wir Wohlstand und sichere Arbeitsplätze für morgen.

(Anhaltender Beifall bei der CSU und der FDP)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächster hat Herr Kollege Alexander Muthmann das Wort. Bitte schön, Herr Muthmann.

Alexander Muthmann (FW): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Diese Regierungserklärung könnte man mit den Worten betiteln: Vom Schönreden und nochmal Schönreden. Herr Kollege Schmid, wie Sie bin auch ich der Auffassung, es ist nicht alles schlecht, was wir in Bayern haben.

(Georg Schmid (CSU): Guter Mann! - Beifall bei der CSU)

Wir verdanken das vor allen Dingen den Menschen und den Unternehmen in Bayern, die für die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung in unserem Land gesorgt haben.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Sie haben viel für Innovationen getan, Sie sind auch in erster Linie dafür verantwortlich, dass Bayern heute da steht, wo es steht.

Es hilft an dieser Stelle aber nicht, die Dinge nur im glänzenden Licht zu beschreiben, Es gehört auch zu einer Regierungserklärung, eine seriöse Analyse zu machen. Wenn man einen vorderen Platz hat und einen Spitzenplatz anstrebt oder verteidigen will, dann darf man nicht nur Spitzenleistungen der Menschen und der Unternehmen anerkennen, sondern auch die Politik muss Spitzenleistungen erbringen. Selbstzufriedenheit ist an dieser Stelle zu wenig. Ich darf an Alois Glück erinnern, der einmal sagte: "Politik wird

immer mehr zu einem reagierenden Reparaturbetrieb." - Das darf aber, gerade im Hinblick auf die wirtschaftliche Zukunft, nicht der Fall sein.

Der Titel der Regierungserklärung "Innovationen, Investitionen, Talente" ist vielversprechend. Sehr geehrter Herr Zeil, ich meine, die Themen sind durchaus richtig gesetzt. Die inhaltliche Behandlung erschöpft sich aber in der Beschreibung vermeintlicher politischer Leistungen. Ganz Bayern, insbesondere die arbeitenden Menschen und die Wirtschaft dürfen an dieser Stelle erwarten, dass auch die Politik erkennen lässt, welche Inhalte und Strategien in den nächsten Jahren greifen sollen. Aus dem Blickwinkel der Wirtschaft muss auch die Politik berechenbar sein. Innovation setzt Kreativität, setzt Ideen voraus. Das gilt auch für die Staatsregierung, wenn es um innovative Wirtschaftspolitik geht. Das beste Konjunkturprogramm ist die Qualität eigener zusätzlicher Ideen. Hier darf man durchaus Anleihen bei der Wirtschaft machen. Hiervon haben wir aber in den vergangenen Wochen und auch heute zu wenig gehört. Zu wenig wurde darüber gesagt, was künftig zu erwarten sein wird.

Ich will Ihnen eine Reihe von möglichen Tätigkeitsfeldern nennen. Erstens. Wirtschaftspolitik ist ohne Bildungs- und Ausbildungspolitik nicht denkbar. Sie, Herr Kollege Schmid, haben das gestreift. In der Regierungserklärung des Wirtschaftsministers haben wir, von Aussagen zum dualen Bildungssystem abgesehen, dazu aber überhaupt nichts gehört. Darauf werde ich noch zurückkommen. Zweitens. Politik muss sich auch mit der Sicherung der Fachkräfte befassen. Drittens. Ein steuerndes Eingreifen der Politik für Zukunftstechnologien ist eine spannende und schwierige Frage. Die wesentlichen Aspekte offen zu lassen, scheint an dieser Stelle unangemessen. Das Landesentwicklungsprogramm als zentrales Steuerungselement der wirtschaftpolitischen Landespolitik wurde allenfalls gestreift.

Die Wirtschaft - nächster Punkt - leidet unter vielerlei Vorschriften, möchte auch eine Befreiung, eine Entfesselung, wenn es um Vorgaben bürokratischer Art geht. Zum Bürokratieabbau gab es in dieser Regierungserklärung schlicht null Komma null.

(Zuruf von den Freien Wählern: Stoiber kann sich nicht mehr erinnern!)

Auch über Infrastruktursicherung - ein weiterer Punkt - müssen wir reden. Sie haben es angesprochen, allerdings in einer Art und Weise, die auch ein paar Bemerkungen erfordert.

Zuletzt geht es auch um Maßnahmen für gleichwertige Lebensbedingungen in ganz Bayern einschließlich

des Staatssekretärsausschusses. Der Staatssekretärsausschuss jedenfalls - das wissen wir alle - ist keine Maßnahme, um gleichwertige Lebensbedingungen in Bayern herzustellen. Da müssen wir über viele andere Ansatzpunkte reden.

Herr Schmid, Sie haben gefragt: Wo wären wir ohne Edmund Stoiber? - Vielleicht kann Ihnen das Finanzminister Fahrenschon beantworten.

(Beifall bei den Freien Wählern und der SPD - Zurufe von der CSU)

Die Innovationsleistung ist - jedenfalls in erster Linie - nicht politisch motiviert, sondern Innovation ist in erster Linie eine Leistung - das wissen wir beide - der Unternehmen und der Menschen, die dort arbeiten.

(Beifall bei den Freien Wählern und der SPD - Georg Schmid (CSU): Aber richtige politische Weichenstellungen!)

Lassen Sie mich zu den einzelnen Punkten kommen.

Erstens. Eine Regierungserklärung zum Thema Innovation, die sich nicht mit dem Thema Bildung befasst, geht gar nicht. Nur ein bisschen Berufsschule, ein bisschen Duales System - und selbst da, lieber Herr Zeil, wäre es doch wichtig und richtig gewesen, auch einmal auf den eklatanten Lehrermangel bei den Berufsschulen hinzuweisen.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Das ist wichtig für die Schüler, es ist aber auch wichtig für die Unternehmen, für diejenigen, die die Auszubildenden dann in ihre Betriebe auf- und übernehmen. An dieser Stelle könnten Sie doch auch einmal als Stimme der Wirtschaft einen Blick zum Kultusminister richten und sagen: So ist das auch aus Sicht der Wirtschaft inakzeptabel! Es ist auch Aufgabe des Wirtschaftsministers, auf solche Defizite an dieser Stelle hinzuweisen.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Insgesamt hätte ich mir schon gewünscht, dass Sie die Erwartungen an die Schulen auch einmal aus Sicht der Wirtschaft, aus Sicht der Unternehmen formulieren. Das ist schon bei der Mittelschuldiskussion ausgeblieben. Ich hätte schon ein klares Bekenntnis erwartet, was zukunftsorientierte, was innovationsorientierte Bildungsinhalte sind. Da reicht es eben nicht, nur Fachlehrpläne jährlich zu wiederholen. Die müssen abgespeckt werden, und die Persönlichkeitsbildung muss jetzt endlich einmal den Stellenwert und den Rang erreichen, den wir alle und vor allem auch die Wirtschaftsunternehmen wollen.

Da geht es um leistungsbereite, da geht es um kreative, da geht es um interessierte, zuverlässige und teamorientierte Menschen und weniger um das Abspulen von irgendwelchem Fachwissen. Das, was an Fachwissen erforderlich ist, können die Unternehmen selbst den Menschen, den jungen Menschen beibringen.

Die geistige Grundhaltung für Innovation setzt Offenheit für Neues voraus, und das Neue kommt nicht in die Welt, wenn man nur Bekanntes repetiert. Aber wahrscheinlich wird der Wirtschaftsminister bei Bildungspolitik gar nicht gefragt. Jedenfalls lässt das Ergebnis - auch bei der Mittelschuldiskussion - nichts anderes vermuten. Wir müssen auch im Bildungsbereich weg von Organisationsdebatten hin zu Inhaltsdebatten.

Zweitens. Ein Konzept zur Behebung des Fachkräftemangels ist eine ganz zentrale Frage. Sie haben die Zahlen selbst genannt. Prognos hat schon für das Jahr 2015 für Bayern einen Fachkräftemangel von über 500.000 vorausgesagt. Da genügt es nicht, auf eine nächste Staatsregierung nach dem Jahr 2013 zu warten, sondern da sind jetzt zentral alle wesentlichen Weichen zu stellen, wenn es nicht ohnehin bereits zu spät ist. Deswegen wäre es auch in dieser Regierungserklärung dringend notwendig gewesen, deutlich zu machen, wie dieser Herausforderung im Interesse auch der bayerischen Wirtschaft begegnet werden soll.

Unsere Arbeitsmarktprobleme, im Übrigen aber auch unsere allgemeinen sozialpolitischen und gesellschaftlichen Probleme können wir jedenfalls nicht im parteipolitischen Schlagabtausch und durch dumpfe Stimmungsmache gegen Menschen anderer Kulturen bewältigen.

(Beifall bei den Freien Wählern und Abgeordneten der SPD)

Gefragt ist an dieser Stelle eine offene, integrationsbereite Gesellschaft und natürlich auch ein Stufenprogramm. Zunächst müssen wir selbstverständlich alle eigenen Potenziale in unserer Gesellschaft heben. Das gilt vor allem auch - da bin ich wieder beim vorigen Thema - für den Bildungsbereich, aber das wird nicht genügen.

Die Welt schläft nicht. Wir sollten dankbar sein, wenn wir die benötigen Fachkräfte gewinnen können - innerhalb der EU, aber durchaus auch außerhalb. Wenn wir da auch Menschen anderer Kulturen mit in unsere Arbeitswelt integrieren, dann ist das eine Integration erster Klasse. Eine Einbindung ins Arbeitsleben, in den Betrieb mit Kollegen, ist beste Voraussetzung für eine insgesamt gelingende Integration.

Drittens geht es um steuerndes Eingreifen für Zukunftstechnologien. Spannende Fragen sind unbeantwortet geblieben: Wie marktorientiert soll Forschung sein? Wie soll vor allem auch die Vernetzung des Mittelstandes mit der anwendungsbezogenen Wissenschaft verbessert werden?

Der Innovationsgutschein - auch das will ich anerkennen - ist hier durchaus ein Schritt in die richtige Richtung, aber sicherlich noch nicht ausreichend, wenn man Innovation programmatisch und zukunftsfähig auch für die mittelständische Wirtschaft entwickeln will. Da wäre eine Antwort auf die Frage zu erwarten gewesen: Soll der Förderdschungel endlich bereinigt werden, um auch den Unterstützung suchenden mittelständischen Unternehmen die notwendige Transparenz in diesem Bereich anbieten zu können?

Präsident Rodenstock hat auf der Veranstaltung am vergangenen Montag zum Thema eine "Innovationsstrategie mit Hand und Fuß" gefordert. Das sollte auch der Politik zu denken geben; denn wenn es eine Innovationsstrategie ohne Hand und Fuß ist, dann ist es halt ein Torso, und wie weit man mit einem Torso kommt, ist bekannt. Der Ministerpräsident hat bei eben dieser Veranstaltung auch bestätigt, dass eine Strategie aus einem Guss erforderlich ist. Er hat es den Herren Zeil und Heubisch überlassen, diese Strategie zu präsentieren. Am Montag wurde sie nicht präsentiert, heute wurde sie leider auch nicht präsentiert.

Sie haben gesagt, das Land Bayern sei beim Abgreifen von Forschungsmitteln nicht auf Platz eins, lieber Kollege Schmid: Bayern will doch überall den Platz eins erreichen und reklamiert das auch für sich, ist mit weniger als mit dem Platz eins zu Recht auch nicht zufrieden. Da sind wir einer Meinung. Wenn das so ist, dann darf man auch an dieser Stelle mit Blick auf Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen nicht zufrieden sein. Auch da waren doch Antworten auf die Frage zu erwarten, wie wir von einem guten Platz im vorderen Mittelfeld aus den angestrebten Platz eins wieder erreichen können. Ich habe keine Antwort vernommen. Vielleicht können Sie mir das noch einmal erklären.

Zum Thema E-Mobilität und E-WALD und den Ankündigungen, die wir auch heute wieder gehört haben: Das sind keine Heldenleistungen, so wie Sie uns das glauben machen wollen. Zwar ist am vergangenen Dienstag wohl wieder ein Pilotprojekt zur Elektromobilität angekündigt worden, aber zu der doch nicht ganz unwesentlichen Frage, wie dieses Projekt finanziert wird, ist überhaupt keine Antwort zu erwarten. Die Beantwortung dieser Frage wird auf einen sehr viel späteren Zeitpunkt verschoben.

Auch inhaltlich ist das noch nicht sauber gelöst. Dazu, jetzt die E-Mobilität zu forcieren, ohne auf erneuerbare Energien zu setzen, sage ich: E-Autos machen doch nur dann Sinn, wenn der dafür benötigte Strom aus sauberer Energie stammt.

(Beifall bei den Freien Wählern und Abgeordneten der SPD)

Es ist auch doppelzüngig, wenn die Staatsregierung einerseits erneuerbare Energien durch ihren Atomlobbyismus blockiert und andererseits gleichzeitig das Öko-Auto anpreist. Das passt halt nicht zusammen! Das Elektroauto kann dabei ein Baustein, ein wichtiger Baustein bei der Entwicklung von Speichertechnologien regenerativer Energien sein. Das muss Hand in Hand gehen. Da fehlt die Antwort, wie diese Konzepte weiterentwickelt werden.

Viertens, zum Landesentwicklungsprogramm, Herr Staatsminister. Nicht ganz zufällig ist die Landesentwicklung vor Jahren aus dem Umweltministerium in das Wirtschaftsministerium gewandert. Die Chance, dieses Instrument jetzt im Sinne einer Gesamtsteuerung zu nutzen, ist von Ihnen bislang völlig unbeachtet geblieben.

Wir haben das Bekenntnis zu gleichwertigen Lebensbedingungen in ganz Bayern gehört. Es steht schon im Grundgesetz. Die Ankündigung, die Bayerische Staatsregierung werde das Grundgesetz auch künftig beachten, haben wir zwar gern gehört, aber das darf auch als Selbstverständlichkeit vorausgesetzt werden.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Mehr zum Landesentwicklungsprogramm haben wir nicht erfahren. Ich fürchte, Sie haben noch keine klaren Vorstellungen zu so zentralen Fragen, wie es mit dem Vorrangprinzip und dem Vorhalteprinzip ausschaut und wie es mit dem Wettbewerb der Regionen ausschaut, der durchaus leistungssteigernd sein könnte. Sind das nicht auch Aspekte, denen man sich im Bereich der Landesentwicklung vermehrt stellen könnte oder müsste?

Auch haben wir an dieser Stelle nichts zur Effizienz der Arbeit des Staatssekretärsausschusses gehört. Liebe Frau Hessel, damit ist es leider nicht weit her; ich würde gern etwas anderes sagen, aber das geht an dieser Stelle beim besten Willen nicht.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Fünftens: Bürokratieabbau. Hierzu haben wir kein Wort gehört, Herr Zeil. Es wäre eine große Chance für einen Wirtschaftsminister, zum Thema Bürokratieabbau nicht nur etwas zu sagen, sondern vor allem

etwas zu tun, weil dies möglicherweise nichts kostet. Viele Dinge, mit denen Sie sich konfrontiert sehen, sind kostspielig. Über Infrastruktur müssen wir gleich noch reden. In Zeiten knappen Geldes ist die Verwirklichung der Pläne nicht so ganz einfach.

Aber wenden Sie sich auch einmal den Dingen zu, die nicht unbedingt Geld kosten, sondern über intelligente Lösungen und ohne viel Geld realisierbar sind und der Wirtschaft zugutekommen könnten. Da ist Bürokratieabbau ein klassisches Feld. Ich denke, es ist auch ein klassisches Feld der FDP.

Im Koalitionsvertrag steht: Bürokratie abbauen, Staatsquote herunter. Das sind Dinge, die sich schön lesen lassen. Aber nicht das Wort, sondern die Tat ziert den Mann, sehr geehrter Herr Staatsminister. Es dürfen also Dinge nicht nur vollmundig angekündigt werden, sondern es muss auch etwas nachfolgen.

Bürokratieabbau wäre auch ein Mittelstandsförderprogramm. Aber in der Regierungserklärung haben wir nichts dazu gehört. Das lässt nichts Gutes erwarten.

Herr Zeil, die Freien Wähler haben zum Ladenschluss einen - zugegeben: bescheidenen, aber vereinfachenden - Vorschlag gemacht. Die Gruppierung FDP - -

(Thomas Hacker (FDP): Wir sind sogar eine Partei!)

- Wenn Sie so weitermachen, nicht mehr lange.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Ihre Gruppierung oder Partei, Herr Zeil, die FDP, hat auch an dieser Stelle schon Ablehnung angekündigt. Sie wollen also noch nicht einmal einen kleinen Schritt tun. Es geht hier einmal in fachlicher Hinsicht um Interessen, aber auch um ein Signal insgesamt. Sind Sie überhaupt interessiert, bürokratische Hürden, die sich den Menschen und Unternehmen entgegenstellen, abzubauen? Was Sie an dieser Stelle bisher geboten haben, ist ein Trauerspiel und macht hier die Aufforderung notwendig, dringend in sich zu gehen, nachzudenken und entsprechende Konsequenzen zu ziehen. Das gilt nicht nur bezüglich unseres Entwurfs zum Ladenschluss, sondern generell für das Feld des Bürokratieabbaus. Dieses Feld muss endlich einmal ernsthaft beackert werden.

Ich könnte noch eine Reihe weiterer Beispiele nennen, ich will aber nur ein paar Schlaglichter setzen.

Die Wirtschaftspolitik kann ganz generell in Richtung Bürokratieabbau Bremsen lösen und die staatliche Kontrollmanie abbauen. Dieser Tage habe ich mir vom Verband für Ländliche Entwicklung sagen lassen, dass jeder Euro, der ausgegeben wird, durch zehn Prüfinstanzen geprüft wird. Die Energien, die dafür verschwendet werden, könnte man sehr viel besser an anderer Stelle nutzen. Dass wir Geld brauchen und es nicht nur mit der Intelligenz gehen wird, wird jedem spätestens dann klar, wenn wir über Infrastruktursicherung sprechen.

Ihre Ausführungen, die Sie an dieser Stelle gemacht haben, veranlassen mich auch, die folgenden Bemerkungen zu machen:

Die erste Bemerkung mache ich zu Sein und Schein. Richtig ist, dass eine leistungsfähige Infrastruktur Voraussetzung für wirtschaftliche Entwicklung ist. Aber was Sie beschrieben haben und das, was tatsächlich ist, liegt ein gutes Stück auseinander.

Sie haben gefragt: Welche Perspektive hätten die Menschen heute ohne unser leistungsfähiges Schienen- und Straßennetz im ganzen Land? Reden Sie denn im Kabinett nicht miteinander, Herr Zeil? Sprechen Sie einmal mit dem Herrn Innenminister, der am 1. November 2009 in einer Stellungnahme zum Zustand der Staatsstraßen an die Präsidentin Folgendes berichtet hat - ich darf zitieren -:

Es ist zu erwarten, dass sich die Straßensubstanz bei gleichbleibendem Mitteleinsatz auch in Zukunft weiter verschlechtern wird. ... ein bekanntes Phänomen.

Dann das Hohelied der Infrastruktur zu singen passt mit dem anderen nicht zusammen.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Bei der Schiene ist es nicht anders. Auch da kennen wir die zahllosen Defizite unserer Infrastruktur. Ich bringe beispielhaft nur die Themen Elektrifizierung der Strecke Hof - Regensburg, notwendiger Ausbau der Strecke Plattling - Landshut und vor allem die wirtschaftlich angemessene Erschließung des Chemiedreiecks in Erinnerung.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Wir dürfen an dieser Stelle heute auch noch einen Dringlichkeitsantrag beraten.

(Erwin Huber (CSU): Stimmen Sie zu?)

Das ist natürlich ein bisschen seltsam, aber ich will die Debatte an dieser Stelle nicht vorwegnehmen. Sie fordern die Staatsregierung auf, den Wirtschaftsausschuss zu informieren. Wir fühlten uns eigentlich ausreichend informiert. Auch bei Ihnen hätten wir das als durchaus denkbar unterstellt. Aber dazu sage ich an anderer Stelle mehr.

Sie haben gesagt: Es ist alles prima und bestens. Aber das stimmt hier nicht. Es sind Aussagen der Art zu erwarten, dass wir einerseits einiges geschafft haben, andererseits noch viele Aufgaben zu bewältigen sind. Es wäre Aufgabe einer solchen Regierungserklärung gewesen, auszusagen, wie sich der Wirtschaftsminister die Schließung der Lücken in der Infrastruktur vorstellt. Aber auch dazu haben wir nichts gehört.

Die Sache mit dem Breitband, Herr Zeil, haben wir schon oft genug diskutiert. Aber allein immer die Position zu wiederholen, die schon eineinhalb Jahre alt ist, verkennt die Dynamik in diesem Entwicklungsbereich. Wir haben nach wie vor das Breitbandförderprogramm, das als Zielgröße eine Geschwindigkeit von 1 MBit zum Inhalt hat. Obwohl dies alles längst überholt ist, stellen Sie sich hierhin, ohne etwas zur neuen LTE-Technik zu sagen. Sie haben nichts zum Verhältnis Ihres Förderprogramms zur LTE-Entwicklung gesagt.

Sie haben des Weiteren - das hat mich nicht überrascht - nichts zu der Frage gesagt: Ist es eine staatliche Aufgabe, diese Infrastruktur für ganz Bayern zu gewährleisten? Da geht es nicht nur um MBit und auch nicht um eine Lösung bis 2010/11. Vielmehr wird dies eine Daueraufgabe sein und bleiben, wie es bei Straße und Schiene der Fall ist.

Verstehen Sie doch bitte einmal, dass es da einer Gesamtsteuerung bedarf. Es darf nicht sein, dass über 2.000 Gemeinden mit schwierigen technologischen Zugangsfragen sowie mit betriebswirtschaftlichen und Ausschreibungsproblemen konfrontiert sind, mit denen sie nicht zurande kommen können. Da ist beispielsweise auch die Marktmacht der Telekom so groß, dass auf gleicher Augenhöhe verhandelt werden muss und nicht jeder einzelne Bürgermeister diese Aufgabe erfolgreich bewältigen kann.

(Zurufe von der CSU)

Das ist auch ein Thema, das wir mit den Bürgermeistern diskutieren werden. An dieser Stelle ist der Gemeindetag sehr unserer Meinung. Dies werden Sie feststellen, wenn Sie sich mit dem Thema befassen. Wir werden uns an dieser Stelle in Übereinstimmung mit dem Gemeindetag mit dieser Forderung weiterhin an die Bayerische Staatsregierung wenden, das als eigene staatliche Aufgabe zu verstehen.

Nur kurz zum Thema ÖPNV; denn auch das ist immerhin Infrastruktur. Da haben wir in den vergangenen Jahren vor allem ein Handicap erlebt, dass näm-

lich die Förderung so wechselhaft war. Mir ist durchaus bewusst, dass das Geld nicht zu üppig ist und dass man natürlich auch da Balanceentscheidungen zu treffen hat. Aber einmal rein in die Pantoffel und dann wieder raus aus den Pantoffeln ist auch an dieser Stelle den Unternehmen gegenüber nicht richtig. Die Politik muss vor allem verlässlich sein, und dazu gehört auch eine Verstetigung der Förderpolitik und der Busförderung, aber auch, dass die staatliche Verpflichtung einer angemessenen Ausgleichszahlung nach § 45 a des Personenbeförderungsgesetzes längst überfällig und zu erfüllen ist. Auch das soll an dieser Stelle vermerkt sein.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Noch kurz zur Infrastruktur bzw. zur politischen Kultur: Natürlich gibt es zu der Frage, wie man mit Infrastrukturprojekten umgeht, ob man dafür oder dagegen ist, unterschiedliche Positionen. Ihre Formulierung, wer bei Infrastrukturprojekten bremst und blockiert, setzt die Zukunft unseres Landes aufs Spiel, rekurriert wohl auf die dritte Startbahn oder auch auf den zweiten S-Bahn-Tunnel. Sie hätten in diesem Zusammenhang vielleicht auch den Donauausbau nennen können. Da bitte ich, was die demokratische Kultur angeht, anzuerkennen, dass alle zusammen, die dafür und die dagegen sind, an jeder Stelle um die bestmögliche Lösung ringen und gute Argumente vortragen können.

Im Übrigen wird Ihnen nicht entgangen sein, dass beispielsweise die FDP-Stadtratsfraktion in der Stadt München zum zweiten S-Bahn-Tunnel ein Ratsbegehren gegen dieses Projekt initiiert hat. Das sollten wir gegenseitig schon anerkennen und an jeder Stelle miteinander ringen dürfen, ohne uns dem Vorwurf auszusetzen, nicht zukunftsfähig zu sein oder die Zukunft des Landes aufs Spiel zu setzen. Das, würde ich unterstellen, tut in diesem Haus niemand. Wir haben beste Gründe dafür, die Großprojekte, die Sie da genannt haben, abzulehnen.

Letzter Punkt: Maßnahmen für gleichwertige Lebensbedingungen. Welche denn? Dass Artikel 72 des Grundgesetzes uns dazu verpflichtet, habe ich schon gesagt. Die Regionalförderung, deuten Sie an, soll auf dem bisherigen Niveau fortgesetzt werden. An dieser Stelle darf ich Sie selbst zitieren: "Es wird davon ausgegangen, dass viele Investitionen, die derzeit" - das war ein Schreiben vom 07.05.2010 - "auf Eis liegen, bei einer anziehenden Konjunktur in 2010 nachgeholt werden. Dann wäre die Mittelausstattung völlig unzureichend." Ich bitte Sie, sich auch dieser Einschätzung wieder zu erinnern, die Sie noch im Mai dieses Jahres hier in diesem Haus selbst präsentiert haben.

Welche Konsequenzen sind möglich? Die EFRE-Förderung (EFRE: Europäischer Fonds für regionale Entwicklung, Anm.) über das Jahr 2013 hinaus zu sichern, ist ein Punkt, den wir auch dieser Tage von der Bayerischen Staatsregierung wieder gehört haben. Aber dann müssen Sie schon die Europaregion als eine Idee unterstützen, die aus den Regionen kommt und in den Regionen neue Impulse setzen will. Da genügt es nicht, wenn Staatsminister Schneider sagt, die Staatsregierung lehne eine Verlagerung von Kompetenzen ebenso wie eine Zersplitterung der Förderzuständigkeiten durch Übertragung auf die regionale oder lokale Ebene ab. - Ja, wo sind wir denn? Es ist schön zu sagen: Europaregion, das wollen wir unterstützen. Wir unterstützen zwar eine Struktur, aber zu sagen haben darf sie dann nichts. Das ist kein Beitrag zu einem vernünftigen, kooperativen Mit- und Nebeneinander.

(Beifall bei den Freien Wählern)

"Mut zu Neuem!" würde ich Ihnen zurufen wollen. Mut zu mehr regionalen Kompetenzen, weg vom Zentralismus Bayerns, weg vom Machtmonopol der Ministerien, das wäre auch ein Beitrag dazu, die Politikverdrossenheit aufzuheben und ein Stück weit mehr Mitwirkung in den Regionen und durch die Menschen zu ermöglichen.

Lieber Herr Zeil, Sie haben gesagt, mich wundert es, wie schnell wir aus der Krise gekommen sind. Ich denke, das bezog sich vor allem auf die Wirtschaft. Auf die Krise der Staatsregierung kann sich das nicht bezogen haben, wenn Sie so weitermachen. Da muss noch mehr kommen. Wir haben Ihnen eine ganze Reihe von Ideen mit auf den Weg gegeben. Wir diskutieren das mit Ihnen auch künftig gerne weiter und unterstützen Sie darin, wenn Sie das auch selbst an Innovationskraft aufbringen, was die Wirtschaft seit Jahren aufbringt und die wirtschaftliche Entwicklung in Bayern in dieser Form ermöglicht hat.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als nächster Redner hat Herr Dr. Martin Runge das Wort, bitte schön.

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen, werte Staatsregierung! Wir sind immer noch so naiv, dass wir hoffnungsvoll und hoffnungsfroh in eine Regierungserklärung reingehen. Aber man muss einfach konstatieren, es war nichts Neues, nichts Überraschendes; kein Bröckchen davon, zumal wir heute früh schon, Herr Kollege Sauter, die Regierungserklärung in der Zeitung nachlesen konnten. Man muss aber auch sagen: Auch da war es für uns nichts Neues und nichts Überraschendes.

Eine dürre Presseerklärung oder zwei, drei Minuten Redebeitrag hätten genügt, um das vorzutragen und rüberzubringen, was letztlich in einer halben Stunde - es waren nur 23 Minuten - verpackt gewesen ist.

Kolleginnen und Kollegen, Herr Minister, wir sind selbstverständlich alle froh, dass wir erstmal so schnell aus der Krise gekommen und mit allenfalls einem blauen Auge davongekommen sind. Nur, Herr Minister, wir bitten Sie, schon einmal ernsthaft zu reflektieren: Was ist hier Rolle, was ist Beitrag der Staatsregierung? Wir wissen alle - und ich hoffe, Sie sind sich dessen genauso bewusst wie wir -, dass in Deutschland die Länder in der Wirtschaftspolitik nur eine ganz, ganz kleine Rolle spielen. Das heißt, der eigentliche Spieler ist der Bund. Verstärkt ist es auch die Europäische Union - das kann man bewerten, wie man will - und das sind auf der anderen Seite die Kommunen. Auf Landesebene haben wir es gerade mal mit der Wirtschaftsförderung zu tun, wobei die meisten Gelder, die wir ausreichen, nur durchgereichte Gelder sind, also woanders herkommen. Und dann kann die Staatsregierung noch den Troubleshooter, also Feuerwehr, spielen, wenn es brennt. Ansonsten ist das Instrumentarium in der Wirtschaftspolitik sehr. sehr begrenzt. Das Recht der Wirtschaft ist Bundesrecht, das Recht der Arbeit ist Bundesrecht. Auch sehr, sehr viele andere Rechtsfelder, die dann letztlich die Wirtschaftspolitik bestimmen, sind eben an anderer Stelle angesiedelt. Also, bitte nochmals ernsthaft nachdenken: Was ist und was war Ihr Beitrag? Dabei scheinen Sie, Herr Minister Zeil, sehr schnell zu lernen und sich in diesem Haufen sozialisieren zu können.

Die Backen werden aufgeblasen. Es wird angegeben, dass es nur so pfeift. Ich darf aus Ihrer Rede zitieren: "Der größte Erfolg der schwarz-gelben Regierung in Bayern ist die Entwicklung am Arbeitsmarkt."

(Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Das nächste Zitat, Zitat zwei: "Hervorragende Entwicklung ist kein Wunder." Und dann stellt sich die Staatsregierung "aufgrund ihrer mutigen Weichenstellungen" in eine Reihe mit - das war wiederum Zitat - "den Unternehmen, Unternehmern, den Mitarbeitern in den Unternehmen und den Tarifparteien". Also, Herr Minister Zeil, Sie drohen wirklich nach den Stoibers und Wiesheus in ihrer Großspurigkeit nahtlos weiterzumachen. Geht's gut, dann war es immer die Staatsregierung. Geht's schlecht, dann sind's immer die anderen.

(Thomas Hacker (FDP): Die Opposition ist halt schuld!)

Das ist immer so gewesen, und scheinbar machen Sie weiter so, egal ob es im Kleinen ist, egal ob es beispielsweise Unternehmensschicksale betrifft oder ob es um die gesamtgesellschaftliche, die gesamtwirtschaftliche Lage geht.

Herr Schmid, weil Sie gerade so seicht dazwischenplappern -

(Lachen bei der SPD)

"sehr leise" sage ich, wenn Ihnen die Begrifflichkeit nicht gefällt -, Sie haben zweimal in Ihrem Redebeitrag den Begriff "mutige Entscheidung" gewählt.

(Georg Schmid (CSU): Ja!)

Da muss ich wirklich sagen, Herr Schmid: Es war "mutig", die Milliarden anderer, nämlich der Steuerzahler, zu riskieren und letztlich auch zu versemmeln. Also, Hut ab vor Ihren mutigen Entscheidungen.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD - Ulrike Gote (GRÜNE): Ja, genau!)

Wieder zurück zur Wirtschaftspolitik und zu den Ländern. Sie sind in der Wirtschaftspolitik im engeren Sinne kein großer Spieler, aber was den Rahmen der wirtschaftlichen Entwicklung anbelangt, gibt es tatsächlich Felder, wo ganz wichtige, elementare Weichenstellungen getroffen werden können und auch zu treffen sind. Da ist beispielsweise die Infrastrukturpolitik und da ist auch die Bildungspolitik.

In der Bildung - das haben wir beim letzten Tagesordnungspunkt erlebt - läuft es alles andere als rund. Es gab vorhin durchaus berechtigte Kritik. Wir haben es jetzt mit den Absolventen des G 8 und des G 9 zu tun, die an die Hochschulen drängen. Hier gibt es massive Defizite. Wir haben beispielsweise viel zu viele Studienabbrecher, viel zu viele Abbrecher in der Lehre, wir haben eine viel zu frühe Selektion. Das alles ist nicht gut für den Wirtschaftsstandort Bayern. Das schreiben Ihnen so auch die Verbände ins Stammbuch.

(Thomas Kreuzer (CSU): Leier, leier, leier!)

Zur Infrastrukturpolitik. Es sind schon einige Vorredner auf Ihre Worte zur Breitbandinitiative eingegangen. Das Selbstlob, das hier kam, ist an dieser Stelle völlig falsch. Bayern hinkt weit hinterher. Fragen Sie Kommunen, fragen Sie Unternehmer.

Sie können jetzt sagen: Wir haben es nicht verbockt. Das ist richtig, das waren andere. Wir erinnern uns an einen Ihrer Vorgänger, der hier gesagt hat, der Ausbau des Breitbandes sei nicht nur keine öffentliche Aufgabe, sondern es gebe dafür auch überhaupt kei-

nen Bedarf. Das haben wir an dieser Stelle erleben müssen, und das zu einem Zeitpunkt, als sich andere Länder, beispielsweise Rheinland-Pfalz, bereits längst ihre Förderprogramme haben notifizieren lassen. Diesen Punkt wieder herauszukehren, ist einfach armselig.

Spannender sind für uns allerdings die Ausführungen zur Verkehrsinfrastruktur, denn diese sind schon bemerkenswert. Herr Minister, nehmen wir als Beispiel den Flughafen München II. Dass eine Verlagerung von Riem weg notwendig war, ist überhaupt keine Frage. Aber es geht um den Standort, und es geht auch um die Größenordnung und den Größenwahn. Diesen tragen wir nicht mit.

Ein weiteres Beispiel ist die A 94. Auch das haben Sie nicht zu verantworten, das sei Ihnen zugestanden, Herr Minister Zeil. Aber bei diesem Projekt hat die damalige Staatsregierung die Bevölkerung und auch die Wirtschaft jahrzehntelang in Geiselhaft genommen, nur um eine bestimmte Trasse durchzudrücken. Die Trasse über Haag wäre wesentlich schneller und Jahrzehnte vorher realisierbar gewesen. Aber man hat sich auf etwas versteift, was in unseren Augen und auch in den Augen der Bevölkerung nicht gut war. Diese Defizite sind Ihnen anzulasten.

Zur Strecke München - Mühldorf - Freilassing haben wir nachher noch einen ganz famosen Dringlichkeitsantrag. Ich weiß gar nicht, wie wir abstimmen sollen, denn selbstverständlich sind wir für den Ausbau auch des genannten Teilstücks nach Tüßling. Aber wenn es heißt, Herr Huber: "Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich weiterhin einzusetzen," dann bedeutet das ja, dass wir weitere 50 Jahre warten dürfen.

Das wäre eigentlich eher kontraproduktiv.

Fazit ist: Seit 1985 ist die Maßnahme in der ersten Priorität, und seitdem haben Sie es nicht geschafft, über Bund und Bahn auch nur ansatzweise weiterzukommen. Wir fragen uns, woran es hapert. Es klemmt ganz klar an den von Ihnen immer wieder falsch gesetzten Prioritäten. Wenn Sie einen Wunschzettel präsentieren, der letztlich alles enthält und überhaupt nicht finanzierbar ist, dann werden wir bei den wirklich wichtigen Projekten in Bayern niemals weiterkommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vor allem, meine Damen und Herren von der Staatsregierung und den sie tragenden Fraktionen, fordern und befördern Sie milliardenteure Prestigeprojekte von zweifelhaftem Nutzen, und die dort vergeudeten Gelder fehlen dann selbstverständlich für die wichtigen Vorhaben.

Ihr Anknüpfen an die Vorgänge zu Stuttgart 21 ist etwas, was ich wirklich bemerkenswert finde. Da haben wir in Ihrer Rede gehört und auch nachlesen dürfen: Ausführungen zum rechtsstaatlichen Verfahren. Wir kennen die Sätze, es sei ja durch alle Parlamente gelaufen, lange diskutiert und beschlossen worden.

(Thomas Kreuzer (CSU): Sind Sie für den Ausbau Ulm - Stuttgart oder dagegen?)

- Ich bin massiv gegen den Ausbau, wie er jetzt geplant ist, aber nicht realisiert werden wird. Wir haben im Bundestag dagegen geredet, und wir haben hier schon vor zehn Jahren dagegen argumentiert.

(Thomas Kreuzer (CSU): Sie sind ein reiner Populist!)

- Ich erkläre Ihnen auch, was passiert.

"Ohne Wenn und Aber" war noch eine Formulierung. Das trägt als Begründung nicht, um Projekte, die in unseren Augen Schwachsinnsprojekte sind - anders kann man sie nicht bezeichnen -, mit aller Gewalt und auf Teufel komm raus durchzudrücken.

(Beifall der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE) - Unruhe bei der CSU)

- Schön, dass Sie versuchen, mich zu provozieren. Dann gehe ich etwas mehr in medias res.

(Thomas Kreuzer (CSU): Sie sind ein reiner Populist! Sie fordern den Ausbau des Schienenverkehrs und dann sind Sie dagegen!)

Ich will Ihnen sagen, wie es läuft, Herr Kreuzer, was dann die sogenannten rechtsstaatlichen Verfahren sein sollen. Da liegen Gutachten vor, da liegen Untersuchungen vor, sogenannten Gutachten zugrunde, in denen getrickst wird, getäuscht wird, manipuliert wird, gelogen wird, dass die Schwarte nur so kracht. Anders kann man es nicht bezeichnen.

Der Nutzen wird schöngerechnet und schöngeschrieben, die Kosten werden immer ganz dramatisch und bewusst heruntergerechnet. Da geht es gar nicht um Kostenerhöhungen, wie sie im Laufe der Zeit üblich wären, beispielsweise angelehnt an die Entwicklung der Baupreisindizes. Nein, es werden ganz bewusst viel zu niedrige Kosten angesetzt, und dann, wenn man schon relativ weit im Baufortschritt ist, erfährt die staunende Öffentlichkeit: Hoppla, das kostet jetzt 2 Milliarden mehr, das kostet 3 Milliarden mehr, das kostet 5 Milliarden mehr, wobei diese Beträge bei Stuttgart 21 und Wendlingen - Ulm schon gar nicht mehr reichen.

Herr Kreuzer - jetzt geht er -, wir haben das doch im Landtag oft genug erlebt: München - Ingolstadt - Nürnberg 3,8 Milliarden Deutsche Mark ist hier im Landtag erzählt worden. Wir haben gesagt, der Bund Naturschutz hat es gesagt und der Bundesrechnungshof: Es wird ungefähr doppelt so teuer kommen. Es waren über 3 Milliarden Euro.

Beim Transrapid war es so: Zwei Wochen, bevor er zu Grabe getragen wurde, haben Sie hier noch steif und fest behauptet: Es werden nicht mehr als 1,8 Milliarden Euro. Wir haben schon eineinhalb Jahre zuvor gesagt: 3,43 Milliarden Euro, und genau an dieser Summe ist er dann gescheitert.

Das Gleiche erleben wir jetzt bei der Verlängerung der "Rennstrecke" Nürnberg - Erfurt und bei Stuttgart 21. Herr Kreuzer wird dann meine Rede nachlesen. Aktuelle Gutachten der sma Zürich, der Uni Stuttgart und des Umweltbundesamts sagen ganz klar: Der verkehrliche Nutzen ist nicht gegeben, es wird massive Fahrstraßenkonflikte geben, es gibt neue Zwangspunkte, die Steigung Ulm - Wendlingen ist viel zu steil. Leute, überlegt euch sehr genau, was ihr da macht.

(Georg Schmid (CSU): Und was machen wir dann?)

Und die Kosten, Herr Schmid, explodieren in eine dramatische, überhaupt nicht mehr finanzierbare Größenordnung.

(Georg Schmid (CSU): Also machen wir nichts?)

- Doch. Sie können sehr wohl etwas machen, aber Sie müssen nicht immer die ursprünglichen Projekte machen. Bei München - Ingolstadt - Nürnberg zum Beispiel hätte es eine Variante über Augsburg - Treuchtlingen gegeben, die ungleich besser gewesen wäre und nicht so teuer gekommen wäre.

(Georg Schmid (CSU): Aber in Wendlingen müssen Sie den Berg hinauf!)

Herr Minister Zeil, interessant ist in diesem Kontext Folgendes. Sie reden fast allen Verkehrsprojekten das Wort, zwei allerdings lehnen Sie dezidiert ab. Damit Sie uns nicht falsch verstehen: Wir freuen uns, dass wir Sie hier an unserer Seite wissen. Allerdings hat es schon ein Gschmäckle, dass das eine Projekt wenige Kilometer im Osten Ihres Wohnorts liegt - der Wohnort ist Gauting, und Sie wissen, welches Projekt ich meine, nämlich den Autobahnsüdring - und das andere Vorhaben wenige Kilometer im Westen Ihres Wohnorts, da geht es um die Fliegerei in Oberpfaffenhofen. Das hat also mit Sicherheit ein Gschmäckle.

Aber lassen wir es an dieser Stelle einfach mal so stehen.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN - Ulrike Gote (GRÜNE): Wenn's der Sache dient!)

Zur Wirtschaft - und damit gehe ich wieder weg von der Rahmensetzung - einige Punkte. Von Herrn Roos und von Herrn Muthmann ist vieles zur Wirtschaftsförderung genannt worden, dem wohl wichtigsten Instrument, das uns zur Verfügung steht, Herr Minister. Erst aktuell wurde ihnen vom Landgericht Bayreuth attestiert, dass das Wirtschaftsministerium hier massiv schludert und schlampt.

Es geht los mit der Bewilligung der Mittel in einer desolat unpräzisen Art und Weise und endet bei der fehlenden Kontrolle der Mittelverwendung. Ich bitte Sie also noch einmal herzlich, das, was das Landgericht Bayreuth in seinem Urteilsspruch über die Betrügereien in der IHK-Akademie gesagt hat, nachzulesen und endlich zu handeln. Das ist kein neuer Fall. Wir hatten die Geschichte fast spiegelbildlich beim OWZ Bayern. Die Fördermittel wurden für Projekte verwandt, für die sie nicht gedacht waren, auch zur Finanzierung der Infrastruktur insgesamt. Hier muss angesetzt, hier muss gehandelt werden.

Herr Kollege Muthmann hat kurz den Bürokratieabbau angesprochen und Beispiele genannt. Ich füge eines hinzu in der Hoffnung, Sie damit auf unserer Seite zu haben - wobei Sie das jetzt nicht sagen dürfen. Zum Bürokratieabbau könnte und müsste man die Rolle der Kammern hinterfragen, nämlich ob sie sich wirklich auf so vielen Feldern bewegen dürfen, und ob sie einerseits Zwangsmitglieder haben und andererseits diesen mit ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit Konkurrenz machen. Weiter muss man hinterfragen, ob das Monopol der Berufsgenossenschaften sein muss.

Herr Minister, zur Subsidiarität gab es vor der Wahl schöne Töne. Nach der Wahl war leider nichts mehr davon zu erleben. Wie ist es denn um die Subsidiaritätsklausel im Mittelstandsförderungsgesetz, beispielsweise mit der drittschützenden Wirkung, bestellt, die Sie vorab stets gefordert haben? - Jetzt finden wir die Forderung nirgendwo niedergelegt.

Ein weiterer Punkt betrifft das Verhalten der Staatsregierung im Kontext mit den Aktivitäten des Bundesrats und der Bundesregierung. Auch das wurde kurz angesprochen. Die GRÜNEN sind der Meinung, dass Sie im Interesse der bayerischen Wirtschaft massiv gegen den Ausstieg aus dem Atomausstieg hätten aufbegehren müssen. Sie hätten die Kürzungen bei der Solarförderung und beim Marktanreizprogramm nicht mittragen dürfen. Hier geht es um Innovationen und um Arbeitsplätze. Anstatt sich für die Interessen der

bayerischen Wirtschaft einzusetzen, ducken Sie sich lieber weg.

Zwei Punkte möchte ich noch ansprechen, die erstmal über den Tellerrand der Wirtschaft in Bayern hinausreichen, aber einen ganz direkten und wichtigen Bezug zu Bayern haben.

Wirtschaftspolitik, Herr Minister, hat selbstverständlich das individuelle und gesellschaftliche Wohlergehen zu fördern. Die Wirtschaftspolitik in Bayern muss dafür Sorge tragen, dass Bayern als Wirtschaftsstandort stark und zukunftsfähig bleibt. Herr Schmid, ich mache Sie darauf aufmerksam, dass ich gesagt habe: "stark bleibt". Es muss dafür Sorge getragen werden, dass die Chancen genutzt werden und den Schwachpunkten und Defiziten entgegen gearbeitet wird. Wir sagen allerdings auch klar, dass die Wirtschaftspolitik ihren Rahmen kennen muss, dass sie der Begrenztheit der Ressourcen Rechnung zu tragen hat, dass sie die gerechte Teilhabe aller an der Wertschöpfung im Auge haben muss und es der Wirtschaftspolitik ein Anliegen sein muss, dass die Menschen in allen Teilen unserer Erde und auch die künftigen Generationen bei den Früchten der Wirtschaftspolitik und der Wertschöpfung Berücksichtigung finden müssen. Das ist heute mitnichten gegeben.

Wirtschaften heißt, haushälterisch mit knappen Gütern umgehen. Unser Wirtschaftsstil basiert aber hauptsächlich auf Verschwendung und Ausbeutung. Wir meinen, die Wirtschaftspolitik muss gegensteuern. Zurzeit läuft alles anders herum, nämlich in Richtung eines "Weiter so", "Wachstum, Wachstum über alles, koste es, was es wolle". Wir meinen, dass das nicht tragfähig und auch nicht zukunftsfähig ist. Die Lage ist alles andere als stabil. Sie ist weiterhin fragil. Die Fortsetzung der Eurokrise zeigt, dass ein längerer Atem und eine längere Perspektive wünschenswert wären, was das Handeln in der bayerischen Wirtschaftspolitik anbelangt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Beim zweiten Punkt sehe ich Sie an, Herr Ministerpräsident. Es geht um Europa und die Europäische Union. Wir bemühen öfter die Fragestellung zur wirtschaftspolitischen Koordinierung einerseits bis hin zur europäischen Wirtschaftsregierung andererseits. Zu diesem Spannungsfeld gibt es viele Interpretationen, aber auch viele Entwicklungen.

Die EU-Kommission hat ein neues Legislativenpaket mit sechs Bestandteilen vorgelegt. Es sind fünf Verordnungsentwürfe und ein Richtlinienentwurf. In zwei dieser Verordnungsentwürfe geht es klar um die Wirtschaftspolitik im engeren Sinne, nämlich um die Überwachung der allgemeinen Wirtschafts- und Strukturre-

formpolitik. Ich sage es noch einmal: Überwachung der allgemeinen Wirtschaftspolitik und die Überwachung der allgemeinen Strukturreformpolitik. Ziel ist, gegen übermäßige Ungleichgewichte vorzugehen, wobei wir uns die Frage stellen müssen, ob nur das Ungleichgewicht beim Inlandsprodukt, beim Wachstum und bei anderen Indikatoren nach unten gemeint ist oder ob es auch um die Entwicklung nach oben geht, die zum Beispiel von Frankreich an Deutschland kritisiert wird. Wir meinen, man muss sehr genau hinterfragen, was des Weiteren geplant ist; denn in den beiden Verordnungsentwürfen geht es um Korrekturmaßnahmen, Fristen und Sanktionen. Dazu, Herr Wirtschaftsminister, hätten wir uns eine Positionierung Ihres Hauses und der Staatsregierung gewünscht, weil dieses Thema aktuell ist. Wir meinen, dass es gilt, die Entwicklung sehr, sehr aufmerksam zu beobachten.

Der letzte Gedanke wurde auch schon hinreichend vom Kollegen Bernd Roos bemüht. Er spielt im Rahmen der Debatten zu den Dringlichkeitsanträgen eine entscheidende Rolle. Herr Minister, Sie haben in Ihrer Rede am Schluss zweimal ausgeführt, Bayern sei ein weltoffenes Land. Sie nicken jetzt freundlich und bestätigen, dass ich aus Ihrer Rede zitiert habe. Ich interpretiere das so: Die FDP hätte gerne, dass sie sagen könnte, Bayern sei ein weltoffenes Land. Aber die FDP muss dazu sagen, der Regierungspartner wolle schlicht und ergreifend nicht mitmachen.

Ich greife der Debatte nicht vorweg, die später im Rahmen der Dringlichkeitsanträge geführt wird und die sich mit der Aussage und Ansage unseres Ministerpräsidenten befassten. Ich greife eine andere Sache auf, die zur Frage, was die Bayerische Staatsregierung dem Wirtschaftsstandort Bayern Gutes tut und was sie ihm Schlechtes tut, direkten Bezug hat. Sie erinnern sich, Ende September dieses Jahres wollte unser - er ist nicht anwesend - "Gesundheits-, Lebens- und Sonstnochetwas-Minister" wieder in die Schlagzeilen und landete dort groß: Minister Söder fordert Burka-Verbot. Was war die Reaktion? - Es gab einen entsetzten Aufschrei der Wirtschaft. Es gab einen entsetzten Aufschrei von Krankenhäusern, von Kaufhäusern, vom Handel generell und von der Hotellerie. Es wurde befürchtet, dass der Minister die beste Kundschaft vertreiben könnte. In den Münchner Kaufhäusern kann man im Sommer nicht nur in der Kosmetikabteilung die Schilder in arabischer Schrift sehen, sondern auch auf den Toiletten finden Sie "Damen" und "Herren" in arabischen Schriftzeichen.

(Zuruf des Abgeordneten Erwin Huber (CSU))

- Gott sei Dank ist es auch noch in deutscher Sprache angeschrieben. Wir finden unseren Weg, egal ob in Bogotá, Havanna, Algier und auch in München.

Mit solchen pressegierigen Aktionen von Herrn Minister Söder schaden Sie ganz konkret dem Wirtschaftsstandort Bayern. Herr Minister Zeil, Sie sollten Ihren Kollegen rechtzeitig packen und auf die richtige Spur bringen; denn es hätte offenkundig sein müssen, welchen gewaltigen Schaden er anrichtet.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fazit: Selbstverständlich hüten wir uns davor, alles schlechtzureden, was läuft und vor allem was gelaufen ist. Wir sagen weiterhin: Bayern ist wirtschaftsstark. Wir wollen haben, dass wir das auch weiterhin sagen können. Die Backen aufzublasen, Herr Zeil und Herr Seehofer, reicht nicht. Es ist zwar schön, wenn Sie die Backen aufblasen, es muss aber viel, viel mehr kommen. Sie hätten viel konkreter auf einzelne Felder der Wirtschaftspolitik und auf Problemlagen eingehen können und müssen. Wie es zurzeit läuft, wissen wir bei Ihnen Bayern nicht in guten Händen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Ich bitte nun Herrn Hacker für die FDP an das Redepult.

Thomas Hacker (FDP): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenige Monate nach der größten Wirtschaftskrise seit den Dreißigerjahren steht Bayern blendend da. Martin Zeil hat es in seiner Rede eindrucksvoll ausgeführt. Die Arbeitslosigkeit liegt bei 4 %, in der Prognose für die Zukunft sprechen viele von Vollbeschäftigung. Die Jugendarbeitslosigkeit, ganz wichtig für unsere Gesellschaft, ist deutlich niedriger als vor einem Jahr. Die Zahl der Unternehmen in Bayern wächst. 6.700 neue Unternehmen kamen hinzu. Ganz besonders wichtig: Die Zahl der versicherungspflichtig Beschäftigten steigt. Heute haben 50.000 Menschen mehr als noch im Sommer des letzten Jahres einen festen Job. Der Anteil der staatlichen Investitionen ist hoch. Als Kehrseite der Medaille zahlt Bayern knapp 3,4 Milliarden Euro in den Länderfinanzausgleich.

Das ist der Erfolg der Menschen in diesem Lande. Diese Zahlen belegen, dass Bayern wirtschaftlich erfolgreich ist und dass der Standort hoch innovativ ist. So muss es in Bayern auch bleiben. Das alles ist kein Selbstzweck. Der Rest der Welt schläft nicht und der Innovationsvorsprung gegenüber Indien oder China ist nicht mehr so groß, wie er einmal war. In den aufstrebenden Schwellenländern entwickeln sich neue Wettbewerber für die bayerische Wirtschaft. Die Un-

ternehmen dort werden zwar noch etliche Jahre brauchen, bis sie das Niveau der Betriebe in Bayern erreicht haben, aber - auch das ist klar - sie lernen deutlich schneller als die Mitbewerber der Vergangenheit. Wenn wir nicht voranschreiten, fallen wir zurück. Stillstand ist Rückstand.

Wir dürfen uns nicht selbst genug sein und uns auf dem Erreichten ausruhen. Der Blick nach hinten, Herr Roos - ich sehe ihn zwar nicht mehr -, mag einigen genügen. Wir müssen aber die Zukunft im Auge haben und wir müssen nach vorne schauen. Wir müssen ständig besser werden und alles dafür einsetzen, dass die Innovationskraft Bayern auch in Zukunft erhalten bleibt. Die dringenden Innovationen betreffen in Bayern vor allem die Unternehmen. Circa 80 % der Forschungsaufwendungen werden von Unternehmen getragen. Das ist im Vergleich der deutschen Bundesländer ein sehr hoher Wert. Diese Innovationskraft muss die Staatsregierung und müssen alle Politiker weiter fördern. Herr Runge, es ist nicht so, dass der Einfluss der Landesregierungen auf die Wirtschaftsentwicklung eines Landes gering oder nicht vorhanden ist. Warum sollte sich Bayern in den letzten Jahren so gut entwickelt haben und warum sollte Bayern in der Krise stärker nach unten gegangen sein als Baden-Württemberg und jetzt schneller und deutlicher nach vorne kommen, wenn die Landespolitik keinen Einfluss nehmen könnte und nehmen müsste?

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Bei all dem lohnt sich gelegentlich der Blick über die Grenzen des Freistaates hinaus. Worauf setzen die Länder, die weltweit im Aufbruch sind und die weltweit nach vorne gehen? Es sind die Bildung - Herr Muthmann, ein wichtiges Thema - und eine starke Mittelschicht. Durch eine bessere Bildung bauen diese Länder ihrer Jugend die Brücken in die Zukunft. Durch die Stärkung der Mitte stabilisieren sie die Gesellschaften. Das sind die Rezepte überall in der Welt von Argentinien bis - man höre - zur Volksrepublik China. Diese Länder stellen die Bildung und Stärkung der Mitte in den Vordergrund. Dann müssen auch wir unser ganzes Augenmerk auf diese beiden Bereiche richten.

(Beifall bei der FDP)

Investitionen in die Bildung - wir haben es schon in der Aktuellen Stunde gehört -sichern die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Sie fördern Integration und gesellschaftliches Engagement und schaffen die Voraussetzung für faire Aufstiegschancen, damit jeder persönlich an den Vorteilen unserer innovativen Gesellschaft teilhaben kann. Deshalb galt unser Augenmerk in den letzten beiden Jahren der Bildung - stär-

kere Durchlässigkeit, Reform beim G 8, Kooperationsmodell, Ausbau der Ganztagesschulen, Hochschulautonomie und Ausbau der Hochschulen für die zwei Abiturjahrgänge. Dieses Engagement gilt es auch in Zeiten, in denen gespart werden muss, zu erhalten. Wir sind davon überzeugt, sparen zu müssen. Wir dürfen den zukünftigen Generationen keine weiteren Schulden hinterlassen. Wir müssen uns aber sehr genau ansehen, wo gespart wird und welche Bereiche für die Zukunftsfähigkeit der Kinder und Jugendlichen in unserem Land wichtig sind.

(Beifall bei der FDP)

In den letzten beiden Jahren wurde in Bildung massiv investiert. Die Ausgaben sind um 2 Milliarden, von 12 auf 14 Milliarden Euro, angestiegen. Es wurden zusätzliche Lehrerstellen geschaffen und die Zahl der Ganztagesschulen - 50 % im Jahr 2009/2010 - wurde deutlich erhöht. Auch zum neuen Schuljahr wurden 100 weitere gebundene Ganztageszüge an den Grundschulen neu genehmigt. Das zeigt, wie wichtig gerade die Bildung ist. Wir wollen weitergehen mit der eigenverantwortlichen Schule, der Verbesserung der frühkindlichen Bildung und mit einer soliden Finanzierung unserer Hochschulen. Für Bayern ist das existenziell wichtig.

(Beifall bei der FDP)

Der Wohlstand in Bayern im Jahr 2030 wird vor allem davon abhängen, wie qualifiziert unsere Kinder und Enkel ausgebildet werden. Bildung ist der Wirtschaftsmotor der Zukunft.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Eine innovative Wirtschaft braucht aber auch künftig genügend Arbeitskräfte. Ob es uns gelingt, den drohenden Fachkräftemangel zu bekämpfen, ist gerade für die Unternehmen in Bayern, für unsere Wirtschaft, eine Existenzfrage. Schauen Sie sich den Maschinenbau an. Auf diesem Feld sind unsere Unternehmen führend. Die starke Position werden wir schnell verlieren, wenn wir unsere Wirtschaft nicht in die Lage versetzen, auch in Zukunft qualitativ hochwertige und gut ausgebildete Facharbeiter einstellen zu können. Bereits im Aufschwung wird deutlich, dass in manchen Berufsgruppen die Arbeitskräfte knapp werden. Für die Zukunft zeigen die Studien ganz dramatische Entwicklungen auf. Allein in Bayern sollen bis 2030 über eine Million Arbeitskräfte fehlen. Dabei geht es nicht nur um die Spitzenkräfte. Deutschlandweit gehen in den kommenden Jahren 1,5 Millionen Personen mit abgeschlossener Lehre in Rente. Das heißt, der deutschen Wirtschaft gehen nicht nur die Ingenieure aus. sondern vor allem die Facharbeiter. Um das zu verhindern, brauchen wir ein ganzes Bündel von Maßnahmen. Am Anfang steht dabei natürlich zu Recht die Weiterqualifizierung. Wir brauchen lebenslanges Lernen, wir brauchen eine immerwährende Weiterqualifizierung der Menschen in diesem Land. Wir brauchen eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, um neue Potenziale auszuschöpfen. Wir brauchen flexiblere Ruhestandsgrenzen, um älteren Mitmenschen nach deren Bedürfnissen die Möglichkeit zu geben, im Arbeitsleben zu verbleiben.

Wir müssen alle Anstrengungen unternehmen, um junge, gut ausgebildete Menschen im Inland zu halten. Bei all den aufgeregten öffentlichen Debatten über Deutschland als Einwanderungsland verlieren wir eines leicht aus dem Blick: In Wahrheit ist Deutschland zunächst einmal ein Auswanderungsland. Die Zahl der Fortzüge von Deutschen hat sich allein von 2001 bis 2006 um 42 % erhöht. Wer geht? Es sind die gut Ausgebildeten und Qualifizierten. Hier ist die Politik gefordert. Wir müssen die Arbeits- und Lebensbedingungen in unserem Land so attraktiv machen, dass junge Spitzenkräfte hier bleiben oder - noch besser - hierher zurückkehren.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Wir müssen uns auch der Herausforderung stellen, mehr qualifizierte Einwanderer für unsere Wirtschaft zu gewinnen. Auch hier könnten wir von anderen Ländern lernen. Kanada zeigt, wie man Migration steuern und den Wert einer offenen und toleranten Gesellschaft mit den wohlverstandenen Interessen einer Nation verbinden kann. Es ist wichtig, dass wir jungen, talentierten Menschen aus allen Teilen der Welt an unseren Hochschulen Möglichkeiten geben, sich weiterzuentwickeln, so, wie es in den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik Deutschland gang und gäbe war. Junge Menschen hier auszubilden bedeutet: Auch, wenn sie in ihre Heimatländer zurückkehren, gibt es Verbindungen zu Deutschland, Verbindungen zu den Unternehmen, was dem gemeinsame Nachvornekommen dient.

Einen ersten Schritt zu mehr Offenheit hat die Bundesregierung gemacht, indem sie Regeln für eine leichtere Anerkennung anderer beruflicher Qualifikationen geschaffen hat. Hier ist der richtige Weg eingeschlagen. Diesen Weg muss Deutschland mit der aktiven Unterstützung Bayerns weitergehen. Wer dies verneint, verschließt die Augen vor der Realität. Er verschließt die Augen vor der demografischen Entwicklung und setzt somit den Spitzenplatz des Forschungs-, Wissenschafts- und Innovationsstandortes Bayern aufs Spiel.

Meine Damen und Herren, wenn junge Menschen Bayern verlassen, hat das zum einen damit zu tun, dass sie durch ihren Weggang ihr persönliches Wohlergehen im Ausland besser verwirklicht sehen. Sie tun es aber auch oft deshalb, weil andere Länder mehr Freiheit bieten, zum Beispiel mehr Forschungsfreiheit oder mehr Offenheit für neue Ideen. Walter Scheel hat einmal gesagt: Nichts geschieht ohne Risiko, aber ohne Risiko geschieht auch nichts.

Wir reden in diesem Hohen Haus zu Recht oft über die Risiken neuer Technologien, müssen aber auch ihre Chancen sehen. Wir müssen uns auf Veränderungen einlassen und dürfen neuen Technologien nicht schon von vornherein mit Misstrauen begegnen. Nur so wird unsere Gesellschaft weiter vom Fortschritt profitieren. Eine Politik der Fortschrittsverweigerung setzt die Zukunft Bayerns aufs Spiel.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Meine Damen und Herren, manche in diesem Hohen Hause kommen mir so vor, als ob sie wie Robinson Crusoe auf einer einsamen Insel lebten, umgeben von Wasser, nicht eingebunden in die Europäische Union und in eine Welt, in der es viele Länder gibt, die mehr Dynamik und Innovation zeigen.

Wenn wir es nicht schaffen, Forschungsfreundlichkeit und die Akzeptanz neuer Technologien in unserer Gesellschaft zu erhalten, und wenn wir es nicht schaffen, notwendige Infrastrukturmaßnahmen in Angriff zu nehmen und nach vorne zu bringen, wird dieses Land Bayern, wird die Bundesrepublik Deutschland die eigene Zukunft aufs Spiel setzen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Wenn wir das Energiekonzept der Bundesregierung betrachten, eine Brücke zu bauen, bis die regenerativen Energien die Versorgung der Grundlast sicherstellen können, dann scheint bei manchen noch nicht angekommen zu sein, welche Widerstände es in der Bevölkerung auch dann gibt, wenn in der Nachbarschaft neue Windräder gebaut werden sollen, wenn neue Solarparks auf den Feldern geplant werden oder wenn neue Biomassekraftwerke errichtet werden sollen. Denn immer dann regt sich Widerstand in der Gesellschaft. Ich muss diese Technologien aber auch umsetzen und anwenden, denn nur dann können wir das andere Ende der Brücke in der Energie erreichen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

In den letzten Tagen hat Robert Edwards den Nobelpreis für Medizin bekommen, weil er vielen Millionen Menschen half, den Kinderwunsch zu erfüllen. Glauben Sie, bei den Debatten, die wir in der Bundesrepublik Deutschland derzeit führen, wäre das möglich gewesen, wäre eine solche Forschung und Innovation zu verwirklichen gewesen? Mehr Mut, mehr Zuversicht und mehr Bereitschaft, neue Entwicklungen aufzunehmen, das wünsche ich mir für dieses Land.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Weil das unsere Grundüberzeugung ist, macht es aus unserer Sicht sehr wohl einen Unterschied, wer in der Regierungsverantwortung ist.

(Widerspruch bei der SPD und den GRÜNEN)

Weil wir dieses Land als FDP nach vorne bringen wollen, arbeiten Wolfgang Heubisch, Martin Zeil und Katja Hessel daran, ein forschungsfreundliches und innovationsfreundliches Bayern zu gestalten, um die Zukunftsfähigkeit dieses Landes zu erhalten.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, was ist Innovation? Eine Idee, ein Patent, ein Prototyp allein sind noch keine Innovation. Wir brauchen für diese merklichen Neuerungen immer auch die Möglichkeit der Umsetzung in der Wirtschaft. Deswegen arbeiten unsere Minister, arbeiten wir daran, die Verzahnung zwischen Wissenschaft und Wirtschaft noch stärker zu verbessern, den Technologietransfer zu verstärken, und wir arbeiten daran, dass mehr von den hervorragenden Forschungsergebnissen tatsächlich in Produkte umgesetzt werden.

Meine Damen und Herren, wenn wir auf die aufstrebenden Länder der Welt blicken, fällt neben der Schwerpunktsetzung auf Bildung und Bildungsinvestitionen eine weitere Gemeinsamkeit auf: Fast alle diese Länder setzen auf eine starke Mittelschicht. Aus dem Mund eines Liberalen mag es etwas seltsam klingen, sich darauf zu berufen. Aber immerhin tritt morgen in Peking das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei zusammen. Das liegt Ihnen ja näher.

(Harald Güller (SPD): Ich habe immer gehört, das sei unter Westerwelle so! - Weitere Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Es soll dort ein neuer Fünfjahresplan diskutiert werden.

Man höre und staune: Bei diesem neuen Fünfjahresplan geht es nicht darum, die Großindustrie zu fördern, und es geht nicht darum, das Heer von Billigarbeitern weiter auszubauen, sondern es geht um die Urbanisierung des Landes und um die Schaffung einer neuen Mittelschicht, die durch ihren Konsum für ein Wachstum jenseits des Exports sorgt und darüber hinaus die Klammer in der Gesellschaft bildet.

Und wenn schon China erkennt, wie wichtig die Mittelschicht ist, dann bestärkt uns das nur darin, unser ganzes Augenmerk auf eine ganz starke Mitte zu setzen, die zusammenhält und die für die Gerechtigkeit in unserem Lande so entscheidend ist. Denn diese Mitte verbindet die wirtschaftliche Dynamik mit dem sozialen Zusammenhalt, und so ist eine starke Mittelschicht die beste Stabilitätssicherung für dieses Land, für die sich jeder Einsatz lohnt.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Gesellschaften haben eine Zukunft, wenn sie auf Freiheit setzen, gleichzeitig aber auch die Verantwortung sehen und übernehmen. Diese Verbindung von Freiheit und Verantwortung gilt über alle Zeiten und Grenzen hinweg. Wir arbeiten daran mit ganzer Kraft, dass diese Freiheit, die Möglichkeit sich zu entwickeln, als Weg in die Zukunft ein Erfolgsmodell für Bayern bleibt.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Danke, Herr Kollege Hacker. Ich bitte für die CSU nun den Herrn Kollegen Schöffel nach vorne.

- Ist Herr Schöffel da? - Ja! Entschuldigung, es gab hier im Saal so viel Gewühle, dass ich schon dachte, die Kollegen rüsteten sich schon zum Aufbruch. Bitte sehr, Herr Kollege Schöffel.

Martin Schöffel (CSU): Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bayerische Wirtschaftspolitik ist eine Erfolgsgeschichte.

(Zuruf von der CSU: Jawohl! - Zurufe von der CSU: Bravo! - Beifall bei der CSU)

Das zeigt sich ganz besonders nach der letzten Krise. Aus der Sicht des ländlichen Raumes ist besonders hervorzuheben, dass die Unternehmen in allen Regionen unseres Landes gestärkt aus der Krise hervorgehen. In allen Teilen unseres Landes gibt es heute Hochtechnologieunternehmen, die für den Weltmarkt produzieren. Durch die Konzentration der Regionalförderung auf die strukturschwachen Räume wurden Arbeitsplätze da geschaffen und gesichert, wo sie besonders im Fokus standen.

Durch den Mittelstandsschirm sowie den starken Einsatz von Staatsregierung und LfA, aber auch der Arbeitgeber und Arbeitnehmer konnte vielen Unternehmen in schwieriger Zeit geholfen werden und ihre Existenz konnte gesichert werden.

Durch die Einrichtung von Hochschulaußenstellen im ländlichen Raum werden neue starke Impulse gesetzt

in Richtung Forschung und Entwicklung und in Richtung Technologieführerschaft. Mit sinnvollen Modellregionen bringen wir Themen wie die Elektromobilität voran. Von der Bildung von Clustern profitieren gerade auch die Unternehmen im ländlichen Raum. Und der Freistaat selbst wird auch Arbeitsplätze gezielt aus den Ballungszentren hinaus verlegen. Alle Regierungsbezirke haben eine Arbeitslosenrate unter dem Schnitt der alten Bundesländer. Die Investitionen der Vergangenheit zum Beispiel in die Universitäten und Fachhochschulen waren richtig. Sie zahlen sich jetzt aus und wir spüren jetzt überall im Lande die positiven Wirkungen.

Das alles sind nur Schlaglichter, aber sie belegen, dass Bayern auf einem erfolgreichen Weg ist. Unsere Bilanz ist hervorragend. Gleichwohl schauen wir noch genauer hin. Denn wir wissen, dass nicht alle wirtschaftspolitischen Fragen beantwortet sind. Unser Grenzland zu den neuen Bundesländern und zu Tschechien hat die Folgen der jahrzehntelangen Randlange und des Strukturwandels zu verkraften. Die großen Anstrengungen der letzten Jahre haben sich ausgezahlt. Es braucht jedoch weitere Hilfen zur Selbsthilfe. Weite Teile unseres ländlichen Raumes haben sich früher oder später mit den Folgen des demografischen Wandels auseinanderzusetzen. Unsere vorrangige Aufgabe ist es, wie im LEP (Landesentwicklungsprogramm, Anm.) festgeschrieben, uns mit der Entwicklung des ländlichen Raums zu beschäftigen und Konzepte für die Zukunft zu entwickeln.

Wir müssen und werden verhindern, dass die Bevölkerungsentwicklung, wie vom Statistischen Landesamt prognostiziert, eintritt. Die Folge wäre eine Erodierung der bayerischen Wirtschaftskraft, weil Kaufund Fachkräfte außerhalb der Metropolen fehlen. Außerdem wird die Vorhaltung der Infrastruktur immer schwieriger. Wir kennen die Diskussion aus der Schulpolitik bei zurückgehenden Geburtenzahlen. Unternehmen bangen um den Zuzug von Fachkräften und den Erhalt von guten Leuten.

Deswegen stellen sich folgende Fragen: Reichen die positiven Impulse der Vergangenheit aus, um diesen Herausforderungen zu begegnen? Bestehen unsere Landkreise überall die Zukunft und den Wettbewerb um Menschen und um Kapital? Wie sieht es mit der im LEP angesprochenen Veränderung der Eigentumswerte im Freistaat aus? Jetzt ist die Zeit, die Rolle und die Chancen des gesamten ländlichen Raums im Freistaat für die Zukunft zu definieren und für zukunftsfähige Ziele Konzepte und Strategien zu entwickeln.

Gerade in wirtschaftlich guten Zeiten müssen wir unsere knappen Mittel dort konzentrieren, wo wir wirtschaftlich aufzuholen haben, in Regionen, die momentan nicht aus eigener Kraft den Anschluss an die Entwicklung halten können. Die Menschen in allen Regionen Bayerns hängen sich voll rein. Deswegen ist Bayern auch so erfolgreich. Unser ländlicher Raum, jede Region unseres Landes, muss sich als zukunftsfähiger Lebensraum und als echte Alternative zur Metropole profilieren. Das sind grundsätzliche Fragen in Bezug auf das Vorhalteprinzip von wichtigen Einrichtungen und nach professionellem Personalmanagement. Frau Staatssekretärin, unser Staatssekretärsausschuss hat Beispielregionen festgelegt, in denen diese Themen bearbeitet werden sollten.

(Alexander Muthmann (FW): Was ist daraus geworden?)

Außerdem sollten meines Erachtens in den Beispielregionen Reglementierungen des Landesentwicklungsprogramms komplett ausgesetzt werden, um die Entwicklung dieser ländlichen Gebiete gezielt voranbringen zu können; auf der Grundlage unserer Grundprinzipien: Vorrang, Vorhaltung und gleichwertige Lebensverhältnisse. Lieber Kollege Muthmann, da fällt uns sehr viel ein.

(Harald Güller (SPD): Machen, machen, machen!)

- Es wird sehr viel getan. Das habe ich eingangs bereits ausgeführt. Meines Erachtens muss ein neues Programm für den ländlichen Raum folgende Punkte erfassen: Wir brauchen die Fortführung der erfolgreichen Regionalförderung auf hohem Niveau. Wir setzen uns dafür ein, dass dies über das Jahr 2013 hinaus geschieht. Darin stecken echte weitere Anreize zur Schaffung von neuen zukunftsfähigen Arbeitsplätzen.

Heute haben wir sehr viel über die Verkehrsinfrastruktur und wichtige Entscheidungen der letzten Jahrzehnte diskutiert. Nach den Ausführungen des Kollegen Dr. Runge ist es richtig und wichtig, immer wieder darauf hinzuweisen, wie schwierig die Dinge durchzusetzen waren. Das waren mutige Entscheidungen. Lieber Kollege Dr. Runge, in einem Punkt ist Ihre Argumentation jedoch nicht schlüssig. Sie beklagen, dass Großprojekte für ihre Umsetzung viel zu lange brauchten. Als Beispiele nennen Sie die ABS 38 und die A 94. Gleichzeitig verbünden sich Ihre Leute mit denjenigen, die protestieren, verhindern und Konzepte sowie Gutachten anzweifeln.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Damit sorgen Sie auch für Verzögerungen. Damals hat es im Zuge der Bauarbeiten von Flughäfen und Eisenbahnlinien Zweifel und Proteste gegeben. Wenn

wir damals diese Bauvorhaben nicht umgesetzt hätten, gäbe es diese Infrastruktureinrichtungen heute nicht. Sie können nicht nur auf das Schlechte und die Zweifel hinweisen. Stattdessen sollte der Rat der Fachleute durchgesetzt werden.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Runge?

Martin Schöffel (CSU): - Nach meinen Ausführungen.

Bei den Zukunftsfragen für den ländlichen Raum geht es mir um eine effektive Ansiedlungspolitik mit dem Schwerpunkt Industriebrachen. Dort sind Arbeitsplätze weggefallen. Dort besteht Handlungs- und Sanierungsbedarf. Dort investiert die Städtebauförderung große Summen, um ganz neue Gewerbeflächen zu schaffen oder aus alten Objekten neue Gewerbeflächen zu machen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist auch umweltpolitisch sinnvoll, in erster Linie Industriebrachen in den Fokus zu nehmen, anstatt grüner Wiesen im Ballungsraum. Uns muss es gelingen, dort neues Leben anzusiedeln. Ich kenne erfolgreiche Beispiele. Aus alten Porzellanfabriken werden neue Industriezentren.

Lieber Herr Minister, der Ansiedlungsbeauftragte des Wirtschaftsministeriums sollte in den Regionen ankommen und dort stärker wahrgenommen werden. Er könnte sich mit diesen Themen noch stärker auseinandersetzen. Sie selbst haben letztes Jahr in der Region Hof die Neuansiedlung eines Betriebs mit 300 Arbeitsplätzen angekündigt. Sie wissen, wie wichtig dies gerade für diese Region ist.

Zur Ansiedlungspolitik gehören auch staatliche Arbeitsplätze. Das habe ich angesprochen. Hierbei geht die Staatsregierung vorbildlich vor. Zu nennen ist die Verlagerung von Stellen des Amtes für Ländliche Entwicklung in die Oberpfalz, des Statistisches Landesamtes nach Fürth und der Finanzverwaltung nach Oberfranken. Das muss weitergeführt werden. Wir werden den Kurs der Hochschulaußenstellen und der eigenständigen Technologie- und Forschungszentren im ganzen Land fortführen und Anschubfinanzierungen sicherstellen. Partner könnten dabei die Wirtschaft, freiberufliche Forscher, die Kommunen sowie staatliche oder kommunale Institutionen sein. Die Themen, die wir bearbeiten, reichen von Energieautarkie bis hin zur Kultur und zukunftsgewandter Pädagogik. Das sind mit Sicherheit Kristallisationspunkte für die zukünftige Wertschöpfung. Das sind Schwerpunkte bei Forschung, Bildung und Innovation im ländlichen Raum.

Uns ist die Situation der Kommunen im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes sehr wichtig. Wir suchen eine Lösung gerade für die von Abwanderung und Strukturwandel besonders betroffenen Kommunen in Bezug auf die Kommunalfinanzen. Ich glaube, wir müssen bei diesen Fragen vor allem darauf achten, wie wir durch gezielte Konzentration der Mittel auf die Problemfälle und durch Konsolidierungsauflagen, wie im Haushaltskonsolidierungsprogramm des Finanzministers festgelegt, helfen können. Die Forderungen, noch mehr in vorhandene Töpfe und vorhandene Verteilungsmechanismen zu geben, stellen keine Lösungen für die ganz schwierigen Probleme dar.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der ländliche Raum ist wie eine unterbewertete Aktie. Er kann an Wert noch weiter zulegen, wenn man an den richtigen Stellschrauben dreht. Er ist die echte Alternative zur Metropolregion für eine wachsende Zielgruppe von Menschen, nicht nur aus Bayern. Bayern ist ein attraktiver Lebensraum. Damit steuern wir der demografischen Entwicklung entgegen, und wir sind attraktiv für Menschen und Fachkräfte auch außerhalb Bayerns, die gerne in unserem Land leben und arbeiten. Diese Richtung schlagen wir ein, um ganz Bayern wirtschaftlich erfolgreich und dauerhaft zu sichern.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Herr Schöffel, bleiben Sie bitte. Es gab eine Zwischenfrage von Herrn Kollegen Dr. Runge.

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Werter Herr Kollege Schöffel, just in dem Moment, als Sie die GRÜNEN im Kontext zur A 94 und zur ABS 38 angesprochen haben, habe ich mit großem Vergnügen das Dossier Ihres Parteifreundes Michael Wengler zur eben genannten ABS 38 durchgelesen. Sie haben den Nicht-Fortschritt bei diesen beiden Projekten den GRÜNEN zugeschrieben. Da begeben Sie sich gewaltig aufs Glatteis. Im Zusammenhang mit der ABS 38 ist mir keinerlei grüner Widerstand bekannt und bewusst. Das ist die Strecke München - Mühldorf - Freilassing. Seit 1985 hatte sie erste Priorität. Jedoch geht nichts voran, weil außer großspurigen Versprechungen seitens der Staatsregierung nichts bewegt werden kann. In dem Kontext sind die Anwürfe der Kollegen der SPD gegenüber dem hiesigen Wirtschaftsminister auch ganz erstaunlich gewesen. Der und seine FDP können gar nichts dafür; da könnte man eher noch ein bisschen etwas zu Tiefensee erzählen. Das werden

wir vielleicht heute Nachmittag noch machen. Das Beispiel war einfach grottenfalsch.

Und das Zweite, die A 94: Herr Schöffel, sollten Sie sich vielleicht doch lieber in Oberfranken bewegen. Bei der A 94 ist es schlicht und ergreifend so: Seit 20 Jahren hätte man dieses Teil schon haben können, wenn sich diejenigen, die zuständig sind und das letztlich zu verantworten haben, auf die Trasse über Haag eingelassen hätten und nicht immer auf die Trasse über Dorfen gepocht hätten. Da hat die CSU die Bevölkerung jahrzehntelang in Geiselhaft genommen und hat dem Wirtschaftsstandort schwer geschadet. Das sind die Fakten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Bitte, Herr Kollege.

Martin Schöffel (CSU): Lieber Herr Kollege, ich weise grundsätzlich darauf hin, dass Sie einerseits die Entwicklung von Großprojekten anmahnen und andererseits Großprojekte gezielt verzögern, zumindest Leute aus Ihrem Lager.

(Beifall bei der CSU und FDP)

Wir brauchen nicht nur die, die immer wissen, was an den Gutachten alles falsch ist, sondern wir brauchen auch die Unternehmer, die Umsetzer, diejenigen, die die Dinge voranbringen.

(Zuruf der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

Ich bin ja gespannt, wie wir bei der ABS 38 vorankommen oder beim Neubau der Franken-Sachsen-Magistrale Nürnberg - Bayreuth - Marktredwitz - Prag. Wir werden Sie beim Wort nehmen und sehen, was es noch für Störfeuer bei der Umsetzung dieser großen Projekte geben wird. Unterstützen Sie uns dabei, dann kommen wir auch voran.

(Beifall bei der CSU und FDP)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Herr Schöffel, bleiben Sie bitte, Sie sind ein gefragter Mann. Herr Herz möchte auch eine Zwischenintervention machen.

Dr. Leopold Herz (FW): Ich habe eigentlich nur eine Frage. Herr Kollege Schöffel, Sie haben in Ihrem Beitrag mehrfach von gelungenen Infrastrukturmaßnahmen innerhalb Bayerns gesprochen. Wenn ich richtig informiert bin, kommen Sie aus einem Landkreis, in dem wir momentan große Abwanderungsprobleme haben. Ist es da nicht ein Stück weit recht mutig, Sie

den Redebeitrag bringen zu lassen? Wie erklären Sie sich die "gelungenen" Maßnahmen in Ihrer Gegend?

(Heiterkeit bei der SPD)

Martin Schöffel (CSU): Selbstverständlich bin ich mutig. Keine Frage. Wir haben auch in unserer Region sehr gelungene Infrastrukturmaßnahmen. Denken Sie zum Beispiel an den Autobahnbau A 93 oder an die A 9.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Thomas Beyer (SPD))

Denken Sie an den klaren Plan, die Bundesstraße B 303 auszubauen, oder denken Sie an die Elektrifizierung der Strecke Hof - Regensburg. Da kommt noch viel hinzu, was demnächst anzugehen ist. Ich freue mich über die Unterstützung des Hohen Hauses.

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Sie sind befreit, Herr Schöffel. Danke schön.

Die SPD hat jetzt Herrn Dr. Beyer angemeldet. Sie haben einen Zeitraum von 10 Minuten 54 Sekunden. Bitte schön.

Dr. Thomas Beyer (SPD): Vielen Dank für diese schon beinahe notarielle Einführung hier, Frau Kollegin.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist eine große Freude, nach dem Kollegen Schöffel, den ich außerordentlich schätze, zu sprechen. Herr Schmid, das war natürlich eine Bewerbungsrede des Kollegen, mit so viel Optimismus, mit so viel Mut. Nehmt dem Mann bloß seinen Stimmkreis nicht weg. Denn er hat eine große Zukunft. Und wenn er den Stimmkreis gesichert hat, dann können wir hier, Herr Schöffel, so wie sonst im kollegialen Gespräch offen über die Defizite des ländlichen Raumes sprechen - denn da sind Sie ein großer Experte, das weiß ich aus unseren Gesprächen -, dann allerdings nicht ganz so glorreich wie jetzt.

Verehrter Herr Minister, wir haben vorhin einen Punkt ausgespart: das Thema Infrastruktur. Darüber sollten wir genauer miteinander reden.

Sie haben die Wichtigkeit einer leistungsfähigen Infrastruktur sehr betont. Wir begrüßen das außerordentlich. Nur, uns müssen Sie das nicht erzählen. Wir haben zum Beispiel auf Themen wie den DSL-Ausbau als lebensnotwendige Infrastruktur für alle Räume Bayerns schon hingewiesen, als Herr Huber noch Wirtschaftsminister war und uns im Wirtschaftsausschuss immer gepredigt hat, das sei keine staatliche

Aufgabe. Das solle gefälligst der Markt selbst machen.

Uns müssen Sie nicht sagen, wie wichtig Infrastruktur ist

(Beifall bei der SPD)

Wir haben ein gutes Gedächtnis. Deshalb ist es interessant, dass ein Thema, das auch heute Nachmittag noch auf der Tagesordnung steht, schon so viele Redner bemüht hat.

Tatsache ist doch eines, nämlich dass seit 1998 unter den roten SPD-Verkehrsministern so viel Geld für Verkehrsprojekte des Bundes nach Bayern geflossen ist wie niemals vorher und, jedenfalls solange Sie das Ministerium haben, niemals nachher.

(Beifall bei der SPD)

Kolleginnen und Kollegen, das ist die Wahrheit. Es war ja so viel, dass Herr Runge gerade schon wieder gegen uns stänkern musste. Aber auch das sind wir insofern gewohnt.

Trotzdem hat die CSU - die FDP war damals nicht in diesem Hohen Haus - nicht nachgelassen, das Lied der benachteiligten Südstaatler immer wieder zu singen und anzukündigen, dass in der Verkehrspolitik für Bayern eine grundlegende Wende kommen würde, dass etwas ganz Tolles geschieht, wenn endlich einer der Ihren auf dem Thron des Bundesverkehrsministers sitzen würde. Wahre Wunder hat man uns versprochen. Dann kam er: Ramses vom Chiemgau sitzt jetzt in Berlin auf diesem Stuhl. Und wir alle fragen uns: Was geschieht seitdem? Nichts geschieht, meine Damen und Herren. Das ist eine Bankrotterklärung für die Verkehrspolitik in Bayern. Das geschieht in Berlin.

(Beifall bei der SPD)

Der Investitionshaushalt - Herr Eck, Sie kommen auch noch dran, du kommst noch dran - des Bundes für den Verkehr wird zusammengestrichen. Wichtige Schienenprojekte Bayerns stehen auf der Kippe. Einige sind angesprochen worden. Eine Elektrifizierung der Strecke Hof - Regensburg und Hof - Nürnberg, meine Damen und Herren, droht zu scheitern. Von der Strecke München - Lindau haben wir hier seit Monaten überhaupt nichts mehr gehört. Dass die Brenner-Zulaufstrecke von Berlin versemmelt wird, hat gerade die Landesgruppe der CSU - Sie haben gestern die "Süddeutsche Zeitung" gelesen - festgestellt. Und die Ausbaustrecke 38 München - Mühldorf - Freilassing ist es schon wert, dass man sie nicht nur als Verkehrspolitiker wie die Kollegen bisher, sondern auch wirtschaftspolitisch würdigt. Wir haben dort eine der

Schlüsselindustrien, die, glaube ich, allerdings in Ihrer etwas willkürlichen Clusterliste nicht aufgeführt wurde. Wir haben dort 25.000 Arbeitsplätze, Herr Minister. Wir haben dort eine der Regionen, wo Milliarden Investitionen anstehen und angekündigt sind. Jeder Wirtschafts- und Verkehrsminister in unserem Lande, der bei Trost ist, müsste mit Geld dahin fahren und müsste fragen "Was braucht ihr?" und sagen: Ich baue das. Das wäre eine Politik für Bayern, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

1,5 % des gesamten Güterverkehrs von ganz Deutschland rollen über diese altertümliche Strecke München - Mühldorf - Burghausen. Ich sage Ihnen, wenn Sie immer sagen, was bisher nicht passiert ist: Das war vorher Herr Schmid, der hat es ja zurzeit ein bisschen mit dem Staatseigentum. Alles, was dort jetzt passiert, was Sie und Herr Ramsauer im wöchentlichen Wechsel loben, sind Maßnahmen, die unter den SPD-Verkehrsministern auf den Weg gebracht wurden. Seitdem Sie dort oben sind, passiert nichts zusätzlich, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Herr Zeil, um die Situation insgesamt zu beschreiben: Sie von der FDP ermahnten noch vor Wochenfrist am 6. Oktober den Bundesverkehrsminister von der CSU, bei der Schieneninfrastruktur keine Verschnaufpause einzulegen. Sie, Herr Zeil - FDP -, fordern vom Bund - CSU, CDU, FDP - dringend mehr Schwung beim Schienenausbau. Ja, wunderbar. Merken Sie eigentlich, wie widersprüchlich das ist, was Sie auch heute wieder in diesem Punkt abgeliefert haben?

(Beifall bei der SPD)

Lieber Kollege Eck, über die Zahlen, die dein eigener Minister nennt, müssen wir noch reden. 4.840 Kilometer Staatsstraßen sind sanierungsbedürftig, 35,6 % des Netzes. Der Nachholbedarf für die Erhaltung - Erhaltung, wohlgemerkt - ist bayernweit 720 Millionen. Ihr investiert 2010 80 Millionen. Bei einem Preis von 150.000 Euro pro Kilometer sind das etwa knapp über 500 Kilometer. Das heißt, 4.300 Kilometer Staatsstraßen werden am Ende des Jahres 2010 im gleichen oder in einem schlechteren, einem katastrophaleren Zustand sein als vorher. Das ist Infrastruktur, insbesondere für den ländlichen Raum in Bayern. Bravo, sage ich da.

Nein, es ist schon so, wenn man das ganz nüchtern sieht: Das größte Hindernis für die Infrastruktur in diesem Land sind die schwarz-gelben Wirtschafts-, Verkehrs- und Innenminister in München und Berlin, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Da hier ein Liberaler gesprochen hat, ein Vertreter der Partei einer Frau Hamm-Brücher, eines Thomas Dehler, eines Burkhard Hirsch, eines Gerhart Baum und eines Otto Bertermann - ich schaue Sie an, weil Sie gerade traurig werden -, halte ich das, was Sie zu Stuttgart 21 gesagt haben, für bemerkenswert. Sie warnten davor, im Zusammenhang mit großen Infrastrukturprojekten Ängste zu schüren. Der Herr Ministerpräsident, der uns verlassen hat, hat dieser Tage ganz im Sinne seines Versuchs, schärfer zu werden, um irgendein Profil zu gewinnen, von einer Empörungskultur gesprochen, die in Stuttgart um sich greife.

Ich sage es in aller Ruhe: Ich halte es für eine Unverschämtheit, wie dort mit Billigung von Liberalen, die einmal Bürgerrechtler waren, über Menschen geredet wird, die ein demokratisches Grundrecht wahrnehmen. Das sage ich ganz deutlich.

(Beifall bei der SPD)

Damit es ganz klar ist: Rechtsstaatliche Verfahren sind auch bei Infrastrukturprojekten ohne Wenn und Aber zu achten. Dafür steht gerade die SPD in diesem Land. Liebe Kolleginnen und Kollegen, seien Sie doch ehrlich zu sich selbst. In Stuttgart ziehen die Menschen offenbar zu Recht, wenn man Herrn Geißler zuhört, in Zweifel, dass alle Daten, Zahlen und Fakten rechtsstaatlich transparent auf den Tisch gekommen sind. Darin liegt der Mangel an Rechtsstaatlichkeit.

(Beifall bei der SPD)

Herr Minister Zeil, deshalb sage ich zu Ihnen als FDPIer: Dies ist ein zutiefst bürgerlicher Protest, nicht nur wegen der Teilnehmer, sondern auch inhaltlich. Diesen Protest sollte man nicht mit Sprüchen wie "Ihr seid schon immer dagegen gewesen" hinweg reden.

In diesem Zusammenhang möchte ich ein Wort an Herrn Grube richten, den Nachfolger von Herrn Mehdorn. Herr Grube meinte, die Menschen in Stuttgart belehren und ihnen sagen zu müssen, dass sie kein Widerstandsrecht gegen dieses Projekt hätten. Meine Damen und Herren, lassen Sie uns miteinander Herrn Grube sagen: Die Frage, ob Bürger in diesem Land gegen ein Projekt das Grundrecht der Demonstrationsfreiheit bemühen dürfen, entscheidet nicht der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bahn AG, sondern das Grundgesetz.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Herr Zeil, Sie suggerieren mit Ihrer Rede, große Infrastrukturprojekte seien in Bayern nicht mehr durchsetzbar. Dafür hat es in der jüngeren Geschichte Bayerns tatsächlich Beispiele gegeben. In Wackersdorf ist zu Recht die Hybris eines FJS gescheitert. Beim Transrapid ist die Großmannssucht seiner Ich-wär-so-gernwie-er-Nachfolger gescheitert. Das gilt übrigens auch für die Landesbank, auch wenn Sie das hinterher nicht eingestehen wollten.

Schauen wir einmal in die Schweiz: In der Schweiz werden Milliarden Euro in den Ausbau der Bahn investiert. Keiner regt sich darüber auf; alle sind dafür. Dort werden nicht Stadtparks, sondern gleich der ganze Gotthard untertunnelt. Man hört dort keinen Protest. Warum ist das so? Warum geht das in der Schweiz und in Deutschland angeblich nicht, wie Sie behaupten? Dort ist das möglich, weil diesen Projekten eine echte Entscheidung des Volkes vorausgeht. Das ist das Entscheidende. Das ist auch die Wegweisung dafür, wie wir im 21. Jahrhundert Großprojekte durchbringen können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir dürfen solche Projekte nicht gegen die Menschen durchbringen. Wir müssen die Menschen vielmehr vom Sinn, von den Kosten und vom Nutzen dieser Vorhaben überzeugen. Die Menschen müssen diese Projekte wirklich wollen und darüber entscheiden dürfen. Wir müssen in einer offenen Diskussion überzeugen und dürfen berechtigte Fragen nicht oberlehrerhaft vom Tisch wischen. Ich denke, hier sind wir nicht so weit von den Liberalen entfernt.

Auch in der Verkehrspolitik bleibt am Ende nur eines: Sie müssen mehr Demokratie wagen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Herr Kollege Dr. Beyer, ich stelle fest, dass Sie im Hinblick auf die Zeit notariell den Punkt getroffen haben. Wir sind ein wunderbares Team. Herr Kollege Rotter hat jetzt noch den Wunsch nach einer Zwischenbemerkung geäußert.

Dr. Thomas Beyer (SPD): Herr Kollege Rotter, sind Sie später nicht mehr da?

Eberhard Rotter (CSU): Geschätzter Herr Kollege Dr. Beyer, gestatten Sie, dass ich Sie auf eine Widersprüchlichkeit in Ihren Ausführungen aufmerksam mache. Sie loben einerseits, dass nach elf Jahren SPD-Verkehrsministerschaft auf Bundesebene viele Gelder nach Bayern geflossen seien, und beklagen andererseits, dass die in Bayern zuständigen Minister die Verwendung dieser Mittel verschlafen hätten. Ich möchte Sie daran erinnern, dass so viele Bundesmit-

tel für den Straßenausbau nach Bayern geflossen sind, weil andere Länder ihre Kontingente gar nicht verbauen konnten. Die bayerische Straßenbauverwaltung war demgegenüber in der Lage, diese Mittel zu übernehmen. Darauf ist der Umstand zurückzuführen, dass bei uns so viel gebaut worden ist.

(Beifall bei der CSU)

Dr. Thomas Beyer (SPD): Herr Kollege Rotter, ich sehe darin keinen Widerspruch. Sie bestätigen, dass ich mit meiner Behauptung, dass unter rot-grünen Bundesministern viel Geld nach Bayern geflossen ist, Recht habe. Vielen Dank für diese Bestätigung.

Nun zum Schlaf der Gerechten. Damit meinte ich den Schlaf in den letzten Monaten, seit Herr Ramsauer Bundesverkehrsminister ist. Geschätzter Herr Kollege Rotter, ich freue mich wahnsinnig auf die Diskussion um die ABS 38, die wir in zwei Stunden führen werden. Sie haben doch immer wieder erklärt, dass die Nachholbedarfe befriedigt würden, wenn die CSU erst einmal im Bund am Ruder ist. Tatsächlich passiert nichts mehr. Es geht zurück. Das ist kein Widerspruch, sondern leider die Realität.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Für die FDP bitte ich Herrn Kollegen Dr. Kirschner ans Mikrofon.

Dr. Franz Xaver Kirschner (FDP): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Geehrter Herr Dr. Beyer, ich habe jetzt den Eindruck gewonnen, wir seien in Stuttgart und nicht in München. Man kann über alles diskutieren, aber eines ist klar: Rechtsstaatlichkeit bedeutet, dass man sich gegen einen Protest mündlich wehren kann. Das gehört auch dazu.

(Beifall bei der FDP)

Zurück zu Bayern: Warum ist es innerhalb kürzester Zeit gelungen, das Rad zurückzudrehen und dorthin zu kommen, wo wir jetzt sind? Vor zwei Jahren haben wir noch geglaubt, dass wir erst im Jahr 2015 wieder auf die richtige Bahn kommen werden. Wir haben kalkuliert, dass die Steuereinnahmen massiv zurückgehen werden. Tatsächlich haben wir statt minus 5 % innerhalb von 15 Monaten ein Plus von 3,2 % erreicht.

Herr Kollege Dr. Runge, Sie haben vorhin in Ihrem Vortrag gesagt, dass inzwischen weitgehend alles vom Bund und nur noch sehr wenig von Bayern entschieden werde. Was die Zahlungspflichten angeht, gebe ich Ihnen hier grundsätzlich recht. Entscheidend ist deshalb die Frage, welchen Einfluss Bayern im

Bund ausübt. In dieser Hinsicht ist beste Arbeit geleistet worden.

(Beifall bei der FDP)

Warum sind wir so weit gekommen? Das liegt zum einen an den politischen Rahmenbedingungen. Ich sage es ganz deutlich: Der Grund ist die Kurzarbeit und die Verlängerung der Kurzarbeit. Wir haben uns nie dagegen gestellt. Die Äußerung von Herrn Kollegen Roos ist falsch. Wir hatten Milliarden-Konjunkturprogramme und haben eine hohe Staatsverschuldung. Außerdem gab es den Rettungsschirm. Ich wiederhole jetzt nicht die Zahlen, die Herr Minister Zeil genannt hat. Diese Zahlen sprechen aber für sich. Wenn man aus der Praxis kommt und mit diesen Problemen zu tun hat, kann man sich nur vor den Leistungen, die mit diesen Rettungsschirmen erreicht worden sind, verneigen. Wir konnten in Bayern, insbesondere im Mittelstand, Arbeitsplätze halten. Für die Politik gilt es, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den betroffenen Unternehmen zu danken, die massiv auf Lohn verzichtet und die Kurzarbeit geduldet haben.

(Beifall bei der FDP)

Ich möchte hier ein lautes Dankeschön an viele mittelständische Unternehmer richten, die dafür gesorgt haben, dass diese Krise überwunden werden konnte. Diese Unternehmer haben teilweise sogar ihre Häuser als Sicherheiten zur Verfügung gestellt, um die Unternehmen weiterhin am Laufen zu halten.

(Beifall bei der FDP)

Ich möchte kurz auf das Thema DSL zu sprechen kommen: Im Wesentlichen gibt es derzeit zwei technische Möglichkeiten: Entweder machen wir es über den Funk. Dagegen wehren sich aber viele. Jeder will DSL, jeder will mindestens fünf, sechs oder zehn Megabit, damit er zuhause schnell surfen kann. Jeder Unternehmer will es auch. Eines ist aber auch klar: Derzeit können wir es nur kurzfristig über den Funk machen. Dagegen gibt es Bürgerinitiativen, mit denen man leben muss. Alternativ eine unterirdische Verkabelung innerhalb von fünf oder zehn Jahren in ganz Bayern herzustellen, ist aus zwei Gründen völlig ausgeschlossen: Erstens ist es aus zeitlichen Gründen ausgeschlossen, weil Bayern ein großes Land ist. Bis wir zum letzten Weiler kommen, haben wir riesige Probleme.

(Maria Noichl (SPD): Aber anfangen muss man!)

- Wir haben schon angefangen.

Zweitens bräuchten wir für diese Maßnahme allein in Bayern zwischen 12 und 15 Milliarden Euro. Das, was ich nicht verstehe, habe ich bereits im Wirtschaftausschuss artikuliert. Auf der einen Seite gibt es den Betreiber, der Geld verdienen will, und auf der anderen Seite gibt es den Nutzer, der die Verkabelung am liebsten kostenlos haben möchte. Darüber müssen wir irgendwann einmal diskutieren. Entweder legen wir als Mindeststandard das fest, was wir jetzt schon haben, oder jemand, der mehr haben möchte, muss dafür bezahlen. So einfach ist es. Soviel zum DSL. Man bekommt im Leben nichts umsonst.

(Beifall bei der FDP)

Große Sorge bereitet mir trotz der derzeit wunderschönen Situation die Exportabhängigkeit. Wir sind ein Exportland. Wir waren sehr schnell unten, wir sind in Deutschland neben Baden-Württemberg am tiefsten gefallen. Genauso schnell geht es wieder hoch. Woher kommt das? Die Aufträge kommen im Wesentlichen nicht aus dem Inland, sondern aus dem Ausland, aus China, Indien oder Brasilien, also aus den Schwellenländern. Diese Sorge treibt mich um. Hier teile ich grundsätzlich die Meinung von Herrn Roos, dass die Inlandskaufkraft gestärkt werden muss. Es ist aber nicht Aufgabe der Politik, darauf Antworten zu geben, sondern das ist die Aufgabe der Tarifpartner. Da mischen wir uns nicht ein.

(Beifall bei der FDP)

Wir befinden uns in einem massiven Wettbewerb mit den zukünftigen Weltwirtschaftsspitzenländern. Soweit sie es nicht schon sind, gehören dazu China, Indien und Brasilien. Leider diskutieren wir in diesem Haus immer wieder über Themen, bei denen man wie zum Beispiel bei der Nanotechnologie nur Risiken und Gefahren sieht. Bayern ist nicht mehr ein forschungsfreundliches Land, sondern wenn wir der linken Seite folgen, sind wir eher ein forschungsfeindliches Land. Ich nenne nur die Entwicklung und friedliche Nutzung der Atomenergie, die Biotechnologie, die Gentechnologie oder die Nanotechnologie.

(Zuruf von den GRÜNEN: Eine alte Technik!)

Sie sind gegen alles, aber Sie wollen permanent Wohlstand haben, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Das ist auch der Grund dafür, dass wir keine intelligenten jungen Menschen nach Deutschland bekommen. Glauben Sie, dass ein hochintelligenter Forscher nach Deutschland kommt, wenn er in der Zeitung liest, dass die Nanotechnologie infrage ge-

stellt wird, weil von der Politik die Risiken als größer angesehen werden als der Nutzen? Das ist doch der falsche Ansatz.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CSU)

Ich bin ganz klar für Zuwanderung. Das sage ich laut und deutlich. Ich bin für Zuwanderung, aber für die Zuwanderung von Fachkräften und nicht dafür, dass wir die Türen permanent öffnen und Leute hereinlassen, die vom ersten Tag an im sozialen Netz hängen. Hier muss gegengesteuert werden.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Ein großes Problem besteht darin, dass uns die guten jungen Leute davonlaufen. Sie fragen, warum die jungen Leute weggehen.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Weil Sie regieren!)

Sie studieren bei uns. Die Ausbildung eines Mediziners kostet bei uns 300.000 Euro. Sie haben bei uns keine Chancen. Es gibt für die Ärzte einen Gesundheitsfonds. Fragen Sie die jungen Ärzte einmal, warum sie gehen. Hier wird alles von oben bis unten und vom Anfang bis zum Ende reguliert. Bei uns herrscht keine wirtschaftliche Freiheit mehr. Das wird durch Sie initiiert.

(Beifall bei der FDP)

Jetzt komme ich zu einem Thema, das Herr Kollege Dr. Runge angesprochen hat. Dafür bin ich ihm sehr dankbar. In Bayern, aber auch in ganz Deutschland leben wir derzeit ganz massiv von der EU. Warum leben wir derzeit von der EU? Wir sind Zahler. Früher war es einfach: Wenn die deutsche Wirtschaft stark war, hat man die Lira abgewertet. Wenn die deutsche Wirtschaft stark war, hat man die griechische Währung abgewertet. Wenn die deutsche Wirtschaft stark war, hat man die spanische Währung abgewertet.

Heute ist die Situation völlig anders. In diesen Ländern müsste abgewertet werden, und bei uns müsste aufgewertet werden. Wir haben innerhalb der EU ein massives Gefälle. Wir profitieren nur davon, weil wir unsere Produkte international absetzen können. Wir profitieren davon, weil die Europäische Zentralbank gezwungen ist, die Zinsen niedrig zu halten, damit diese Länder überleben können. Ich frage mich, wie lange wir das durchhalten können. Das treibt mich um.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Genau das ist das Problem!)

Mein Fazit: Innovation entsteht durch Bildung und durch intelligente Mitarbeiter auch aus dem Ausland. Innovation entsteht durch risikofreudige Unternehmer und forschungsoffene Rahmenbedingungen. Investitionen können dann getätigt werden, wenn jemand sein privates Vermögen dafür zur Verfügung stellt. Mit dem Innovationspakt und dem Haus der Forschung sind die ersten Ansätze gemacht, um Bayern weiterhin auf Erfolgskurs zu halten.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Uns liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Deshalb ist die Aussprache geschlossen. Zu einer zusammenfassenden Stellungnahme hat Herr Staatsminister Zeil ums Wort gebeten.

Staatsminister Martin Zeil (Wirtschaftsministerium):

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf mich zunächst bei allen Rednern sowohl für die unterstützenden als auch für die kritischen Hinweise bedanken. Bei allen Bemühungen, die eine Opposition verständlicherweise unternehmen muss, hat sich gezeigt, dass Bayern dank der aktiven Wirtschaftspolitik der Staatsregierung erfolgreich und auf einem sehr guten Kurs ist.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Herr Kollege Runge, es war schon interessant, dass Sie versucht haben, die Rolle der Landespolitik ein wenig klein zu machen.

(Dr. Martin Runge (GRÜNE): Weil Sie sie so groß gemacht haben!)

Offenbar war Ihnen aber doch nicht ganz wohl dabei, denn Sie haben gemeint, die Erfolge hätten vielleicht doch etwas damit zu tun, dass die Wirtschaftspolitik im Land so viel Einfluss hat. Es war ein recht putziger Versuch, das Thema auf Zuständigkeitsfragen zu beschränken. Ich sage es ganz offen, und so habe ich es auch in meiner Regierungserklärung gesagt: Natürlich kann die Politik nicht für sich beanspruchen, dass sie alles selbst gemacht hat. Ich habe sehr wohl die Rollenverteilung dargestellt. Man kann lange darüber reden, wer wie viele Anteile hat. Eines kann ich Ihnen aber ganz sicher sagen: Die Opposition hatte an dieser erfolgreichen Arbeit keinen Anteil.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Soviel steht fest: Ursache für den Erfolg war das Handeln dieser Regierungskoalition.

Ich will Ihnen noch etwas anderes sagen. Sie haben wie andere Redner auch das Thema Infrastruktur in

den Vordergrund gestellt. Mein Hinweis ist offenbar richtig angekommen. Ich will hier gar nicht so breit über das Projekt Stuttgart 21 diskutieren. Mir geht es eigentlich um die anderen Projekte. Sie, die GRÜNEN - ich meine Frau Künast und Herrn Trittin -, haben im Kabinett Schröder dem Projekt Stuttgart 21 doch zugestimmt. Es gibt Briefe der damaligen rot-grünen Bundesregierung, mit denen dieses Projekt unterstützt wurde. Deshalb ist es natürlich ein Widerspruch, wenn Sie jetzt, nachdem alles begutachtet und geplant ist, sagen, Sie seien schon immer dagegen gewesen.

(Dr. Martin Runge (GRÜNE): Seit 15 Jahren sind wir dagegen!)

Herr Runge, ich glaube, das Gutachten, das Sie eines Tages akzeptieren, muss von Ihnen selbst geschrieben worden sein, aber selbst dann würden Sie noch ein Büro mit zwei Buchstaben einschalten, um dieses Gutachten zu überprüfen.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Beifall des Abgeordneten Dr. Thomas Beyer (SPD))

Herr Dr. Beyer, wir müssen über alles sehr ernsthaft diskutieren. Ich glaube, dass ich auch sehr abgewogene Worte gewählt habe. Auch bei unserem gemeinsamen Projekt "zweite Stammstrecke" haben wir uns jahrelang zusammen mit der Landeshauptstadt und ihrem Oberbürgermeister sehr viel Mühe gegeben. Er hat zu Überlegungen aus mir sonst sehr nahestehenden Bereichen zu der Frage, ob man hier abstimmen soll, aus meiner Sicht das Richtige gesagt. Man kann es sich nicht immer aussuchen, auf welcher Seite man gerade steht, sondern letztlich geht es darum, ob es uns gelingt - natürlich dann auch mit Hilfe der nötigen Kommunikation und im Dialog -, solche Projekte zu realisieren. Nur mit solchen Projekten werden wir bestimmte Probleme lösen. Eines ist doch klar: Hätten damals, als es um die S-Bahn in München ging, die handelnden Personen in Bayern so kleinmütig gehandelt wie manche Leute heute hier im Lande, dann hätte Bayern diesen Erfolg nicht gehabt.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Meine Damen und Herren, zu dem, was Herr Kollege Runge und Herr Kollege Muthmann zum Bürokratieabbau angesprochen haben, möchte ich bemerken: Vielleicht ist Ihnen beim Thema Beteiligungsrechte der Wirtschaft bei der wirtschaftlichen Tätigkeit von Kommunen entgangen, dass wir genau dieses mit einer allgemeinen Bekanntmachung am 25. Mai 2009 eingeführt haben. Das ist im Allgemeinen Ministerialblatt Nr. 7 von 2009 auf Seite 179 nachzulesen. Wir haben das alles schon geregelt.

Meine Damen und Herren, abschließend will ich noch zwei allgemeine Bemerkungen machen, einmal zu dem, was Herr Kollege Schöffel bedenkenswerterweise gesagt hat. Wir müssen bei Vielem, was gut ist, noch stärker fokussieren. Dann wird es natürlich auch um die finanziellen Spielräume gehen, die wir uns gemeinsam erarbeiten müssen. Sie haben völlig recht. Ich habe das auch erwähnt: Die Regionen mit Wettbewerbsnachteil sind und bleiben ganz besonders im Fokus unseres Handelns.

Zum anderen möchte ich auf Herrn Kollegen Schmid eingehen. Sie haben das Thema Bildung, Ausbildung und Fachkräfte angesprochen. Im Kern geht es doch um Folgendes: Bei der schwierigen Integrationsdebatte wissen wir, dass es alle politischen Kräfte versäumt haben, rechtzeitig bestimmte Entwicklungen zu steuern. Wir haben in Bayern allerdings bei der Integration im Vergleich zu anderen durchaus Erfolge aufzuweisen. Wir sollten diese schwierige und notwendige Debatte nicht mit dem wichtigen Thema des Wettbewerbs um die besten Köpfe und Talente im oberen Qualifikationsbereich vermengen. Das sollten wir nicht tun.

(Beifall bei der FDP)

Das haben Sie nicht getan. Ich sage das nur als Hinweis zu Ihrer Rede. Wir sind uns sicher darin einig, dass wir ein modernes, international wettbewerbsfähiges System brauchen. Ich sage Ihnen voraus: Wie wir mit diesem Problem umgehen, ebenso mit dem Problem der Bildung und Ausbildung der Menschen, die schon hier leben, wird darüber entscheiden, ob wir den Wettbewerb mit den Top-Regionen in der Welt gewinnen. Daran wollen wir gemeinsam arbeiten.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Vielen Dank, Herr Staatsminister. Damit ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt.

Ich habe jetzt noch drei Punkte, die ich noch gerne vor der Mittagspause zusammen mit Ihnen über die Bühne bringen möchte.

Das ist einmal Tagesordungspunkt 4:

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. a. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste. (Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Das sind alle Fraktionen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine.

Damit übernimmt der Landtag die Voten.

Außerhalb der Tagesordnung soll im Einvernehmen mit den Fraktionen noch über eine Umbesetzung im Untersuchungsausschuss BayernLB/HGAA schluss gefasst werden. Die CSU-Fraktion hat mitgeteilt, dass anstelle der Kollegin Gertraud Goderbauer Herr Kollege Hans Herold neues ordentliches Mitglied im Untersuchungsausschuss BayernLB/HGAA werden soll. Dessen bisherige Position als stellvertretendes Mitglied soll Frau Kollegin Kerstin Schreyer-Stäblein übernehmen. Gemäß Artikel 4 Absatz 1 des Gesetzes über die Untersuchungsausschüsse des Landtags werden die Mitglieder des Untersuchungsausschusses von den Fraktionen und dann von der Vollversammlung bestimmt. Ich frage, ob es hierzu Wortmeldungen gibt. - Ich sehe keine. Damit können wir zur Beschlussfassung schreiten. Ich gehe davon aus, dass über beide Vorschläge gemeinsam abgestimmt werden kann. - Dem ist so. Wer also mit der Bestellung von Herrn Kollegen Herold als Mitglied und von Frau Kollegin Schreyer-Stäblein als stellvertretendes Mitglied des Untersuchungsausschusses einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind alle Fraktionen. Gibt es Gegenstimmen? - Ich sehe keine. Enthaltungen? - Auch keine. - Dann haben wir das so beschlossen.

Der zweite Punkt außerhalb der Tagesordnung ist folgender: Wir geben bekannt, dass die SPD-Fraktion anstelle von Frau Kollegin Dr. Simone Strohmayr Herrn Kollegen Reinhold Strobl als neues ordentliches Mitglied der Kommission zur parlamentarischen Begleitung der Krisenbewältigung bei der Bayern LB benannt hat. Frau Dr. Strohmayr übernimmt dafür dessen bisherige Funktion als stellvertretendes Mitglied der Kommission. Ich bitte Sie, das einfach formal zur Kenntnis zu nehmen.

Es hat keinen Sinn, vor der Mittagspause einen Dringlichkeitsantrag aufzurufen, geschweige denn in Erste oder Zweite Lesungen zu gehen. Deswegen schlage ich vor, die Zeit zu nutzen, um uns zu regenerieren. Ich bitte Sie, um 14.00 Uhr wieder hier zu sein.

(Unterbrechung von 13.07 bis 14.00 Uhr)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als Sitzungsbeginn nach der Pause haben wir 14.00 Uhr verabredet. Jetzt ist es 14.00 Uhr, wir fangen also an. Herr Kollege Huber, ich kann Ihnen kein großes Auditorium bieten. Aber ich rufe den Tagesordnungspunkt jetzt auf.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Erwin Huber, Renate Dodell u. a. und Fraktion (CSU),

Tobias Thalhammer, Dr. Franz Xaver Kirschner, Jörg Rohde u. a. und Fraktion (FDP)

Ausbau und Elektrifizierung der Strecke München - Mühldorf - Freilassing (Drs. 16/5910)

Ich eröffne die Aussprache und erteile Herrn Kollegen Erwin Huber das Wort. Auf ihn folgt Herr Kollege Dr. Kirschner, denn es ist ein gemeinsamer Antrag von CSU und FDP. Herr Kollege Huber, Sie haben das Wort. Bitte sehr.

Erwin Huber (CSU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Thema hat schon heute früh bei der Regierungserklärung eine Rolle gespielt. Das macht deutlich, wie wichtig es im Interesse des ganzen Landes ist. Der Ausbau der Eisenbahnstrecke München - Mühldorf, soviel kann zusammengefasst gesagt werden, ist ein Trauerspiel, das sich über viele, viele Jahre hinwegzieht. Mit diesem Dringlichkeitsantrag wollen wir neuen Schub, neuen Druck entstehen lassen, um insbesondere für eine bessere Anbindung des Chemiedreiecks zu sorgen. Die Strecke ist in den Jahren 2001 bis 2004 auch als europäische TEN-Strecke (Transeuropäische Netze, Anm.) anerkannt worden. Leider hat das aber nicht dazu geführt, dass auf die Planung und die Finanzierung der Strecke besonderes Gewicht gelegt worden wäre. Ich behaupte, gerade die Verkehrsminister der SPD unter der rot-grünen Bundesregierung haben Bayern systematisch benachteiligt.

(Beifall bei der CSU - Unruhe bei der SPD)

In der Zeit, in der viele glaubten, mit Rot-Grün würde es einen Ausbau des Schienenverkehrs geben, wurde der Bundesausbauplan zurückgefahren. Die Investitionen sind zurückgegangen, das war eine negative Basisentscheidung. Darüber hinaus ist der bayerische Anteil immer stärker gesunken.

(Unruhe bei der CSU)

Die Verkehrsminister Müntefering, Klimmt, Bodewig, Stolpe und Tiefensee haben zu wenig für Bayern getan, sie haben Bayern systematisch benachteiligt.

(Beifall bei der CSU - Lachen bei der SPD)

Erst in den letzten Jahren ist wieder etwas Bewegung in den Ausbau der Strecke gekommen, nämlich mit dem zweigleisigen Ausbau der Strecke Ampfing - Mühldorf, der wohl in diesem Jahr abgeschlossen sein wird, und mit den Geldern aus dem Konjunkturprogramm I. An dieser Stelle möchte ich Bundesverkehrsminister Ramsauer Dank und Anerkennung sagen. Die Innbrücke wird jetzt mit den Geldern aus dem Konjunkturprogramm I zweigleisig ausgebaut. Wir wollen, dass dieser zweigleisige Ausbau weitergeht.

Im Übrigen ist es auch ein Projekt, bei dem man den Nutzen des Verkehrsausbaus direkt zurechnen kann. Sonst wird immer abstrakt vom Nutzen der Verkehrsinfrastruktur geredet. Hier aber haben wir das bayerische Chemiedreieck mit etwa 25.000 Beschäftigten in der Chemie- und Petrochemieproduktion. Für die dort hergestellten Güter besteht weder ein lokaler noch ein regionaler Markt, sondern sie können nur global abgesetzt werden. Es handelt sich dabei zum Teil um gefährliche Güter, die auf der Schiene transportiert werden müssen. Die Zukunft des Chemiedreiecks ist deshalb unmittelbar mit dem Verkehrsausbau verbunden. Die Wirtschaft wird dort nicht mehr investieren, wenn der Ausbau der A 94 und dieser ABS-Strecke nicht zeitgerecht erfolgt. Die Firma Wacker hat ganz konkret angekündigt, dass sie überlegt, für den geplanten Ausbau in einem Umfang von etwa 600 Millionen Euro einen Standort in Sachsen oder Bayern ins Auge zu fassen. Bayern wird aber nicht zum Zuge kommen, wenn keine klare Perspektive für den Verkehrsausbau auf der Schiene gegeben wird. Es ist deshalb notwendig, dass die Staatsregierung ihre Bemühungen fortsetzt.

Herr Staatsminister, der Einsatz der Staatsregierung ist unbestritten. Wir müssen aber noch mehr Druck erzeugen. Es ist wichtig, dass aus der Vorplanung der Strecke Mühldorf - Tüßling eine konkrete Planung gemacht wird. Es ist notwendig, dass der Bundesverkehrsminister die Gelder für die Investitionsmittel dafür bereitstellt. Es darf keine weitere Lücke, es darf keinen Riss beim Ausbau dieser Strecke geben. Jetzt ist der vierspurige Ausbau München - Markt Schwaben vorrangig. Daran müssen sich der zweigleisige Ausbau der Strecken von Markt Schwaben nach Dorfen und von Mühldorf nach Tüßling sowie die Elektrifizierung der Strecke nach Burghausen anschließen. Wir erwarten, dass der aus Bayern stammende Bundsverkehrsminister die notwendige Priorität set-

zen wird. Das ist im Übrigen auch für den Personenverkehr wichtig, denn die eingleisige Strecke München - Mühldorf ist die meist befahrene Personenstrecke in ganz Bayern. Für den Ausbau sprechen also der Güterverkehr, der Pendlerverkehr, die strukturelle Entwicklung und die verkehrspolitische Bedeutung. Dieser Strecke ist deshalb höchste Priorität einzuräumen. Ich bitte um Zustimmung zu diesem Dringlichkeitsantrag.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Der nächste Redner ist, wie bereits angekündigt, Herr Kollege Dr. Kirschner. Als Mitantragsteller stehen Sie ganz vorne auf der Rednerliste. Herr Dr. Kirschner, bitte.

Dr. Franz Xaver Kirschner (FDP): Wertes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann nur wiederholen, was Herr Huber gesagt hat. Es gibt nicht viel hinzuzufügen. Ich möchte nur noch einmal auf die Dringlichkeit hinweisen. Ich weiß schon, Herr Dr. Runge, was Sie sagen werden: Das haben wir schon xmal gehabt.

(Dr. Martin Runge (GRÜNE): Unbestritten erfolglos!)

- Das stimmt. Aber Sie wissen besser als ich, denn Sie sind schon länger Mitglied dieses Hauses, dass wir immer wieder nacharbeiten müssen, um den notwendigen Druck zu erzeugen. Das gilt insbesondere für Burghausen. Ich kenne die Gegend sehr gut und weiß, wie die Unternehmer dort denken. Mit Sicherheit wird keine Investition von größerer Bedeutung mehr getätigt werden, wenn es nicht gelingt, den Ausbau, wie Herr Huber das dargestellt hat, in den nächsten Jahren zu realisieren. Ich wünsche mir deshalb, dass der Antrag einstimmig verabschiedet wird.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Der nächste Redner wäre eigentlich von der SPD gemeldet, und zwar Herr Kollege Pfaffmann. Ich sehe ihn aber nicht.

(Tobias Thalhammer (FDP): Dann ist der Redebeitrag verfallen!)

Ich gehe deshalb davon aus, dass Herr Kollege Muthmann als Nächster spricht.

Alexander Muthmann (FW): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Was die zeitliche Dimension meines Beitrags angeht, so werde ich mich eher am Kollegen Kirschner orientieren.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Dr. Franz Xaver Kirschner (FDP): Ich hoffe, auch vom Inhalt her!)

- Nein, nicht vom Inhalt her, aber was das Votum anbelangt. An dieser Stelle will ich darauf Bezug nehmen, was unser Wirtschaftsminister heute Vormittag hinsichtlich der Zukunftsfähigkeit und der Infrastrukturprojekte gesagt hat. Wenn es um die Zukunftsfähigkeit einer ganzen Region geht, dann gehört der Ausbau dieser Strecke sicher dazu. Wir unterstützen deshalb jede erfolgversprechende Initiative, um die Strecke München - Freilassing zu ertüchtigen.

Ich darf aber auch noch einmal die platte Erkenntnis in Erinnerung bringen, dass Gelder für Infrastrukturmaßnahmen immer nur einmal auszugeben sind. Wenn man für das eine Projekt oder gegen ein anderes Projekt ist, dann stehen zwar noch immer Gelder zur Verfügung, doch es ist eine Entscheidung der Priorität. Es ist deshalb nicht selbstverständlich zu sagen: Wer für die zweite Stammstrecke München ist, der ist für die Zukunft Bayerns, und wer dagegen ist, der hat keine vernünftigen Argumente oder Perspektiven. Das Geld, das in München durchaus vernünftig eingesetzt werden kann, ist weniger als das, was die Staatsregierung hier einsetzen will. Wir hätten dann nämlich durchaus Gelder frei, um andere wichtige Dinge zu tun. Wir könnten beispielsweise den Ausbau und die Elektrifizierung der Strecke München - Freilassing schneller vorantreiben. In der Sache sind wir uns einig.

Lieber Kollege Huber, Sie tragen vor - ich zitiere aus dem Dringlichkeitsantrag -: "Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss ... über den Sachstand zu berichten".

(Erwin Huber (CSU): Das ist nur der letzte Satz!)

Ich dachte, Sie wären schon informiert. Aber wenn Sie da irgendwie ergänzenden Bedarf haben,

(Beifall bei den Freien Wählern)

dann können wir uns das gerne im Wirtschaftsausschuss auch noch einmal vortragen lassen - das, was ohnehin allenthalben bekannt ist. Ein Schuss Populismus ist bei diesem Antrag deutlich erkennbar. Die Stoßrichtung unterstützen wir natürlich gern und stimmen diesem Antrag zu.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Danke schön, Herr Muthmann. - Der nächste Redner ist Herr Kollege Dr. Runge. Bitte sehr.

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! D'accord sind wir selbstverständlich bei der Einschätzung als Trauerspiel, wobei man zur Verortung der Verantwortlichkeiten jetzt viel ausbreiten könnte und müsste. Herr Kollege Huber, bei Ihrer Schelte des grünen Bundesministers und auch von Rot-Grün sollten Sie vielleicht der Redlichkeit halber sagen, dass seit Rot-Grün, beginnend mit dem ersten Jahr, zum Beispiel jedes Jahr 130 Millionen Euro mehr an Regionalisierungsmitteln nach Bayern geflossen sind.

Zu den Bedarfsplanprojekten, und dazu zählt auch dieses Projekt ABS 38: Die letzte Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplanes war im Jahre 2003. Damals waren wesentliche Bauabschnitte als vordringlicher Bedarf zu finden. Es gab im gleichen Jahr die Zehn-Jahres-Rahmenvereinbarung zwischen dem Freistaat und der DB AG. Darin steht dann auch: allererste Priorität, einvernehmlich als prioritär eingestuftes Topprojekt. Allerdings verkündet kurze Zeit dader zuständige Minister Wiesheu: Finanzierung ist aber nicht gesichert. Dann gab es so Meldungen: Bis 2020 frühestens stellt der Bund höchstens die Gelder zur Finanzierung eines der vorab - bis 2016 - zu realisierenden vier Begegnungsabschnitte bereit.

Das war selbstverständlich ein herber Schlag. Mittlerweile hatten wir dann Konjunkturprogramme, die Diskussion über die Mautmehreinnahmen, aus welchen einzelne der Baustellen wieder hätten zu finanzieren sein sollen, also zum Beispiel das Stück Freilassing bis zur Grenze, während die ganz wesentlichen Begegnungsabschnitte teilweise aus dem Konjunkturpaket finanziert werden sollten.

Allerdings - da hätte die Politik schon auch noch einmal aufhorchen müssen - gab es im Jahr 2008 die Meldung, dass aus diesen 800 Millionen Euro Kosten auf einmal 2,83 Milliarden Euro geworden sind. Diesen Betrag hätte man, meinen wir, sowohl im Bundesverkehrsministerium als auch im zuständigen bayerischen Ministerium viel genauer hinterfragen müssen, weil für 140 Kilometer Strecke teilweise in Doppelspur, dann mit Elektrifizierung so hohe Kosten zustande kamen. Das ist beachtlich.

Die Strecke, die gerade gebaut wird - Herr Zeil, das zeigt sehr wohl, dass große Projekte gehen -, ist die zwischen Olching und Augsburg. Da kostet der Kilometer 13 Millionen Euro für eine Doppelspur. Wir sind dort über viele Kilometer in der ganz dichten Bebauung, in Augsburg-Hochzoll zum Beispiel; wir haben das Haspelmoor "auszuquetschen". Es ist also eine wirklich schwierige Strecke. Von daher muss man

sich schon fragen, woher diese 2,83 Milliarden Euro denn eigentlich kommen sollen.

Herr Huber hat soeben einen der vier Bauabschnitte genannt. Er hat von Ampfing - Mühldorf gesprochen. Das stimmt nicht: Es ist Ampfing - Altmühldorf. Sinnigerweise endet der Bauabschnitt zwei Kilometer vor dem Mühldorfer Bahnhof. Das macht schon einmal keinen großen Sinn.

Bei den anderen Abschnitten, denke ich, müsste aber genauso Dampf gemacht werden. Das ist selbstverständlich Mühldorf - Tüßling, es ist dann auch Obergeislbach - Dorfen und Markt Schwaben - Hörlkofen.

Wir wissen genauso - und der Verkehrsminister hat immer darauf hingewiesen, bei der Vorstellung des Gutachtens zur Flughafenanbindung, bei der Vorstellung des sogenannten Gutachtens "Zweite Röhre" -, dass die ABS 38, ihr Ausbau in diesem Kontext ein Muss ist. Wir wissen genauso, dass auch der Ausbau Berg am Laim - Markt Schwaben immer noch auf sehr tönernen Füßen steht.

Es muss also etwas vorangehen. Wir sind hier wieder d'accord, wie wir d'accord waren beim Schwarzkopftunnel, wie wir d'accord waren bei Regensburg - Hof, Elektrifizierung/Ausbau, bei Nürnberg - Hof, hier die beiden Strecken. Aber, Kolleginnen und Kollegen, was einfach nicht geht - da sind als einzige neben uns mittlerweile reell die Freien Wähler -, ist zu sagen: Wir wollen daneben alles: Wir wollen Nürnberg - Erfurt, wir unterstützen Stuttgart 21, wir unterstützen das "Ypsilon" in Norddeutschland. Jeder Euro kann nur einmal ausgegeben werden. Wenn Sie hier mit einem ellenlangen Wunschzettel kommen, ein Wunschkonzert veranstalten, das niemals endet, dann ist es ganz klar, dass wichtige Projekte auf der Strecke bleiben. Es geht hier um Projekte, die aus Bedarfsplanmitteln des Bundes zu finanzieren sind, teilweise auch aus Bahn-Eigenmitteln. Wenn Sie die hundertmal öfter ausgeben, als Sie da sind, funktioniert das halt einfach nicht.

Zum Antrag der CSU-Fraktion: Wir werden ihn unterstützen, weil er die richtige Diktion hat. Wenn wir jetzt allerdings penibel wären, müssten wir sagen: Um Gottes willen, das können wir nicht unterstützen! Da heißt es ja "... weiterhin mit Nachdruck zu verfolgen". Entweder ist die Aussage falsch, dass Sie es bisher mit Nachdruck verfolgt haben, oder aber die Aussage ist richtig, Sie haben es seit 25 Jahren mit Nachdruck verfolgt, dann haben Sie dies aber nachdrücklich, nachhaltig erfolglos gemacht. Wie gesagt, eine solche Formulierung kann manches Mal auch ein Eigentor sein. Sie bringen es immer wieder in Ihre Anträge, um zu dokumentieren, wie fleißig erfolglos Sie bislang

doch sind. Hoffen wir alle, dass wir in absehbarer Zeit erfolgreicher sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Danke schön, Herr Kollege Dr. Runge. - Im Rahmen der Aussprache hat sich Herr Dr. Beyer für die SPD-Fraktion gemeldet, im Anschluss daran Frau Staatssekretärin Hessel.

Dr. Thomas Beyer (SPD): Herr Präsident, herzlichen Dank. Ich kann es relativ kurz machen. Wir haben den Antrag vorhin eigentlich schon mitbehandelt.

Zu den Anmerkungen des Kollegen Huber: Da würden wir es gerne auf eine Überprüfung ankommen lassen, wie viel Geld geflossen ist. Es ist jedenfalls deutlich mehr als anderswohin; das hat Herr Rotter bestätigt. Ich glaube, wir sollten das lassen. Wir sollten es vor allem lassen, weil wir in der Tat bei dieser Strecke endlich vorankommen müssen.

Herr Huber, Sie kritisieren jetzt - das höre ich zum ersten Mal so deutlich -, wir haben einen ungeheuren Stau, was den Ausbau dieser Strecke betrifft. Das haben Sie jetzt gesagt, weil Sie endlich merken, was wir schon lange wissen: dass Wacker jetzt wirklich Druck macht und ernst macht mit dem Plan, Milliarden möglicherweise nicht dort, sondern anderswo, nämlich in Sachsen, zu investieren.

Ich kann Ihnen nur eines sagen, da können Sie noch den Herrn Wellner fragen. Damals hatten Sie noch einen richtigen Eisenbahnspezialisten im Ministerium - das ist ja heute leider nicht mehr so -, der für Bayern gekämpft hat. Herr Wellner war da, als die SPD mit dem verkehrspolitischen Sprecher Beyer bei Wacker eine Konferenz zu dem Thema organisiert hat. Sie waren nicht dabei; ist kein böser Wille, wir haben Sie damals vielleicht einzuladen vergessen, Herr Huber. Jedenfalls Herr Wellner war dabei.

Das heißt also, wir haben da wirklich allen Anlass, jetzt weiter an einem Strang zu ziehen. Darum sind wir auch bereit, diesen Antrag heute selbstverständlich mit Ja zu beantworten, ihm zuzustimmen, obwohl natürlich dieses Paradoxon jetzt von allen Rednern schon aufgegriffen wurde: Sie haben sich bisher nicht richtig eingesetzt, also können Sie sich auch nicht "weiterhin", jedenfalls nicht "mit Nachdruck", einsetzen. Das auszuschmücken überlasse ich dem Kollegen Runge, diese Formulierungen seien ihm gestattet; denn den gleichen Antrag hat - mit Ausnahme des letzten Satzes - Kollege Rotter wortgleich auch schon einmal gestellt. Auch da war es "... weiterhin mit Nachdruck", auch da haben wir das Gleiche schon

einmal gesagt: dass wir aus Bayern bisher zu wenig Unterstützung hatten.

Die Frau Staatssekretärin wird uns jetzt erzählen, dass das anders ist. Ich fände es schön, wenn dann berichtet werden könnte, dass der Bundesverkehrsminister Ramsauer, CSU, dort ganz nahe beheimatet, zugesagt hat, dass er diese Strecke jetzt wirklich unterstützt. Bisher tut er es nicht.

Ich sage es noch einmal: Es gab in den letzten Wochen immer wieder Presseerklärungen - von Herrn Zeil, von Herrn Ramsauer, von Herrn Huber -, in denen die großen Fortschritte dort gerühmt wurden: die Innbrücke, der Abschnitt, über den Herr Runge eben gesprochen hat, das, was ansteht, Dorfen - Thann-Matzbach, sämtlich unter der Ägide der roten SPD-Bundesverkehrsminister auf den Weg gebracht.

Meine Damen und Herren, halten wir zusammen, damit endlich für diese Region auch unter CSU/FDP-Ägide etwas vorankommt! Vielen Dank, und dem Chemiedreieck alles Gute!

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Freien Wähler)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Danke schön, Herr Kollege. Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr. - Dann spricht zum Abschluss der Aussprache Frau Staatssekretärin Hessel. Bitte schön.

Staatssekretärin Katja Hessel (Wirtschaftsministerium): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Fast, Herr Dr. Beyer, wollte ich mich jetzt bei Ihnen bedanken. Der letzte Halbsatz hat mich dann doch ein wenig zögern lassen.

(Unruhe)

Aber ich denke, die Diskussion hat gezeigt: Wir ziehen alle an einem Strang, wir müssen auch an diesem Strang ziehen. Wir wissen es nicht erst, seit Wacker angekündigt hat, dass Investitionsentscheidungen auch gegen Bayern ausgehen können. Wir wussten das schon vorher. Wir werden uns weiterhin mit Nachdruck dafür aussprechen. Wir hoffen, dass uns der Bundesverkehrsminister dabei unterstützt.

Soweit sind das meine Ausführungen, wie Sie sie sicher erwartet haben. Die Fortschritte, die auf der Strecke erzielt worden sind, wurden dargelegt.

Ganz wichtig ist - da müssen wir vor allem an einem Strang ziehen -, dass das Investitionsbudget im Bundesverkehrsministerium nicht gekürzt wird.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Wir wissen aber auch alle, dass der Bundeshaushalt vor schwierigen Herausforderungen steht. Jeder Antrag, den wir in Bayern stellen und der in die richtige Richtung geht, muss in Berlin finanziert werden. Ich freue mich, dass wir als Bayerischer Landtag heute einstimmig dieses Zeichen setzen werden, indem wir uns für diese Ausbaustrecke aussprechen. Aber wir müssen auch wissen: Jedes weitere Zeichen, das wir setzen, führt in Berlin zu Entlastungsentscheidungen. Darüber sollten wir nachdenken.

Heute freue ich mich einfach darüber, dass ich ein einstimmiges Votum mitnehmen darf. Ich hoffe, dass wir, was unsere Infrastruktur in Bayern angeht, weiterhin an einem Strang ziehen werden. Es ist nicht sonderlich sinnvoll, zu untersuchen, wer in der Vergangenheit was verschuldet hat. Vielmehr müssen wir nach vorn gucken. Das ist ganz wichtig.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung über den vorliegenden Dringlichkeitsantrag. Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/5910 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der CSU, der FDP, der Freien Wähler, der SPD und der GRÜNEN und Frau Pauli. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Jetzt kommen wir zu einer ganzen Reihe von Dringlichkeitsanträgen, die gemeinsam beraten werden:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Isabell Zacharias, Franz Maget u. a. und Fraktion (SPD)

Integration statt Ausgrenzung - gesellschaftlicher Zusammenhalt statt Stimmungsmache gegen Zuwanderer (Drs. 16/5911)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Thomas Mütze, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kein Zündeln am rechten Rand - für eine verantwortungsbewusste Integrations- und Zuwanderungspolitik (Drs. 16/5917)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Prof. (Univ Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion (FW) Einwanderung und Integration nicht zu parteipolitischen Zwecken missbrauchen (Drs. 16/5923)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Renate Dodell, Karl Freller u. a. und Fraktion (CSU), Thomas Hacker, Brof. Dr. Georg Barfuß, Brigitt

Thomas Hacker, Prof. Dr. Georg Barfuß, Brigitte Meyer u. a. und Fraktion (FDP) Integration auf der Grundlage der Werteordnung des Grundgesetzes (Drs. 16/5925)

In der gemeinsamen Beratung der aufgerufenen Dringlichkeitsanträge eröffne ich die Aussprache. Der erste Redner ist Herr Kollege Rinderspacher.

Markus Rinderspacher (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich befinde mich in der ungewöhnlichen Position, die Abwesenheit des Ministerpräsidenten zu entschuldigen. Er sitzt im Flugzeug nach Berlin, wo er an den Sitzungen des Vermittlungsausschusses und des Bundesrats teilnimmt. Er hat mich zu Beginn unserer heutigen Plenarsitzung wissen lassen, dass er sehr gern an der heutigen Integrationsdebatte teilgenommen hätte. Er hat uns angeboten, zur Not in einer Regierungserklärung in einer Sondersitzung des Bayerischen Landtags seine Position zur Integrationspolitik darzulegen.

Die sozialdemokratische Fraktion greift dieses Angebot sehr gern auf. Die geplante Regierungserklärung von Frau Ministerin Haderthauer am 11. November ist aus unserer Sicht damit hinfällig. Denn wenn der Ministerpräsident die Integrationspolitik zur Chefsache erklärt, sagen wir: Hier gibt es in der Tat einiges zu erklären. Wir freuen uns auf die Sitzung.

(Beifall bei der SPD)

Wir waren am Wochenende schon etwas überrascht, dass Herr Seehofer die Integration tatsächlich zu seiner Sache macht, führen wir doch mittlerweile seit mehreren Monaten eine sehr intensive Debatte, aus der sich der Ministerpräsident bisher herausgehalten hat. Herr Seehofer hat lange gezögert, eine eigene Position einzunehmen. So war es auch bei anderen politischen Themen. Im Sommer hat er lange gezögert, sich zum bayerischen Haushalt zu äußern. Es ging um die Frage: Neue Schulden, ja oder nein? Fast jeden Tag gab es widersprüchliche Signale aus Ingolstadt.

Die Wehrpflicht war für ihn der Markenkern der CSU. Vorgestern wurde mit fast dem gleichen Wortlaut die Berufsarmee zum Markenkern der CSU. Kämpfen wie

ein Löwe wollte er für die Frauenquote. Was daraus geworden ist, wissen wir, nämlich nichts.

Plötzlich kam ein neues Thema. Wieder zeigte sich das gleiche Muster. Horst Seehofer - die Spielernatur. Zuerst die Provokation; dann der Tauglichkeitstest, wie das Thema in der Öffentlichkeit ankommt; gegebenenfalls nachjustieren; alles nur ein Missverständnis; es war doch gar nicht so gemeint. 24 Stunden später ging es wieder in die andere Richtung.

Die bayerische Öffentlichkeit hat sich mit der Wankelmütigkeit und Sprunghaftigkeit des Ministerpräsidenten schon fast arrangiert. Aber richtig problematisch wird es, wenn das Spielersyndrom des Herrn Seehofer dazu führt, dass Politik auf eine völlig unverantwortliche Art und Weise betrieben wird, nämlich auf dem Rücken von Minderheiten. Solches können wir in diesem Haus nicht zulassen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn der Regierungschef in Kauf nimmt, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt in unserem Land beschädigt wird, dann deshalb, damit sich die gegenwärtig schlechten Umfragewerte der CSU verbessern. Problematisch wird es auch dann, wenn der Ministerpräsident aus ganz offensichtlich parteitaktischen Motiven weite Bevölkerungsteile unseres Landes stigmatisiert, wenn er die Stimmung gegen Zuwanderer mit muslimischem Hintergrund, insbesondere aus der Türkei und arabischen Ländern, schürt.

Die Sorgen und Ängste der Menschen nimmt man eben nicht ernst, indem man Konzepte durch kalkulierte Polemik ersetzt, ohne Lösungen aufzuzeigen und ohne konkrete Konsequenzen zu formulieren.

Bemerkenswert ist auch, dass Herr Seehofer im Nachgang zu seinem Interview gesagt hat, er sehe bei der Integration gegenwärtig keinen gesetzgeberischen Handlungsbedarf. Aber warum dann ein solches Interview?

(Beifall bei der SPD)

Bei der Integration sind wir mit der Einlassung von Herrn Seehofer nicht einen Millimeter vorangekommen. In Bayern gibt es keinen einzigen zusätzlichen Integrationskurs, obwohl wir wissen, dass Migrantinnen und Migranten häufig mehrere Monate darauf warten, einen solchen Integrationskurs absolvieren zu können.

Es gibt keinen einzigen zusätzlichen Sprachförderkurs in den Vorschulen, keinen einzigen zusätzlichen Erzieher oder sozialpädagogischen Betreuer. Wir finden keinen einzigen Hinweis darauf, wie die Anzahl der

Schulabbrecher mit Migrationshintergrund gesenkt wird.

Kleinere Klassen, mehr Ganztagsschulangebote, mehr pädagogischer Freiraum für eine individuellere Betreuung - nichts davon! Keine Verstärkung der Schulsozialarbeit.

Was ist mit den Chancen auf dem Arbeitsmarkt? Was ist mit der Bekämpfung von Armut? Und und und. Nichts von alledem kam vom Ministerpräsidenten. Stattdessen kam aus Ingolstadt ein vergifteter und stinkender Heißluftballon.

(Beifall bei der SPD)

Da wir uns in Kürze im Plenum sehr intensiv mit der Integration, wie es der Ministerpräsident angekündigt hat, befassen werden, konzentriere ich mich auf drei einzelne Punkte.

Erstens. Der stellvertretende Ministerpräsident hat heute Vormittag bemerkenswerterweise festgestellt: Ohne qualifizierte Zuwanderung wird Bayern aufgrund des demografischen Wandels vergreisen und an Wirtschaftskraft einbüßen. Deshalb kann man bei der Zuwanderung nicht nach Kultur oder Herkunft entscheiden, sondern dies muss ausschließlich nach Qualifikation und Alter geschehen.

Ich darf an dieser Stelle auch einmal an das Zustandekommen des Zuwanderungs- und Integrationsgesetzes zum 1. Januar 2005 erinnern. Otto Schily von der SPD und Günther Beckstein von der CSU haben es federführend ausgehandelt. Einen zentralen Punkt hat die CSU aus dem Gesetz herausverhandelt, nämlich die Zuwanderung von Arbeitskräften auf der Grundlage eines Punkte- und Quotensystems. Wenn genau dies aus den Reihen der CSU gefordert wird analog dem Vorbild Kanada; das haben einige aus Ihren Reihen gefordert -, dann - -

(Georg Schmid (CSU): Das haben wir nicht gefordert!)

- Herr Schmid, wenn das nicht Ihre Position ist, dann ist es in Ordnung.

Ich frage mich im Übrigen, wie der Ministerpräsident in seiner Heimatstadt Ingolstadt den 9.000 türkischen Beschäftigten bei Audi vor dem Hintergrund seiner Einlassungen erklären möchte, dass sie dort nicht willkommen seien. Ich frage mich auch, wie er dem Personalvorstand von Audi erklären möchte, dass diese Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am besten durch deutsche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ersetzt werden sollten und wie das funktionieren soll. Ich sage, auch die vielen türkischen,

marokkanischen und tunesischen Frauen und Männer, die in sozialen Berufen, beispielsweise in der Pflege, in Bayern arbeiten, dürfen wir nicht beschimpfen. Auch sie verdienen Anerkennung für ihre wertvolle Arbeit, die sie für unsere Gesellschaft erbringen. Eines noch: Wenn die CSU jetzt tatsächlich in den verschiedensten Interviews mehr Qualifizierung und Weiterbildung für deutsche Arbeitslose einfordert, dann ist das wirklich die denkbar größte Heuchelei; denn es war doch die CSU, die gemeinsam mit der FDP das Streichkonzert der Bundesregierung in Gang gesetzt hat, das in der aktiven Arbeitsmarktpolitik massive Kürzungen vorsieht.

(Beifall bei der SPD)

Ein zweiter Punkt: Zur Identität Bayerns gehört, das wird aus Ihren Reihen immer betont, die christlichabendländische Tradition. Das christlich-jüdische Abendland muss jetzt als ausgrenzende Kampfparole der CSU gegen Minderheiten und gegen andere Kulturen herhalten. Zur politischen Kultur des christlichjüdischen Abendlandes gehört es doch in jedem Fall, auch eine Willkommenskultur aktiv zu gestalten. Es gehört zu ihr, fremden Kulturen mit Respekt und mit Anstand gegenüberzutreten, ohne dabei die eigene Kultur zu relativieren. Und sollte es Ihre Strategie sein, die Kirchen als Verbündete für dieses Spiel zu finden, so ist es bereits heute gescheitert.

Der Vorsitzende des Zentralkomitees der Katholiken und geschätzte Landtagspräsident a. D., Alois Glück, geht nämlich in der Debatte um muslimische Einwanderer auf Gegenkurs zu Parteichef Horst Seehofer. Nicht zuwandernde Türken oder Araber seien die Gefahr, so Alois Glück heute, sondern die "geschlossene Gesellschaft". Glück verweist darauf, dass Deutschland derzeit Aus- und nicht Einwanderungsland ist. Er sagt - ich zitiere ihn -: "Wir müssen aufpassen, dass wir keine Fantasiediskussion führen." Er führt weiter aus, dass schlichtweg mehr Türken auswandern als einwandern. Diesen Trend erkennen wir bereits seit 2006, im Übrigen nicht nur bei den Türken: Das gilt auch für die Muslime aus dem ehemaligen Jugoslawien. Alois Glück hält fest, die soziale Herkunft sei für die Integration entscheidender als der muslimische Glaube: "München hat mehr Ausländer als Berlin, aber weniger Probleme. Das hat mit Bildung zu tun.", sagt Alois Glück.

Sehr geehrter Herr Glück, ich weiß nicht, ob Sie in der CSU von Horst Seehofer noch beheimatet sind. Herzlich willkommen in der Sozialdemokratie!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD - Zuruf des Abgeordneten Georg Schmid (CSU) - Unruhe bei der CSU)

Letzter Punkt: Der Ministerpräsident hat die integrationspolitische Debatte mit seinem Wortbeitrag um Lichtjahre - um Lichtjahre! - zurückgeworfen.

(Zurufe von der CSU - Harald Güller (SPD): Da wird es aber unruhig in der CSU!)

Das Thema "Zuwanderung und Migration" - da herrschte in diesem Hause eigentlich ein Konsens sollte auf einen breiten politischen und gesellschaftlichen Konsens ausgerichtet sein.

(Zuruf von Staatsminister Joachim Herrmann)

- Herr Minister Herrmann, wir waren hier in Bayern in der Integrationsdebatte doch eigentlich auf einem ganz guten Weg.

(Renate Dodell (CSU): Jetzt auf einmal!)

Es gab verschiedene Minister, die dazu sehr bemerkenswerte Statements abgegeben haben. Frau Ministerin Haderthauer hat wenige Tage vor der Einlassung des Ministerpräsidenten Konzepte vorgelegt, die sogar von der Opposition begrüßt wurden. Sie hat ausdrücklich deutlich gemacht, dass der Islam kein Integrationshindernis ist. Herr Minister Spaenle hat deutlich gemacht, er wünsche sich, dass mehr Migrantinnen und Migranten auch in Lehrerberufen an bayerischen Schulen tätig werden. Und ich stelle fest, das alles ist nun mit einem Schlag vom Ministerpräsidenten vom Tisch gewischt worden. Das kann so nicht sein. Warum verlassen wir eigentlich diesen guten Weg?

(Beifall bei der SPD - Georg Schmid (CSU): Das ist doch ein Schmarrn! Das ist doch nicht wahr!)

Wir waren in der Debatte doch schon viel weiter.

Politisch links und politisch rechts hat man sich mit den politischen Realitäten auseinandergesetzt, man ist in der Debatte aufeinander zugegangen: Rechts von der Mitte gibt es die Einsicht, dass Zuwanderung eine notwendige Realität ist und nichts kulturell Obszönes. Dass Herr Ministerpräsident Seehofer jetzt das Fass wieder aufmacht, ist völlig unverständlich. Und links von der Mitte gibt es die Einsicht, dass Integration eben nicht von alleine funktioniert, sondern dass damit eine Mitwirkungspflicht der Zuwanderer einhergehen muss, um einen eigenen Beitrag zur Integration in die Gesellschaft zu leisten. Niemand, aber wirklich niemand, hier im Hohen Hause verschließt die Augen vor sozialen Konfliktpotenzialen, die die Zuwanderung mit sich bringt. Ich behaupte, keine andere Fraktion als die sozialdemokratische hat genau dieses feine Gespür für die sozialen Fragen, die mit Integration und Zuwanderung verbunden sind.

(Beifall bei der SPD - Georg Schmid (CSU): Ah!)

Denn hier, Herr Kollege Schmid, wird vorgeworfen, alle außer dem Ministerpräsidenten befänden sich im Raumschiff. Wir machen Integrationspolitik nicht in feinen Reihenhäuschen morgens beim Frühstück mit Latte Macchiato, "Schöner Wohnen" durchblätternd, sondern wir sind bei den Menschen, Herr Schmid. Wir kennen die sozialen Probleme.

(Beifall bei der SPD - Georg Schmid (CSU): Ich sage Ihnen, wie Sie es gemacht haben! Ich sag's Ihnen: Sie waren gegen alle Maßnahmen!)

Wir begrüßen die angekündigte Regierungserklärung des Ministerpräsidenten. Wir denken auch, dass wir die Debatte auf der Grundlage des Konsenses führen werden, den wir in diesem Hohen Haus bis zu diesem Interview eigentlich erreicht hatten. Ich wünsche mir, dass der Herr Ministerpräsident seine Position so überdenkt, wie er es auch mit anderen Positionen jeden Tag immer wieder mal getan hat. Wir müssen auf eine vernünftige Debattenbasis zurückkehren, sonst droht nämlich uns allen in Bayern das harte Urteil von Frank Schirrmacher von der FAZ, gewiss kein sozialdemokratisches Kampfblatt. Er hat Horst Seehofers Interview als "... Ausdruck fast vollständiger politischer Unfähigkeit ..." bewertet.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Nächste Rednerin ist Frau Bause. Frau Kollegin Bause, bitte schön, Sie haben das Wort.

Margarete Bause (GRÜNE): Kolleginnen und Kollegen, Herr Präsident! Die Äußerungen von Ministerpräsident Seehofer im Interview mit dem "Focus" vom letzten Montag sind von der Sache her vollkommen falsch. Sie sind von der Intention her unanständig, und sie sind, was ihre Wirkung angeht, verletzend auf der einen Seite und verhetzend auf der anderen Seite.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Deswegen kann ich es nicht akzeptieren, dass der Ministerpräsident heute bei dieser Landtagsdebatte nicht anwesend ist, selbst wenn er sich persönlich dafür entschuldigt hat. Denn ich finde, in dieser Sache muss man Prioritäten setzen. Es kann nicht sein, dass die Äußerungen des Ministerpräsidenten seit Tagen für eine heftige Diskussion - ich sage auch, zum Teil für eine brandgefährliche Diskussion - sorgen und dass er es vorzieht, heute, wo sich das Parlament mit seinen Äußerungen auseinandersetzt, zum Vermitt-

lungsausschuss nach Berlin zu fahren, ohne offenbar eine geeignete Vertretung zu finden. Ich finde, sein Platz wäre heute hier und nirgendwo anders.

(Beifall bei den GRÜNEN)

An diesem Platz müsste er endlich einmal Stärke zeigen und sich bei denjenigen für seine Äußerungen entschuldigen, die er damit verletzt und ausgegrenzt hat.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zurufe von der CSU)

Es wäre auch wichtig gewesen, wenn er selber mitbekommen hätte, dass er ganz offensichtlich nicht die Meinung der Mehrheit in diesem Hause vertritt - auch nicht die Meinung der Regierungsfraktionen -, dass es hier ganz offensichtlich einen Dissens zwischen der Position des Regierungschefs und der Position der Regierungsfraktionen gibt.

(Georg Schmid (CSU): Das sehen wir dann ja!)

Ich lese nämlich mit großem Interesse Ihren zu unseren Anträgen nachgezogenen Dringlichkeitsantrag. Da ist erfreulicherweise von Türken und Arabern, die sich schwer täten sich zu integrieren, überhaupt nicht die Rede. Da ist zum Glück von "anderen Kulturkreisen" nicht die Rede. Darin ist nicht die Rede davon, dass wir keine weitere Zuwanderung bräuchten. Stattdessen, das ist in Ihrem Antrag der letzte Satz, schreiben Sie, dass Sie jetzt den "Wettbewerb um die besten Köpfe in der Welt durch geeignete Maßnahmen und Verbesserungen" angehen wollen. Herzlichen Glückwunsch, ich würde mal sagen: Kolleginnen und Kollegen von der FDP, aber auch herzlichen Glückwunsch, dass Sie von der CSU mittlerweile zu dieser Erkenntnis gelangt sind.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Ich bin natürlich gespannt, was konkret damit gemeint ist. Da warte ich schon auf Ihre Ausführungen, welche Maßnahmen und Verbesserungen Sie sich da vorstellen können.

Der Antrag ist zwar etwas verschwiemelt, aber er ist doch eine bemerkenswerte und deutliche Abkehr von den unsäglichen Äußerungen des Bayerischen Ministerpräsidenten.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Das hätte er sich schon anhören müssen. Ich hoffe, dass Sie darauf hinwirken, dass sich der Ministerpräsident tatsächlich entschuldigt und dass derartige Entgleisungen nicht mehr vorkommen.

(Lachen bei der CSU)

Ich erwarte von Ihnen bzw. von uns allen hier im Landtag, dass wir die wichtige Debatte über Integration und Zuwanderung tatsächlich sachlich führen und nicht erst verhetzen und nachher sagen: Man wird doch mal darüber reden können. Ich erwarte, dass wir sie auf der Grundlage von Zahlen und Fakten führen, auf der Grundlage von Lösungsansätzen und nicht von Verhetzungen.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Wir müssen sie führen ohne Schaum vorm Mund und ohne mit rechtspopulistischer Munition zu zündeln, denn das ist brandgefährlich für unsere Gesellschaft. Wenn Sie sich heute die neueste Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung ansehen, dann wissen Sie, mit welchem Brandsatz hier gezündelt wird, auf welchen Boden solche Äußerungen möglicherweise fallen können. Ich weiß nicht, was in Ihren E-Mail-Accounts ankommt. Bei uns kommt als Reaktion auf die Äußerung des Ministerpräsidenten an: Wunderbar, wir brauchen endlich den Ausländerstopp. Das ist rechtsradikales Gedankengut, das ist rechtsradikale Sprache, und dem hat der Ministerpräsident die Stichworte geliefert.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Wenn Sie in dieser Debatte immer so gerne auf die Werte des Grundgesetzes Bezug nehmen, auf das christliche Werteverständnis, dann sollten Sie vielleicht einmal einen Blick ins Grundgesetz tun, lieber Herr Schmid. Da steht nämlich als Allererstes: "Die Würde des Menschen ist unantastbar." Da steht nicht drin: die Würde des Christen, die Würde des Deutschen, die Würde des Bayern, sondern: Die Würde des Menschen ist unantastbar.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Dann sollten Sie vielleicht noch weiterlesen in Artikel 3 des Grundgesetzes. Da steht, dass niemand wegen seines Geschlechts, wegen seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft und seines Glaubens bevorzugt oder benachteiligt werden darf. Auch das sollten Sie sich zu Herzen nehmen, wenn Sie über Integration in unserer Gesellschaft reden.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD)

Auch die Religionsfreiheit, die Freiheit des Glaubens und des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses ist ein Grundpfeiler unserer Verfassung, auf die Sie sich immer so gerne berufen.

Auch wenn Sie sich auf das christliche Werteverständnis berufen, findet sich überhaupt kein Anlass dafür, über Menschen aus anderen Kulturkreisen, aus anderen Ländern und anderen Nationalitäten herzuziehen. Da müssten Sie sich auf die Werte von Toleranz und Akzeptanz beziehen und sehen, dass Vielfalt eine Gesellschaft bereichert und dass es nicht darum geht, die christlichen Werte als politischen Kampfbegriff zur Ausgrenzung zu gebrauchen. Wenn Sie sich auf die christlichen Werte berufen, sollten Sie sich einmal überlegen, was Sie daraus für Ihr konkretes Handeln in diesem Landtag lernen können.

Die Aussagen des Ministerpräsidenten sind völlig falsch. Wir haben das in unserem Antrag noch einmal deutlich gemacht. Wir sind in der Bundesrepublik mittlerweile eher ein Auswanderungsland als ein Einwanderungsland. Wir haben im Saldo einen größeren Wegzug als Zuzug in Deutschland. Das müssen Sie sich einmal durch den Kopf gehen lassen. Da malen Sie Bilder von einer angeblich drohenden Überfremdung. Wir sind in einer völlig anderen Situation. Sie geben eine völlig falsche Darstellung der Realität.

Die Wirkungen derartiger Äußerungen sind verheerend. Sie sind verheerend für die Menschen, die für derartige Vorurteile empfänglich sind, wie die aktuelle Studie der Ebert-Stiftung zeigt. Ihre Stichworte werden von Rechtsextremen dankbar aufgegriffen. Die Wirkungen solcher Äußerungen sind aber auch verheerend für die Menschen aus anderen Ländern, die seit Jahrzehnten hier leben, die sich integriert haben, und sie sind verheerend für die Menschen, die sich in Integrationsprojekten engagieren, die Lösungen suchen, die mit den Menschen zusammenarbeiten, die ein Miteinander vorleben und das auch als Beispiel für andere tun.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Dann brüsten Sie sich in Ihrem Antrag, dass es in Bayern doch relativ besser aussehe als in anderen Ländern. Zum Glück sieht es, zum Beispiel in München, sehr viel besser aus als in Berlin, das ist richtig. Aber da schmücken Sie sich mit fremden Federn, lieber Herr Schmid. Es liegt nicht an der wunderbaren bayerischen Integrationspolitik,

(Georg Schmid (CSU): Sicher an Ihnen, klar!)

dass wir in München weniger Probleme haben als in Berlin. Das liegt zum einen an der stärkeren bayerischen Wirtschaftskraft, in der Tat, aber es liegt auch an einer jahrelangen Integrationspolitik in München oder auch in Nürnberg.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD - Georg Schmid (CSU): Das war auch bayerische Politik!)

- Das war leider nicht bayerische Politik. Vieles mussten wir gegen den Widerstand des Innenministeriums durchsetzen, mit eigenen Mitteln finanzieren, weil von der anderen Seite überhaupt keine Unterstützung kam.

München hat seit Jahren ein Integrationskonzept, das auf allen Ebenen der Verwaltung durchgezogen wird. Wir haben seit Jahren eine Stelle für interkulturelle Arbeit in der Landeshauptstadt München, und das trägt Früchte. Das sollten Sie sich einmal als Beispiel nehmen für Ihre Integrationspolitik im Freistaat.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD)

Deswegen appelliere ich an Sie. Erstens: Wischen Sie sich den Schaum vom Mund und finden Sie endlich zu einer wirklich sachgerechten und lösungsorientierten Debatte. Zweitens: Hören Sie auf mit rechtspopulistischer Stimmungsmache. Es könnte nämlich sein, dass Sie die Geister, die Sie rufen, nicht mehr loswerden. Drittens: Zerstören Sie nicht aus durchsichtigen parteitaktischen Motiven den sozialen Frieden in unserem Land.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Danke schön, Frau Kollegin Bause.

Nächster Redner ist Herr Kollege Schmid für die CSU-Fraktion.

Georg Schmid (CSU): Sehr verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf zitieren: "Wir haben diese ungeheuere Einwanderungsflut und wir sind einfach zu lasch". Herr Rinderspacher, das sind nicht die Worte von Herrn Sarrazin, sondern von Henning Voscherau.

(Margarete Bause (GRÜNE): Aus welcher Zeit?)

Ein weiteres Zitat: "Wer unser Gastrecht missbraucht, für den gibt es nur eines: raus, und zwar schnell." Das war Ihr Bundeskanzler Gerhard Schröder.

Deswegen habe ich kein Verständnis dafür, dass heute Horst Seehofer in dieser aggressiven Weise von Ihnen, Herr Rinderspacher, attackiert wird. Es waren führende Männer in Ihrer Partei, die eine Wortwahl getroffen haben, die sogar wir am Rande sehen.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD)

Dennoch greifen Sie heute den Ministerpräsidenten in dieser Art und Weise an. Auf der einen Seite fordern Sie Rückkehr zur Sacharbeit, auf der anderen Seite reiten Sie diese massiven Attacken, die weit über die Grenzen des Zulässigen hinausgehen, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen.

(Beifall bei der CSU - Markus Rinderspacher (SPD): Bei allem Respekt!)

Ich sage deutlich: Die Leistung der hier lebenden Menschen mit ausländischen Wurzeln erkenne ich ausdrücklich an. Sie bereichern unsere Gesellschaft. Wir hatten gestern Abend im Hohen Haus draußen im Lesesaal einen Empfang für Unternehmer mit ausländischen Wurzeln, mit Migrationshintergrund, und es war eine überaus fruchtbare Diskussion. Dabei ist uns ausdrücklich bestätigt worden, dass die Integration zu einem hohen Prozentsatz klappt. Deshalb sollten wir nicht nur über Negativbeispiele reden, sondern auch deutlich machen, wie großartig in Bayern Integration gelingt, liebe Freunde.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Integration ist ein wichtiges, ein ernstes, aber auch ein schwieriges Thema. Ich sage: Die Anträge der GRÜNEN und der SPD sind politische Schaumschlägerei. Sie haben uns das vorgeworfen, ich sage Ihnen: Ihre Anträge helfen kein Jota weiter.

Frau Bause, ich könnte weitere Beispiele zitieren. Glauben Sie, wir müssten es als Zeichen der Integration werten, wenn türkischstämmige Mitbürger die dritte Strophe des Deutschlandliedes auf Türkisch singen können?

(Zuruf der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

Frau Bause, Sie haben in diesem Haus am 6. Dezember 2001 einen Antrag eingereicht unter der Überschrift "Förderung der Integration im Freistaat Bayern". Dort heißt es: Wir wollen islamische Feiertage wie Neujahrsfest, Geburtstag Mohammeds, Fastenbrechen oder Opferfest einführen. Das sind doch keine Beiträge zur Integration. Das ist doch das Gegenteil, das ist doch eine Parallelgesellschaft, die hier installiert werden soll.

(Beifall bei der CSU)

Frau Bause, mit diesen Vorschlägen fördern Sie nicht, sondern Sie verhindern die Integration. Ich kann mich an zahlreiche Innenministerkonferenzen erinnern. Viele Unionspolitiker - allen voran Günther Beckstein. der heute anwesend ist - haben dort Vorschläge gemacht, Deutsch als Grundlage der Integration zu fordern. Sie sind diffamiert worden. Man hat von Zwangsgermanisierung geredet. Heute reden alle davon, dass Deutsch die wichtigste Grundlage für Integration ist. Wir haben das damals schon erkannt, lieber Günther Beckstein. Wenn Otto Schilv und andere von der SPD - ich denke vor allem an Vertreter aus Schleswig-Holstein - das nicht verhindert hätten - damals war bei diesen Beschlüssen Einstimmigkeit notwendig -, hätten wir inzwischen schon wesentlich mehr Erfolge gehabt.

(Beifall bei der CSU)

Ich brauche keine Nachhilfe bei der Integration. Christine Haderthauer hat vorige Woche den Migrationsbericht von Prof. Heckmann vorgestellt, der deutlich gemacht hat, dass die große Mehrzahl der in Bayern lebenden Migranten gut in unsere Gesellschaft integriert ist. Wir brauchen keine Vorschläge aus Berlin. Die Integration in unserem Land gelingt besser als an der Spree und bei uns gibt es auch kein Neukölln. Bei uns leben die Migranten überwiegend von ihrer eigenen Hände Arbeit und nicht von Hartz IV. Ich habe das gestern bei den Gesprächen mit den Unternehmerinnen und Unternehmern mit Migrationshintergrund bestätigt gefunden: Fast 70 % der Menschen mit Migrationshintergrund in Bayern gehen einer geregelten Arbeit nach. Die Arbeitslosenguote liegt bei nur 8,5 %. Das ist das Ergebnis einer konsequenten Politik. Wir haben einen Grundsatz, der lautet: Wer bei uns leben will, muss mit uns leben wollen. Wenn er das tut, wird er am Wohlstand dieses Landes teilhaben.

(Beifall bei der CSU)

Herr Rinderspacher, ich muss Sie fragen, ob Sie die letzten Jahre blind und taub gewesen sind, was die Förderung der Integration von Migrantenkindern in den Schulen angeht. Es wurden 400 Schulklassen neu gebildet, in denen wir Migrantenkinder in besonderer Weise fördern. 17.000 Kindergartenkinder und 10.000 Grund- und Hauptschüler erhalten diverse Deutschfördermaßnahmen. Das sind echte Integrationsmaßnahmen und diese sollten wir auch positiv bewerten. Wir sollten nicht in einem Rundumschlag alles schlechtmachen. Es sind große Anstrengungen unternommen worden.

(Beifall bei der CSU)

Wir fordern eine klare Werteorientierung an unserer christlich-europäischen Tradition. Wir sagen Ja zum Rechtsstaat und Nein zur Selbstjustiz. Es darf keine Unterdrückung der Frauen geben und wir fordern null Toleranz gegenüber Kriminalität. Es dürfen keine Gettos gebildet werden. Bei uns gilt das Grundgesetz und nicht die Scharia. In Bayern gelingt Integration. Das unterscheidet uns von anderen Bundesländern. Ich darf, Herr Rinderspacher, Ihren Parteivorsitzenden zitieren: Auch bei mir in Goslar gibt es Grundschulen mit 70 % Ausländeranteil. Die verbliebenen Deutschen ziehen aus den Stadtteilen weg, weil sie von Multikulti nichts hören wollen und Angst haben um die Entwicklung ihrer Kinder. - Jetzt frage ich: Wer hat jahrelang Multikulti und einer Multikulti-Gesellschaft das Wort geredet? Diese Parallelgesellschaften führen dazu, dass keine richtige Integration gelingt. Eine solche aber muss unsere gemeinsame Zielsetzung sein.

(Beifall bei der CSU)

Jetzt zum Thema Arbeitsmarkt: Horst Seehofer hat gesagt - ich zitiere wörtlich aus dem "Focus": "Den Fachkräftemangel beheben wir nicht durch Zuwanderung aus anderen Kulturkreisen. Erst einmal müssen wir das hier vorhandene Potenzial ausschöpfen." - Wörtliches Zitat aus dem "Focus" vom 11.10. Ich sage Ihnen eines: Er hat mit dieser Bemerkung recht. Genauso müssen wir reagieren. Ich habe es heute Morgen schon gesagt: Wir würden den sozialen Frieden in unserem Land nicht haben, wenn wir all diejenigen, die bei uns im Land sind und nach wie vor Arbeit suchen, am Wegesrand stehen lassen. Es geht darum, im Rahmen unserer sozialen Verantwortung die Menschen in Arbeit zu bringen, die bei uns leben. Das ist unsere allererste Aufgabe.

(Beifall bei der CSU)

Wer nach Zuwanderung ruft, macht es sich zu leicht. Wir haben noch viele Hausaufgaben zu lösen. Es gibt noch vieles, was noch ungelöst ist. Ich darf darauf hinweisen, dass es Menschen gibt, die gefördert und finanziell unterstützt werden müssen, um zu einer guten Ausbildung zu kommen. Ausbildung ist das zentrale Element. Wir müssen das Potenzial von Frauen stärker nutzen und ältere Menschen stärker einbinden, auch in den Arbeitsprozess. Wir müssen auch die hier lebenden Migranten noch stärker in ihrer Arbeitskraft nutzen. Es sind wichtige Aufgaben, die vor uns liegen, aber hier zu sagen: Wir wollen das alles nicht tun, sondern setzen auf den Zuzug von Fachkräften - so einfach kann man es sich nicht machen. Wir müssen den harten Weg der Integration, der Förderung und der Begleitung von Menschen

gehen, die nach wie vor in den Arbeitsprozess eingegliedert werden wollen und können.

(Beifall bei der CSU)

Gerade auch im Interesse der bei uns gut integrierten Menschen mit ausländischen Wurzeln muss man die Probleme eines Teils der Migranten bei der Integration offen ansprechen. Wer Integrationskurse nicht besucht oder diese vorzeitig abbricht, muss die notwendigen Sanktionen spüren. Daran darf kein Weg vorbeiführen.

Wir wollen mit unserem Antrag auch einen Beitrag dazu leisten, über dieses Thema sachlich zu diskutieren. SPD und GRÜNE leisten jedoch mit ihrem Antrag und ihren Angriffen auf den Ministerpräsidenten keinen Beitrag zur Integration. Ich glaube, wir haben eine hohe Verantwortung für die Menschen in unserem Land, dass sie in Arbeit kommen, gefördert und begleitet werden. Das betrifft auch die jungen Migranten, die in besonderer Weise darauf hoffen, einen Arbeitsplatz und Wohlstand in diesem Lande zu haben. Daran müssen wir arbeiten und dürfen nicht nach Fachkräften aus dem Ausland rufen, ohne diese Aufgabe erledigt zu haben. Das ist gute Politik und diese Politik wollen wir auch in den kommenden Jahren fortsetzen. Wir wollen gerade die Menschen, die bei uns leben und unsere Begleitung brauchen, in besonderer Weise unterstützen.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Einen Moment, Herr Kollege, wenn Sie gestatten, gebe ich Frau Kollegin Bause zu einer Zwischenintervention das Wort.

Margarete Bause (GRÜNE): Herr Kollege Schmid, ich habe hier eine dpa-Meldung, in der sich Ihr ehemaliger Kollege und Fraktionsvorsitzender Alois Glück zum gleichen Thema geäußert hat. Dort heißt es - Zitat Glück -:

Nicht zuwandernde Türken und Araber sind die Gefahr, sondern die geschlossene Gesellschaft. Wir müssen aufpassen, dass wir keine Fantasiediskussion führen. Die größte Bedrohung für die Demokratie sind satte Wohlstandsbürger, nicht die von außen Kommenden.

Wie bewerten Sie diese Äußerungen des CSU-Mitglieds und ehemaligen Fraktionsvorsitzenden Alois Glück?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Georg Schmid (CSU): Ich darf Ihnen sagen, dass die von mir dargestellte Situation das zentrale Problem

ist. Dies betrifft 80 % der Fälle. Das ist auch gestern spürbar gewesen und offensichtlich reden Sie zu wenig mit Unternehmerinnen und Unternehmern aus diesem Bereich.

(Zuruf der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

- Ihre Stimme sollte sich nicht überschlagen, meine Liebe. Ich war gestern dabei, keine Sorge.

(Margarete Bause (GRÜNE): Ich auch!)

Sie sind immer dabei, ich weiß.

Wir haben gestern festgestellt, dass die Integration, wenn sie richtig begleitet wird, in unserem Lande exzellent und erfolgreich sein kann. Wir haben das gestern an vielen guten Beispielen gesehen. Wir haben dort Probleme, wo Integration nicht gelingt, weil nach dem Grundsatz des Förderns und Forderns zwar gefördert wird, aber die Menschen den Auftrag der Forderung nicht aufnehmen. Auf diesem Feld haben wir Probleme. Diese Probleme bestehen bei etwa 10 bis 15 % in Bayern. In Berlin oder anderen Teilen dieses Landes haben wir dabei wesentlich mehr Probleme. Das einfach abzutun, wie Sie, Frau Kollegin Bause, das vorhin getan haben, weil es in Bayern wirtschaftlich besser geht, ist ein großer Irrtum. Ich glaube, es ist auch deswegen besser, weil wir insgesamt den Themen Integration und Sprachförderung mehr Gewicht gegeben haben.

(Beifall bei der CSU - Zuruf der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

Welche besseren Zahlen soll denn Ludwig Spaenle, unser Kultusminister in seiner Verantwortung für die junge Generation noch vorlegen? 14.000 Kinder im Kindergarten und 10.000 in der Schule - das bedeutet eine große Anstrengung, um bei den Migranten die Klassen kleiner zu machen. Das bedeutet: In den Klassen, in denen wir einen hohen Anteil an Migranten haben, wollen wir die Klassenstärken zurückfahren. Wir wollen bis zum Jahr 2013 - das ist von unserer Fraktion beschlossen und vom Koalitionspartner mitgetragen worden - unter 25 Kinder in den Grundund Hauptschulklassen haben.

(Tobias Thalhammer (FDP): Herr Kollege, das war unsere Forderung!)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Herr Kollege Schmid, es gibt auch hinsichtlich der Beantwortung der Fragen eine Redezeit und die ist überschritten.

Georg Schmid (CSU): Ich habe bei den beiden Wortmeldungen zugehört und möchte deshalb doch gerne sagen, dass wir das gemeinsam gemacht haben. Lieber Kollege Tobias Thalhammer, wir hatten die gleichen Überlegungen wie ihr auch.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Aber wir müssen jetzt auf die Redezeit schauen.

Georg Schmid (CSU): Es ist uns ein wichtiges Anliegen.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Herr Kollege, die Redezeit!

Georg Schmid (CSU): Wenn wir über Integration reden, muss man auch zuhören können, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD und den GRÜNEN. Wir müssen sachliche Argumente miteinander austauschen und dürfen nicht nur polemisch miteinander umgehen.

(Beifall bei der CSU)

Ich sage es noch einmal: Es ist eine schwierige Aufgabe, der wir uns gemeinsam zu stellen haben. In Bayern sind wir dank der guten Politik auch der letzten Jahre auf einem guten Weg.

(Zuruf von den GRÜNEN: Zwei Minuten!)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Alles in Ordnung. Wenn Sie länger sprechen, Herr Kollege, buchen wir das einfach auf die normale Redezeit um. Dann ist das alles korrekt. Das machen wir dann so.

Eine weitere Zwischenintervention kommt vom Kollegen Rinderspacher. Bitte sehr.

Markus Rinderspacher (SPD): Herr Kollege Schmid, Martin Neumeyer, CSU-Landtagsabgeordneter und Integrationsbeauftragter der Staatsregierung, fordert in der "Süddeutschen Zeitung" vom 12.10. "eine Zuwanderung etwa nach einem Punktesystem, nach dem Vorbild Kanadas, der Vereinigten Staaten oder Australiens". Das bedeutet, dass vor allem qualifizierte Leute einwandern dürften.

(Zuruf von der CSU: Sehr richtig!)

Ist das die Position der CSU-Landtagsfraktion?

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Bitte sehr, Herr Kollege Schmid.

Georg Schmid (CSU): Ich habe Ihnen doch die Auffassung der CSU-Landtagsfraktion geschildert. Sie haben wohl nicht zugehört.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Die Auffassung der Landtagsfraktion ist die, dass wir zuerst den Auftrag anzunehmen haben, dass diejenigen, die bei uns im Lande sind, gefördert und begleitet werden müssen.

(Günther Felbinger (FW): Antwort bitte! - Weitere Zurufe von den Freien Wählern)

Herr Rinderspacher, es ist doch ein völliger Irrweg, zu glauben, wir ließen diejenigen, die jetzt bei uns im Lande sind, am Wegesrand stehen und holen stattdessen Fachkräfte von außen, möglicherweise billige Fachkräfte.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Das ist keine soziale Politik, Herr Kollege Rinderspacher; das ist eine falsche Politik, die wir unter keinen Umständen verfolgen werden.

(Beifall bei der CSU - Anhaltende Zurufe von den Freien Wählern und den GRÜNEN)

Es geht darum, zuerst diejenigen zu fördern, die bei uns im Lande sind. Das ist gute und richtige Politik.

(Beifall bei der CSU - Anhaltende Zurufe von den Freien Wählern und den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Nächster Redner ist Herr Kollege Aiwanger. Bitte sehr!

Hubert Aiwanger (FW): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Verlauf der Debatte zeigt, dass wir das eigentliche Ziel aus den Augen verloren haben, sodass wir die Debatte als solche bereits verloren haben, bevor wir sie eigentlich begonnen haben. Die Debatte ist erneut in einen parteipolitischen Schlagabtausch abgeglitten. Es geht bei diesem Thema zu wie in einem Hühnerstall, in den der Fuchs eindringt.

(Beifall bei der CSU - Georg Schmid (CSU): Jetzt kommt der heilige Geist! - Zurufe von der SPD, den GRÜNEN und den Freien Wählern)

Meine Damen und Herren, ich frage Sie: Wie fühlen sich kleine Kinder, die miteinander spielen - ich denke an das kleine Türkenkind und an das kleine Kind mit deutschem Hintergrund - und im Sandkasten mit der Integration beginnen, später aber mit einer ideologischen Debatte sondergleichen konfrontiert werden, in der der eine Block weltanschaulich versucht, den anderen Block vorzuführen und dabei nur Erbsenzählerei betreibt und darauf wartet, dass vom anderen ein falsches Wort kommt?

(Beifall bei den Freien Wählern)

Das ist auch im Zusammenhang mit der Rede des Bundespräsidenten zu beobachten, bei der man jedes Wort auf die Goldwaage gelegt hat. Am Ende ist auf der einen Seite ein Bundespräsident Wulff von der Union kritisiert worden, weil er zu islamfreundlich gewesen sei, während auf der anderen Seite ein Gauck kritisiert wurde, weil er zu sehr den starken Staat und mehr Integrationsbemühungen gefordert hatte. Am Ende lauteten die Schlagzeilen: Wulff lässt Gauck rechts liegen.

Hätten wir eine solche Rede vor der Bundespräsidentenwahl gehabt, hätten möglicherweise einige aus der Union lieber Gauck gewählt als Wulff oder umgekehrt.

(Zurufe von der CSU)

Meine Damen und Herren, mit einer Diskussion auf dieser Ebene kommen wir keinen Zentimeter voran.

(Beifall bei den Freien Wählern und der SPD)

Wir hatten in den letzten Wochen die Diskussion über Sarrazin. Ich gehe nicht soweit zu sagen, Seehofer wollte dartun, was Sarrazin kann, kann ich schon lange.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Ich glaube, dass Seehofer zunächst eine etwas unüberlegte Äußerung getan hat, wie es beim Uniklinikum Augsburg der Fall gewesen war, am Ende von der Reaktion überrascht wurde und sich dann, als die ersten positiven Mails gekommen waren, vorgenommen hatte: Jetzt packe ich den Stier bei den Hörnern und stehe dazu.

(Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Diese rein ideologische Diskussion wird im Grunde doch nur dazu missbraucht, sich gegenseitig vorzuwerfen, ihr könnt es nicht. Eine solche Diskussion führt am Ziel vorbei und steht der Integration im Wege.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Wir müssen auf die Sachebene herunterkommen und die Realitäten betrachten. Das heißt, wir müssen genau da ansetzen, wo sich Integration entwickelt. Das ist in erster Linie im frühkindlichen Bereich. Ich will nicht sagen, dass das in Bayern alles schlecht ist. Es gibt sicherlich auch rot oder rot-grün regierte Länder, in denen die Politik in punkto Deutschförderung hinterherhinkt. Gleichwohl ist festzustellen, dass auch in Bayern noch nicht alle Register gezogen werden, die man möglicherweise ziehen könnte. Noch ist der

Betreuungsschlüssel zu hoch. Man kämpft darum, in Klassen mit über 50 % Ausländeranteil eine Obergrenze von 25 Kindern einzuführen. Diese Klassenobergrenze bräuchten wir schon in manchen rein deutschen Klassen ohne Migrationshintergrund.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Wenn in etwa die Hälfte der Kinder kein gutes Deutsch spricht, zeigt das: Wir brauchen deutlich kleinere Einheiten. Man möge jetzt auch nicht sagen, in den anderen Ländern sei das noch schlechter. Das mag so sein, aber auch in Bayern gilt es auf dieser Ebene anzusetzen, denn da entscheidet sich, ob Integration funktioniert oder nicht.

Wir müssen die Eltern der Kinder mit Migrationshintergrund an den Tisch holen und müssen niedrigschwellige Angebote schaffen, um diese Kinder in die Schulfamilie hineinzubekommen. Diese Dinge werden zwar jetzt diskutiert, sind aber über Jahre und Jahrzehnte weg nicht konsequent genug angegangen worden. Hier wurden Dinge versäumt, die man jetzt dringend nachholen muss.

Ich wiederhole: Wir müssen runter von einer ideologisch geführten Debatte.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Sagen Sie nur nicht, in Bayern sei die Welt in Ordnung. Sprechen Sie doch einmal mit Polizisten. Diese werden Ihnen sagen, dass sie Jugendliche mit einer ganzen Latte von Straftaten auf dem Revier haben, mit denen sie fertig werden sollen, und gleichzeitig zu wenig Personal haben. Auch hier ist über Jahre hinweg zu wenig getan worden; hier muss nachgelegt werden.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Wir müssen diejenigen unterstützen, die die Integration vor Ort steuern. Noch einmal: Integration kann nur von unten gelingen. Sie kann niemals in dem Sinn gelingen, dass man meint, auf hoher ideologischer Ebene die Weltformel für die Integration finden zu können. Die werden Sie niemals finden. Entscheidend ist nur, ob sich die Leute vor Ort gegenseitig akzeptieren und ob sie miteinander auskommen.

Gehen Sie doch in der bayerischen Geschichte einmal dreißig oder vierzig Jahre zurück: Damals sind die ersten Fabrikarbeiter hier angekommen. Es gab damals ein selbstverständliches Zusammenarbeiten verschiedenster Kulturkreise. Das war damals unstrittig möglich. Problematisch ist es erst später geworden, als sich religiöse Gruppierungen abgespaltet

haben und man begonnen hat, sich gegenseitig auszugrenzen.

Heute ist es völlig sinnlos und nicht zielführend, in regelmäßigen Abständen den Migranten den moralischen Zeigefinger vor die Nase zu halten und zu sagen: Du musst dich besser integrieren. Genauso wenig zielführend ist es, gegenüber denjenigen, die Integrationsprobleme und Defizite ansprechen, den moralischen Zeigefinger zu heben und zu sagen: Du darfst die Migranten nicht kritisieren. Das ist Populismus.

Hier müssen beide Seiten abrüsten. Wir dürfen nicht versuchen, dieses Thema zu parteipolitischen Zwecken zu missbrauchen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Soweit sind wir doch längst!)

Wir müssen alle gemeinsam - deshalb freue ich mich auf diese Integrationsdebatte auch in Anwesenheit des Herrn Ministerpräsidenten - nach Ergebnissen suchen. Ich hoffe, dass sie sich dann nicht in wohlklingenden Worthülsen erschöpft, die sich in der Realität draußen nicht niederschlagen.

(Unruhe)

Ich freue mich also auf eine Debatte, an der sich alle Parteien ganz offen beteiligen und bei der gemeinsam wirklich dezidierte Lösungsvorschläge unterbreitet werden, wie ich es vorhin mit den Stichworten Senkung der Klassengrößen, andere Betreuungsschlüssel oder mehr Deutschkurse angesprochen habe. Darüber hinaus müssten auch die Eltern herangeholt werden. Den Migranten muss ein fairer Zugang zu den Arbeitsmärkten auf allen Ebenen eröffnet werden. Dann freue ich mich auf die sachlich geführten Debatten und sage ganz klar: Was in den letzten Jahren passiert ist, war parteipolitisches Zündeln und gefährlich. Vor den Wahlen wurde immer irgendein Mehmet gefunden, den man zu Recht oder zu Unrecht an den Pranger stellen konnte. Dies geschah immer zum richtigen Zeitpunkt, um Wahlen zu gewinnen und um weitere fünf oder sechs Jahre Ruhe zu haben. Wir müssten diese Zeit zwischen den Wahlen nutzen, um zu sinnvollen Ergebnissen zu kommen. Wir müssen verbal und ideologisch auf allen Fronten abrüsten.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Einen Moment, Herr Kollege. Soeben hat sich Herr Kollege Dr. Bertermann zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Dr. Otto Bertermann (FDP): (Vom Redner nicht autorisiert) Lieber Herr Aiwanger, Sie haben die Koalition

angegriffen und gesagt, es gebe leere Worthülsen. Ich habe Ihrem Vortrag sehr genau zugehört. Sie sprechen von einer Weltformel der Integration. Ist es das, was die Freien Wähler wollen?

(Heiterkeit bei der FDP und der CSU)

Hubert Aiwanger (FW): Sie haben meine Rede inhaltlich nicht verstanden.

(Lachen bei der FDP und der CSU)

Ich habe gesagt: Man wird die Weltformel für Integration nicht finden. Das habe ich gesagt. Man wird sie nicht finden. Zu den Worthülsen habe ich gesagt: Ich hoffe, dass sich diese Integrationsdebatte, die nach Ankündigung des Herrn Ministerpräsidenten noch geführt werden wird, nicht in wohlklingenden Worthülsen erschöpfen wird. Stattdessen sollten wir diese Dinge ganz dezidiert abstimmen. Ich glaube, damit sind die Missverständnisse ausgeräumt.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Genauso machen wir das. Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Brigitte Meyer. Bitte schön Frau Kollegin.

Brigitte Meyer (FDP): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Debatte um Einwanderung und Integration, die derzeit landauf und landab sehr intensiv geführt wird, ist wichtig. Wie schwierig es ist, eine solche Debatte sachlich zu führen, haben wir gerade eindrucksvoll erlebt. Bei dem aggressiven Auftritt und dem lauten Ton ist es schwierig, sachlich zu bleiben. Ich versuche, die Problematik etwas differenzierter zu betrachten.

(Beifall bei der FDP)

Unter welchen rechtlichen Bedingungen soll künftig qualifizierten Arbeitskräften die Zuwanderung nach Deutschland gestattet werden? Ich denke, die Debatte darüber orientiert sich an unseren nationalen Interessen. In der Debatte um Zuwanderung steht die Qualifikation der Zuwanderer im Mittelpunkt, und sie muss auch im Mittelpunkt stehen. Die notwendige Qualifikation der Zuwanderer soll die Zukunftsfähigkeit Deutschlands auf dem Arbeitsmarkt sicherstellen.

(Beifall bei der FDP)

Diese Debatte bezieht sich auf ganz Deutschland und betrachtet die eine Seite der Medaille. Sie richtet sich nach unserer Ansicht - das muss sie auch - in die Zukunft. Gleichzeitig wird in ganz Deutschland eine Debatte geführt, die sich auf die gesellschaftliche Gegenwart bezieht. Bei dieser Debatte, die die andere Seite der Medaille beleuchtet, steht die Bewertung von Güte und Verbesserungsnotwendigkeiten der Integration unserer ausländischen Mitbürger und Mitbürgerinnen, der Leute, die in zweiter oder dritter Generation bei uns sind, im Mittelpunkt. Diese Debatte betrifft alle jene Mitbürgerinnen und Mitbürger - ich nenne sie bewusst so -, die schon lange in unserem Land leben.

Ich bitte darum, in der politischen Debatte die beiden Seiten der Medaille sehr klar zu trennen und zu differenzieren. In der Zuwanderungsdebatte sind wir aufgefordert, das zu tun, was bereits klassische Einwanderungsländer wie die USA und Kanada getan haben, nämlich ein Zuwanderungsrecht zu entwickeln, das unsere nationalen Interessen berücksichtigt.

(Beifall bei der FDP)

Die Integrationsdebatte spiegelt unsere unmittelbare gesellschaftliche Verfassung, unser gesellschaftliches Zusammenleben und unser Miteinander wieder. Wir sind sowohl als gesamte Bundesrepublik als auch als Freistaat Bayern seit Langem de facto ein Einwanderungsland. Bayern hat sich in der jüngsten Geschichte ebenfalls durchaus durch seine Integrationsfähigkeit ausgezeichnet. Ich möchte das betonen, denn wir haben in der letzten Woche von der Universität Bamberg eine Studie erhalten, die belegt, dass Bayern bei der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund durchaus einen guten Weg eingeschlagen hat. Ich denke, dies darf man positiv hervorheben.

Dabei sollten die bisherigen Integrationserfolge aber nicht ursächlich auf die etwas restriktive politische Grundhaltung hier in Bayern zurückgeführt werden. Nein, wir sollten das benennen und weiterentwickeln, was uns tatsächlich bisher hier in Bayern erfolgreich gemacht hat. Wir unterscheiden uns - um ein Beispiel zu nennen - von sogenannten Problemkiezen in Berlin dadurch, dass wir den Integrationsprozess mit Sachverstand steuern. Liebe Frau Bause, Sie sagen, bayerische Integrationspolitik funktioniere nur in München, weil dort eine andere Stadtspitze am Ruder sei. Wir haben in ganz Bayern Beispiele für positive Integrationspolitik.

(Beifall bei der FDP)

Dazu zähle ich eine kluge Städtebaupolitik, die versucht eine Gettobildung zu vermeiden. Dazu zähle ich eine Bildungspolitik, die versucht, die Klassen zu verkleinern. Lieber Herr Kollege Schmid, das ist nicht nur das Ergebnis der Tätigkeit eines Koalitionspartners, sondern es ist sehr wohl eine gemeinsame Aktion, die Klassen mit einem hohen Migrationsanteil auf 25

Schüler zu verkleinern. Das war eine gemeinsame Geschichte, die wir hier angestoßen haben.

(Beifall bei der FDP)

In der frühkindlichen Bildung, die für mich in der Integrationsdebatte der effektivste Ansatz ist, zeigt die Integrationsstudie, die letzte Woche vorgestellt worden ist, Ergebnisse auf, die eindeutig belegen, dass Kinder mit Migrationshintergrund überdurchschnittlich oft bereits jetzt den Kindergarten besuchen und von diesem profitieren.

(Beifall bei der FDP)

Ich freue mich darüber und sehe es als ein überaus positives Signal in der Integrationsdebatte, dass gerade heute beschlossen wurde, einen Lehrstuhl für Islamwissenschaften einzurichten, selbst wenn das bedauerlicherweise nicht in Bayern geschieht. Das ist ein ganz wichtiges Signal in dieser Debatte.

(Beifall bei der FDP)

Die Erwerbsquote von Menschen mit Migrationshintergrund im Freistaat ist höher als in jedem anderen Bundesland. Ich appelliere hier wirklich an alle, die sich an der Integrationsdebatte beteiligen, politische Sensibilität an den Tag zu legen. Wir als Politiker haben eine ganz besondere Verantwortung. Ich appelliere dabei an alle - das sage ich ganz bewusst und in alle Richtungen, weder Ängste und Ressentiments zu schüren noch leichtfertig auf eine Selbsterledigung des Integrationsprozesses zu setzen. Wir haben mit dem gemeinsamen Antrag, den wir als Dringlichkeitsantrag nachgezogen haben, ein deutliches Signal gesetzt. Wir wollen zur Versachlichung und zum Miteinander dieser Koalition beitragen. Wir sehen auch eine Möglichkeit in der Schaffung eines Integrationsgesetzes für Bayern, das auf der Werteordnung des Grundgesetzes aufsetzt. Wir haben guten Grund, auf umsichtige Integrationsfähigkeit in Bayern zu hoffen, darauf, dass auch alle unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger diese Fähigkeit haben.

Ich möchte es noch einmal sagen: Wir sehen in der Schaffung eines Integrationsgesetzes einen Weg, wo Bayern wieder einmal eine Vorreiterrolle übernehmen könnte.

(Beifall bei der FDP)

Folgen wir der Vision vom Integrationsland Bayern und arbeiten wir gemeinsam daran, eine Vision in die Wirklichkeit zu führen! - Ich bedanke mich bei Ihnen.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Frau Meyer, darf ich Sie noch mal kurz ans Mikrofon bitten. Da kommt eben noch eine Zwischenintervention. Bitte.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FW): Frau Meyer, Sie haben gerade gesagt, dass Sie Ihrem eigenen Antrag zustimmen werden. Das verstehe ich, ganz klar.

(Heiterkeit)

Auch die Freien Wähler haben einen Antrag gestellt: Einwanderung und Integration nicht zu parteipolitischen Zwecken missbrauchen. Stimmen Sie dem Antrag der Freien Wähler zu?

Brigitte Meyer (FDP): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Wenn ich den Antrag der Freien Wähler, den ich mir sehr genau angeschaut habe, in seiner ganzen Differenziertheit sehe, dann kann ich ihm nicht zustimmen, weil er nicht ganz dem Prinzip der Sachlichkeit entspricht, wie wir uns das vorstellen.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Jetzt, Herr Kollege Dr. Kirschner, haben Sie das Wort. Nach Herrn Dr. Kirschner sehe ich keine Wortmeldung mehr. Dann kommt noch Herr Staatsminister Herrmann zu Wort. Zunächst Herr Dr. Kirschner, bitte schön.

Dr. Franz Xaver Kirschner (FDP): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Vorrednerin Frau Meyer hat die Dinge unter sozialen Gesichtspunkten aufgearbeitet. Ich schließe mich dem an und füge den Satz hinzu: Diese Arbeiten müssten eigentlich schon im Kindergarten beginnen und nicht erst dann, wenn die Kinder 15, 16 oder 17 Jahre alt sind.

Was meinen Beitrag anbelangt, darf ich mit dem Satz beginnen: Die Aussage, dass wir keine zusätzliche Zuwanderung aus anderen Kulturkreisen brauchen, lehnen wir ab.

(Beifall bei der FDP und bei den GRÜNEN)

Dies tun wir nicht aus ideologischen oder parteiideologischen Gründen, sondern aus ethischen, moralischen und wirtschaftlichen, aber auch aus demografischen Gründen. Letzteres kurz in Fakten: Die Bundesrepublik Deutschland schrumpft, auch Bayern schrumpft, wenn auch nicht so stark wie der Osten. Ich frage mich: Wer soll denn unser Sozialsystem aufrechterhalten? Wer soll unsere Renten bezahlen oder die Renten der jüngeren Abgeordneten?

(Heiterkeit)

Sie sind doch jünger, oder?

(Ulrike Gote (GRÜNE): Mich kann er nicht meinen!)

Dies gelingt nur dann, wenn wir die Wirtschaftskraft der Bundesrepublik Deutschland erhalten und möglichst viele sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze erhalten und ausbauen können.

(Beifall bei der FDP)

Ziel der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik muss es sein, dass Fachkräfte im notwendigen Umfang und in entsprechender Qualität zur Verfügung stehen. Die Versorgung mit ausreichend qualifizierten Fachkräften ist angesichts der demografischen Entwicklung infrage gestellt. Von der Verfügbarkeit qualifizierter Arbeitsplätze hängen Standortsicherung, struktureller Wandel, gesellschaftliche Innovation und Wohlstand entscheidend ab. Dies gilt insbesondere für den Freistaat Bayern mit seiner überdurchschnittlichen Dynamik und Exportabhängigkeit.

Die Zahlen sprechen für sich. Wenn keine Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt eintreten, droht Deutschland im Jahre 2030 ein Fachkräftemangel von 5 Millionen Personen. Bereits 2015 werden 3 Millionen Personen fehlen. Bayern ist innerhalb Deutschlands am stärksten betroffen mit 1,1 Millionen. Das ist keine Studie von mir, sondern eine wissenschaftliche Studie.

Der Fachkräftemangel erstreckt sich über alle Qualifikationsstufen vom Ingenieur bis hin zum Facharbeiter. In 2010 waren in Deutschland bereits 36.000 Ingenieurstellen unbesetzt. Dies ist umso problematischer, da die mit Ingenieuren besetzten Wirtschaftszweige überdurchschnittlich zum Exporterfolg beitragen, insbesondere in Bayern. Zwei Drittel der Unternehmen in Bayern haben teilweise Schwierigkeiten, ihre offenen Stellen zu besetzen. Nach einer Erhebung der Arbeitsgemeinschaft der bayerischen Handwerkskammern waren bereits Ende 2009 beim bayerischen Handwerk 8.100 Ausbildungsplätze nicht besetzt. Gleichermaßen meldet sich die Leitökonomie Tourismus, auch wieder Bayern und hier insbesondere das bayerische Oberland, das Bäderdreieck und der Bayerische Wald. Es ist wirtschaftspolitische Aufgabe des Staates, diese Aktivitäten zu flankieren - vordringlich durch die Nutzung der inländischen Ressourcen. Aber nicht nur jede Stelle für eine Facharbeitskraft ist aus dem Pool der Arbeitslosen zu decken, wie Sie das angesprochen haben, sehr verehrter Herr Schmid. Das schaffen wir nicht, weil wir nahezu auf die Vollbeschäftigung zusteuern.

(Georg Schmid (CSU): 1,5 Millionen haben wir in Fortbildung, Weiterbildung und Umschulung!)

Wir schaffen das nicht. Dafür gibt es Nachweise. Das ist keine Meinung von mir, sondern das sind wissenschaftliche Studien.

(Georg Schmid (CSU): Was Sie nicht alles glauben!)

Daher muss Deutschland attraktiv für die Zuwanderung von Arbeitskräften aus dem Ausland werden. Eine Parallelität von Arbeitslosigkeit und Arbeitskräftemangel ist wirtschaftlich und sozialpolitisch nicht hinnehmbar.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Darum braucht Deutschland ein geregeltes Zuwanderungssystem und ein Zuwanderungsrecht.

Mittelfristig muss das Zuwanderungsrecht umgebaut werden. Nur mit einem unbürokratischen und flexiblen Zuwanderungssystem können wir im internationalen Wettbewerb um die besten Köpfe bestehen. Notwendig ist eine langfristige Strategie mit positivem Image. Der Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt muss künftig über ein bedarfs- und qualifikationsorientiertes System ermöglicht werden. Die Parameter sind Ausbildung, Berufserfahrung und Sprachkenntnisse.

Darüber hinaus müssen die internationalen Abschlüsse eine bessere Anerkennung finden. Flankierend zur Zuwanderungssteuerung gilt es, den Standort Deutschland für ausländische Fachkräfte attraktiv zu gestalten. Ich habe das heute bereits erwähnt beim Thema Forschung und Entwicklung. Forschungsfeindlichkeit und diese Dinge spielen eine Rolle. Voraussetzung sind gute Studien- und Forschungsbedingungen. Es muss ein Aufenthaltsrecht geben, und es muss den Einwanderern in die Bundesrepublik Deutschland eine Perspektive eröffnet werden.

Zudem gilt es, weltweit aktiv für den Standort Deutschland zu werben. Deutschland ist ein attraktives Land, in dem man gut und sicher leben kann und in dem die Infrastruktur funktioniert.

Ich fasse zusammen: 2015 werden ein Viertel der Lehrer und Erzieher fehlen, ein Fünftel der Mediziner, insbesondere im ländlichen Raum, und es fehlen Ingenieure.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Danke schön, Herr Kollege Dr. Kirschner. Im Rahmen der Aussprache habe ich noch eine Wortmeldung von Herrn Kollegen Aiwanger.

Hubert Aiwanger (FW): (Vom Redner nicht autorisiert) Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe soeben mit Frau Meyer gesprochen und habe sie gefragt, welche Passage in unserem Antrag unsachlich sei, der sie nicht zustimmen könne. Sie hat auf den letzten Satz verwiesen, der lautet:

Parteipolitische Manöver und ein öffentlicher Schlagabtausch um das Thema Einwanderung und Integration vergiften das Klima in der Gesellschaft, erschweren die Integration und sind somit zu unterlassen.

An diesem Satz hat sie sich gestoßen. Wir lassen diesen Satz weg und geben den Rest zur Abstimmung.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank, Herr Kollege Aiwanger. Wir vermerken, dass die Antragsteller ihren Antrag um diesen Satz kürzen und den Antrag so verändert zur Abstimmung stellen.

Ich sehe keine Wortmeldungen mehr. Dann gebe ich zum Abschluss dieser Debatte Herrn Staatsminister Herrmann das Wort.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Im Rahmen dieser Debatte! Wir können uns noch einmal melden!)

 Im Rahmen dieser Debatte, jawohl. Absolut richtig. -Herr Kollege Herrmann.

(Christa Naaß (SPD): Ganz ruhig, Herr Minister!)

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich über die Begeisterung, die in diesem Hohen Hause allseits vor allen Dingen über ausländische Fachkräfte herrscht. Das ist - das will ich unterstreichen - nicht nur in diesem Hohen Hause, sondern selbstverständlich auch in der Staatsregierung völlig unstrittig. Wir haben erst in der vergangenen Woche auf Vorschlag des Kollegen Heubisch völlig einmütig Kirill Petrenko zum neuen Generalmusikdirektor der Staatsoper als Nachfolger von Kent Nagano hier in München berufen. Wir stehen in diesem Wettbewerb um die besten Köpfe der Welt, und die tummeln sich gerne hier in München. Die fühlen sich wohl hier in München. Ich bin sicher, sie werden das auch in Zukunft tun. Das ist völlig unstrittig, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU)

Wenn wir uns im Wettbewerb um die besten Köpfe befinden, dann will ich allerdings auch an den letzten Freitagabend im Berliner Olympiastadion erinnern. In der deutschen Nationalmannschaft hat da wieder einmal Mesut Özil mitgespielt. Er ist eine Bereicherung der deutschen Nationalmannschaft. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD und den GRÜNEN, Sie erwecken hier einen völlig falschen Eindruck. Es waren nicht die Deutschen im Stadion, die Mesut Özil ausgepfiffen haben, sondern die Türkischstämmigen. Das ist die Realität.

(Widerspruch bei der SPD und den GRÜNEN -Markus Rinderspacher (SPD): Und welchen Schluss ziehen Sie daraus?)

- Ich ziehe folgenden Schluss daraus: Jemand, der tolle Fähigkeiten in unsere Gesellschaft einbringt und sich in unserer Gesellschaft bewährt, bekommt in unserem Land alle Chancen.

(Lebhafter Widerspruch bei der SPD und den GRÜNEN)

Er kann in der deutschen Nationalmannschaft mitspielen. Die Deutschen sind begeistert von jemandem, der sich in dieser Weise in unser Land einbringt.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Türkischstämmige - nicht nur türkische Fans, die aus der Türkei angereist waren, sondern auch türkischstämmige Fans, die seit Jahren in Berlin leben - haben ihn ausdrücklich in Interviews mit Sportreportern als Verräter bezeichnet, weil aus ihrer Sicht ein ordentlicher Türke nicht Mitglied der deutschen Nationalmannschaft wird. Die Probleme mit der Integration in unserem Land hat nicht die Mehrheit des deutschen Volkes, sondern eine Minderheit, die seit Langem in unserem Land lebt und sich nicht vernünftig integrieren will.

(Beifall bei der CSU - Markus Rinderspacher (SPD): Was reden Sie da daher? Waren Sie jemals im Fußballstadion?)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Herr Staatsminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Kollegin Bause?

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Aber gerne.

Margarete Bause (GRÜNE): Herr Herrmann, ich möchte Sie eigentlich nur fragen, ob Sie auch leiser reden können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Herr Staatsminister, gestatten Sie noch eine weitere Zwischenfrage von Herrn Kollegen Prof. Dr. Barfuß? - Bitte schön, Herr Kollege.

Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): Herr Staatsminister, Sie sind sicher auch Fußballfan wie ich. Haben Sie es schon einmal erlebt, dass jemand von Schalke nach München gegangen und dann von denen ausgepfiffen worden ist, für die er vorher gespielt hat?

(Beifall bei der FDP, der SPD, den Freien Wählern und den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Herr Staatsminister, ich hoffe, dass Sie fußballtechnisch auf festem Terrain stehen.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Lieber Herr Kollege Prof. Dr. Barfuß, das habe ich eben auch erlebt.

(Heiterkeit)

Vielen Dank für diese Erinnerung. Ich werde gerne in Zukunft mit Ihnen gemeinsam Fußballspiele besuchen. Wer jedoch am vergangenen Freitag die Stimmung im Olympiastadion mitbekommen hat, hat gemerkt, dass dahinter ein bisschen mehr steckte. Mir geht es nur darum, diese Probleme - -

(Lebhafter Widerspruch bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Liebe Kolleginnen und Kollegen, darf ich um etwas mehr Aufmerksamkeit für Herrn Staatsminister Herrmann bitten? Herr Staatsminister, fahren Sie bitte fort.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Fahren Sie furt!)

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Mir geht es nur darum, die Probleme, die hinsichtlich der Integrationsbereitschaft in unserem Land in einigen Teilbereichen der Migranten bestehen, ebenfalls ernst zu nehmen. In einigen Wortbeiträgen wurden die Probleme erneut in erster Linie bei der Integrationsbereitschaft der deutschen Bevölkerung gesehen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das lässt sich niemand von Ihnen unterjubeln!)

Ich sage Ihnen klipp und klar: So einseitig kann man diese Probleme nicht wahrnehmen. Ich erkläre noch mal anhand dieses Beispiels: Die deutsche Gesellschaft räumt vielen Menschen, die in unser Land kommen, hervorragende Chancen ein. Inzwischen gibt es viele Menschen mit Migrationswurzeln, die diese

Chancen wahrgenommen und sich hervorragend in unserer Gesellschaft entwickelt haben.

Die Wahrheit ist es aber auch, dass es inzwischen Tausende in unserem Lande gibt, denen diese Chancen ebenfalls geboten wurden und die diese Chancen bis heute nicht wahrgenommen haben. Diese Menschen schotten sich selbst lieber ab, anstatt sich voll zu integrieren. Das gehört auch zur Realität in Deutschland. Das eine ist so wahr wie das andere. Damit müssen wir uns auseinandersetzen.

(Beifall bei der CSU - Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Dagegen muss man etwas tun und nicht bloß plärren!)

Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen lange und sehr genau zugehört.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Herrn Rinderspacher nicht; denn er hat genau die Dinge angesprochen, von denen Sie unterstellen, dass sie nicht vorgetragen wurden!)

- Ich weiß nicht, von welchem meiner Sätze Sie sich persönlich angesprochen gefühlt haben. Das muss wohl an Ihrer persönlichen Wahrnehmung liegen, Herr Kollege. Ich habe weder Sie noch Herrn Rinderspacher genannt.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, heute wurde die Nachfrage nach Fachkräften angesprochen. Dafür bin ich dankbar. Ich möchte nur noch einmal darauf hinweisen, dass wir in der Europäischen Union, also vor der Haustüre, 23 Millionen Arbeitslose haben. Liegt es da nicht nahe, dass wir zunächst einmal versuchen, den Arbeitskräftebedarf innerhalb der Europäischen Union zu befriedigen? Das ist doch gerade der Sinn der Europäischen Union, des Zusammenwachsens dieser inzwischen 27 Nationen. Dadurch wird kein anderer ausgegrenzt.

In Bayern haben wir besonders davon profitiert, dass in den letzten 15 Jahren sehr viele hochqualifizierte Arbeitskräfte aus Ostdeutschland nach Bayern gekommen sind. Das verursacht weniger Probleme bei der Integration als die Integration von Menschen, die von anderen Kontinenten zu uns kommen. Es ist doch logisch, dass zunächst einmal versucht werden sollte, den Arbeitskräftebedarf mit Menschen zu decken, die unmittelbar in der Nähe wohnen und die sich aufgrund ihres kulturellen Selbstverständnisses hier leichter integrieren können als Menschen aus anderen Kulturkreisen.

Meine Damen und Herren, die Pisa-Studien haben in den letzten Jahren belegt, dass ausländische Hauptschüler in Bayern vielfach bessere Leistungen zeigen als deutsche Hauptschüler in anderen Bundesländern. Wir haben darüber wiederholt in diesem Hohen Hause gesprochen. Das ist doch zweifellos ein Erfolg bayerischer Schulpolitik und zeigt, dass wir uns sowohl bei der Integration als auch in der Bildungspolitik auf einem guten Weg befinden. Andere Länder können sich davon eine Scheibe abschneiden. Besser als bei uns funktioniert Integration offensichtlich in keinem anderen Bundesland. Das ist die Realität, wie eine Reihe von Studien aufgezeigt hat.

(Beifall bei der CSU)

Die Arbeitslosenquote von Ausländern ist in Bayern ungefähr doppelt so hoch wie die allgemeine Arbeitslosenquote. In Berlin liegt die allgemeine Arbeitslosenquote höher als die Arbeitslosenquote der Ausländer in Bayern. Dort ist aber wiederum die Arbeitslosenquote der Ausländer wesentlich höher als die allgemeine Arbeitslosenquote. Das bedeutet, dass wir mit unserer Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik insgesamt wesentlich bessere Chancen für die Menschen schaffen, und zwar sowohl für diejenigen, die hier geboren worden sind als auch für die, die neu in dieses Land gekommen sind. Die Arbeitsmarktchancen in Bayern sind für alle Menschen größer als die Chancen in anderen Bundesländern.

Natürlich gelingt Integration einem Menschen, der einen Arbeitsplatz hat und der von seiner eigenen Hände Arbeit lebt, besser als demjenigen, der auf Dauer von Hartz IV lebt. Das gehört zur Realität und die Menschen draußen nehmen das auch so wahr. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn ich von den Zahlen aus Berlin spreche, muss ich sagen: Wir haben in Bayern ein gutes Zusammenwirken zwischen dem Land und den Kommunen. In den letzten Jahren wurde wiederholt darauf hingewiesen, dass die Ausländerquote in Bayern, zum Beispiel in München, Nürnberg und Augsburg, höher als in Berlin ist. Deshalb ist es offenkundig, dass die SPD jedenfalls im Stadtstaat Berlin seit Jahren auf ganzer Front bei der Bildungspolitik, bei der Arbeitsmarktpolitik und bei der Integrationspolitik völlig versagt hat. Das ist der Grund für die Diskussion, die sich im Moment in Berlin abspielt.

(Beifall bei der CSU)

Frau Kollegin Haderthauer hat in den letzten Tagen zu Recht darauf hingewiesen, dass Herr Sarrazin sein Buch wahrscheinlich nicht so geschrieben hätte, wenn er in den letzten Jahren in München gelebt hätte.

(Markus Rinderspacher (SPD): Aber der Ministerpräsident lebt in München!) Es ist gut, wenn wir das gemeinsam so wahrnehmen und auf dieser Basis weiterarbeiten.

Meine Damen und Herren, ich werbe immer dafür. dass wir die volle Realität wahrnehmen. Wahr ist auch, dass in den letzten Jahren nicht nur die besten Köpfe zugewandert sind, sondern dass es seit vielen Jahren in erheblichem Maße aus unterschiedlichsten Gründen auch eine Zuwanderung in die Arbeitslosigkeit und in unsere Sozialsysteme gibt. Aktuell stehen wir wieder vor steigenden Asylbewerberzahlen. Das ist Thema eines weiteren Dringlichkeitsantrags. Auf die Fragen, wie die Asylbewerber vernünftig untergebracht werden können, wird nachher einzugehen sein. Jedenfalls geht das Bundesamt für Migration im Moment bei den Asylbewerberzahlen von einem Wachstum von 30 % gegenüber dem Vorjahr aus. Wir sind Gott sei Dank noch weit entfernt von den gigantischen Zahlen Anfang der neunziger Jahre. 30 % Wachstum ist aber schon eine ganze Menge. 36.000 Asylbewerber werden es nach Schätzungen des Bundesamtes in diesem Jahr sein. Interessant ist, dass nach den Aussagen des Bundesamtes in diesem Jahr 57 % aller Asylbewerber aus islamisch geprägten Ländern kommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns in den nächsten Wochen einmal in Ruhe - ich betone: in Ruhe - darüber reden, wo die Ursachen dafür liegen. Wenn es sich um wirkliche Asylbewerber handelt, stellt sich die Frage, ob die Menschenrechtsverletzungen in islamisch geprägten Ländern besonders schlimm sind. Besteht deswegen für die Menschen ein besonderer Anlass, zu fliehen, oder handelt es sich bei Flüchtlingen aus diesen Ländern um besonders viele, die missbräuchlich vom Asylrecht Gebrauch machen? Ich stelle diese Fragen nur in den Raum. Darüber müssen wir in den nächsten Wochen in Ruhe diskutieren. Dass 57 % aller Asylbewerber im Moment aus islamisch geprägten Ländern kommen, ist nicht ganz so normal.

(Markus Rinderspacher (SPD): Nicht, weil es islamisch geprägte Länder sind, sondern weil es Diktaturen sind!)

Meine Damen und Herren, ich meine jedenfalls, wir müssen bei der Integrationsdebatte wissen, wie wir die Menschen integrieren wollen.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Herr Staatsminister, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage der Frau Kollegin Kamm?

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Gerne, Frau Kollegin.

Christine Kamm (GRÜNE): Herr Innenminister, Sie haben darüber geklagt, dass Flüchtlinge aus islamischen Ländern zu uns kommen. Wissen Sie, aus welchen Ländern die meisten Flüchtlinge derzeit zu uns kommen? Es sind die Länder Irak, Afghanistan und Somalia. Was ist in diesen Ländern? Es ist Krieg und es gibt schlimme Menschenrechtsverletzungen. Das liegt aber nicht am Islam, sondern an der militärischen Situation in diesen Ländern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Herr Staatsminister.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Liebe Frau Kollegin Kamm, aus diesen Ländern kommt in der Tat eine ganze Menge an Asylbewerbern. Ich werde aber gleich noch etwas zur Auseinandersetzung mit dem islamischen Fundamentalismus sagen. Darum geht es nämlich auch bei der Frage, wie wir integrieren.

Die Integrationsdebatte ist notwendigerweise auch eine Debatte über die Rechts- und Werteordnung unserer Gesellschaft. Vernünftig auf Dauer zu integrieren bedeutet nicht nur, dass die Leute Deutsch lernen. Das Beherrschen der deutschen Sprache ist die Grundvoraussetzung. Ohne Beherrschen der deutschen Sprache und ohne eine vernünftige Berufsausbildung kann Integration nicht funktionieren. Der Zusammenhalt in einer Gesellschaft auf Dauer setzt aber mehr voraus, als nur die Sprache eines Landes zu sprechen. Deshalb müssen wir uns gemeinsam dessen vergewissern, was wir unter unserer Rechtsund Werteordnung verstehen und wie wir die Leute integrieren wollen. Wenn wir keinen Konsens darüber finden, welche Fundamente unsere Gesellschaft hat, können wir Menschen, die aus anderen Ländern kommen, schwerlich in diese Gesellschaft integrieren. Deshalb werbe ich nachdrücklich dafür, dass wir nicht nur über Sprache und Berufsausbildung sprechen, sondern gerade auch über die freiheitliche Rechtsordnung unserer Gesellschaft. Wir müssen über das sprechen, was den Grundbestand unserer Bundesrepublik Deutschland seit vielen Jahren ausmacht. Ich nenne als Beispiel nur die Gleichberechtigung von Mann und Frau. Das ist in der Auseinandersetzung mit einem Teil der Zuwanderer ein echtes Thema, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Zurufe des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜ-NE))

Ich hatte vorgestern das Vergnügen, mit Herrn Buschkowsky, Bürgermeister des Berliner Bezirks Neukölln, zu reden. Ein interessanter Mann!

(Zurufe von den GRÜNEN)

Die GRÜNEN wollen offensichtlich nicht wahrhaben, was dieser Mann zumindest bei einem Teil der Einwohner in seinem Berliner Stadtteil zum Beispiel in Sachen Gleichberechtigung von Mann und Frau wahrnimmt, die von einem Teil der islamisch gläubigen Bevölkerung dort nicht akzeptiert wird. Deswegen befinden wir uns in dieser Auseinandersetzung. Natürlich hat die Glaubensfreiheit in unserem Land einen hohen Stellenwert. Trotzdem kann jemand nicht in unser Land kommen und sagen, für mich gilt die Gleichberechtigung von Mann und Frau nicht, weil ich einem anderen Glauben anhänge, und deswegen kann ich sie hier in Deutschland nach Belieben außer Kraft setzen. Deswegen müssen wir über solche Probleme reden und feststellen, dass die Gleichberechtigung von Mann und Frau niemandem gegenüber zur Disposition gestellt wird. Wenn über hunderte von Zwangsverheiratungen in einem Jahr berichtet wird, können wir uns nicht zurückziehen und sagen, die können es machen, wie sie wollen. Wir müssen darauf bestehen, dass das, was in unserer Rechts- und Werteordnung steht, ausnahmslos für jeden gilt, der auf Dauer in unserem Land leben will. Wer das nicht akzeptieren will, kann nicht auf Dauer in unserem Land leben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU)

Wir müssen uns auch mit Leuten auseinandersetzen, die fundamentalistische und extreme Vorstellungen von ihren Werten und ihrem Glauben haben. Natürlich müssen wir uns auch damit auseinandersetzen, wie es in dem einen oder anderen extrem geprägten islamischen Land aussieht. Solche Leute gibt es eben auch. Wenn einer in unser Land kommt und meint, seine Zielvorstellung sei, dass unser Land so regiert wird wie die Islamische Republik Iran, dann muss ich feststellen, dass dies in einem fundamentalen Widerspruch zu dem steht, was für uns in Deutschland wichtig und richtig ist. Frau Kollegin Kamm, ich hoffe, wir sind uns darin einig.

Deshalb müssen wir diese Diskussion auch unter dem Gesichtspunkt der Freiheit führen. Diese Diskussion ist keine Auseinandersetzung zwischen Christentum und Islam. Sie ist aber zumindest bei einem Teil derer, die sich hier integrieren wollen, eine Auseinandersetzung um unveräußerliche Freiheitsrechte in unserer Gesellschaft. Schauen Sie doch in den Iran, was dort vorgeblich unter islamischer Überschrift geschieht. Dort gibt es eben keine Meinungsfreiheit, dort gibt es keine Demonstrationsfreiheit. Dort gibt es keine Pressefreiheit und dort gibt es keine Gleichberechtigung von Mann und Frau. Deshalb müssen wir deutlich machen, dass die Verhältnisse dort in einem

krassen Gegensatz zu dem stehen, was wir heute unter einer modernen Gesellschaft im 21. Jahrhundert verstehen.

(Beifall bei der CSU)

Dieses Verständnis unmissverständlich deutlich zu machen, ist auch ein Teil der notwendigen Integrationsdebatte in unserem Land.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir uns darum bemühen, eine Diskussion darüber zu führen, wie wir integrieren wollen und welche grundlegenden Fundamente wir haben, müssen wir deutlich machen und offenlegen, dass bei uns in Bayern die Integration seit vielen Jahren offensichtlich besser gelingt als in anderen Ländern. Sie gelingt genau deshalb besser, weil wir ein stärkeres Bewusstsein dafür haben, was den Kern unserer Gesellschaft ausmacht und was die Werte unserer Gesellschaft sind. Wir haben ein Bewusstsein dafür, dass, wie Herr Buschkowsky gesagt hat, Multikulti definitiv gescheitert ist. Herr Buschkowsky sagt das. Sie brauchen gar nicht zu warten, bis das jemand aus Bayern sagt. Er sagt, Multikulti ist gescheitert.

Auf dieser Grundlage müssen wir jetzt weiterarbeiten. Wir werden weiterhin die besten Köpfe nach Bayern holen. Wir werden aber auch deutlich machen, dass unsere Lebenskultur die Leitlinie ist, dass jeder, der auf dieser Basis mit uns zusammenleben will, herzlich willkommen ist und dass er bei uns bessere Chancen bekommt als in jedem anderen Teil Deutschlands.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Herr Staatsminister, halt bitte. Eine Zwischenintervention des Kollegen Prof. Dr. Bauer.

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FW): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Staatsminister Herrmann, habe ich Ihren letzten Satz so richtig verstanden, dass Sie sich für eine qualifizierte Einwanderung und Integration aussprechen? Wenn Sie Ja sagen - ich glaube, Sie können nach Ihrer Aussage im letzten Satz nur Ja sagen -, dann müssten Sie eigentlich unserem Antrag zustimmen.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministeri-

um): Seit ein paar Tagen, seit ein paar Wochen, seit Monaten, vielleicht schon seit Jahren ist es ein Problem in dieser Debatte, dass manche mit Begeisterung einen bestimmten Satz herausziehen und meinen, auf dieser Grundlage eine ganze Diskussion gestalten zu

können. Sie müssen schon alles im Zusammenhang sehen, was ich bisher gesagt habe. Dazu gehört auch, Herr Kollege, dass ich zum Beispiel vorhin nachdrücklich darauf hingewiesen habe, dass es in der Europäischen Union 23 Millionen Arbeitslose gibt. Von denen kann jeder und jede sofort, ohne dass es irgendeiner Genehmigung bedarf und ohne dass es irgendeiner Rechtsänderung bedarf, eine Arbeit in einem bayerischen Betrieb aufnehmen. Jeder bayerische Betrieb, jede deutsche Firma kann jeden dieser 23 Millionen Arbeitslosen in der EU schon morgen ohne irgendeine Genehmigung einstellen. Ich habe mich nachdrücklich dafür ausgesprochen, dass wir, wenn wir einen massenhaften zusätzlichen Arbeitskräftebedarf hätten, diesen sinnvollerweise zunächst aus der Solidargemeinschaft der Europäischen Union befriedigen. Ich habe vorhin genauso deutlich gemacht, dass ich stolz darauf bin, dass ein Kent Nagano in München arbeitet und demnächst ein neuer russischer Generalmusikdirektor nach München kommen wird. Die haben alle ein ganz tolles Bild von München und Bayern; Herr Kollege, das wissen Sie auch. Darauf können wir stolz sein. Es gibt niemanden, der Bayern nicht als weltoffen und als freundlich gegenüber solchen Gästen oder neuen Mitarbeitern betrachten würde.

(Hubert Aiwanger (FW): Was hat unser Antrag mit Ihren Ausführungen zu tun?)

Sie zeichnen ein völlig falsches Bild von der Lage.

Ich habe Ihnen jetzt erläutert, wo die Herausforderungen liegen und wo wir in Zukunft weitere Akzente setzen. Auf dieser Grundlage können Sie jetzt abstimmen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Liebe Kolleginnen und Kollegen, genau das werden wir jetzt tun. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung über diese vier Anträge, die ich jetzt der Reihe nach aufrufe.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/5911 - das ist der Antrag der SPD-Fraktion - seine Zustimmung geben will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/Die GRÜNEN. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Wer enthält sich? - Die Freien Wähler und Frau Pauli. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/5917 - das ist der Antrag der Fraktion BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN - seine Zustimmung geben will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen? - Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Enthaltungen? - Das sind wiederum die Freien Wähler und Frau Pauli. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/5923 - das ist der Antrag der Fraktion der Freien Wähler - in der veränderten Form, das heißt unter Streichung des letzten Absatzes, seine Zustimmung geben will, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der Freien Wähler, der SPD, der GRÜNEN, Frau Pauli und zwei Stimmen aus den Reihen der FDP. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Stimmenthaltungen? - Keine. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/5925 - das ist der gemeinsame Antrag von CSU und FDP - seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die CSU-Fraktion und die FDP-Fraktion. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Fraktionen der SPD und der GRÜNEN. Wer enthält sich? - Das sind die Freien Wähler, Frau Pauli und ein Kollege aus den Reihen der FDP. Damit ist dieser Antrag angenommen.

Ich rufe auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FW) Zu den geplanten Stellenverlagerungen der

Deutschen Telekom AG (Drs. 16/5912)

Ich eröffne die Aussprache. Erste Rednerin ist Frau Kollegin Widmann. Bitte schön, Frau Kollegin Widmann.

Jutta Widmann (FW): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen!

(Unruhe)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Ich bitte jetzt um Aufmerksamkeit.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Jutta Widmann (FW): Die Telekom AG möchte anscheinend in großem Stil Arbeitsplätze aus ganz Bayern an zwei Standorten zusammenziehen, nämlich in Nürnberg und in Augsburg. Insgesamt bedeutet dies eine Verlagerung von nahezu 800 Arbeitsplätzen aus ganz Bayern. Allein in meiner Heimatstadt Landshut sind 40 Arbeitsplätze betroffen, in Regensburg 102 Arbeitsplätze und in München sogar 350.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Ich bitte jetzt wirklich um Aufmerksamkeit. Mir ist klar, dass die Debatte vorhin etwas emotionaler war. - Herr Staatsminister, bitte!

Jutta Widmann (FW): Weitere Ortschaften sind betroffen, nämlich Bad Kissingen, Bamberg, Bayreuth, Würzburg, Kempten, Ravensburg, Rosenheim, Traunstein, Ulm und Weingarten. Die bisher 13 Standorte sollen auf nur noch zwei reduziert werden.

Wir Freien Wähler lehnen diese Pläne der Telekom AG ab. Unserer Meinung nach ist es ein falsches Signal, ohne Not und bei guter Ertragslage die bayerischen Außenstandorte der Geschäftskundensparte T-Systems zu reduzieren. Die Telekom setzt dabei bewusst auf eine Verringerung der Kundennähe und den faktischen Abbau von Arbeitsplätzen in den betroffenen Regionen. Das können wir nicht gutheißen.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Die berechtigten Ängste der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden von der Führungsetage ignoriert. Die betroffenen Mitarbeiter - so heißt es lapidar - könnten ja pendeln. Meine Damen und Herren, nicht jeder ist so flexibel, seinen Lebensmittelpunkt nach Augsburg oder Nürnberg verlagern zu können. Viele der Betroffenen haben natürlich auch Familie. Es kann auf Dauer niemandem zugemutet werden, tagtäglich lange Strecken zu pendeln, zum Beispiel von Landshut nach Augsburg oder nach Nürnberg, zumal es sich bei den Betroffenen auch um 200 Teilzeitbeschäftigte, wovon die meisten Frauen sind, und um 65 Schwerbehinderte handelt.

Wie soll denn das Pendeln in Wirklichkeit funktionieren? Ich nehme Landshut als konkretes Beispiel. Die Bahnfahrt von Landshut nach Augsburg dauert je nach Verbindung eineinhalb bis zwei Stunden, und man muss einmal umsteigen. Das würde jeden Tag etwa vier Stunden Fahrzeit für die betroffenen Mitarbeiter bedeuten, auch für die Teilzeitbeschäftigten, und das auch nur, wenn bei der Bahn alles klappt. Hinzu kommen die zusätzlichen Kosten, die durch das Pendeln entstehen und die sicher nicht von der Telekom AG übernommen werden. Eine Monatskarte für den reinen Nahverkehr von Landshut nach Augsburg, um bei dem konkreten Beispiel zu bleiben, kostet etwa 250 Euro, möchte man den Intercity benutzen, schon 280 Euro, und greift man gar auf den ICE zurück, dann werden es 320 Euro. Je nach Angebot müssen die Betroffenen also im Jahr mit 2.230 bis 3.060 Euro Fahrtkosten rechnen. Das Auto ist auch keine Alternative. Für die gleiche Wegstrecke braucht man etwa eineinhalb bis zwei Stunden, und die Kosten kann sich jeder ausrechnen.

Aus unserer Sicht handelt es sich dabei um eine knallharte Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen, insbesondere von Arbeitsplätzen für Frauen, Teilzeitbeschäftigte und Schwerbehinderte. Die Konzernführung setzt mit der Verlagerung darauf, dass viele der Betroffenen ihren Job nicht weiter ausüben können. Diese Arbeitsplätze kann die Telekom dann natürlich einsparen. Hier sollen wieder einmal Kosten auf dem Rücken der Arbeitnehmer eingespart werden, und das lehnen wir strikt ab. Die Konzernführung hat nicht einmal den Mut, ganz klar zu sagen, was sie eigentlich vorhat, nämlich Arbeitsplätze abzubauen und Personal einzusparen.

Das Argument, die Arbeitsplätze würden nur verlagert, ist aus unserer Sicht vorgeschoben und äußerst unseriös. In diesem Zusammenhang möchte ich an die Auflösung und Verlagerung der Callcenter vor einigen Jahren erinnern. Ein Großteil der Arbeitskräfte, die damals beispielsweise von Landshut nach München pendeln sollten, ist dort nie wirklich angekommen. Ähnlich wird es auch in den anderen Regionen ausgesehen haben. Ich prophezeie Ihnen: Auch bei diesen Plänen werden etliche der jetzigen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen auf der Strecke bleiben, frei nach dem Motto: Was einmal funktioniert hat, das funktioniert auch ein zweites Mal.

Die Entwicklung, immer mehr Außenstellen einzusparen, sei es bei der Post oder bei der Telekom, ist aus unserer Sicht sehr bedenklich und geht eindeutig zulasten der Kunden und der Angestellten.

Wir fordern die Staatsregierung daher auf, Gespräche mit der Telekom aufzunehmen und sich für den Erhalt der jetzigen, der bisherigen Standorte einzusetzen. Die Politik darf sich, wenn die Argumente Privatwirtschaft und freier Wettbewerb fallen, nicht immer wegducken. Wir müssen uns aktiv für die Regionalität und den Erhalt der Arbeitsplätze stark machen.

Ich appelliere daher an Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen: Unterstützen Sie unseren Antrag. Gehen Sie gegen diese und ähnliche Fehlentwicklungen vor. Setzen Sie sich für die betroffenen Mitarbeiter Ihrer Region ein.

(Lebhafter Beifall bei den Freien Wählern)

Präsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Stöttner. Bitte.

Klaus Stöttner (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrtes Hohes Haus! Ist es wirklich die Aufgabe des Staates, sich in die operativen Geschäftsent-

scheidungen eines großen Unternehmens einzumischen?

(Zuruf von den Freien Wählern: Quelle!)

Ist es Aufgabe des Staates, im Nachhinein zu versuchen, die Entscheidungen eines Unternehmens umzukehren? - Nein, meine Damen und Herren!

(Beifall des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP))

Das ist nicht die ordnungspolitische Aufgabe des Staates. Aufgabe des Staates ist es vielmehr, Rahmenbedingungen zu schaffen, die den Unternehmen ein problemloses Arbeiten ermöglichen. Aufgabe des Staates ist es auch, zukunftsfähige Arbeitsplätze zu begleiten und zu unterstützen.

(Zuruf von den Freien Wählern: Was ist mit dem Quelle-Katalog? - Maria Scharfenberg (GRÜNE): Wie war denn das bei Quelle?)

Liebe Jutta Widmann, Deine Rede hat mich wirklich überrascht. Du bist doch selbständige Unternehmerin. Wenn sich der Staat plötzlich in deine unternehmerischen Entscheidungen einmischen und dir vorschreiben würde, was du zu machen hast, was würdest du dazu sagen?

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wie wäre es, wenn der Staat dir vorschriebe, welche Hotels du betreibst, wo du deine Mitarbeiter einstellst, welche Festzelte du betreibst? Oder wie wäre das für dich, Thorsten Glauber? Herr Abgeordneter Glauber hat ein Architekturbüro.

(Unruhe bei der SPD, den Freien Wählern und den GRÜNEN)

Wie wäre es, wenn sich der Staat in die Leitung deines Unternehmens einmischte? - Das ist nicht Aufgabe des Staates.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Hubert Aiwanger (FW): Das ist Daseinsvorsorge!)

- Lieber Hubert Aiwanger, meine Damen und Herren, die Telekom hat ganz deutlich gesagt: Sicherung der Arbeitsplätze statt Stellenstreichungen. Die Telekom strukturiert den Mittelstandsservice und den Vertrieb in allen Bundesländern um. Die Telekomunternehmen sind weltweit tätig. Sie müssen sich deshalb im internationalen Wettbewerb behaupten. Deshalb ist es wichtig zu sehen, dass die Telekom bundesweit neun moderne Service-Zentren und 28 Vertriebsbüros neu aufbaut, während die kleinteiligen IT-Teams in fünf wirklich moderne, zukunftsfähige Zentren zusammen-

gefasst werden. Die Telekom garantiert den Mitarbeitern ihre Arbeitsplätze.

(Hubert Aiwanger (FW): Wenn sie zwei Stunden zur Arbeit fahren!)

Sie erhält die Arbeitsplätze und macht sie zukunftssicher. In diese Arbeitsplätze wird, das ist beeindruckend, und davor ziehe ich den Hut, ein zweistelliger Millionenbetrag für die Weiterbildung investiert. Das ist nicht selbstverständlich. Wenn man die Pressemitteilung des Personalvorstands liest, dann erfährt man, die Telekom habe sich stark auf die Bedürfnisse der Mitarbeiter und die betrieblichen Anforderungen ausgerichtet.

Ich gebe dir recht, Kollegin Jutta Widmann, die Entscheidung ist ein Balanceakt und wird den Anforderungen der Praxis oft nicht gerecht. Es ist ein schwieriger Abstimmungsprozess mit den Sozialpartnern, das zeigt sich bereits. In Rosenheim habe ich selbst erlebt, wie schwierig es war, als die Telekom Arbeitsplätze abgezogen hat. Das ist nicht erfreulich. Wir wissen aber, wenn sich der Staat eingemischt hat, denken wir beispielsweise an die Firma Holzmann, dann war das langfristig gesehen nie die richtige Entscheidung. Der Staat ist nicht der bessere Unternehmer. Der Staat soll Rahmenbedingungen schaffen und sich langfristig nicht in das operative Geschäft einmischen.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Tobias Thalhammer (FDP): Genau! - Christa Naaß (SPD): Das gefällt der FDP!)

Kein Unternehmer lässt sich seine Geschäftspolitik vom Staat vorschreiben. Der Staat ist nicht der bessere Unternehmer. Ich sage deshalb: Staat, lass deine Finger vom operativen Geschäft der Unternehmen!

Dieser Antrag, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Freien Wählern, ist zwar gut gemeint, aber kontraproduktiv, denn er geht an den wirklichen Aufgaben des Staates vorbei. Dieser gut gemeinte Antrag - ich unterstelle den Freien Wähler hier wirklich guten Willen - ist aber ein Schaufensterantrag, den wir als Verantwortliche in diesem Staat aus ordnungspolitischer Sicht nicht unterstützen können.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Stöttner, bitte kommen Sie noch einmal ans Redepult, denn Frau Kollegin Widmann möchte eine Zwischenintervention machen. Frau Kollegin, bitte.

Jutta Widmann (FW): Herr Kollege, Sie haben vollkommen recht. Auch ich bin der Meinung, der Staat muss gewisse Rahmenbedingungen für mittlere und kleine Unternehmen, aber auch für Großbetriebe schaffen. Geben Sie mir recht, dass alle Firmen, auch die Großbetriebe, dann, wenn es ihnen schlecht geht, nach der Politik rufen? Dann soll die Politik eingreifen. In diesem Fall haben wir es jetzt andersherum: Dem Betrieb geht es äußerst gut und die Mitarbeiter fordern uns auf, ihnen zu helfen. Bei der Demonstration in Landshut waren auch viele Kollegen Ihrer Couleur vertreten. Wie soll ich das jetzt auffassen? Ihre Kollegen demonstrieren mit mir vor Ort Einigkeit mit den Beschäftigten, doch wie es aussieht, werden Sie heute dagegen stimmen. Als Mittelständlerin und als Kleinunternehmerin, wie ich mich verstehe, möchte ich Ihnen sagen, dass sich der Mittelstand seiner sozialen Verantwortung sehr wohl bewusst ist, während sich der Eindruck ergibt, dass die großen Unternehmen diese Verantwortung sehr wohl vergessen.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, bitte.

Klaus Stöttner (CSU): Ich möchte mich kurz fassen. Grundsätzlich gesehen ist es richtig, dass wir den Mitarbeitern vor Ort Schützenhilfe geben. Hier ist aber die Entscheidung eines Unternehmens gefallen und es ist kontraproduktiv, eine solche Entscheidung seitens des Staates rückgängig machen zu wollen. Wollen wir, dass die Firmen, weil sie auf den Staat hören, in drei Jahren Schwierigkeiten haben und dann mehr Mitarbeiter betroffen sind als bei der jetzigen Neustrukturierung?

(Zuruf der Abgeordneten Christa Naaß (SPD))

Liebe Jutta, 95 % unserer Wirtschaftskraft kommen aus den kleinen Unternehmen, aus dem Mittelstand. 5 % kommen von den Großunternehmen. Unsere bayerische Politik versucht deshalb, die Regionen über den Mittelstand zu stärken. Die Großunternehmen sollten wir in ihren Geschäftsentscheidungen nicht beeinflussen.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Ich darf jetzt Frau Kollegin Karl das Wort erteilen.

Annette Karl (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben es bereits gehört: Die Deutsche Telekom plant, Standorte im Geschäftskunden-Vertriebsbereich und im Bereich der IT-Infrastruktur in ganz Deutschland zu konzentrieren. In ganz Deutschland sind 3.600 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter betroffen. Dabei handelt es sich, das haben wir bereits gehört, zum größten Teil um Frauen und Teilzeitbeschäftigte. Diesen Personen ist es, das muss man

wissen, faktisch und praktisch oft unmöglich, den angebotenen Ersatzarbeitsplatz anzunehmen, der vom jetzigen Wohnort weit entfernt liegt. Wir sind der Meinung, Mobilität, die von allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern eingefordert wird, findet dort ihre Grenze, wo die Belastung unzumutbar wird.

(Beifall bei der SPD)

Die Telekom muss deshalb ihrer sozialen Verantwortung gerecht werden, es muss ein Konzept mit den Beschäftigten und nicht über die Köpfe der Betroffenen hinweg erarbeitet werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Dieses Konzept muss einen gerechten Ausgleich bieten zwischen den wirtschaftlichen Aspekten der Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens, einem guten Kundenservice und den berechtigten Interessen der Beschäftigten.

Was wir als SPD-Fraktion aber nicht wollen, ist der Startschuss für einen Wettbewerb und ein Ausspielen von Standorten untereinander. Deshalb werden wir uns bei diesem Antrag, der seine populistischen Züge nicht ganz verleugnen kann, der Stimme enthalten.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Frau Kollegin. Jetzt darf ich Frau Kollegin Scharfenberg das Wort erteilen. Bitte schön.

Maria Scharfenberg (GRÜNE): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich stelle fest: Wir unterstützen die Bemühungen der Beschäftigten um den Erhalt ihrer wohnortnahen Arbeitsplätze, und deswegen unterstützen wir auch den Antrag der Freien Wähler.

Ich kann es mit meiner Fraktion nur kritisieren, wie hier mit 1.500 Beschäftigten in Bayern umgegangen wird. Herr Stöttner, Sie machen es sich wahnsinnig einfach.

(Zuruf von der CSU: Nein!)

Natürlich ist die Telekom ein privatwirtschaftliches Unternehmen, aber wenn es um 1.500 bayerische Beschäftigte geht, kann der Staat doch, bitte schön, auch einmal für Standorte kämpfen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Gern erinnere ich mich noch daran, wie Herr Wirtschaftsminister Wiesheu seinerzeit hier im Landtag gekämpft hat. Da waren Sie wahrscheinlich noch gar nicht dabei, oder? - Also, da war es so: Der Herr

Wiesheu stand hier auf der Matte, überall, wenn es um Schließungen ging. Und wie er hier auch gefeiert wurde, hier im Landtag. Also, das war eine Schau, gerade von der CSU. Da hätte so einer wie Sie nichts zu lachen gehabt, wenn er sich so geäußert hätte. Das möchte ich Ihnen einmal sagen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Die Beschäftigten in Bayern können dann vom Standort München und Ulm nach Augsburg oder Nürnberg pendeln, auch aus Bamberg, Kempten, Bad Kissingen und Landshut sind Verlagerungen geplant. Und darum geht es jetzt.

Gerade bei den mittelgroßen Städten, die auch noch weiter entfernt sind von Augsburg und Nürnberg, nämlich Landshut zum Beispiel, ist es für die Beschäftigten ein ganz großes Problem, die Stellen zu halten. Das ist eine Gefährdung von Arbeitsplätzen, nämlich 1.500 an der Zahl!

Denn die Telekom sagt lapidar: Es geht kein Arbeitsplatz verloren. Aber, meine Damen und Herren, man kann auch Arbeitsplätze so gestalten, dass sie von den Beschäftigten nicht mehr zu halten sind, indem man sie nämlich einfach unattraktiv macht. Das viele Reisen ist dann für die Leute unattraktiv; denn es sind zum größten Teil Teilzeitarbeitsplätze, das sind Arbeitsplätze für Frauen, die durch familiären Hintergrund sowieso schon mehrfach belastet sind. Das sind Behinderte, die nicht mehr zu ihrem Arbeitsplatz kommen, weil der öffentliche Personennahverkehr das nicht zulässt. Solche Leute haben dann den Schaden.

Natürlich müssen wir uns für sie einsetzen, sehr geehrte Damen und Herren von der FDP und von der CSU! Wer denn sonst?

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Die sind nicht so stark wie Sie, sie sind nicht in den Gremien vertreten. Sie müssten eigentlich alles geben.

Da hilft es nämlich auch nicht, dass zum Beispiel diese Transfergesellschaften gegründet werden. Natürlich helfen die erst einmal für ein Jahr über die Runden, aber dann ist auch Sense. Das haben wir bei Quelle gesehen. Da bringt das nichts für die Qualifikation. Eine Qualifikation der Beschäftigten dauert mindestens zwei Jahre; ein Jahr reicht nicht, wie wir im Fall Quelle gesehen haben, und es bringt überhaupt nichts.

Deswegen meine ich, meine Damen und Herren, der Antrag der Freien Wähler hat die richtigen Signale gesetzt: Die Staatsregierung soll sich mit der Telekom auseinandersetzen und diese die Konzentration auf zwei Standorte überdenken. Alle hier diskutierten Punkte sollen einfließen.

Wir sehen diesen Antrag ausdrücklich auch als Möglichkeit, die Wirtschaftskraft im ländlichen Raum zu erhalten. Sie erzählen uns hier immer etwas davon, wie Sie den ländlichen Raum stützen wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD)

Ja, um Gottes willen, da müssen Sie doch eingreifen, da müssen Sie sich doch geradezu mit dem Unternehmen ins Benehmen setzen! Gerade in Landshut, Bamberg, Bad Kissingen und Kempten kommen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus dem Umland. Für viele lohnt es sich gerade noch, einen kurzen Weg zu pendeln und in Teilzeit zu arbeiten. Wenn das jetzt alles länger und teurer wird, dann lohnt sich das nicht mehr für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Und dann haben Sie ein Problem, nämlich Arbeitslosigkeit im ländlichen Raum.

Wenn ich dann sehe, was wir heute alle in den Fächern gehabt haben: Große Überschrift: Bürgerschaftliches Engagement in Stadtteil und Quartier. Im Text heißt es: "Mehr denn je stehen die Menschen heute vor der Aufgabe, ihren sozialen Nahraum selbst zu gestalten." Der kann dann aber nicht mehr gestaltet werden, weil die Arbeitsplätze im Umkreis fehlen. Dann bluten unsere Dörfer und Städte aus, und das können wir doch wirklich nicht wollen. Da muss die CSU hier sagen: Da können wir leider ordnungspolitisch gar nichts machen! - Dann machen Sie es bitte einmal ideell, meine Damen und Herren! Auch das ist einmal gefragt: Kampfesgeist in Ihren Reihen.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Frau Kollegin. - Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Dr. Kirschner. Bitte schön.

Dr. Franz Xaver Kirschner (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, liebe Frau Widmann, wenn ich den Antrag so lese, kann ich sagen, da geht mir das Herz auf, weil Sie voll dahinterstehen. Als Abgeordnete gebe ich Ihnen völlig recht - aus Ihrer Sicht. Hier geht es aber um ordnungspolitische Fragen.

Jetzt werden Sie gleich rufen: Quelle, Quelle, Quelle! Aber ich werde Ihnen erklären, warum ich da anderer

Auffassung bin. Grundsätzlich mischen wir uns mit diesem Antrag in betriebliche Belange ein - ohne Zweifel. Die Frage ist, ob das gerechtfertigt ist.

Wir alle erwarten gleichzeitig von Unternehmen, dass sie erfolgreich sind, dass sie Steuern zahlen, dass sie Gewinne erwirtschaften, dass sie internationalem Wettbewerb standhalten. Und in Bayern machen wir unseren Eingriff, dann machen wir in Baden-Württemberg Eingriffe, in Hessen, in Brandenburg und überall. Hinterher wundern wir uns dann, wenn wir einen großen Sanierungsfall haben.

Unabhängig von der Unternehmensgröße darf ich Sie fragen, liebe Frau Widmann: Wenn Sie einen Mitarbeiter aus Ihrem Hause vor die gleiche Frage stellen, dass Sie als kleiner oder mittelständischer Unternehmer irgendetwas verlagern wollen, und ein einzelner Mitarbeiter ist betroffen - mischen wir uns denn da auch ein? Ist denn das für diesen ein anderes Leid als das Leid der Telekom-Mitarbeiter, ob es 40, 100 oder 1.000 sind? Wo bitte fangen wir an und wo hören wir auf?

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Wenn das Wort Quelle fällt, gebe ich jetzt darauf die Antwort: Wir haben es hier mit einem völlig anderen ordnungspolitischen Thema zu tun. Dort ging es darum, Strukturpolitik zu gestalten, weil sich Massenarbeitslosigkeit in einem kleinen Segment entwickelt hatte, dass Menschen, die bei Quelle verpackten und Ähnliches machten, plötzlich zu Hunderten auf der Straße standen. Das ist eine völlig andere Baustelle. Aber bitte nicht bei der Telekom.

Wann mischen wir uns ein? Wenn strukturpolitische Maßnahmen notwendig sind: Wir haben hohe Arbeitslosigkeit in einer Branche, wir haben generell hohe Arbeitslosigkeit, und wir haben regionale Entwicklungen, die massiv beeinträchtigen im Verhältnis zu anderen Regionen. Dann kann man sich als Staat einmischen. Alles andere ist nicht verantwortbar.

(Beifall bei der FDP - Zuruf von den GRÜNEN: Ja, das war jetzt viel Beifall! - Lachen bei den GRÜNEN und der SPD)

- Meine liebe Frau Kollegin,

(Tobias Thalhammer (FDP): Das ist so klar!)

Liebe Frau Kollegin, es braucht keine Emotionen, wenn ich Sie mit Argumenten schlage. Wenn Sie keine Ahnung von der Sache haben, dann tut es mir leid.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU - Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt hat der Herr Staatsminister noch um das Wort gebeten. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Martin Zeil (Wirtschaftsministerium):

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf Ihnen versichern, dass weder der Wirtschaftsminister noch die Staatsregierung der Aufforderung bedarf, in einem solchen Fall in Gespräche einzutreten; denn das, was Sie hier beantragen, ist längst geschehen.

(Zurufe: Ach!)

Selbstverständlich haben wir sofort nach Bekanntwerden der ersten Meldungen mit der Deutschen Telekom Kontakt aufgenommen und uns die Einzelheiten für die bayerischen Standorte erläutern lassen, wie wir das übrigens in unzähligen anderen Fällen dieser Dimension auch zu tun pflegen.

(Zurufe von der SPD)

Darauf kann sich jeder verlassen.

(Beifall bei der FDP)

Die Telekom hat uns erklärt, dass mit der geplanten Maßnahme eine modernisierte Flächenstruktur im Geschäftskundenservice und Vertrieb - -

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Kollegin Scharfenberg?

Staatsminister Martin Zeil (Wirtschaftsministerium): Ja, selbstverständlich.

Präsidentin Barbara Stamm: Bitte schön, Frau Kollegin.

Maria Scharfenberg (GRÜNE): Herr Staatsminister, ich möchte Sie jetzt doch einmal fragen: Können Sie sich bitte einmal in Ihren eigenen Reihen abstimmen? Herr Stöttner hat etwas ganz anderes gesagt. Er hat gesagt: Das machen wir nicht!

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Staatsminister Martin Zeil (Wirtschaftsministerium):

Herr Kollege Stöttner hat völlig zu Recht auf den ordnungspolitischen Rahmen hingewiesen, dass wir uns nicht in die Geschäftspolitik von Unternehmen, schon gar nicht öffentlich, einmischen. Aber es ist selbstverständlich, dass mein Haus solche Entwicklungen aufmerksam beobachtet und mit den Betroffenen spricht. Das gehört zu unserem Verständnis von aktiver Wirtschaftspolitik.

Mit den geplanten Maßnahmen will die Telekom - ich denke, es interessiert Sie, was die Telekom gesagt hat - ihre Wettbewerbsfähigkeit erhalten, indem sie ihre Standorte konsolidiert und konzentriert. Sie strebt damit die Sicherung von Arbeitsplätzen und die Vermeidung von Stellenstreichungen an.

Im Bereich IT wird eine Konzentration auf den Standort Regensburg folgen. Die derzeitigen Überlegungen
sehen vor, dass Außenstellen und Büros auf den
Standort Regensburg konzentriert werden. Davon betroffen sind etwa 90 Mitarbeiter aus Bamberg, Augsburg, München, Weiden und Amberg. Besonders
wichtig ist: Die Standorte Traunstein, Deggendorf und
Erlangen bleiben erhalten. Beim Vertrieb sollen Augsburg und Nürnberg große Standorte werben. Die
größte Bewegung soll es dabei von München nach
Augsburg mit 300 Mitarbeitern geben. Darüber hinaus
seien weitere Mitarbeiter aus Traunstein, Bad Kissingen, Landshut und Rosenheim betroffen.

Insgesamt sollen sich diese Standortkonsolidierungsmaßnahmen nach Aussage des Unternehmens positiv auf die Beschäftigtenzahlen im Freistaat auswirken. Mit einem Zugang von etwas über 100 Mitarbeitern nach Bayern sei zu rechnen. Die Gesamtzahl der bayerischen Beschäftigten erhöhe sich damit auf rund 1.200.

Wir haben gegenüber der Telekom deutlich gemacht, bei allen Überlegungen möge bedacht werden, dass Bayern schon 2008 von den Konsolidierungsmaßnahmen der Callcenter betroffen war. Der Ministerpräsident und ich werden morgen anlässlich eines schon länger vereinbarten Gesprächs mit dem Vorstandsvorsitzenden der Telekom die Thematik ansprechen.

Aber zunächst sind die Sozialpartner am Zug. Wir werden das Thema eng begleiten und uns dafür einsetzen, dass für die Beschäftigten eine möglichst gute Lösung gefunden wird. Deshalb, meine Damen und Herren, ist Ihr Antrag völlig entbehrlich.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Wie will das Hohe Haus verfahren? Können wir uns darauf verständigen, dass der Antrag nach der Erklärung des Staatsministers erledigt ist? - Der Staatsminister hat erklärt, dass Gespräche stattgefunden haben und weiterhin stattfinden werden. Wenn wir dies nicht beachten, entsteht hier im Haus ein falscher Eindruck. Die Staatsregierung hat sich bemüht und Gespräche geführt. Ich will zwar nicht in das Abstimmungsverfahren eingreifen,

aber ich bin der Meinung, dass sich das Hohe Haus dieser Mitteilung nicht verschließen sollte. Der Bericht der Staatsregierung ist ganz klar: Die Staatsregierung ist schon vor Einreichung Ihres Antrags tätig geworden. - Herr Kollege Fahn, vielleicht können Sie uns helfen.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FW): Wir wollten wissen, ob der Minister dem zustimmt, was wir beantragt haben. Wir haben beantragt, was er angeblich gemacht hat. Aber hier hat es geheißen, das dürfe er nicht.

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, ich weiß nicht, ob ich Sie richtig verstanden habe. Der Staatsminister hat Ihnen wohl das gesagt, was Sie in Ihrem Antrag fordern. Wenn Sie Ihren Antrag trotzdem aufrechterhalten, will ich Ihnen das nicht ausreden. Dann muss ich darüber abstimmen lassen. Sie können sogar eine namentliche Abstimmung beantragen; ich hätte nichts dagegen, wir würden sie dann durchführen.

Das Wort hat Herr Thalhammer.

Tobias Thalhammer (FDP): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Worte des Wirtschaftsministers waren ganz klar. Ich appelliere an die Opposition, dem Rechnung zu tragen. Sonst gibt es doch immer ein Theater, wenn jemand nicht aktiv wird. Ihnen fällt überhaupt kein Zacken aus der Krone, wenn Sie sagen: Jawohl, Herr Wirtschaftsminister, es ist toll, dass Sie sich unaufgefordert dafür eingesetzt haben.

Herr Zeil hat klar gesagt: Der Antrag ist entbehrlich. Wenn Sie wollen, dass über den Antrag dennoch abgestimmt wird, dann ist auch klar, dass wir ihn ablehnen werden.

Präsidentin Barbara Stamm: Wir hatten keine weiteren Wortmeldungen. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/5912 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der Freien Wähler, eine Stimme der SPD und die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. - Das sind die CSU-Fraktion und die FDP-Fraktion. Stimmenthaltungen? - Bei Enthaltung der SPD-Fraktion und einer Stimme aus der CSU ist der Antrag abgelehnt.

Ich rufe innerhalb des Tagesordnungspunktes 3 zur gemeinsamen Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Thomas Mütze, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Karten auf den Tisch, Frau Staatsministerin Haderthauer: Konzept für die Erstaufnahme von Flüchtlingen in Bayern vorlegen (Drs. 16/5913)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Dr. Hans Jürgen Fahn u. a. und Fraktion (FW) Erarbeitung eines Gesamtkonzepts und

Erarbeitung eines Gesamtkonzepts und Entschärfung der aktuellen Flüchtlingssituation durch flexible Lösungen (Drs. 16/5924)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Frau Staatsministerin, Sie haben das Wort.

Staatsministerin Christine Haderthauer (Sozialministerium): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Ich nehme Bezug auf den Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN, der ein Berichtsantrag ist. Ich möchte dem Landtag diesen Bericht direkt geben.

Ich beginne mit der allgemeinen Entwicklung der Asylbewerberzahlen. Wir hatten im Jahr 2004 einen Zugang von 4.855 Personen. Damals war das noch in drei Erstaufnahmeeinrichtungen der Fall. Im Jahr 2005 haben wir die dritte Erstaufnahmeeinrichtung, nämlich die in Würzburg, geschlossen. Seit 2008 verzeichnen wir wieder einen stetigen Anstieg der Asylbewerberzahlen in Bayern. 2008 betrug der Anstieg 14,3 %. Im Jahr 2009 waren es 24,9 %. Im August 2010 hat es im Vergleich zum Vorjahresmonat einen Anstieg um 29,5 % geben.

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge schätzt für 2010 einen bundesweiten Zugang an Migranten und Flüchtlingen von 36.000. Davon entfallen gemäß Schätzung auf Bayern 5.400 Asylbewerber. Zum Vergleich: 2009 hatten wir 4.234 Asylbewerber.

Ich habe regelmäßige Runden mit den Regierungspräsidenten. Wie Sie wissen, vollziehen die Regierungen Aufnahme und Unterbringung der Asylbewerber. Unter anderem am 7. Juli habe ich den Regierungen den Hinweis gegeben, dass sich die Unterbringungskapazitäten auf die Zahlen einstellen müssen, die uns vorhergesagt worden sind und sich von Monat zu Monat bestätigt haben.

Es hat auch eine Bereitstellung bei den Gemeinschaftsunterkünften gegeben. Dadurch kann eine raschere Entlastung bei den Aufnahmeeinrichtungen geschehen. Der Zustrom belastet natürlich zunächst die Aufnahmeeinrichtungen. Die Anzahl der aufzunehmenden Asylbewerber übersteigt inzwischen die Kapazität der derzeit vorhandenen Aufnahmeeinrichtungen in Zirndorf und München. Ich habe mit Schreiben vom 30. September die Regierung von Unterfran-

ken um Prüfung bitten lassen, welche Maßnahmen zur Wiedereinrichtung einer Aufnahmestelle in Würzburg, die ja 2005 geschlossen worden ist, nötig sind und ob, gegebenenfalls wie und in welchem Zeitraum so etwas möglich sein wird. Hierzu hat die Regierung von Unterfranken erstmals mit Schreiben von vorgestern, 12.10.2010, berichtet und uns mitgeteilt, dass sie Gespräche geführt hat mit der Stadt Würzburg, mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, der Außenstelle Würzburg, mit der Zentralen Rückführstelle Nordbayern, mit dem Gesundheitsamt beim Landratsamt Würzburg und der zuständigen Polizeiinspektion, ebenfalls mit der Regierung von Mittelfranken und dem Landesbeauftragten des Freistaates Bayern für die Aufnahme und Verteilung ausländischer Flüchtlinge. Es ist uns dann auch berichtet worden, dass der Vertreter der Außenstelle des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge in Würzburg, der insoweit für das Bundesamt insgesamt sprach, zum gegenwärtigen Zeitpunkt mitteilte, man könne sich die Einrichtung einer Rechtsantragsstelle beim Bundesamt vorstellen. Dieses sei in einem relativ kurzen Zeitraum zu bewerkstelligen. In der Gemeinschaftsunterkunft Würzburg wohnen - Stand 12.10., also vorgestern -404 Personen, darunter 42 rechtliche Fehlbeleger, das heißt, 42 Personen, die rechtlich zum Auszug berechtigt wären.

Dann komme ich zur Situation betreffend die Containerunterkünfte und des Anstiegs des Zustroms in den letzten Tagen. Ich möchte noch einmal ins Gedächtnis rufen, dass wir im Dezember 2008 einen einstimmigen Beschluss des Bayerischen Landtags hatten, zwei Metallcontainerunterkünfte in München zu schließen, die Unterkünfte in der Rosenheimer Straße, aber auch in der Waldmeisterstraße. - Die Unterkunft am Dreilingsweg ist aber auch geschlossen; schon länger; das ist bereits erfolgt.

Ich möchte auch ins Gedächtnis rufen, dass die Regierung von Oberbayern dann, auch das hat inzwischen in den Medien gestanden, aufgrund sehr starker Zuströme in der letzten Septemberwoche, vor allem aber in der ersten Oktoberwoche, die Containerunterkunft in der Waldmeisterstraße reaktiviert hat. Ich habe am 07.10.2010 die Regierung angewiesen, den Landtagsbeschluss einzuhalten. Ich habe darauf hingewiesen, dass der Landtagsbeschluss, der zwar namentlich nur die Verwendung als Gemeinschaftsunterkunft meinte, sich aber selbstverständlich auf Unterkünfte jedweder Art auch im Sinne einer Erweiterung der Aufnahmeeinrichtung bezieht, verlangt, diese Unterkunft unverzüglich wieder zu räumen und zu schließen. Das ist mir mit Schreiben am Abend des 07.10. von der Regierung von Oberbayern zugesagt worden. Es ist im Laufe des 08.10. und endgültig am 09.10. erfolgt.

Die kurzfristig in der Waldmeisterstraße untergebrachten Flüchtlinge sind in neu akquirierten Unterkünften untergebracht, und zwar in einem Jugendgästehaus in der Elisabethstraße. Nach heute mir von der Regierung gemeldetem Stand, der die Zahlen von gestern betrifft, leben 58 Personen in einem Arbeiterwohnheim in der Untersbergstraße 15 - auch das sind wieder Zahlen von gestern, die mir heute von der Regierung gemeldet worden sind -, in dem ehemaligen Übergangswohnheim in der Hofangerstraße und in der Levelingstraße 39 bzw. 16 Personen. Es sind mir aber nicht nur diese Zahlen mitgeteilt worden, das sind nämlich die Registrierten, sondern ich habe von der Regierung von der Oberbayern außerdem die Information erhalten, dass es neben den 560 Personen, die in den geöffneten Unterkünften - Baierbrunner Straße, Flughafen und in den vier weiteren Unterkünften untergebracht seien -, insgesamt noch 204 zusätzliche Personen untergebracht seien, die aber noch nicht registriert seien und deswegen in der aktuellen Verteilungsliste noch nicht aufgeführt seien. Die Regierung arbeite aber mit Hochdruck daran, diese Registrierung fertig zu stellen.

Die Regierung von Oberbayern ist nach ihrer Auskunft daran, mit der Landeshauptstadt München weitere Unterkünfte zu suchen, die für zukünftig mögliche Zahlen einen Puffer bieten, und diese vorzuhalten und zu organisieren.

Zur Erstaufnahmeeinrichtung in der Baierbrunner Straße und den Plänen für die künftige Unterbringung neu angekommener Flüchtlinge in München - auch das betrifft Ihren Berichtsantrag - ist zunächst zu sagen: Es gab bereits im Juli 2008 eine erste Anfrage an die Immobilien Bayern, damals noch auf eine Quartierssuche für die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge am 28.08.09. bezogen, dann die Bedarfsmeldung an die Immobilien Bayern, eine Gesamteinrichtung als Ersatz für die Aufnahmeeinrichtung an der Baierbrunner Straße zu suchen. Zugrunde liegt eine Entscheidung und Absicht, die ich übrigens auch im Plenum schon verkündet hatte, den derzeit laufenden Mietvertrag für die Baierbrunner Straße, der noch bis zum 30.04.2014 läuft, nicht mehr zu verlängern, sondern auslaufen zu lassen und eine andere Aufnahmeeinrichtung in München zu finden. Das Ganze ist jetzt durch die Entscheidung des Verwaltungsgerichts München zementiert worden, das sich gegen eine Verlängerung der Baugenehmigung bis April 2014 ausgesprochen hat. Aber die Grundsatzentscheidung, die Aufnahmeeinrichtung in der Baierbrunner Straße aufzulösen, steht.

Zu den unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen speziell: Ich habe zu der geplanten Auslagerung bereits hier im Plenum berichtet. Laut Plenarprotokoll

gibt es aber auch schriftliche Berichte zu der Situation vom 16.09.2010, Drucksache 16/4885, und vom 17.09.2010. Wir wollen, wie auch vom stellvertretenden Amtschef Herrn Zwick im sozialpolitischen Ausschuss des Bayerischen Landtags berichtet worden ist, die Bemühungen der Landeshauptstadt München, hier für die Zuströme unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge Unterkünfte zu finden, dadurch flankieren, indem wir einen runden Tisch machen. Die Einladung ist inzwischen verschickt. Der runde Tisch findet am 26.10.2010 statt. Die Einladung ist, so teilt mir mein Haus mit, an die Fachsprecher der Fraktionen im Bayerischen Landtag ergangen. Sie datiert vom 08.10. und ging außerdem an das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und an die Landeshauptstadt München.

(Zuruf)

- Noch nicht? Herr Kollege Unterländer hat sie gestern schon gehabt. Sie haben es bekommen. Die Einladung ist an die Landeshauptstadt München und an die Regierungen von Oberbayern und Mittelfranken ergangen.

Seit dem 23.06. haben 85 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge die Aufnahmeeinrichtungen in der Baierbrunner Straße verlassen.

Eines noch: Die erhöhten Zugangszahlen habe ich immer wieder mit den Regierungspräsidenten erörtert. Ich habe schriftlich um entsprechende Maßnahmen gebeten, aber jetzt, nachdem wir Anfang Oktober innerhalb weniger Tage 100 neue Asylbewerber hinzubekommen und derzeit einen Stand von 764 haben so die Meldung der Regierung von Oberbayern von gestern -, habe ich für nächsten Donnerstag ein Gespräch mit den Regierungspräsidenten unter Einbeziehung des Finanzministeriums und des Innenministeriums anberaumt. weil hier natürlich besprochen werden muss, wie man damit in den nächsten Monaten konzeptionell umgeht; denn das, was ich jetzt berichten konnte, waren Sofortmaßnahmen, um den Container wieder zu schließen. Das wäre es von meiner Seite.

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Staatsministerin, bleiben Sie noch einen Moment am Redepult stehen. - Kollegin Stamm. Bitte.

Claudia Stamm (GRÜNE): Es war als Zwischenfrage gedacht. Ich hatte noch versucht, mich vorher zu melden.

Sehr geehrte Frau Staatsministerin, bei den Containerunterkünften haben Sie leider die Sankt-Veit-Straße ausgelassen. Dazu gibt es auch einen Beschluss des Landtags, wonach sie bis Ende 2010 geschlos-

sen werden soll. In meiner Anfrage zum Plenum heute habe ich erfahren, dass die Verwendung als Containerunterkunft verlängert wurde, ich glaube, ohne dass wir informiert wurden.

Die Untersbergstraße haben Sie erwähnt, die jetzt teilweise reaktiviert wurde. Es sind wieder Flüchtlinge dort. Das war schon einmal eine Erstaufnahmeeinrichtung. Ich möchte wissen, ob es darüber schon Gespräche gab, dass sie eventuell wieder als Erstaufnahmeeinrichtung funktionieren soll. In der Baierbrunner Straße ist ohne Not vorzeitig der Mietvertrag verlängert worden.

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Staatsministerin.

Staatsministerin Christine Haderthauer (Sozialministerium): Ich kann jetzt nicht bestätigen, dass der Mietvertrag ohne Not vorzeitig verlängert wurde.

Zur Sankt-Veit-Straße habe ich keine Informationen zu einem Landtagsbeschluss.

Präsidentin Barbara Stamm: Das kann noch abgeklärt werden, Frau Staatsministerin. Das können Sie aus dem Stegreif jetzt nicht sagen.

Staatsministerin Christine Haderthauer (Sozialministerium): Vielleicht sage ich nachher noch etwas dazu. Möglicherweise melde ich mich zum Schluss noch einmal zu Wort, dann werde ich das gerne beantworten. Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU und der FDP)

Präsidentin Barbara Stamm: Das wird noch persönlich beantwortet. Vielen Dank, Frau Staatsministerin. Das war ja schon ein Bericht.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU und der FDP)

Jetzt darf ich Frau Kollegin Ackermann das Wort erteilen.

Renate Ackermann (GRÜNE): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir haben Frau Ministerin Haderthauer in unserem heutigen Dringlichkeitsantrag aufgefordert, ein Konzept vorzulegen. Wir haben nicht gesagt, sie solle einen Bericht darüber geben, welche hilflosen Aktionen und Hin- und Herschiebereien die Staatsregierung in den letzten Tagen begonnen hat, eben weil sie kein Konzept hat. Ich glaube, wir sind missverstanden worden.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD)

Ich will nur einen kurzen Überblick darüber geben, was derzeit Stand der Flüchtlingspolitik in Bayern ist.

Dann werden Sie sich selber ein Bild davon machen und feststellen können, dass diese Flüchtlingspolitik konzeptionslos ohne Beispiel ist.

Nach vielen Besuchen in der Erstaufnahmeeinrichtung in der Baierbrunner Straße und bei den Missständen, die wir dort festgestellt haben, ob bei Hygiene, ob bei Überbelegung, ob bei mangelnder Sozialbetreuung, ob bei mangelnden Kinderspielplätzen, dachte ich immer: Es gibt keine Steigerung mehr. Weit gefehlt. Es gibt eine Steigerung. Es gab eine Steigerung, indem ein einstimmiger Landtagsbeschluss missachtet wurde, indem sich die Regierung von Oberbayern eigenmächtig dazu aufgeschwungen hat, eine bereits geschlossene Containerunterkunft zu reaktivieren und 170 Menschen dort unterzubringen. Ich möchte nur kurz sagen, was diese Menschen dort vorgefunden haben: Sie hatten keine Betten, nur Matratzen, nur eine Dusche für 170 Menschen, einen Wachdienst, der Probleme hatte, Deutsch zu verstehen, keinen Sozialdienst, keine Hygieneartikel, eine Kochplatte, einen kleinen Backofen. In diesem kleinen Backofen sollten 170 Menschen Brötchen aufbacken. Weil das nicht möglich war, haben sie die Brötchen teilweise roh gegessen, und die Kinder hatten hinterher entsetzliche Bauchschmerzen.

Am nächsten Tag gab es zwar ein Frühstück, aber ansonsten kein Essen. Abends gab es eine Pizza. Es gab keine extra Babynahrung. Am Sonntag wurden sie in ein Restaurant geschickt. An dieser Stelle möchte ich das Engagement der Frau Kollegin Sandt, die mit Hygieneartikeln in die Unterkunft ging, würdigen. Sie hat versucht, zumindest die schlimmste Not zu lindern.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der SPD)

Dennoch entbindet dieses persönliche Engagement einer Kollegin die Koalition nicht davon, jetzt endlich ein Konzept vorzulegen, wie in Zukunft mit Flüchtlingen in diesem Freistaat menschenwürdig umgegangen werden soll.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD)

Gleichzeitig mit den Missständen in der Waldmeisterstraße hat uns die Nachricht erreicht, dass die Gemeinschaftsunterkunft in Würzburg in eine Erstaufnahmeeinrichtung umgewidmet werden soll. Derzeit wohnen in der Gemeinschaftsunterkunft Würzburg 400 Flüchtlinge. Ich habe daraufhin die Staatsregierung in einer Anfrage zum heutigen Plenum gefragt, wie mit den Flüchtlingen umgegangen werden soll, die jetzt dort sind, und ob es stimmt, dass diese Unterkunft zur Erstaufnahme umfunktioniert werden soll. Die Antwort war, man wisse es nicht. Die Planungen

seien noch am Laufen. Man plant also noch, obwohl in der Presse schon längst bekanntgegeben wurde, dass es Erstaufnahmeeinrichtung wird und obwohl sich in Unterfranken massiv Proteste über diese vorschnelle und unvorbereitete Umfunktionierung geregt haben. Aber im Moment weiß die Staatsregierung davon jedenfalls nichts, und man weiß auch nicht, ob man die Gemeinschaftsunterkunft dann schließen soll oder nicht. Darüber ist auch noch keine Entscheidung gefallen. - So weit zur Informationspolitik der Staatsregierung.

Aber es wurde noch besser, denn selbst die Staatsministerin wird offensichtlich nicht informiert. Denn sonst hätte es nicht passieren können, dass ein Container, der auf ihre Anweisung am 8. Dezember geschlossen wurde - warum er nicht abgebaut wurde, kann ich Ihnen auch erklären, dort haben nämlich seitdem Sammelverhöre stattgefunden -, wieder aktiviert wurde, ohne dass sie es wusste.

(Dr. Hans Jürgen Fahn (FW): Unglaublich!)

Sollten Sie es aber gewusst haben, Frau Staatsministerin, wäre es noch schlimmer. Denn dann hätten Sie erst den Landtagsbeschluss und dann Ihren eigenen Beschluss als Ministerin unterlaufen. Ich kann es nicht glauben. Ich bin sicher, dass es ohne Ihr Wissen geschehen ist. Aber auch das ist ein Skandal.

(Dr. Hans Jürgen Fahn (FW): Richtig!)

Man muss sich überlegen: Wer bestimmt eigentlich im Sozialministerium? Wer bestimmt in der Regierung von Oberbayern?

(Dr. Hans Jürgen Fahn (FW): Oder Unterfranken!)

- Oder Unterfranken. Wackelt da der Schwanz mit dem Hund oder wer hat das Sagen?

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN und der Freien Wähler)

Dieses heillose Planungs- und Informationschaos, das wir in den letzten Wochen vorgeführt bekamen, ist alles andere als ein Konzept, Frau Ministerin.

Dass Sie uns heute berichtet haben, was Sie getan haben, was Sie versuchen, was Sie weiter durchsetzen möchten, das ist die eine Sache. Das war ein Bericht über hilflose Aktionen, aber es war kein Konzept.

Deshalb fordere ich Sie jetzt auf: Legen Sie endlich und unverzüglich ein Konzept vor, wie Sie künftig in Bayern mit Flüchtlingen umgehen wollen. Beenden Sie diese Chaospolitik. Hören Sie mit dem Verwirrspiel auf und bringen Sie Flüchtlinge in Bayern endlich menschenwürdig unter, sodass sie nicht zum zweiten Mal in ihrem Leben zu Flüchtlingen werden, weil sie von einer Unterkunft zur anderen flüchten müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der Freien Wähler)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Frau Kollegin.

Ich darf das Hohe Haus davon unterrichten - Sie haben es schon auf Ihren Bildschirmen gesehen -, dass sich die Redezeiten für die Fraktionen verändert haben. Einige waren ganz überrascht davon. Aber das hängt mit unserer Geschäftsordnung zusammen. Wenn die Staatsregierung 15 Minuten mehr Redezeit hat, steht das auch den Fraktionen zu. Aber das bedeutet natürlich nicht, dass Sie diese dann auch in Anspruch nehmen müssen. Wir wollten Ihnen nur anzeigen, wie es aussieht.

(Beifall bei Abgeordneten der Freien Wähler)

Jetzt darf ich Herrn Kollegen Dr. Fahn das Wort erteilen.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FW): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Was Sie von Frau Ministerin Haderthauer gehört haben, war ein Bericht über das, was sie gemacht, aber auch was sie nicht gemacht hat. Auch wir vermissen ein Gesamtkonzept, das von der Ministerin in keiner Weise vorgelegt wurde.

Wir haben in den vergangen Wochen vieles in der Zeitung gelesen. Als Beispiel erwähne ich die Sache in München. Es ist unverantwortlich, wie die Regierung von Oberbayern vorgegangen ist. Es kann einfach nicht sein, dass sich eine Behörde über einen Beschluss des Landtags, der damals einstimmig gefasst worden ist, hinwegsetzt.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Hier wird der Bayerische Landtag insgesamt ad absurdum geführt. Diesen Politikstil werden wir nicht akzeptieren, sagte Frau Präsidentin Barbara Stamm letzte Woche. Darüber wurde auch so in allen Medien berichtet. Dem stimmen wir voll zu.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Es ist nicht nur München betroffen, das Gleiche passiert in Würzburg. Auch dort konnte man in der Zeitung lesen, dass der Regierungspräsident tätig geworden ist. Das ist nicht seine Aufgabe. Der

Regierungspräsident ist ein ausführendes Organ und hat das zu tun, was der Landtag ihm vorgibt. Interessant ist auch, dass nun alle zurückzurudern versuchen. Nachdem wir gestern eine Pressemitteilung herausgegeben haben, hat heute die Regierung von Unterfranken das zurückgewiesen, was wir moniert haben. Mich würde einmal interessieren, ob die Regierung von Unterfranken in der letzten Woche einen solchen Brief geschrieben hat und eine Presseerklärung abgegeben hat, als die Stellungnahme von Oliver Jörg und Barbara Stamm herausgekommen ist. Das nur am Rande.

Seit Jahren wissen wir - das wurde auch von der Ministerin gesagt -, dass die Flüchtlingszahlen ansteigen. Diese Situation ist doch nicht einfach vom Himmel gefallen. Wir kennen die Tendenz und wir müssen reagieren. Die politisch Verantwortlichen müssen konkret handeln. In fast jeder Sitzung des Sozialausschusses wird gesagt: Wir suchen nach neuen Immobilien, haben aber noch nichts gefunden. Man kann doch nicht warten, bis das Kind in den Brunnen gefallen ist. Spätestens seit der Schließung der Gemeinschaftsunterkunft in der Waldmeisterstraße hätte man sich Gedanken machen müssen. Es ist viel zu wenig geschehen. Warum hat man sich nicht um Alternativen gekümmert? Es kann nicht sein, dass Abgeordnete Wohnungen für Asylbewerber suchen müssen. Dazu haben wir doch gut bezahlte Beamte im Sozialministerium. Diese sollten das viel besser machen als sie es bisher getan haben.

Das aktuelle Urteil des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofes, das besagt, dass die Erstaufnahmeeinrichtung in der Baierbrunner Straße geschlossen wird, wird die Situation in München noch verschärfen. Deswegen ist es höchste Zeit, ein Gesamtkonzept zu erstellen, wie und vor allem wo die Flüchtlinge in Bavern in Zukunft untergebracht werden, und zwar unter Beachtung der Leitlinien zu Größe und Ausstattung der Gemeinschaftsunterkünfte. Diese wurden noch am 01.04.2010 erlassen. Wir sind davon überzeugt, dass sie noch nicht umgesetzt wurden und dies noch gemacht werden muss. Das betrifft zum Beispiel einen Duschplatz für zehn Personen und für jeden Bewohner einen abschließbaren Schrank sowie Gemeinschaftsräume für alle. Das ist noch lange nicht umgesetzt. Danach müssen wir darüber reden, was in den einzelnen Aufnahmeeinrichtungen noch zusätzlich geschehen soll.

Das Ausweichen auf andere Gemeinschaftsunterkünfte in Würzburg und Aschaffenburg, wie es anscheinend geplant ist, kann auch keine vernünftige Lösung sein. Dies gilt vor allem, wenn dies ohne Abstimmung mit den Betroffenen vor Ort geschieht. Es kann nicht sein, dass eine ausführende Behörde - ich habe es

vorhin schon gesagt - und der Regierungspräsident Beinhofer ihre Kompetenzen überschreiten. Deswegen möchte ich Sie daran erinnern, dass derzeit auf Antrag der Fraktion der Freien Wähler ein Antrag läuft, der ein Gesamtkonzept für Aschaffenburg und eventuell die Schließung der Gemeinschaftsunterkunft in Aschaffenburg zum Inhalt hat. Es kann doch nicht sein, dass, obgleich ein solcher Antrag noch geprüft wird und er noch nicht einmal im Sozialausschuss besprochen wurde, schon konkrete Überlegungen angestellt werden, wie Flüchtlinge von Würzburg nach Aschaffenburg kommen. Das geht nicht. Wir brauchen erst einen Bericht entsprechend dem Antrag der Freien Wähler, der im Sozialausschuss einstimmig verabschiedet wurde.

Liebe Frau Haderthauer, wir begrüßen es, dass Sie schnell eingegriffen haben. Wir merken aber an dem Beispiel von München und dem Vorgehen der Regierung von Oberbayern sowie in Würzburg am Vorgehen der Regierung von Unterfranken, dass Sie Ihr Haus nicht richtig im Griff haben. Wir begrüßen die schnelle Unterbringung der Flüchtlinge, z. B. im Hotel International. Ich habe einmal auf der Homepage nachgesehen. Es handelt sich um eine Jugendherberge in München mit 573 Betten und maximal Acht-Bett-Zimmern. Dennoch scheinen Sie als Verantwortliche die Realität nicht wahrzunehmen. Es handelt sich um keine Lösung auf Dauer. Wie hier mit Menschen umgegangen wird - darin gebe ich Frau Ackermann recht - ist verantwortungslos. Wir fordern - auch das steht in unserem Antrag, obgleich wir wissen, dass zumindest momentan noch Gesetze dagegensprechen - eine Prüfung einer kurzfristigen Abweichung vom Sachleistungsprinzip, um die Versorgung von Menschen kurzfristig sicherzustellen. Diese haben im Moment keine Möglichkeit, die ihnen zur Verfügung stehenden Lebensmittel zuzubereiten. So fehlte es tagelang an Kochgeschirr und Kochgelegenheiten. Was nützt die Versorgung mit Lebensmittelpaketen, wenn die Betroffenen keine Möglichkeit haben, diese Lebensmittel weiterzuverarbeiten? Was nützt es, wenn die Asylbewerber Milchpulver und Wasser für ihre Babys haben, aber keine Möglichkeit, das Wasser zu kochen? Hier sind noch eindeutig Defizite. Wenn wir solche bemerken, dann müssen wir versuchen, dem abzuhelfen.

Diejenigen, die in München und sonst wo die Arbeit machen, sind Vertreter der Inneren Mission, die mit logistischen Problemen zu kämpfen haben, die für sie - wir haben mit Vertretern gesprochen - kaum tragbar sind. Wir möchten uns ausdrücklich bei den Vertretern der Inneren Mission für ihre unermüdliche Arbeit bedanken.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Die aktuelle Situation war unseres Erachtens vorhersehbar, und zwar auch deshalb, weil die Landtagsfraktionen, entsprechende Initiativen sowie die Öffentlichkeit - über die Situation wird auch ständig in der Zeitung berichtet - immer wieder auf dieses Problem hingewiesen haben. Deshalb sagen wir immer: Man muss zuerst denken, dann handeln. Wir brauchen mittel- und langfristig ein Gesamtkonzept für Bayern. Kurzfristig brauchen wir - auch das steht in unserem Antrag - flexible Lösungen, die leichter handhabbar sind. Wir werden auch dem Antrag der GRÜNEN zustimmen.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt darf ich Frau Kollegin Weikert das Wort erteilen. - Darf ich erst Herrn Kollegen Seidenath nehmen?

Angelika Weikert (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Wenn Herr Seidenath vor mir will, gerne.

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt stehen Sie schon am Redepult, Frau Kollegin.

Angelika Weikert (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Ich hätte vielleicht gerne auf ihn geantwortet.

Präsidentin Barbara Stamm: Vielleicht er auch gerne auf Sie.

Angelika Weikert (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Dann können wir uns ja abwechseln. Wir haben jetzt noch so viel Redezeit dazubekommen, dass wir keine Nöte mehr haben.

Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal, Frau Haderthauer, muss ich insofern meiner Vorrednerin und meinem Vorredner recht geben: Sie haben heute kein Konzept präsentiert, sondern Sie haben einen Bericht über die kurzfristig entstandenen Situationen bzw. über das Geschehen Ende letzter Woche gegeben. Das hat hohe Wellen geschlagen, zu Recht, so meine ich. Auch die öffentliche Meinung hat funktioniert. Man muss anerkennen, dass Demokratie in unserem Staat funktioniert. Es haben sowohl, Frau Präsidentin, die Abgeordneten reagiert, als auch besorgte Bürger und in München, Menschen, die sich dauerhaft um Flüchtlinge kümmern. Sie haben heute dazu einen kurzen Bericht gegeben, aber ein Konzept für die weitere Zukunft haben Sie heute noch nicht vorgelegt. Deshalb haben die Anträge ihre Berechtigung und wir werden ihnen auch zustimmen.

Die Ereignisse im Laufe der letzten Woche, Frau Haderthauer, haben auch bei Ihnen im Referat zu personellen Konsequenzen geführt. Ich darf es vielleicht sagen, ohne dass ich gleich in die Nähe des Sozialmi-

nisteriums gerückt werde: Ich wünsche dem Nachfolger des zuständigen Sachbearbeiters bei diesem Aufgabengebiet wirklich von Herzen alles Gute für die neue Aufgabe. Es ist nicht einfach und es wird viel Koordinations- und Überzeugungsarbeit zu leisten sein. Notwendig ist auch eine Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden. Es wird nicht einfach und ich wünsche dem Nachfolger für diese Aufgabe eine glückliche Hand. Ich hoffe für uns und die Flüchtlinge in Bayern, dass sich die Situation durch die personelle Umbesetzung dauerhaft verbessert.

(Beifall bei der SPD)

Frau Staatsministerin Haderthauer, wenn wir von einem Konzept für die zukünftige Flüchtlingsarbeit in Bayern reden, dann müssen Sie noch einige Dinge in Ihr Konzept einbeziehen. Das Eine ist: Sie haben heute in Ihrem Bericht von den erhöhten Zugangszahlen gesprochen. Das ist ein Trend, der sich seit 2008 ablesen lässt. Wenn wir das Ganze ein bisschen zurückverfolgen, dann erinnern wir uns an Kapazitäten, die in Bayern schon einmal vorhanden waren. Ich denke an die Zugangszahlen von Anfang der Neunzigerjahre. In der Folge hat sich der Zugang von Flüchtlingen auf 20 bis 25 % reduziert. Sie haben von den bayerischen Zahlen gesprochen. Es sind ungefähr 5.000 Zugänge für Bayern bei rund 35.000 in ganz Deutschland. Anfang der Neunzigerjahre waren es fast 200.000.

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Kamm?

Angelika Weikert (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Ja, selbstverständlich.

Christine Kamm (GRÜNE): Frau Kollegin Weikert, Sie haben die Hoffnung geäußert, dass sich die Situation durch die personelle Neubesetzung verbessert. Glauben Sie wirklich, dass sich die Situation verbessern kann, wenn nach wie vor an verschiedenen Rahmenbedingungen der Staatsregierung festgehalten wird wie beispielsweise daran, dass Flüchtlinge jahrelang in diesen Unterkünften leben müssen und nicht in Wohnungen umziehen können, selbst wenn sie vier oder fünf Jahre hier gewesen sind, und auch als Familien jahrelang gezwungen sind, sich mit Essenspaketen versorgen zu lassen, und auch am Prinzip der Massenunterkünfte festgehalten wird?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Angelika Weikert (SPD): Frau Kamm, ich war gerade dabei, einige Punkte aufzuzeigen, wie ein Konzept aussehen könnte. Ich habe eingangs lediglich auf diese personelle Veränderung hingewiesen und den mit diesen Aufgaben Betrauten eine glückliche Hand

gewünscht. Mehr war das nicht. Vielleicht können Sie mir weiter zuhören; ich möchte nämlich die Bedingungen für ein Konzept der zukünftigen Flüchtlingsarbeit kurz darlegen.

Ich habe gerade die erhöhten Zugangszahlen angesprochen. Frau Staatsministerin, durch die Verminderung Ihrer Kapazitäten haben Sie natürlich Kosten eingespart. Sie haben in den letzten drei Jahren diesen kontinuierlichen Zugang, den es auch nach Bayern gibt, im Grund nicht dadurch aufgefangen, dass Sie die Bezirksregierungen, wie Sie es vorhin in dem Bericht gesagt haben, angewiesen hätten, die Kapazitäten sukzessive zu erhöhen. Sie haben sich vielmehr zunächst einmal auf die sogenannten freien Kapazitäten berufen, wie auch immer diese ausgesehen haben. Ich denke, das müssen Sie zugeben, wenn Sie ehrlich sind. Über die Zustände in den Flüchtlingsunterkünften wurde im Hearing sehr viel gesagt. Aber Sie haben zunächst einmal versucht, diese sogenannten freien Kapazitäten, die für mich keine sind, aufzufüllen und dadurch zunächst keinen größeren Handlungsbedarf gesehen.

Sie haben, wenn Sie über die Kapazitäten in Bayern reden, noch andere Baustellen. Mein Vorredner Dr. Fahn hat darauf hingewiesen. Sie. Frau Ministerin. haben am 1. April 2010 neue Leitlinien erlassen, in denen von sieben Quadratmetern pro Person die Rede ist. Ich habe dazu eine kleine Abfrage bei den Bezirksregierungen gestartet, welche Konsequenzen das für die Situation in den Gemeinschaftsunterkünften hätte. Leider haben mir nicht alle Regierungen so geantwortet, wie man es als Abgeordnete erwartet. Das haben wir allerdings des Öfteren erlebt. Eine Bezirksregierung hat mir jedoch konkret geantwortet. Von ihr wurde gesagt, dass sie die Kapazitäten in den ietzt vorhandenen Gemeinschaftsunterkünften von 100 % auf 58 % reduzieren müsse, wenn sie die Leitlinien anwendet. Das heißt, es fehlen allein durch die Anwendung dieser neuen Leitlinien in einem Regierungsbezirk fast 50 % der bisherigen Kapazität, unabhängig von den erhöhten Zugangszahlen, die Sie genannt haben, Frau Staatsministerin.

(Dr. Hans Jürgen Fahn (FW): Das ist der Kernpunkt!)

Es geht natürlich nicht nur um diese sieben Quadratmeter; auch die Sanitärräume sind ein Problem. Sie werden eine ganze Menge zu tun haben, um den Finanzbedarf der Bezirksregierungen zu decken, damit in den vorhandenen Unterkünften der Standard hergestellt werden kann, dass man von Sanitäreinrichtungen reden kann. - Das zur reinen Kapazitätsfrage!

Des Weiteren hat der Bayerische Landtag einen gemeinsamen Antrag von CSU und FDP zum Beschluss erhoben, in dem auch inhaltliche Ansprüche an die neue Flüchtlingsarbeit gestellt wurden. Es ging nicht um unsere Forderungen, also nicht um die der SPD und auch nicht der anderen Oppositionsparteien, aber es sind Dinge festgehalten worden, die Sie in nächster Zeit tatsächlich umsetzen müssen. Und dazu kündige ich Ihnen schon heute einen Antrag an. Wir möchten in nächster Zeit von Ihnen, Frau Staatsministerin, einen umfangreichen Bericht dazu hören, wie Sie die Vorgaben umsetzen wollen. Haben Sie sich bereits entschieden, die bisher ungeklärten Fragen nach dem Beschluss inhaltlich auszufüllen?

Wie schaffen Sie es, Frau Haderthauer, die sogenannten Fehlbeleger, wie Sie sie nennen, aus den Gemeinschaftsunterkünften herauszubekommen? Das würde immerhin zunächst zu einer größeren Entspannung in den Gemeinschaftsunterkünften führen. Sie selbst reden immer von einer relativ hohen Zahl von Fehlbelegern. Wenn man sich mit den Wohlfahrtsverbänden und auch den betreuenden Organisationen in den Gemeinschaftsunterkünften unterhält. bekommt man sehr schnell zu hören, dass sich eine Lösung der Problematik nicht von selbst ergeben wird. Wir brauchen hier zusätzliche Personalkapazitäten bei den Wohlfahrtsverbänden bzw. koordinierende Gespräche mit den aufnehmenden Gemeinden, damit diese sogenannten Fehlbeleger - ich finde diesen Ausdruck nicht besonders schön; ich rede also von den Flüchtlingen, die die Gemeinschaftsunterkünfte verlassen können - diesen Umzug möglichst schnell ermöglicht bekommen.

Dazu brauchen Sie die Absprache sowohl mit den Bezirksregierungen als auch mit den aufnehmenden Gemeinden als auch mit den vor Ort befindlichen Wohlfahrtsverbänden, die Ihnen möglicherweise eine direkte Hilfestellung leisten könnten.

Ich will nun noch ein paar Sätze zum Thema Baierbrunner Straße sagen. Bei diesem Stichwort kann man schon beinahe sagen: zum Siebten, zum Achten, zum Neunten! Wir hatten das Thema im Petitionsausschuss und wir haben auch im sozialpolitischen Ausschuss mehrmals darüber geredet.

(Unruhe)

- Ich weiß nicht, es ist hier eine fürchterliche Unruhe im Saal, wenn ich das einfach einmal von hier vorne aus feststellen darf.

(Beifall der Abgeordneten Brigitte Meyer (FDP))

Danke, Frau Kollegin Meyer. Vielleicht wird es jetzt tatsächlich ein klein bisschen ruhiger.

Ich komme zum Thema Baierbrunner Straße zurück. Es ist festgestellt und durch Berichte belegt worden, dass die Unterkunft in der Baierbrunner Straße - ich beobachte das schon seit zwei Jahren oder vielleicht auch schon etwas länger - dauerhaft überbelegt ist. Das ist ein Faktum.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

- Danke, Frau Präsidentin.

(Zurufe und Heiterkeit)

Oh, Herr Präsident! Das habe ich jetzt nicht gesehen. Ich habe hinten keine Augen. Ich dachte immer noch, Frau Stamm hätte den Vorsitz inne. Herr Rohde, Herr Präsident, vielen Dank!

(Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): Es bleibt in Franken! - Heiterkeit)

Fakt ist, dass die Unterkunft in der Baierbrunner Straße seit ganz, ganz langer Zeit permanent überbelegt ist. Fakt ist auch - das ist nicht erst durch das Verwaltungsgerichtsurteil vor wenigen Wochen bekannt geworden -, dass sich der Standort, an dem diese Erstaufnahmeeinrichtung steht, schwer mit Nachbarschaft verträgt. Das ist jetzt durch das Gericht festgestellt worden. Die Regierung von Oberbayern, das Ministerium, wir alle haben praktisch täglich Mails von den Anwohnern bekommen, die sich zu Recht über die Situation vor Ort und den Zustand im Inneren beklagten. Dazu, was die Flüchtlinge dort aushalten mussten, ist schon viel gesagt worden. Ich will das jetzt nicht wiederholen. Im Übrigen sammle ich inzwischen alle Berichte über die Baierbrunner Straße; sie stapeln sich bereits bei mir. Ein ganzer Aktenordner ist schon gefüllt. Sie haben in einem Bericht mit Datum vom 16.09. darauf verwiesen, dass Ihr Ministerium bereits am 30. Juni 2010 mit der Immobilien Freistaat Bayern IMBY einen vierstufigen Ablaufplan besprochen habe, wie Sie zu einer neuen Erstaufnahmeeinrichtung kommen können.

In dem Bericht steht, dass Sie in Stufe eins klären wollen, ob Sie die neue Standortsuche durch eine erneute Anmietung oder durch den Ankauf einer Immobilie in Angriff nehmen wollen. Damit endet der Bericht auch schon.

Was ich damit ausdrücken will, ist Folgendes. Es gibt die permanente Zusage durch Ihr Ministerium für die Baierbrunner Straße, dass Sie spätestens nach dem Jahre 2014 einen alternativen Standort in Betrieb gehen lassen wollen. Es kann also nicht darum gehen, ihn erst nach dem Jahre 2014 zu suchen, sondern das muss Ende 2013, Anfang 2014 tatsächlich passieren.

(Zuruf der Abgeordneten Renate Ackermann (GRÜNE))

- Frau Ackermann, melden Sie sich halt zu Wort! Dazu müssen im Vorfeld einige Dinge geklärt werden. Das Ministerium muss in Gang kommen. Dann müssen die zuständigen Ministerien auch die entsprechenden Beschlüsse fassen und die entsprechenden Anweisungen geben.

Frau Haderthauer und die zuständigen Mitarbeiter im Ministerium haben viel zu tun. Sie müssen sich auf die neuen Bedingungen, die der Landtag beschlossen hat, einstellen. Wir hätten sie gerne noch verbessert. Sie müssen sich auf eine Zunahme der Flüchtlinge einstellen. Sie müssen davon ausgehen, dass 40 % der Flüchtlinge, die nach Deutschland und nach Bayern kommen, einen Anspruch auf einen längeren Aufenthalt in Deutschland haben. Der Herr Innenminister hat dies immer noch nicht zur Kenntnis genommen. Heute bei der Integrationsdebatte hat er es wieder falsch gesagt: Es handelt sich nicht um Asyl, sondern um einen Flüchtlingsstatus. Es gibt Abschiebungshindernisse und subsidiären Schutz. Neben der Flüchtlingspolitik, den Erstaufnahmeeinrichtungen, den Gemeinschaftsunterkünften und den dezentralen Unterbringungen spielt das Thema Integration auf diesem Gebiet eine große Rolle. Ich bitte Sie als Sozialministerin, die eine oder andere Diskussion mit dem Innenminister zu suchen.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte zunächst versuchen, ein wenig Ruhe in den Saal zu bringen, weil wir im Präsidium festgestellt haben, dass verschiedentlich Gespräche geführt werden. Ich darf Sie daran erinnern, dass Sie bereits den ganzen Tag für Gespräche nutzen konnten und Gelegenheit hatten, sich über die letzte Woche auszutauschen. Weitere Gespräche dürfen Sie gerne draußen führen. Dasselbe gilt auch für Telefonate. Diese sollten besser draußen geführt werden, um den Rednern die gebührende Aufmerksamkeit zu widmen.

Geschäftsleitend möchte ich darauf hinweisen, dass Sie die Redezeit ausschöpfen können, aber nicht müssen. Das hat die Präsidentin bereits gesagt. Wir werden schon mit dem letzten Tagesordnungspunkt ein Problem haben. Ich bitte die Geschäftsführung darum, mir ein Signal zu geben, ob wir ihn aufrufen sollen. Ich bin gerne bereit, die Sitzung bis 20.00 Uhr zu leiten. Sie wissen, dass wir am Ende nicht abstimmen können. Wir können den Tagesordnungspunkt aber auch verschieben.

Als nächsten Redner darf ich nun für die CSU-Fraktion Kollegen Seidenath zur Fortsetzung der Debatte bitten.

Bernhard Seidenath (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Aufnahme von Flüchtlingen ist nicht nur ein sensibles Thema, sondern auch ein Thema, das uns hier in diesem Hohen Hause fast dauernd beschäftigt. Es vergeht kaum eine Plenarsitzung, in der dieses Thema nicht aufgerufen wird.

(Renate Ackermann (GRÜNE): Warum wohl?)

Es vergeht keine Sitzung im Sozialausschuss, in der dieses Thema nicht aufgegriffen wird. Es ist ja nicht so, dass nichts passieren würde.

(Dr. Hans Jürgen Fahn (FW): Zu wenig! - Renate Ackermann (GRÜNE): Das war nur Ihre subjektive Empfindung!)

- Frau Ackermann, Sie haben gerade eine halbe Stunde lang Ihre Argumente vorgebracht. Nun möchte ich meine Sicht der Dinge ungestört am Stück darstellen. Hören Sie mir bitte zu.

Es hat sich viel getan. So ist in Bezug auf den Rechtsrahmen in den letzten Wochen und Monaten viel passiert. Ich möchte Sie an den Antrag auf Drucksache 16/4774 erinnern, mit dem wir erstmals eine zeitliche Obergrenze für den Aufenthalt von Flüchtlingen in Gemeinschaftsunterkünften festgelegt haben. Ich möchte Sie ferner an die Leitlinien des Sozialministeriums zur Art, Größe und Ausstattung von Gemeinschaftsunterkünften erinnern. Ein weiteres Beispiel ist die Lockerung der Residenzpflicht.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Kollege, Frau Kollegin Kamm möchte eine Zwischenfrage stellen, wenn Sie dies zulassen.

Bernhard Seidenath (CSU): Ich würde meine Ausführungen gerne am Stück darstellen und danach die Frage beantworten, wenn Sie erlauben. Sie konnten Ihre Sicht bereits darlegen. Nun stelle ich die Sicht der CSU-Fraktion dar.

Meine Damen und Herren, in Bezug auf den Rechtsrahmen hat sich also einiges getan. Frau Ackermann, wenn Sie sagen, das Vorgehen der Staatsregierung sei konzeptionslos, haben Sie wahrscheinlich nicht richtig zugehört oder wollen es nicht wahrhaben. Sehr viele Einzelbestimmungen sind geändert worden.

De facto hat sich ebenfalls eine neue Entwicklung ergeben. Heute ist bereits dargestellt worden, dass wir eine deutlich höhere Zahl an Flüchtlingen haben, die

Schutz und Obdach suchen. Das ist eine neue Situation, mit der wir zurechtkommen wollen und müssen.

Die Frau Ministerin hat einen Bericht über ihr Konzept zur Erstaufnahme von Flüchtlingen und zur Erstaufnahme der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge gegeben. Sie hat angedeutet, dass sie dies regelmäßig machen werde. Im Ausschuss werden weitere Berichte folgen. Sie haben außerdem gehört, dass es einen runden Tisch zu diesem Thema geben soll und geben wird. Das Ziel - da sind wir uns doch alle einig ist die menschenwürdige Unterbringung von Flüchtlingen, die zu uns kommen.

(Christine Kamm (GRÜNE): Was tun Sie dafür?)

Das Konzept ist die menschenwürdige Unterbringung. Die Frage ist: Wie kommen wir diesem Konzept nach? Wie können wir dieses Ziel erreichen? Welche Schritte können wir einleiten, um eine menschenwürdige Erstaufnahme sicherzustellen? Frau Ministerin Haderthauer hat ihre aktuellen Schritte genannt. Über diese werden wir uns weiter austauschen müssen. Die weiteren Maßnahmen sind beispielsweise abhängig von der Größe des Flüchtlingszuganges. Das ist eine Gleichung mit Unbekannten. Wie viele unbegleitete minderjährige Flüchtlinge haben einen Jugendhilfebedarf? Vieles ist nicht in Stein gemeißelt und bedarf einer ständigen Nachjustierung.

Der schriftliche Bericht des Sozialministeriums vom 16. September ist wesentlich weniger konkret gewesen als der mündliche Bericht, den der stellvertretende Amtschef Werner Zwick im Ausschuss gegeben hat. Dies wird sich auch weiterhin einer ständigen Bewegung unterziehen. Deswegen konnten wir heute nur über die aktuellen Schritte zu diesem Konzept, nämlich der Sicherstellung einer menschenwürdigen Unterbringung, berichten. Das hat die Ministerin getan. Deswegen ist aus unserer Sicht der Antrag der GRÜNEN erledigt.

(Angelika Weikert (SPD): Das ist doch kein Konzept. Das müssen Sie doch zugeben!)

- Das Konzept beinhaltet die menschenwürdige Unterbringung der Flüchtlinge und das Ringen um den richtigen Weg dorthin. Frau Weikert, der Antrag hat sich erledigt und nicht das Thema. Sie dürfen mich in diesem Punkt nicht falsch verstehen. Der Antrag der GRÜNEN hat sich erledigt. Das Thema wird uns weiter beschäftigen. Klar ist dabei, dass Landtagsbeschlüsse, zumal einstimmig gefasste, eingehalten werden müssen. Die Staatsministerin hat dementsprechend gehandelt, als sie die Containerunterkünfte geschlossen hat. Klar ist zudem, dass Abgeordnete erwarten können, auch im Ausschuss gut und umfassend informiert zu werden, insbesondere über neue

Entwicklungen. Ich gehe davon aus, dass dies der Fall ist und sein wird.

Meine Damen und Herren, ich möchte an dieser Stelle eine Lanze brechen für die Regierungen und alle Beamtinnen und Beamte im Freistaat, die sich aufopferungsvoll um die Unterbringung von Asylbewerben in unserem Land kümmern. Sie tun - das möchte ich klar herausstellen - alles ihnen Mögliche, um Flüchtlingen zu helfen und sie unterzubringen. Wer ihnen guten Willen abspricht, begeht Rufmord. Das richte ich besonders an die Adresse des Bayerischen Flüchtlingsrats. Für mich - das muss ich hier auch betonen - hat der Bayerische Flüchtlingsrat an Glaubwürdigkeit verloren. Dies hat bereits begonnen mit der Bewertung der geänderten Rahmenbedingungen. Damals hat der Flüchtlingsrat geäußert - ich zitiere: "Dieser Flüchtlingslagerkompromiss ist empörend." Humanitäre Verbesserungen werden als empörend bezeichnet. Unglaublich. Damit aber nicht genug: Als Organisation, die sich den humanitären Umgang mit Menschen, die zu uns kommen, auf die Fahne schreibt, hat der Flüchtlingsrat nun zwei Beamte namentlich an den Pranger gestellt, öffentlich per Pressemitteilung. Der Flüchtlingsrat schert sich also nicht um deren Persönlichkeitsrechte und demaskiert sich auf diese Weise. Liebe Damen und Herren vom Flüchtlingsrat und hier im Hohen Hause, nicht nur die Flüchtlinge haben Grundrechte, sondern auch die Menschen, die sich in diesem Land um die Flüchtlinge kümmern. Das muss hier einmal betont werden.

(Beifall bei der CSU)

Das Vorgehen des Flüchtlingsrates halte ich für skandalös. Das war kein faires Verfahren. Für mich hat er seine Glaubwürdigkeit verloren. So kann man kein überzeugender Anwalt für die Rechte der Menschen sein.

(Claudia Stamm (GRÜNE): Der Flüchtlingsrat ist nicht Mitglied des Landtags!)

Wohltuend anders hat Frau Weikert, die gerade offenbar den Raum verlassen hat, gehandelt. Sie hat Dr. Hans Dick das Glück gewünscht, das er für seine neue Aufgabe braucht. Das wünschen wir ihm alle. Das ist das Entscheidende. Es ist eine schwere Aufgabe, es ist eine sensible Aufgabe. Da muss man mit Fingerspitzengefühl herangehen. Wir wünschen dem zuständigen Mann im Ministerium dafür von Herzen alles Gute.

Zu den Anträgen im Einzelnen. Der Antrag der GRÜ-NEN - ich habe es erwähnt - ist aus unserer Sicht erledigt. Wir werden ihn ablehnen. Zum Antrag der Freien Wähler: Einer lückenlosen Aufklärung, die Sie im ersten Spiegelstrich Ihres Antrags fordern, wird sich keiner verschließen - keine Frage.

Sie schlagen zweitens vor, Immobilien anzumieten. Die Regierung soll Immobilien anmieten, um die Situation zu entschärfen. Das, meine Damen und Herren, würde den Spielraum und die Möglichkeiten der Staatsregierung nur über Gebühr einschränken. Denn es wäre auch möglich, Hotelzimmer anzumieten. Es wäre auch möglich, ein Grundstück zu erwerben. Es wäre möglich, ein staatliches Grundstück zu bebauen. Deswegen schränkt die Maßgabe, Immobilien anzumieten, die Regierungen zu sehr ein. Die Wohnsituation muss menschenwürdig sein, das ist klar. Das Wie sollte aber Sache der Exekutive, des Sozialministeriums und der Regierungen, sein.

Deswegen würde ich diesem Spiegelstrich nicht zustimmen. Denn dort - ich habe es betont - arbeiten Menschen mit hohem Engagement und bestem Willen. Deswegen könnte man das durchaus in deren bewährte Hände legen.

Drittens. Das Gesamtkonzept, das Sie hier ansprechen, wird gerade erarbeitet.

(Renate Ackermann (GRÜNE): Reichlich spät!)

Es gilt hierfür dasselbe, was ich für das Konzept zur Unterbringung bei der Erstaufnahme deutlich gemacht habe. Auch dieses Gesamtkonzept wird bereits erarbeitet. Deswegen ist der dritte Spiegelstrich aus unserer Sicht genauso erledigt wie der Antrag der GRÜNEN.

(Dr. Hans Jürgen Fahn (FW): Moment, das ist der vierte!)

- Der vierte kommt jetzt, Herr Dr. Fahn. Hier haben wir ein Schmankerl, weil Sie sagen - ich muss das wirklich zitieren -, dass wir prüfen sollen, wie in der aktuellen Situation vom Sachleistungsprinzip abgewichen werden kann, um für die derzeit in Hotels untergebrachten Flüchtlinge eine vernünftige Versorgung mit Lebensmitteln sicherzustellen. Sie wollen also für die. die in Pensionen und Hotels untergebracht sind, vom Sachleistungsprinzip abweichen. Da stelle ich mir vor, wenn ich im Hotel übernachte und am Morgen zum Buffet gehen möchte, dass es dann heißt: Da hast du 15 Euro. Kauf dir ein Frühstück ums Eck! Ich bin doch gerade froh, wenn ich in Hotels und Pensionen Sachleistungen bekomme. Das ist eine lustige Stilblüte, Herr Dr. Fahn. Deswegen werden wir diesen Spiegelstrich ebenfalls ablehnen.

Deshalb - zusammenfassend - lehnen wir beide Anträge mit den von mir genannten Argumenten ab. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU - Dr. Hans Jürgen Fahn (FW): Schade!)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Herr Kollege. Bitte verbleiben Sie noch einen Moment. Die Kollegin Kamm hat sich für eine Zwischenbemerkung gemeldet, für die ich ihr jetzt das Wort erteile. Bitte schön.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Kollege Seidenath, stimmen Sie mir zu, dass es nicht reicht, sich auf einem Landtagsbeschluss, der Anfang Mai gefasst worden ist und der die erzwungene Aufenthaltsdauer in Flüchtlingsunterkünften auf vier Jahre begrenzt, bevor die Menschen in eine normale Wohnung umziehen dürfen, auszuruhen, wenn bis heute keine Vollzugshinweise da sind, wie dieser Landtagsbeschluss umzusetzen ist? Stimmen Sie mir zu, dass das eine zu lange Zeit ist, noch dazu in der Situation, dass die Mitarbeiter in den Regierungen nicht wissen, wie sie die Flüchtlinge unterbringen, die jetzt in vermehrter Zahl zu uns kommen?

Zweite Frage. Sind Sie nicht auch der Auffassung, dass Glück allein nicht reicht, um diese Aufgaben zu bewältigen, wenn die Rahmenbedingungen, die hier gesetzt werden, so sind, wie sie derzeit sind? Die Mitarbeiter der Regierungen sind im Prinzip einer "Mission impossible" ausgesetzt.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Kollege, zur Antwort bitte.

Bernhard Seidenath (CSU): Mit der zweiten Bemerkung, Frau Kamm, unterstreichen Sie, was ich gesagt habe, dass sich die Anforderungen ständig wandeln und dass darauf reagiert werden muss. Das ist eine schwierige Situation. Ich würde nicht von "Mission impossible" sprechen, sondern es ist eine schwierige, sensible Situation, und die habe ich zum Ausdruck gebracht.

Zur Umsetzung der hier beschlossenen Verbesserungen für Asylbewerber: Frau Kamm, das ist nicht am 6. Mai beschlossen worden, sondern am 14. Juli hier im Plenum. Dann kam die Sommerpause, und jetzt haben wir Anfang Oktober. Ich gehe davon aus, dass die Vollzugshinweise bald kommen. Übrigens sind die Punkte, die ich genannt habe, auch schon hinreichend konkret in diesem Landtagsbeschluss festgehalten.

(Christine Kamm (GRÜNE): Dann fragen Sie mal bei den Regierungen nach! Es wird nichts umgesetzt!)

Wir machen nichts im luftleeren Raum, sondern wir haben hier in diesem Hohen Hause ganz konkrete Verbesserungen beschlossen. Darum geht es. Das habe ich erwähnt. Das sollten wir hier auch darstellen.

(Beifall bei der CSU - Christine Kamm (GRÜNE): Beschlüsse nützen den Flüchtlingen nichts, wenn sie nicht umgesetzt werden! - Brigitte Meyer (FDP): Abwarten! Wir sind ja dabei!)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Kollege, wenn Sie fertig sind, vielen herzlichen Dank.

Ich darf Sie darauf hinweisen, dass vonseiten der Fraktion die GRÜNEN namentliche Abstimmung zum Antrag der GRÜNEN beantragt wurde. Die Freien Wähler schließen sich an und beantragen auch namentliche Abstimmung zu ihrem Antrag.

Jetzt darf ich Brigitte Meyer für die FDP-Fraktion ans Mikrofon bitten.

Brigitte Meyer (FDP): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr verehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Mein Vorredner hat einige Worte gebraucht, mit denen ich anfangen möchte, und zwar: Sensibilität, Fingerspitzengefühl und viel Verständnis brauchen Menschen, die sich entschließen, ihre Heimat zu verlassen, einen Fluchtweg auf sich zu nehmen und irgendwohin zu gehen, wo sie Hoffnung haben, dass es ihnen dort besser geht. Ich meine auch, dass Sensibilität, Fingerspitzengefühl und Verständnis vor allen Dingen und in ganz besonders hohem Maße für unbegleitete junge Flüchtlinge gefordert sind, weil für sie die Situation noch wesentlich schwieriger und schlimmer ist als für Erwachsene. Ich meine auch, dass gerade diese drei Eigenschaften in den letzten Wochen nicht unbedingt immer so erkennbar waren für die Situation, die wir hier in der letzten Stunde diskutieren. Da hat es manchmal wohl an entscheidenden Stellen gerade an diesen Eigenschaften gefehlt.

Deswegen ist es natürlich so, dass man hier verschiedene Dinge mit großem Unverständnis sieht. Ich habe Verständnis dafür, wenn beklagt wird, dass sich niemand um die Flüchtlinge, die aus der Baierbrunner Straße herausgenommen wurden und woanders untergebracht wurden, gekümmert hat, also ob sie zu Essen haben, was sie zu Essen haben, ob es Windeln und Babynahrung gibt. Das sind einfach unzumutbare Situationen. Das muss man ganz nüchtern und sachlich darstellen.

(Beifall bei der FDP und den GRÜNEN)

Sie haben in den Anträgen ganz klar in Spiegelstrichen geschrieben, was Sie fordern. Ich meine auch, dass Frau Ministerin Haderthauer einen Teil schon beantwortet hat. Für manches, wofür Sie ein Konzept fordern - das verstehe ich auch - ist mit Recht ein Anspruch da. Aber da möchte ich darauf hinweisen, dass wir dabei sind. Wir sind wirklich dabei. Sie können sagen, dass Sie damit nicht zufrieden sind. Aber wir fordern das ja immer wieder ein. Wir haben im Ausschuss beim letzten Mal aufgrund des sehr guten Vorschlags der Kollegin Weikert - das möchte ich noch betonen - den Beschluss gefasst, diesen runden Tisch einzurichten, der uns in der Sache weiterbringen soll bei der Frage, wie wir mit den unbegleiteten Flüchtlingen umgehen, wie wir konkret in dieser schwierigen Situation Abhilfe schaffen können.

Wir haben diesen Beschluss gefasst. Ich meine, es wurde auch gehandelt. Wir haben nächste Woche einen Termin. Da wird der runde Tisch zum ersten Mal zusammenkommen.

(Beifall bei der FDP)

Wenn Sie ein Konzept für die Gemeinschaftsunterkünfte fordern, so wissen Sie, dass wir den Beschluss vor den Sommerferien gefasst haben, dass bestimmte Familien in Zukunft zum Beispiel leichter ausziehen können. Wir sind dabei, das Ganze so zu lösen, dass es klar gelöst ist. Aber die Zeit müssen Sie uns bitte noch geben. Vorher macht es meiner Meinung nach keinen Sinn, ein Konzept zu erarbeiten, weil wir gar nicht wissen, wie viele tatsächlich aus den Unterkünften herauskommen. Wir wissen, dass wir in Augsburg Handlungsbedarf haben. Wir wissen, dass wir in Aschaffenburg Handlungsbedarf haben. Wir wissen, wie die Situation ist. Das ist völlig klar. Wir sind ja zum Handeln gezwungen. Deswegen ist es ganz selbstverständlich, dass Lösungen kommen. Wir sind da dran, wir arbeiten daran. Ich glaube nicht, dass Ihnen wesentlich weitergeholfen ist, wenn wir ein Konzept vorlegen. Das ist nur eine Teillösung.

(Zuruf der Abgeordneten Renate Ackermann (GRÜNE))

Sie können sagen, es ist unbefriedigend. Ich meine, wir beweisen auch durch dieses wiederholte Nachforschen und Nachhaken im Sozialpolitischen Ausschuss, dass etwas weitergeht und dass sich etwas bewegt.

Die Umsetzung der Leitlinien müssen wir auch berücksichtigen. Ich muss das alles unter dem Aspekt sehen, was hinterher herauskommt. Deshalb ist es

momentan nicht sinnvoll, diese Punkte zu beschließen.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Frau Kollegin Meyer, erlauben Sie eine Zwischenfrage von Frau Kollegin Kamm?

Brigitte Meyer (FDP): Nein; denn ich bin gleich fertig, weil ich hier nicht stundenlang über etwas rede, was andere auch schon angesprochen haben.

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass uns die drei Punkte Sensibilität, Fingerspitzengefühl und Verständnis alle einen. Wir wollen und fordern diese Punkte. Unser Handeln und unsere ganzen Bemühungen gehen dahin, dass Menschen, die zu uns kommen, entsprechend behandelt werden. Hierin sind wir uns alle einig.

Die Anträge halten wir zum Teil für erledigt. Deshalb werden wir ihnen nicht zustimmen. Frau Kollegin Ackermann, wir müssen dieses Konzept ohnehin erarbeiten. Wir können gar nicht anders, weil wir die Punkte, die wir beschlossen haben, umsetzen wollen und müssen.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Ich rufe jetzt die Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Kamm auf.

Christine Kamm (GRÜNE): Frau Kollegin Meyer, Sie versuchen zu handeln. Das ist anzuerkennen. Sie kennen aber die Situation vor Ort. Diese Situation, die drangvolle Enge in den Unterkünften, in denen ganze Familien mit zwei oder drei Kindern in einem einzigen Zimmer leben müssen, hat sich kein bisschen verändert. Die Kinder brauchen einen Spielplatz und die Mütter einen Raum zur Versorgung ihrer Babys. Das Verfahren im Landtag dauert Wochen oder Monate. Gleichzeitig müssen die Flüchtlinge aber in dieser Situation monatelang ausharren.

Brigitte Meyer (FDP): Ich gestehe, dass jeder Tag im Leben eines Menschen, der sich in einer solchen Situation befindet, schrecklich ist. Wir können aber Gesetze nicht schneller auf den Weg bringen. Ich halte es für wichtig, dass wir überhaupt schon etwas erreicht haben. Das mag Ihnen als zu wenig erscheinen. Lassen Sie uns aber die notwendigen Gesetze und Verordnungen auf den Weg bringen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Für die Fraktion der Freien Wähler darf ich noch einmal Herrn Kollegen Dr. Fahn das Wort erteilen.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FW): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich werde natürlich meine Rede-

zeit nicht ausschöpfen. Ich möchte aber noch etwas zu Herrn Seidenath sagen: Sie haben gesagt, das Konzept sehe die menschenwürdige Unterbringung von Flüchtlingen vor. Das ist auch unser Konzept. Das ist aber zu wenig. Wir fragen, was der erste, der zweite, der dritte und der vierte Schritt sein soll. Wir haben nicht gefordert, dass Sie dieses Konzept heute vorlegen sollen. Sie sollen aber das Konzept entwickeln und es uns zu gegebener Zeit vorstellen. Deshalb hat sich unser Antrag nicht erledigt.

Herr Seidenath, Sie haben erklärt, dass Sie nicht wüssten, was wir mit der Abkehr vom Sachleistungsprinzip meinten. Sie haben von einem "Schmankerl" gesprochen. Was haben wir damit gemeint? Um Lebensmittel, die sie erhalten, zu verarbeiten, brauchen die Flüchtlinge eine Küche. Wenn diese Küche nicht vorhanden ist, können die Lebensmittel auch nicht verarbeitet werden. Hier muss flexibel reagiert werden, zum Beispiel dadurch, dass die Flüchtlinge in einem solchen Ausnahmefall Geld bekommen. Das haben wir damit gemeint. Nicht jeder muss so handeln wie Frau Kollegin Sandt. In der Zeitung war zu lesen, dass sie den Flüchtlingen am Abend Pizzen gebracht hätte. Damit waren die Flüchtlinge zufrieden und hatten eine warme Mahlzeit.

Zum Schluss möchte ich Frau Staatsministerin Haderthauer eine Frage zu den Leitlinien stellen, die Frau
Kollegin Weikert schon angesprochen hat. Das ist einmal ein Punkt, von dem wir sagen können, dass er
umgesetzt werden muss. Am 6. Mai war dieses
Thema im Sozialausschuss. Damals wurde gesagt,
diese Leitlinien würden bereits gelten. Die Abgeordneten wussten nichts davon. Das ist eine seltsame Vorgehensweise der Beamten des Ministeriums. Dies nur
am Rande.

Frau Ministerin, ich würde gern wissen - auch wenn Sie im Moment nicht zuhören -, inwieweit diese Leitlinien zur Größe und Ausstattung von Gemeinschaftsunterkünften bereits umgesetzt werden bzw. wo nach diesen Richtlinien gearbeitet wird. Seit der Behandlung dieses Themas im Sozialausschuss sind sechs Monate vergangen. Ich hätte gern von Ihnen einen Zwischenbericht, was in der Zwischenzeit geschehen ist. In welchen Asyl-Gemeinschaftsunterkünften wurde etwas getan und in welchen noch nicht? Oder sind die am 1. April in Kraft getretenen Leitlinien noch nicht umgesetzt worden? Es wäre wichtig, von Ihnen hierzu eine Antwort zu bekommen. Frau Ministerin Haderthauer, wenn Sie wünschen, haben Sie das Wort.

(Heiterkeit bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Lieber Herr Kollege, für Worterteilungen gibt es hier oben einen Präsidenten. Der Präsident ruft erst einmal Frau Kollegin Ackermann auf, die sich zu Wort gemeldet hat.

Renate Ackermann (GRÜNE): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist schon ein Trauerspiel, wenn man diese Debatte verfolgt, in der - wie ich vorhin schon erklärt habe - hilflose Versuche, das jahrelange Versagen der Staatsregierung in der Flüchtlingspolitik zu verdecken, als Konzept bezeichnet werden. Frau Kollegin Meyer - ihres Zeichens Vorsitzende des Sozialausschusses - hat gesagt, die Frau Ministerin hätte bereits alle Fragen beantwortet, deren Beantwortung wir gefordert haben. Ich muss Sie enttäuschen: Sie hat keine einzige beantwortet. Sie hat nicht beantwortet, wie die langfristige Unterbringung und Betreuung der 170 neu angekommenen Flüchtlinge erfolgen soll. Sie hat nicht beantwortet, wie die Zukunft der Erstaufnahmeeinrichtung in der Baierbrunner Straße in München aussehen soll. Sie hat nicht beantwortet, wie die Pläne für die künftige Unterbringung der neu ankommenden Flüchtlinge in München unter Angabe von bereits bestehenden Alternativstandorten zu bewerten sind.

(Brigitte Meyer (FDP): Machen wir doch einen runden Tisch dazu!)

Sie hat nicht beantwortet, wie die Pläne zur Erstaufnahme von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen in München aussehen. Sie hat auch nicht beantwortet, wie die Errichtung einer Erstaufnahmeeinrichtung in Würzburg inklusive einer Außenstelle des Bundesamtes gestaltet werden soll. Sie hat schließlich nicht beantwortet, wie die Pläne zur Umverteilung der momentanen Bewohnerinnen und Bewohner der Würzburger Einrichtung aussehen.

Es liegt kein Konzept vor. Es wurde auch keine unserer konzeptionellen Fragen beantwortet. Frau Meyer, Sie haben gesagt, dass Sie dabei seien, ein Konzept zu erarbeiten. Dann stimmen Sie doch unserem Antrag zu, denn dann wollen Sie dasselbe wie wir, nämlich die Erarbeitung eines Konzepts.

Jetzt möchte ich noch einmal darauf zurückkommen, wie die momentane Situation entstanden ist. Es ist nicht wahr, dass es plötzlich zu schwierig wurde, weil unerwartet so viele Menschen kamen. In der Vergangenheit kamen vielleicht weniger Menschen, aber es kamen ständig Menschen. Die Aufnahmeeinrichtung in der Baierbrunner Straße war permanent überbelegt. Alle unsere Versuche, diese Überbelegung zu beenden, sind fehlgeschlagen, bis ein Gericht Stopp gesagt hat.

(Brigitte Meyer (FDP): Aus einem ganz anderen Grund!)

Es bedurfte eines Gerichtsbeschlusses, um die permanente Überbelegung in der Baierbrunner Straße zu stoppen. Die Anwohner haben dagegen geklagt und das Gericht hat entschieden, dass diese Überbelegung nicht mehr stattfinden darf. Die Baugenehmigung, die noch schnell verlängert wurde, wurde dadurch hinfällig. Das bedeutet, die Baierbrunner Straße hat eigentlich keine Daseinsberechtigung mehr.

Wir überlegen jetzt, ob wir an einem runden Tisch vielleicht ein Konzept erstellen sollten. Liebe Leute, das ist alles längst überfällig. Das war schon vor Jahren überfällig und man hat nicht gehandelt. Deshalb sind Sie jetzt in dieser Bredouille. Das ist keine überfallartig eingetretene Situation, die niemand vorhersehen konnte. Das ist eine hausgemachte Misere, in die Sie sich selbst hineinmanövriert haben und aus der Sie jetzt nicht herauskommen.

Sie haben diese Überbelegung permanent ignoriert und den Menschen unglaubliche Zustände zugemutet. Auch jetzt, in dem Augenblick, in dem ich hier spreche, sind in der Baierbrunner Straße wieder 100 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge untergebracht. Im Sozialausschuss wurde auf die dringende Notwendigkeit der frühen Erkennung einer Traumatisierung hingewiesen. Sie selbst haben dafür zwei Stellen gefordert. Diese Forderung kann überhaupt nicht umgesetzt werden. Da wird noch darüber diskutiert, ob unser Antrag, mit dem wir ein Konzept fordern, hinfällig ist. Ich bitte Sie; es gibt kein Konzept. Wenn Sie den Antrag für hinfällig erklären, sagen Sie damit, dass Sie auch weiterhin kein Konzept wollen, dass Sie kein Konzept brauchen, weil Ihre Flüchtlingspolitik so gut ist, dass Sie kein Konzept benötigen. Das können Sie nicht behaupten, ohne vor Scham tiefrot anzulaufen. Wir müssen nur einen Blick auf die Situation werfen, um zu wissen, wie Ihre Flüchtlingspolitik in Bayern ausschaut und welche Konzepte Sie haben.

Es geht nicht nur um die Erstaufnahmeeinrichtungen, es geht auch um die Gemeinschaftsunterkünfte. Vor nicht allzu langer Zeit hatten wir ein Problem mit der Gemeinschaftsunterkunft in Landshut. Wir wissen, dass die Gemeinschaftsunterkunft in Aschaffenburg in einem katastrophalen Zustand ist. Wo ist Ihr Konzept für Veränderungen, wenn unser Antrag, ein Konzept zu erarbeiten, hinfällig ist? Sie haben kein Konzept.

Jetzt komme ich noch auf die Containerunterkünfte zu sprechen. Zwei wurden geschlossen, eine wurde wieder eröffnet. Wir haben noch weitere Containerunterkünfte, von denen überhaupt keiner redet. Ich dachte,

dass Sie die Containerunterkünfte schließen wollten. Warum sind dann die Containerunterkünfte am Dreilingsweg und in der Sankt-Veit-Straße immer noch offen? Warum tut niemand etwas? Wo ist da Ihr Konzept?

Aufseiten der Koalition haben Sie in dieser Sitzung mit allen Ihren Redebeiträgen nur bestätigt, dass Sie wirklich kein Konzept haben.

(Brigitte Meyer (FDP): Was nützt Ihnen ein Konzept, wenn nichts passiert?)

Gleichzeitig wollen Sie unseren Antrag ablehnen, mit dem ein Konzept gefordert wird. Frau Meyer, jeder Mensch, der handeln will, braucht zuerst einen Plan, nach dem er handelt. Sie haben keinen Plan, und deshalb können Sie auch nicht handeln. Wenn Sie diesen Plan hätten, könnten Sie sagen: Wir gehen so vor und stellen diese oder jene Kapazitäten zur Verfügung, wir stellen so und so viele Sozialarbeiter ein, wir stellen den Flüchtlingen Menschen an die Seite, die sie begleiten und betreuen. Alles das passiert nicht, weil Sie kein Konzept haben.

Zum Abschluss möchte ich Ihnen noch einen Satz von Goethe mit auf den Weg geben. Goethe hat gesagt: "Ein Volk, das seine Fremden nicht ehrt, ist dem Untergang geweiht." Viel Spaß dabei!

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Ich darf Sie alle darum bitten, Ihre interfraktionellen Gespräche ein bisschen zu reduzieren. Es hat sich wieder ein Geräuschpegel eingestellt, der die Aufmerksamkeit vom Redner ablenkt. Das ist auf allen Seiten so. Ich kann die Geräusche nur schwer orten, stelle aber fest, dass der Geräuschpegel insgesamt sehr hoch ist. Ich stelle jetzt gerade fest, dass er sich schon wieder etwas senkt. Frau Ministerin. Sie haben das Wort.

Staatsministerin Christine Haderthauer (Sozialministerium): Herr Präsident, ich mache es ganz kurz, aber ein paar Worte sind einfach noch notwendig.

Frau Ackermann, durch ständige Wiederholungen wird das, was Sie sagen, auch nicht richtiger. Ich verstehe aber, dass Sie Ihre Redezeit ausnutzen wollten.

Natürlich haben wir ein Konzept. Wir haben nicht nur ein Konzept für die unbegleiteten jugendlichen Flüchtlinge. Unser Vierstufenkonzept wird übrigens auch von den Verbänden und von der Fachwelt hoch geschätzt und anerkannt.

Ich habe eigentlich geglaubt, Ihr Gedächtnis reicht ein bisschen weiter zurück. Wir haben am 14. Juli hier im Bayerischen Landtag einen umfassenden Beschluss gefasst, in dem festgelegt wurde, wie wir uns die künftige Asylsozialpolitik in Bayern vorstellen. Wir haben die Leitlinien, die ich erlassen habe, bereits im April dieses Jahres an die Regierungen gegeben. Die Regierungen haben mir in einer Besprechung am 5. Mai über die Umsetzung dieser Leitlinien und über die Anstrengungen, die dazu zu unternehmen sind, berichtet. Seitdem sind in diesem Jahr erhebliche Bauarbeiten aus Steuergeldern finanziert worden. Insgesamt stehen hierfür 5,5 Millionen Euro zur Verfügung, von denen erst 2,7 Millionen von den Regierungen verbaut worden sind. 2,4 Millionen Euro sind allerdings für angemeldete Baumaßnahmen gebunden. Ein kleiner Betrag ist noch frei und ungebunden. Die Regierungen sind mit Schreiben vom 9. April aufgefordert worden, die Leitlinien nicht nur umzusetzen, sondern ihren gesamten Bedarf, den sie bei der Umsetzung der Leitlinien haben, bei uns anzumelden.

Zu den Verhältnissen in den Gemeinschaftsunterkünften. Ich bitte Sie um eine differenzierte Sichtweise. Die Gemeinschaftsunterkünfte sind zum Teil so gut, dass wir in allen Gemeinschaftsunterkünften ständig Fehlbeleger haben. Das heißt: Menschen, die auszugsberechtigt wären - das sind zwischen 11 und 15 % der Bewohner der Gemeinschaftsunterkünfte bleiben, aus welchen Gründen auch immer, weiter in der Gemeinschaftsunterkunft.

Drittens möchte ich ganz kurz auf unseren Beschluss im Bayerischen Landtag eingehen. Da ist es mit Vollzugshinweisen nicht getan. Die hätte es schon längst geben können, wenn es damit getan wäre. Wir brauchen hierzu eine Gesetzesänderung, mit der dieser Beschluss nachvollzogen wird. Dieser Gesetzentwurf wird derzeit in meinem Haus vorbereitet. Ich möchte aber auch darauf hinweisen, dass der Beschluss des Bayerischen Landtags unter Haushaltsvorbehalt steht. Das heißt, wir müssen die Maßnahmen auch in Einklang mit den Haushaltsmitteln bringen.

Zur Baierbrunner Straße möchte ich darauf hinweisen, dass ich laut Plenarprotokoll vom 15. Juli deutlich mehr berichtet habe als nur über die Tatsache, dass man dort einen Kauf beabsichtige. Zu diesem Zeitpunkt war der beabsichtigte Kauf nämlich bereits gescheitert. Ich verweise wegen der weiteren Bemühungen hinsichtlich der Baierbrunner Straße auf meinen Redebeitrag vom 15. Juli hier im Bayerischen Landtag. Frau Ackermann, Ihnen ist wohl auch bekannt, dass ich lange vor dem Gerichtsbeschluss zur Baierbrunner Straße bereits die Entscheidung getroffen und die Immobilien Freistaat Bayern beauftragt habe, einen Alternativstandort zu finden.

Ich finde es immer gut, wie Sie ein Handeln einfordern. Ich appelliere immer wieder, uns Alternativstandorte zu nennen. Die Landeshauptstadt München

strengt sich auch sehr an. Wenn Ihnen ein Alternativstandort bekannt ist, bin ich dankbar für konstruktive Beiträge. Nachdem Sie aber auch immer darauf Wert legen, dass die Menschen, die nach dem Asylbewerberleistungsgesetz berechtigt sind, in München bleiben, ist es nicht so einfach.

Ich möchte an der Stelle auch darauf hinweisen, dass 50 % der Menschen, die unter das Asylbewerberleistungsgesetz fallen, bereits in Privatwohnungen leben. Es gibt aber genügend andere Familien in München, die auch keine Wohnung finden. Auch deshalb werden Sie sich mit Wohnungen schwer tun.

Zum Schluss möchte ich noch kurz auf etwas eingehen, was ich nicht unwidersprochen stehen lassen möchte. Ich habe dargelegt, dass wir nicht nur strukturelle, sondern auch inhaltliche Konzepte haben. Eine Aussage möchte ich aber nicht unwidersprochen stehen lassen. Es gibt keinen Beschluss zur Schließung der Containerunterkünfte in der Rosenheimer Straße und in der Waldmeisterstraße in München. Ich habe laut Protokoll vom 3. Dezember gesagt, dass ich möglichst bald auf alle Metallcontainer verzichten möchte. Deswegen ist auch die Unterkunft am Dreilingsweg geschlossen worden. Deswegen wird auch die Unterkunft in der Sankt-Veit-Straße geschlossen. Es gibt aber einen ausdrücklichen Landtagsbeschluss, gegen den wir verstoßen würden, wenn wir jetzt die Sankt-Veit-Straße auf Wunsch der Bewohner und in Absprache mit den Wohlfahrtsverbänden solange belegt lassen, bis die Ersatzunterkunft fertig ist. Die Bewohner haben an uns appelliert, dass sie drinbleiben wollen, bis die Ersatzunterkunft fertig ist. Um mich abzusichern, habe ich zunächst um eine schriftliche Bestätigung gebeten. Ich habe daraufhin eine Unterschriftenliste und eine Bestätigung der involvierten Wohlfahrtsverbände bekommen, dass dies die beste Lösung wäre, weil man die Bewohner wegen der sozialen Bindungen nicht auf andere Unterkünfte verteilen sollte. Daraufhin habe ich festgelegt, dass geschlossen umgezogen wird, wenn die Ersatzunterkunft fertig ist. Das habe ich Ihnen schriftlich bestätigt, Frau Kollegin Stamm. Der Umzug wird voraussichtlich im nächsten Jahr vonstatten gehen.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: (Vom Redner nicht autorisiert) Wortmeldungen für Zwischenbemerkungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt beendet. Wir kommen nun zu den beiden angekündigten namentlichen Abstimmungen. Dazu werden die beiden Anträge wieder getrennt. Ich rufe zuerst den Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN auf Drucksache 16/5913 zur Abstimmung auf. Ich bitte die Stimmzähler an den vorgese-

henen Plätzen Platz zu nehmen. Ich eröffne die Abstimmung über diesen Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN. Wir haben fünf Minuten Zeit.

(Zurufe: Nein!)

- Bei der zweiten Abstimmung werden wir auf drei Minuten gehen. Wir haben eine Geschäftsordnung. Ich kämpfe mit Ihnen um jede Minute. - Bitte werfen Sie Ihre Stimmkarten ein.

(Namentliche Abstimmung von 17.49 bis 17.54 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die fünf Minuten sind um. Damit schließe ich die erste Abstimmung.

Ich bitte, die Urnen gleich wieder vorzubereiten, weil wir sofort zur nächsten namentlichen Abstimmung kommen, nämlich zur namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Freien Wähler auf Drucksache 16/5924 mit einer Änderung. Die Freien Wähler haben die Formulierung unter dem vierten Spiegelstrich, angefangen von "zu prüfen" bis "Versorgung mit Lebensmitteln sicherzustellen.", gestrichen. Über diesen geänderten Dringlichkeitsantrag werden Sie jetzt abstimmen. Ich eröffne die Abstimmung, die drei Minuten in Anspruch nehmen wird. Bitte geben Sie Ihre Stimmkarten ab.

(Namentliche Abstimmung von 17.55 bis 17.58 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Abstimmung ist geschlossen. Ich bitte, die Stimmen außerhalb des Saales auszuzählen. Wir werden Ihnen noch vor Ende der Sitzung die Ergebnisse der beiden Abstimmungen mitteilen.

Die verbliebenen Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 16/5914 mit 16/5916 und 16/5918 mit 16/5920 werden an die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen. Besteht damit Einverständnis? - Das ist der Fall. Dann machen wir das so.

Ich rufe <u>Tagesordnungspunkt 5 a</u> auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung über den Schutz der Natur, die Pflege der Landschaft und die Erholung in der freien Natur (Bayerisches Naturschutzgesetz - BayNatSchG) (Drs. 16/5872)

- Erste Lesung -

Interfraktionell wurde auf eine Aussprache verzichtet, sodass ich Ihnen gleich vorschlagen kann, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Umwelt und Gesundheit als federführendem Ausschuss zu überweisen.

Besteht damit Einverständnis? - Das ist der Fall. Dann ist es so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 5 b auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung über Gewährleistungen im Zusammenhang mit der Bewerbung und der Austragung der XXIII. Olympischen und der XII. Paralympischen Winterspiele 2018 (Olympiagesetz - OlympiaG) (Drs. 16/5873)

- Erste Lesung -

Der Gesetzentwurf wird vonseiten der Staatsregierung begründet. Ich darf Herrn Staatsminister Schneider ans Mikrofon bitten.

Staatsminister Siegfried Schneider (Staatskanzlei):

(Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! In der vergangenen Woche haben partei- und fraktionsübergreifend alle staatlichen und kommunalen Gremien in großer Einigkeit einen Meilenstein auf dem Weg nach Olympia 2018 aufgestellt. Sowohl der Marktgemeinderat von Garmisch-Partenkirchen als auch der Münchner Stadtrat und die Bayerische Staatsregierung sagen Ja zu einem detaillierten Bewerbungskonzept für die Olympischen Winterspiele 2018 in Bayern. Als Beauftragter der Bayerischen Staatsregierung für diese Olympiabewerbung möchte ich mich zunächst einmal ganz herzlich bei allen bedanken, die dazu beigetragen haben, dass dieses wichtige Zeichen erfolgt ist, dass die olympische Idee auch in Bayern Wirklichkeit werden kann und dass wir uns jetzt auf dem Weg dazu befinden, das zu realisieren, was der Mehrheit in diesem Hohen Hause ein wirkliches Anliegen ist: den Traum von Olympia 2018 in Bayern wahr werden zu lassen.

Auf dem Weg dorthin gab es eine Reihe von schwierigen Themen zu behandeln. Ich sage ganz bewusst, dass dabei auch Fehler gemacht worden sind. Letztendlich zählt aber das Ergebnis. Es zeigt sich wieder, dass in vielen Gesprächen Überzeugungsarbeit geleistet werden kann. Es ist gelungen, einvernehmlich im Dialog mit den Menschen vor Ort ein gutes, wettbewerbsfähiges Konzept zu erarbeiten, das Chancen für unser Land und die Entwicklung Bayerns mit sich bringt und die Interessen der Menschen vor Ort bestmöglich wahrt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Bayerische Staatsregierung ist davon überzeugt, dass wir mit der olympischen Bewerbung unserem Land große Chancen verschaffen können. Wir wollen 2018 freundliche, nachhaltige Spiele für die Menschen und für unsere Umwelt. Wir erwarten dabei auch einen kräftigen Modernisierungsschub für die Verkehrsinfra-

struktur und den Tourismus. Wir rechnen mit positiven Impulsen für die Wirtschaft, für Baugewerbe, Handel und Handwerk weit über die Austragungsorte hinaus.

Wir behandeln heute in Erster Lesung den Entwurf der Bayerischen Staatsregierung zum Olympiagesetz. Wir legen auch Wert darauf, dass wir in großer Transparenz offenlegen, was auf uns zukommt und womit wir rechnen müssen; denn der Bayerische Landtag als Vertreter des bayerischen Volkes hat Anspruch darauf, dies zu wissen.

Wir versuchen, mit den wesentlichen Inhalten des Olympiagesetzes deutlich zu machen, welche Garantien die Bayerische Staatsregierung ausstellen wird, wenn wir das Bid Book abgeben, und welche haushaltswirksamen Auswirkungen auf den Freistaat Bayern zukommen werden. Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, wenn München und Garmisch-Partenkirchen den Zuschlag bekämen, müssen wir zusagen, ein Drittel eines möglichen Defizits des Organisationskomitees zu übernehmen. Der Freistaat Bayern müsste ein Drittel übernehmen, der Bund ein Drittel und die Landeshauptstadt München ein Drittel für die Kommunen. München müsste also auch den Anteil von Garmisch-Partenkirchen und des Berchtesgadener Landes übernehmen.

Wir haben den Budgetentwurf mit externer Beratung und großer Sorgfalt aufgestellt. Wir gehen von einem ausgeglichenen Budget aus. Wir erwarten kein Defizit. Wir gehen davon aus, dass wir die Spiele mit den Haupteinnahmequellen des Organisationskomitees, mit den Ticketerlösen, den Mittelzuweisungen und den Sponsoring-Einnahmen durchführen können. Zur Sicherheit müssen wir die Defiziterklärung abgeben.

Zum Zweiten geht es um die anteilige Finanzierung der Investitionen bei den Wettkampfstätten, beim Olympischen Dorf in Garmisch-Partenkirchen und beim Mediendorf in München in Höhe von insgesamt 160 Millionen Euro. Hinzu kommt der Finanzierungsbeitrag in Höhe von 40 Millionen Euro für Projekte des Umwelt- und Nachhaltigkeitskonzeptes. Mit diesen 18 Leitprojekten, darunter auch dem Zentrum für Nachhaltigkeit in Garmisch-Partenkirchen, wollen wir die klimaneutrale, flächenschonende Ausrichtung der Spiele unterstützen. Wir wollen 15 Millionen Euro für die Paralympics zur Verfügung stellen, damit auch diese Spiele durchgeführt werden können. Insgesamt benötigen wir 215 Millionen Euro, davon 100 Millionen Euro für das Mediendorf in München, welches anschließend für den Münchner Wohnungsmarkt genutzt wird. Damit wären die Rückflüsse gegeben. Für die Sicherheit bei der Rekultivierung und beim Rückbau von temporären Anlagen haben wir 10 Millionen Euro für die Grundstückseigentümer, für die Landwirte, vorgesehen. Sie sollen sicher sein, dass ihnen keine Nachteile durch die Olympischen Spiele ins Haus stehen. Ich denke, das Konzept ist gut vertretbar, und bitte um Zustimmung zu diesem Olympiagesetz.

(Beifall bei der CSU, der FDP und den Freien Wählern)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Bevor ich die Debatte eröffne, darf ich geschäftsleitend daran erinnern, dass die Tagesordnungspunkte 6 und 7 heute interfraktionell einvernehmlich von der Tagesordnung genommen und auf die nächste Sitzung geschoben werden. Als erster Rednerin darf ich nun Frau Kollegin Diana Stachowitz das Wort für die SPD-Fraktion erteilen.

Diana Stachowitz (SPD): Kolleginnen und Kollegen, Herr Präsident! Das ist ein großer Tag für uns: Wir können die Winterspiele 2018 für uns gewinnen. Wir können sie, und das sage ich ganz deutlich, für Bayern gewinnen, denn wir wollen nicht, dass nur die oberbayerische Region davon profitiert, sondern Gesamtbayern. Herr Staatsminister Schneider hat bereits dargelegt: Wir erwarten 1,2 Milliarden Euro aus privaten Geldern, die nach Bayern fließen werden. Wir haben findige Kollegen in unseren eigenen Reihen, damit wir auch andere Regionen für diese Winterspiele gewinnen. Es bestehen beispielsweise Verhandlungen mit dem Kulmbacher Bier. In Nürnberg wird die Diskussion geführt, ob ein Express gesendet wird. Mit dem Kreisjugendring gibt es Gespräche über ein Volonteering, also über Programme für Ehrenamtliche, die zu den Spielen kommen. Die Begeisterung für und der Nutzen von Olympia können also auf ganz Bayern ausstrahlen. Diese Winterspiele sind, das möchte ich hier noch einmal ganz deutlich sagen, ein Gewinn für ganz Bayern.

(Beifall bei der SPD und den Freien Wählern)

Sie könnten auch ein Gewinn für die Investitionen in Bayern sein. Die SPD-Fraktion wird darauf schauen, und das wollen wir auch einfordern, dass die Investitionen für die Großprojekte nicht als große Aufwendung für die Winterspiele gelten. Der Investitionsstau, den wir in Bayern haben, muss trotzdem aufgelöst werden. Die Winterspiele können nichts dafür, wenn über Jahrzehnte ein Investitionsstau aufgebaut wurde. Das kann man den Olympischen Spielen nicht entgegenhalten. Die Investitionen sind gut und richtig. Auch das Sankt-Florians-Prinzip lassen wir nicht zu. Der Artikel in der "Süddeutschen Zeitung" hat deutlich gemacht, dass in Oberbayern kein anderes Projekt mehr gemacht werden kann, wenn das Geld für den S-Bahn-Tunnel in München ausgegeben wird. Dieser

Tunnel wäre aber so oder so gekommen; München hätte für den S-Bahn-Tunnel gekämpft. Das ist doch klar. Es geht deshalb darum, für Bayern mehr herauszuholen.

Die Investitionen für die Olympischen Winterspiele sind vernünftig und richtig, und sie sind auch ökologisch. Das möchte ich an dieser Stelle noch einmal deutlich machen. Die Projekte sind planungsreif, sie sind sowieso eingefordert worden. Eigentlich geht es nur um 400.000 Euro, die noch nicht verplant sind. Alle anderen Maßnahmen sind sowieso eingestellt. Die einzige Planung - und das möchte ich hier mit Blick auf die GRÜNEN sagen -, die noch nicht eingestellt war, betrifft den Ausbau des Schienenverkehrs, die Verkürzung des Schienentaktes von München nach Garmisch um 20 Minuten. Eine bessere Schienenanbindung ist nun aber wirklich nachhaltig und ökologisch, und das können wir auch in anderen Regionen sehr wohl gebrauchen.

(Beifall bei der SPD und den Freien Wählern -Harald Güller (SPD): Das sollten auch die GRÜ-NEN kapieren!)

Jetzt komme ich noch einmal zur Ökologie und zur Nachhaltigkeit. Für mich gehört beides zusammen. Wir werden für diese beiden Bereiche Investitionen in Höhe von 114 Millionen Euro haben. So viele Investitionen in diesem Bereich hätten wir sonst nie bekommen. Mit den Plus-Energie-Dörfern, mit der Nachnutzung der Stätten, mit der Doppelnutzung der vorhandenen Stätten ist das gegeben. Ich möchte auch noch einmal deutlich machen: An Flächen, die für die Olympischen Winterspiele ausgebaut werden müssen, benötigen wir lediglich eine Fläche, die kleiner ist als ein Fußballfeld. Alle anderen Flächen sind temporär. Wenn das nicht ökologisch und nachhaltig ist, dann weiß ich auch kein besseres Konzept.

(Beifall bei der SPD und den Freien Wählern)

Es sei denn, wir lehnen Olympische Spiele überhaupt ab. Wenn das die Haltung ist, ist das eine ganz andere, dann brauchen wir uns auch nicht in Kleinkrämerart darüber zu unterhalten, was jetzt besser oder schlechter ist.

Zur Arbeitswelt will ich nur noch sagen: Auch hier haben wir das Thema "Gute Arbeit". Wir werden die Fortbildung für die Hotel- und Gastronomiebranche haben, wir werden die Chance haben, sozialen Wohnungsbau in München zu verwirklichen. Das bedeutet für mich: Freundliche Winterspiele, die Chance für Bayern, vorne mit dabei zu sein. Ich kann allen nur raten: Machen Sie mit, tragen Sie es nach draußen! Wir brauchen die Winterspiele 2018, weil wir damit

sportlich und wirtschaftlich wie auch touristisch nach vorn kommen. Das brauchen wir miteinander.

(Beifall bei der SPD und den Freien Wählern)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Frau Kollegin. - Für die CSU-Fraktion darf ich nun den Kollegen Martin Bachhuber nach vorn bitten.

(Zurufe von der CSU: Das Geburtstagskind! - Glückwunsch!)

Martin Bachhuber (CSU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, Hohes Haus! Wenn dieses Hohe Haus heute das Olympia-Gesetz auf den parlamentarischen Weg bringt, dann werden damit nicht nur die Weichen für die Bewerbung um ein großes Sportereignis gestellt, in dessen Glanz sich viele Menschen sonnen können. Nein, ganz im Gegenteil: Mit der Verabschiedung des Olympia-Gesetzes beweist die Politik große Verantwortung für die Zukunft des gesamten Freistaats; denn wie die Olympischen Sommerspiele 1972 der Stadt München und ganz Bayern einen enormen wirtschaftlichen und touristischen Schub gaben, werden dies auch die Olympischen Winterspiele 2018 tun.

Der nun vorliegende Gesetzentwurf ist - das sage ich in aller Unbescheidenheit - ein großer Wurf. Wir alle wissen, dass gerade im Hinblick auf die Grundstücksfragen in Garmisch-Partenkirchen manches im Vorfeld hätte besser und geräuschloser ablaufen können. Eine frühzeitige Einbindung und ernsthafte Gespräche auf Augenhöhe mit den Grundstücksbesitzern durch die Bewerbungsgesellschaft hätten erfolgen müssen. Den Menschen dort ging es um den Erhalt ihrer Heimat, und manche despektierliche Äußerung aus München hat sicherlich nicht zur Lösung oder Annäherung beigetragen.

Als es eine Minute vor zwölf war, hat die Bayerische Staatsregierung bewiesen, dass sie ihrer Verantwortung für dieses bedeutende Projekt gerecht wird. Ganz besonders möchte ich hier Herrn Staatsminister Schneider erwähnen.

(Beifall bei der CSU)

Wir beide haben viele Nächte in Garmisch-Partenkirchen verbracht.

(Heiterkeit - Beifall bei der CSU)

um die verhärteten Fronten aufzuweichen, ein Klima des Vertrauens zu schaffen und letzten Endes mit den Grundstücksbesitzern eine Lösung zu finden und zu vereinbaren, die Eingang in das heute zur Debatte stehende Olympia-Gesetz gefunden hat.

(Zurufe von der CSU)

Die Politik hat dabei großes Verantwortungsbewusstsein und große Handlungsfähigkeit bewiesen. Das ist von entscheidender Bedeutung, weil wir auf diese Weise das Vertrauen der Menschen gewonnen haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Austragung der Olympischen Winterspiele 2018 und der sich daran anschließenden Paralympics ist eine einmalige Chance für ganz Bayern. Diese beiden Großveranstaltungen sind eine hervorragende Gelegenheit, um den Freistaat in seiner Gänze weltweit darzustellen.

Die Olympischen Winterspiele werden positive Impulse für Industriebranchen wie Bauwirtschaft, Handwerk, Handel und Dienstleistungen haben, die weit über die Austragungsorte hinausgehen. Nicht zuletzt der Tourismus, ein ganz wesentlicher Wirtschaftsfaktor für Bayern, wird einen Impuls erfahren, wie er sonst wohl nicht - oder zumindest nicht in diesem Zeitraum - realisiert werden könnte.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich auch noch deutlich anmerken: Wer heute immer noch daran zweifelt, dass Olympia 2018 die ersten wirklich "grünen" Spiele werden, der sollte sich einmal ganz genau das Sportstätten- und das Nachhaltigkeitskonzept unserer Bewerbung ansehen.

In diesem Nachhaltigkeitskonzept sind 18 Leitprojekte enthalten, die alle dazu beitragen, dass dies die ersten Olympischen Winterspiele sein werden, die klimaneutral ausgetragen werden. Ich möchte an dieser Stelle nur die "Grüne Flotte", die "Plus-Energie-Dörfer" oder das für Garmisch-Partenkirchen geplante Zentrum für Nachhaltigkeit nennen.

Ebenfalls im Sinne des Umweltschutzes und der Nachhaltigkeit ist es, dass nach den erfolgreichen Grundstücksverhandlungen die "grüne Lunge" von Garmisch-Partenkirchen erhalten bleibt. Auch dies ist ein eindrucksvoller Beweis dafür, wie verantwortungsvoll im Rahmen dieser Bewerbung mit Natur um Umwelt umgegangen wird.

Darüber hinaus ermöglichen die Winterspiele 2018 durch die umfassende Beteiligung des Bundes auch eine Reihe ganz wesentlicher Projekte der Verkehrsinfrastruktur, die ohne Olympiade nicht in diesem engen zeitlichen Rahmen verwirklicht werden könnten, und zwar in München: Ausbau Föhringer Ring und Tram 20/21; in Garmisch: Bau von Kramer- und Wanktunnel, Ortsumfahrung Oberau mit Autobahn-Lückenschluss, teilweise zweigleisiger Ausbau der Bahn München - Garmisch-Partenkirchen; in Berchtesgaden: Ausbau der A 8 und der Kreisstraße BGL 8.

Mit diesen Maßnahmen werden die zum Teil unendlichen Staus dann der Vergangenheit angehören - ebenfalls ein großer Beitrag zum Schutz von Mensch und Natur.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Olympia-Gesetz soll auch eine symbolische Einladung an alle Menschen in der ganzen Welt sein, an die Sportlerinnen und Sportler, aber besonders an Menschen mit Behinderung, und an die Jugend in der Welt. Ich bin überzeugt, wenn München 2018 den Zuschlag erhält, folgt dem Sommermärchen 2006 ein Wintermärchen 2018 mit großen und nachhaltigen Auswirkungen für ganz Bayern.

Sprechen Sie mit uns diese Einladung in die Welt hinaus aus. Ich bitte um Zustimmung zu diesem Gesetz.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zurufe von der CSU: Sehr gut!)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Herr Kollege. Ich darf Sie bitten, noch für einige Sekunden in unserem Sichtfeld zu verweilen, weil ich es nicht versäumen möchte, Ihnen ganz herzlich zum Geburtstag zu gratulieren. Es freut uns außerordentlich, dass Sie Ihren Ehrentag mit uns verbringen, und wir wünschen Ihnen alles Gute für das kommende Lebensiahr.

(Lebhafter allgemeiner Beifall)

Bevor wir in der Debatte fortfahren, darf ich Ihnen jetzt das Ergebnis der beiden namentlichen Abstimmungen mitteilen, zuerst zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Bause, Mütze, Gote und Fraktion der GRÜ-NEN betreffend "Karten auf den Tisch, Frau Staatsministerin Haderthauer: Konzept für die Erstaufnahme von Flüchtlingen in Bayern vorlegen", Drucksache 16/5913: Mit Ja haben gestimmt 60 Abgeordnete, mit Nein haben gestimmt 85 Abgeordnete; Stimmenthaltungen gab es drei. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Nun gebe ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Aiwanger, Schweiger, Dr. Fahn und Fraktion der Freien Wähler betreffend "Erarbeitung eines Gesamtkonzepts und Entschärfung der aktuellen Flüchtlingssituation durch flexible Lösungen", ich erinnere: ohne den Absatz 4, auf der Drucksache 16/5924, bekannt. Mit Ja haben gestimmt 64 Abgeordnete, mit Nein haben gestimmt 84 Abgeordnete; es gab keine Stimmenthaltungen. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Ich darf nun in der Debatte fortfahren mit dem Redner Florian Streibl für die Fraktion der Freien Wähler. Bitte schön.

Florian Streibl (FW): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Vor gut einem Jahr haben wir hier einen Unterstützungsantrag für die Olympischen Winterspiele 2018 mit großer Mehrheit verabschiedet. Jetzt liegt das Gesetz, das Olympia-Gesetz, vor. Ich muss jetzt hier sagen: Als einziger Abgeordneter aus dem Landkreis Garmisch-Partenkirchen bin ich vorbehaltlos für dieses Gesetz und möchte dieses auch hier deutlich unterstützen,

(Beifall bei den Freien Wählern und Abgeordneten der SPD)

denn ich denke, durch dieses Gesetz können wir endlich einen Schlusspunkt unter die unzähligen Debatten der letzten Wochen und Monate setzen.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Pierre de Coubertin, der Wiederbegründer der neuen Olympischen Spiele wollte eine Bewegung, etwas Neues für die Jugend schaffen, und um die Zukunft der Jugend geht es auch bei dieser Bewerbung 2018, nämlich um die Jugend unserer Region, die Jugend von Deutschland. Hier müssen wir ansetzen. Der Sport als Bruder der Arbeit ist etwas, was dem Menschen immanent ist. Etwas Unwiderstehliches zieht den Menschen immer wieder zum Sport. Die Olympischen Spiele sind dem Menschen als kulturellem Wesen immanent. Der Sport vermittelt Werte wie Fair Play, Partnerschaft, Unversehrtheit des Gegners, Chancengleichheit. Er bringt uns da etwas weiter. Von daher sollten wir die olympischen Winterspiele unterstützen.

Leider war es so, dass sich die Staatsregierung erst nach längerem Zögern entschlossen hat, die Bewerbung aktiv zu unterstützen. Gott sei Dank ist es zu einem positiven Miteinander gekommen. Die anfänglichen Kommunikationsfehler wurden ausgeräumt. Gerade bezüglich des Verhältnisses zu den Landwirten wurde ein sehr guter Vertrag zwischen dem Bauernverband und dem Wirtschaftsministerium ausgearbeitet. Man muss hierbei immer auch an die Menschen denken. Man muss sie mitnehmen und mit ihnen zuerst einmal reden.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Olympische Winterspiele bringen auch eine internationale Aufmerksamkeit. Sie sind gerade für uns in Bayern als Tourismusregion absolut positiv zu bewerten.

Der olympische Sport kann mehr erreichen, als es der Politik oft möglich ist. Wir müssen einmal schauen, was die Fußballweltmeisterschaft 2006 für ein positives Bild von Deutschland in die Welt gesandt hat. Und man muss sehen, was bei der Fußballweltmeisterschaft dieses Jahres geschehen ist. In Israel hat man unserer Nationalelf zugejubelt. Das sind Dinge, die keine Politik schaffen kann. Die schafft nur der Sport.

So etwas können wir auch bei uns in Bayern schaffen. Darauf können wir stolz sein. Ich fände es einfach ungemein gut und schön, wenn Olympische Winterspiele zu uns nach Bayern kämen. Wir könnten die perfekten Gastgeber für die Welt sein, die hierher kommt und sich bei uns zum friedlichen Wettkampf versammelt. Das ist etwas ungemein Schönes. Darauf wäre ich stolz.

Wir sollten heute sagen: Wir wollen diese Olympischen Spiele. Ich bekenne für mich: Ich will die Olympischen Spiele 2018 bei uns in Bayern haben.

(Beifall bei den Freien Wählern, der CSU, der SPD und der FDP)

Leider gab und gibt es dieses einmütige Bekenntnis nicht immer. Leider ist dies im Landkreis Garmisch-Partenkirchen zu einer Politikposse verkommen. Die Bodentruppen an den Stammtischen legen das Feuer, sodass das Löschflugzeug aus München kommen muss, um Frieden zu schaffen. Diese Verhältnisse sind fast etwas schade. Es gibt zwar ein gutes Löschflugzeug, aber es ist leider nicht gut genug. Denn in der Gemeinderatssitzung in Garmisch-Partenkirchen hat die CSU nicht geschlossen gestimmt. Geschlossen gestimmt haben die Freien Wähler, nämlich für Olympia. Da sind wir also etwas weiter.

Leider muss man sagen: Auch bei der SPD gibt es Irrlichter in Werdenfels. Da muss man vorsichtig sein.

Aber bei den GRÜNEN verstehe ich vieles nicht mehr. Da scheint eher eine fundamentale Ablehnung vorhanden zu sein. Herr Kollege Hartmann, Sie ziehen durch Werdenfels gleichsam wie ein Wanderprediger und versuchen massiv, Ängste zu schüren. Das ist Ihrer Partei eigentlich unwürdig.

Werdenfels ist keine romantische Kulisse mit Naherholungswert, sondern ein Lebensraum. Dort leben und arbeiten Menschen. Sie müssen unterstützt werden. Diese Unterstützung hoffe ich durch die Olympischen Winterspiele zu bekommen.

(Beifall bei den Freien Wählern, der CSU, der SPD und der FDP)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Für die Fraktion der GRÜNEN darf ich nun Ludwig Hartmann ans Mikrofon bitten.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute steht auf der Tagesordnung das Olympiagesetz, nicht eine Generaldebatte über Olympia. Ich finde es erstaunlich, dass ein so weitreichendes Gesetz hier kaum diskutiert wird, sondern dass man eine grundlegende Debatte über die Bewerbung führt.

In dem vorliegenden Olympiagesetz ist einmal die Verpflichtung enthalten, dass der Freistaat Bayern für ein Drittel eines möglichen Fehlbetrages der Durchführung der Olympischen Winterspiele aufkommt.

(Unruhe)

- Es heißt, der Freistaat Bayern deckt einen möglichen Fehlbetrag in unbegrenzter Höhe. Das steht am Anfang des Gesetzentwurfs. Das heißt, wenn bei der Durchführung der Spiele auf das OCOG-Budget unerwartete Kosten zukommen sollten, dann gilt das, was da steht, dass nämlich - da werden Sie mir doch recht geben - der Freistaat Bayern zur Zahlung verpflichtet ist. Wenn das Defizit eintritt, wird Bayern also zahlen. Diese Hoffnung ist aber unbegrenzt festgelegt. Ein Drittel von "unbegrenzt" ist aber auch unbegrenzt. Das heißt, der Freistaat Bayern haftet unbegrenzt, wenn etwas schiefgeht. Das muss man deutlich sagen. Das steht so in dem Gesetzentwurf.

Ich nenne einen weiteren entscheidenden Punkt. Die bayerische Haushaltsordnung wird an einer Stelle außer Kraft gesetzt. Denn die Haushaltsordnung schreibt vor, dass für den Fall einer Haftung eine Summe anzugeben ist. Selbst bezogen auf das Milliardendesaster bei der Landesbank mussten wir da keine Änderung vornehmen. Da sind wir mit einer Summe zurechtgekommen.

Es heißt immer, das Risiko sei so gering, dass nicht mit einem Defizit zu rechnen sei. Aber warum muss dann eine unbegrenzte Haftung übernommen werden?

Man muss einmal in die Kostenschätzung für das OCOG-Budget schauen. Man geht insgesamt von 1,3 Milliarden Euro aus. Circa 247 Millionen Euro kosten allein die temporären Anlagen, die man bauen wird.

Übrigens sind durch die "Lösung" seitens der Staatsregierung die Spiele eher teurer als kostengünstiger geworden. Man baut mehr temporäre Anlagen. In Garmisch hat man gegenüber den Landwirten nachgegeben. Man hat die Fläche reduziert. Man hat die

Medienleute nach Murnau ausgelagert. Damit hat man also den Landwirten definitiv nachgegeben.

Interessant ist auch das Thema Sicherheitskosten. In den Münchener Unterlagen spricht man von 31,8 Millionen Euro Sicherheitskosten im OCOG-Budget. Da müssen wir einmal nach Vancouver schauen. Da hatte bereits die Kostenschätzung 117 Millionen Euro ausgewiesen. Im März 2009 wurde in einem Zwischenbericht von 530 Millionen Euro gesprochen. Jetzt gibt es eine Abrechnung, die bei 700 Millionen Euro liegen soll. Aber Bayern kommt angeblich mit 31,8 Millionen Euro aus.

Dann kommt aber das Argument mit den Sicherheitskosten durch die Polizei. Diese Kosten fallen überall an. Im Olympiagesetz verpflichtet sich der Freistaat, diese Leistungen kostenlos zur Verfügung zu stellen. Wenn wir Polizisten aus anderen Bundesländern anfordern - die werden wir benötigen -, wird Bayern dies bezahlen müssen. Aber wenn die Spiele wirklich eine internationale und nationale Aufgabe sind, dann frage ich: Warum ist man nicht zur Kanzlerin gelaufen, um ihr zu sagen, dass wir eine Beteiligung des Bundes haben möchten? - Bayern wird bei den Sicherheitskosten alleine zahlen.

Ich bin überzeugt, dass wir mit dem in Aussicht genommenen Kostenrahmen nicht auskommen werden. Die Einnahmen im OCOG-Budget wurden wahnsinnig positiv gerechnet. Ich nenne ein Beispiel: 35 % der Einnahmen sollen das lokale und nationale Sponsoring ausmachen. Das sind 436,6 Millionen Euro. Damit ist nicht das Top-Sponsoring gemeint, sondern das nationale und lokale Sponsoring.

Zum Vergleich greife ich auf die Spiele 2002 in Salt Lake City zurück. Amerika ist für seine Sponsoringkultur bekannt, die ganz anders ist als in Deutschland. Das ist definitiv so. Dort hatte man Einnahmen von 494 Millionen Dollar. Das ist weniger, als Bayern die Einnahmen schätzt.

In Turin hatte man Einnahmen von 348 Millionen Dollar.

(Zuruf von den Freien Wählern: Das sind doch nicht die ersten Olympischen Spiele, die wir machen!)

- Nach dem Plan sollen es aber die ersten Spiele in Europa werden, die mit einer schwarzen Null ausgehen. Jedoch wird das nicht funktionieren. Ein Blick nach Turin zeigt, dass es bei der Abrechnung eine schwarze Null gegeben hat. Denn vorher ist ein Staatszuschuss geflossen. Das waren bei Turin 20 %. Selbst Südkorea verhält sich ehrlich. Dort hat man bereits in das Mini-Bid-Book hineingeschrieben, dass

der Staat einen Zuschuss von knapp 150 Millionen Dollar geben wird. Das ist ehrlich. Was Bayern betrifft, wurde geschrieben, dass es sonstige Einnahmen von ca. 140 Millionen Euro geben wird. Woher soll das Geld denn kommen?

Auch der Verkauf der Fernsehrechte wird mit der theoretisch möglichen Höchstsumme ausgewiesen. Das IOC hat bekannt gegeben, dass 2018 durch das Fernsehen Einnahmen von höchstens 440 Millionen US-Dollar zu erwarten sind. Bei einem Wechselkurs von 1,17 Dollar bedeutet das 318 Millionen Euro Einnahmen. Das ist die theoretisch mögliche Höchstsumme. Damit rechnet man.

Aber es ist ganz klar: Mit den Kosten wird man nicht zurechtkommen. Für die Finanzierung wird ein reiner Blankoscheck ausgestellt. Wenn es schiefgeht, muss der Steuerzahler aufkommen, und zwar in gewaltigem Maße der bayerische Steuerzahler. Aber das darf nicht sein!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Kollege, bitte verbleiben Sie noch am Redepult, da sich Herr Kollege Kirschner für eine Zwischenbemerkung gemeldet hat. Bitte schön, erst mal Herr Kirschner.

Dr. Franz Xaver Kirschner (FDP): Herr Kollege Hartmann, haben Sie bei all den Zahlen, die Sie jetzt aufgetischt haben, schon einmal darüber nachgedacht, dass so etwas für den bayerischen Staat eine Investition in die Zukunft sein kann? Werten Sie so etwas überhaupt nicht?

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Da müssen Sie die Debatte ehrlich führen. Sie sind bereit, die Spiele zu holen und dafür Steuergelder einzusetzen. Dann sagen Sie das offen. Südkorea sagt es doch auch ganz offen, ganz deutlich, zu welcher Summe. Dann muss man auch sagen, dass es ein gewaltiges Risiko ist. Aber dass die Durchführung plus/minus Null ausgeht - in Amerika gibt es kein einziges Beispiel, wo man das geschafft hat -, das hat sonst keiner geschafft. Das heißt definitiv, das kostet den Steuerzahler gewaltig viel Geld. Die Frage des Mehrwertes diskutiere ich mit Ihnen gerne, aber heute geht es um das Gesetz, in dem der Freistaat eine unbegrenzte Bürgschaft abgibt. Um das geht es heute. Und: Ist es Ihnen das wert, für eine Wirtschaftsförderung oder um eine Bank zu retten, eine unbegrenzte Bürgschaft abzugeben? Ist es Ihnen das wert? Über das Thema Mehrwert diskutieren wir im Ausschuss gerne ausführlich. Das ist hier die Frage. Auch darüber, was uns diese Spiele bringen, diskutieren wir gerne. Dazu bin ich gerne bereit.

(Zurufe von der SPD)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Kollege, Herr Kollege Dr. Runge möchte Ihnen ebenfalls zu zwei Minuten Redezeit verhelfen. Bitte schön, zu einer Zwischenbemerkung.

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Geschätzter Herr Kollege Hartmann, teilen Sie erstens meine Einschätzung, dass es sich bei den von Ihnen vorgetragenen Zahlen um die gleiche Geschichte wie bei den massiv geschönten Zahlen zum famosen Kongress "Visions of Football" handelt, wobei von den gut 1.000 von der Staatsregierung angekündigten voll zahlenden Besuchern ganze sieben gekommen sind? 1.000 wurden also angekündigt, sieben waren es.

Teilen Sie zweitens die Einschätzung, dass das, was von einigen Rednern verkündet worden ist, wonach man für Bayern zusätzliche Mittel freischaufeln müsse, damit der Rest Bayerns nicht darunter leide, dass so viel Geld in die Infrastruktur fließt und sie nichts bekommen würden, eine sehr fatale Einschätzung ist? Wir haben vorhin bei der Erklärung zur Wirtschaftspolitik gehört, Bayern sei besser, Bayern sei reicher als alle anderen. Und dann soll die Republik für Bayern wieder besonders viel Geld hergeben. Wie bewerten Sie denn diese Geschichte?

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Kollege Hartmann.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Das Erste kann man direkt bejahen. Wer sich die Kostenschätzung und den erwarteten Ticketverkauf anschaut, stellt fest, Bayern liegt mit den Einnahmen wieder ganz vorne. Im Vergleich zu Turin erwartet man mehr als das Doppelte der Einnahmen von 2002.

Was die Verkehrsprojekte angeht, ist es ganz klar: Bis auf die Ortsumfahrung Oberau ist im vordringlichen Bedarf im Bundesverkehrswegeplan nichts enthalten. Das ist Fakt. So sehr ich in Garmisch einigen die Umgehungsstraßen gönne, es wird aber heißen, andere Landkreise müssen auf ihre Straßen verzichten. Das wird so sein. Es wird anders nicht zu finanzieren sein.

(Florian Streibl (FW): Soll das jetzt eine Neiddebatte sein? - Harald Güller (SPD): Sie wollen doch auf Straßen sowieso verzichten!)

- Nein, keine Neiddebatte. Verantwortungsvolle Verkehrspolitik zeichnet sich dadurch aus, dass ich denjenigen, der den dringendsten Bedarf hat, zuerst den Zuschlag erteile - und nicht nach einem Ereignis, das 18 Tage dauert, meine Verkehrspolitik ausrichte. Das ist eine katastrophale Entscheidung, die hier getroffen wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Weitere Anzeigen für eine Zwischenbemerkung liegen mir nicht vor. Damit darf ich nun zum letzten Redner der Debatte kommen: für die FDP-Fraktion Professor Dr. Georg Barfuß. Bitte schön.

Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): Herr Präsident, Herr Staatsminister Schneider, meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen! Viele von uns haben hier drinnen immer schon von einer Vierer-Koalition geträumt. Olympia macht es möglich, wir haben eine Vierer-Koalition. Deswegen freue ich mich ganz herzlich.

(Zuruf von der SPD)

- Nicht übertreiben. Wir haben die Kollegen der CSU, der Sozialdemokraten, der Freien Wähler und der FDP, und das ist eine Vierer-Koalition. Wie würde Herr Wowereit sagen? "Und das ist auch gut so."

Es wäre doch wirklich dekadent, wenn eines der reichsten Länder dieser Erde nimmer in der Lage oder bereit wäre, für die Jugend der Welt - wenn Sie gestatten, also ein bisserl über Garmisch hinaus - Spiele auszurichten. Ja, wo sama denn?

(Beifall bei der FDP und den Freien Wählern)

Ich sage, es ist schon eine Ehre, dass wir zu diesem Thema reden dürfen, genauso wie es eine Ehre ist, die Fackel zu tragen. Wir müssen mal wieder auf solche Werte zurückkommen. Es ist nicht alles nur ein Pausensnack oder irgendein Fitmacher, sondern es sind Werte, sodass ein Land stolz ist, so etwas zu haben. Wir waren mit dem Finanzausschuss in Vancouver. Zur Beruhigung sage ich den Kollegen von den GRÜNEN: Erstens geht ein großes Lob an die Kollegen Mütze und Hallitzky, die uns in ganz großer Ernsthaftigkeit mit sachlich sehr fundierten Fragen unterstützt haben. Ich kann mir vorstellen, dass sie, wenn sie nachts am Einschlafen sind, vielleicht fragen: Lieber Gott, wieso können meine GRÜNEN da nicht auch mitmachen? Den Eindruck hatte ich sogar drüben in Amerika.

(Allgemeine Heiterkeit)

Und wer vielleicht, weil er selber sportlich nicht ganz so gut drauf ist, sagt, na ja, die Sportler, was macht man nicht alles für die - spätestens dann, wenn wir die Paralympics ausrichten, muss man sich doch einmal überlegen, dass da nicht wir die Gebenden, sondern die Nehmenden sind. Das meine ich wieder sehr ernsthaft. Da sehen wir, was diese Menschen, die eine Behinderung unter anderem von Geburt an haben, leisten. Wenn das eines Sozialstaates unwür-

dig ist, dann verstehe ich von der Welt überhaupt nichts.

(Barbara Stamm (CSU): Bravo! - Karl Freller (CSU): Hervorragend! - Beifall bei der FDP, der CSU und den Freien Wählern)

Das Nächste ist: So wie die Sportler und die Funktionäre einen olympischen Eid ablegen, lieber Staatsminister, sollten auch wir Politiker einen Eid ablegen, dass wir zu den Akteuren, die da mitmachen, fair sind. Dass wir auch fair zu den Grundstücksbesitzern sind, fair zu den Gemeinden, fair zu den Landwirten, also zu allen Beteiligten, dass wir das, was wir vorher zusagen, hinterher auch halten. Dann ist es etwas, das den olympischen Geist atmet, dass wir verlässlich sind und dass wir uns daran halten. Das Stichwort Partnerschaft ist hier der Schlüssel zum Erfolg.

Herr Kollege Hartmann, zur Sicherheit: 1972 habe ich in München gewohnt. Ich habe mich über die damaligen Sommerspiele riesig gefreut. Kein Mensch wird dem Dr. Vogel sagen, dass er durch die Spiele für die Stadt München und Bayern nicht Großartiges bewirkt hat.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Als dann dieses Massaker passiert ist, habe ich vor Trauer geheult, erstens, um die toten Israelis, aber auch aus Wut, dass so etwas passiert. Ich sage Ihnen jetzt in vollem Ernst: Wenn es 25 oder 30 Millionen kostet, die Sicherheit für dieses Land und für diese Menschen zu garantieren, dann pfeife ich drauf, ob das 30 oder 25 Millionen sind.

(Zurufe von den GRÜNEN)

- Ach komm, hört doch auf! 25 Millionen und nicht mehr! Die Polizeibeamten und Soldaten sind ohnehin da

(Christine Kamm (GRÜNE): Die sind nicht ohnehin da!)

Da brauchen wir nicht zu lachen. Wir stellen da keine neuen ein. Was vielleicht an Geld dazukommt, liebe Frau Stamm, sind die Kräfte, die wir aus anderen Bundesländern holen. Also mit anderen Worten: Diese Sicherheit ist es mir wert. Und was sagte Avery Brundage, als es wieder weiterging: "The show must go on". Ich habe das noch gut in Erinnerung; ich war da draußen im Olympiastadion. Und so ist es auch: The show must go on. Nach Vancouver, Kanada, nach Sotschi 2014 in Russland: The show must go on, und diesmal in München, in Garmisch-Partenkirchen und in Schönau am Königssee.

Lassen Sie uns gemeinsam gute Gastgeber sein für die Jugend der Welt. Wir alle - die Vierer-Koalition: die Liberalen, die Christsozialen, die Sozialdemokraten und die Freien Wähler - freuen uns darauf und stehen voll hinter München.

Herr Staatsminister, ich wünsche Ihnen und der Staatsregierung eine glückliche Hand und danke für Ihre Arbeit.

(Beifall bei der FDP, der SPD, den Freien Wählern und Abgeordneten der CSU)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Kollege, verweilen Sie noch, denn es liegen mir noch zwei Anfragen für Zwischenbemerkungen vor. Für die erste Zwischenbemerkung darf ich Herrn Kollegen Hallitzky von den GRÜNEN aufrufen.

Eike Hallitzky (GRÜNE): Lieber Herr Kollege Barfuß, Sie haben natürlich völlig recht, dass wir uns in Vancouver mit großer Ernsthaftigkeit an den Gesprächen beteiligt haben. Deshalb kommen wir auch zu dem Ergebnis, dass man Olympia nicht um jeden Preis machen kann. Das ist unser Ergebnis. Ich kann es Ihnen anhand zweier Beispiele nochmals kurz skizzieren: Vancouver war Boomtown, genauso wie München. Vancouver hat berechnet, dass der Bau des Olympischen Dorfes Null/Null ausgeht, sitzt aber jetzt auf Kosten in Höhe von rund einer Milliarde Dollar, die die Stadt Vancouver City draufgezahlt hat. Bei den Sicherheitskosten hatte Vancouver etwa 200 Millionen Dollar angenommen. Das sind also in etwa die Zahlen, die Herr Kollege Hartmann eben in Euro genannt hat. Diese Kosten sind auf 900 Millionen Euro Dollar oder 700 Millionen Euro gestiegen, auch das ist Fakt. Das ist nicht alleine nine-eleven gewesen, sondern man musste feststellen, dass die auch in Vancouver angenommen Sowieso-Kosten gar nicht sowieso waren, sondern dass die Kosten tatsächlich dazukamen.

Ein dritter Aspekt ist die Verdrängung der Verkehrsprojekte, die von Ihnen locker weggesteckt werden. Es ist doch Fakt, dass andere prioritäre Projekte darunter leiden, wenn Sachen, die nicht prioritär sind, gebaut werden. Das müssen Sie auch einsehen, wenn Sie mit dieser Olympia-Bewerbung durchs Land ziehen. Ganz abgesehen davon verwundert es mich schon, wie unter solchen Deckmänteln von nationalem Pathos und Ethos sehr locker Geld ausgegeben wird, das für soziale Maßnahmen nicht da ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Kollege Barfuß, Olympia ist "geil", aber es ist nicht um jeden Preis durchzuführen.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Kollege Barfuß, bitte.

Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): Den zuletzt verwendeten Begriff will ich nicht unbedingt verwenden. Es ist eine Ehre für Deutschland, wenn wir die Spiele ausrichten dürfen. Das kann uns auch ein bisserl was kosten. Wir haben in den USA bzw. - ich korrigiere mich - in Kanada gelernt, dass das Zehnfache dessen an Einnahmen erzielt wurde, was man ursprünglich erwartet hatte. Ich denke, selbst wenn noch ein Delta bliebe - Herr Dr. Kirschner hat darauf hingewiesen -, so wird der volkswirtschaftliche Multiplikatoreffekt, der sich daraus ergibt, das locker wieder einspielen.

Ich bleibe dabei, dass der sozialdemokratische Oberbürgermeister von München seinerzeit mit seinem Stadtrat München mit dem Hebel Olympische Spiele entscheidend nach vorne gebracht hat. Dann muss es auch gestattet sein, so etwas zu wiederholen. Denken Sie an unsere Firmen. Wir sind nahezu Second-Weltmeister im exportieren. Das wird weltweit mit Aufmerksamkeit verfolgt.

Lieber Eike, ich bleibe dabei: Ich lasse mir die Freude an den Olympischen Spielen nicht nehmen, selbst wenn es ein bisschen etwas kostet. Wir haben schon für manchen Blödsinn mehr ausgegeben.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP - Zuruf von der SPD: Das stimmt!)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Herr Kollege.

Für eine weitere Zwischenbemerkung erteile ich Kollegen Freller für die CSU das Wort.

Karl Freller (CSU): Herr Abgeordneter, können Sie bestätigen, dass die Bundesvorsitzende der GRÜ-NEN, Frau Roth, und dass die GRÜNEN im Münchner Stadtrat für die Bewerbung sind?

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Das können wir auch bestätigen!)

Können Sie diese Widersprüchlichkeit bei den GRÜ-NEN vielleicht auch analysieren?

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Kollege Barfuß, bitte.

Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): Ich habe nur gelesen, dass sie gesagt hat, die GRÜNEN seien eine "sportnarrische" Fraktion.

(Zuruf von den Freien Wählern: Ohne "sport-"!)

Wenn sie das so gesagt hat, hat sie da recht. Aber vielleicht hat sie ja nicht unsere Fraktion hier gemeint. Ich weiß auch nicht, ob Sie sich einig sind oder ob das nur nach außen ist. Außerdem ist Frau Claudia Roth eine Schwäbin, und ich glaube, wenn eine sparsame Schwäbin zustimmt, dann könnt ihr auch zustimmen. Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der Freien Wähler und des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP))

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen herzlichen Dank, Herr Kollege. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Damit ist die Aussprache geschlossen.

Ich schlage vor, den Gesetzentwurf an den Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen als dem federführenden Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? - Das ist der Fall. Dann ist auch so beschlossen.

Ich freue mich auf ein Wiedersehen mit Ihnen am 19. Oktober zur nächsten Sitzung, wünsche Ihnen einen guten Nachhauseweg und schließe die Sitzung.

(Schluss: 18.42 Uhr)

zur 56. Vollsitzung am 14. Oktober 2010

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge etc. zu Grunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 4)

Es bedeuten:

(E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeiten

 Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 9. August 2010 Vf. 12-VII-10 betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Gesetzes zum Schutz der Gesundheit (Gesundheitsschutzgesetz - GSG) vom 23. Juli 2010 (GVBI S. 314, BayRS 2126-3-UG)

PII/G-1310/10-6 Drs. 16/5820 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

- 1. Der Landtag beteiligt sich am Verfahren.
- 2. Der Antrag ist unbegründet.
- 3. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestimmt.

CSU SPD FW GRÜ FDP
Z Z ENTH ENTH

 Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 8. September 2010 (Vf. 16-VII-10) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Art. 2 Nr. 8 und Art. 3 Abs. 1 Satz 1 des Gesetzes zum Schutz der Gesundheit (Gesundheitsschutzgesetz -GSG) vom 23. Juli 2010 (GVBI S. 314, BayRS 2126-3-UG) PII/G-1310/10-7

Drs. 16/5821 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

- 1. Der Landtag beteiligt sich am Verfahren.
- Die Anträge auf Erlass einer einstweiligen Anordnung und in der Hauptsache sind unbegründet.
- 3. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestimmt.

CSU SPD FW GRÜ FDP
Z Z ENTH ENTH

3. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 8. September 2010 (Vf. 17-VI 10) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Bebauungsplans "Auerschmied" mit integriertem Grünordnungsplan der Gemeinde Irschenberg vom 18. Juli 2005 PILG-1310/10-8 Drs. 16/5822 (E) Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz Der Landtag beteiligt sich nicht am Verfahren. CSU SPD FW GRÜ FDP Anträge 4. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Keine Privatisierung des Gerichtsvollzieherwesens! Drs. 16/4043, 16/5840 (A) Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz CSU SPD FW GRÜ FDP A E E DE PURCH GRÜNEN GRÜ FDP A E E DE PURCH GRÜNEN GRÜ FDP S. Antrag der Abgeordneten Franz Schindler, Horst Arnold, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer SPD Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und FPD hinsichtlich der "Übertragung der Aufgaben der Gerichtsvollzieher auf Beliehene" nicht umsetzen Drs. 16/4199, 16/5841 (A) Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz CSU SPD FW GRÜ FDP A E E Gerführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz CSU SPD FW GRÜ FDP A E D E E E E E E E E E E E E E E E E E									
Nerfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz Der Landtag beteiligt sich nicht am Verfahren. CSU SPD FW GRÜ FDP ☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐	3.	"Auerschmied" mit integriertem Grünordnungsplan der Gemeinde Irschenberg vom 18. Juli 2005 PII/G-1310/10-8							
Anträge 4. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Keine Privatisierung des Gerichtsvollzieherwesens! Drs. 16/4043, 16/5840 (A) Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz CSU SPD FW GRÜ FDP Spl D E D D E D D D D D D D D D D D D D D						ncherschutz			
Anträge 4. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Keine Privatisierung des Gerichtsvollzieherwesens! Drs. 16/4043, 16/5840 (A) Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz CSU SPD FW GRÜ FDP A D D D D D D D D D D D D D D D D D D D		Der Landt	ag beteiligt s	sich nicht an	ı Verfahren.				
 4. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Keine Privatisierung des Gerichtsvollzieherwesens! Drs. 16/4043, 16/5840 (A) Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz CSU SPD FW GRÜ FDP A D D D D D D D D D D D D D D D D D D		_							
Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Keine Privatisierung des Gerichtsvollzieherwesens! Drs. 16/4043, 16/5840 (A) Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz CSU SPD FW GRÜ FDP A D D FW GRÜ FDP B D D B D D D D D D D D D D D D D D D	Antr	äge							
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz CSU SPD FW GRÜ FDP A Z Z Z Z A 5. Antrag der Abgeordneten Franz Schindler, Horst Arnold, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer SPD Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und FPD hinsichtlich der "Übertragung der Aufgaben der Gerichtsvollzieher auf Beliehene" nicht umsetzen Drs. 16/4199, 16/5841 (A) Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz CSU SPD FW GRÜ FDP A Z Z Z Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Stefan Schuster, Martin Güll u.a. SPI Mehr Anrechnungsstunden für Schulleitungen Drs. 16/4345, 16/5855 (A) Votum des federführenden Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport CSU SPD FW GRÜ FDP	4.	Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Keine Privatisierung des Gerichtsvollzieherwesens!							
Prof. Dr. Peter Paul Gantzer SPD Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und FPD hinsichtlich der "Übertragung der Aufgaben der Gerichtsvollzieher auf Beliehene" nicht umsetzen Drs. 16/4199, 16/5841 (A) Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz CSU SPD FW GRÜ FDP A Z Z Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Stefan Schuster, Martin Güll u.a. SPI Mehr Anrechnungsstunden für Schulleitungen Drs. 16/4345, 16/5855 (A) Votum des federführenden Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport CSU SPD FW GRÜ FDP		Verfassung CSU	, Recht, Parla SPD	amentsfragen FW	und Verbrau GRÜ	FDP			
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz CSU SPD FW GRÜ FDP A	5.	Prof. Dr. Pe Koalitionsv "Übertragu	eter Paul Gan ertrag zwisch ng der Aufga	tzer SPD hen CDU/CS lben der Geri	U und FPD h	ninsichtlich der			
Mehr Anrechnungsstunden für Schulleitungen Drs. 16/4345, 16/5855 (A) Votum des federführenden Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport CSU SPD FW GRÜ FDP		Verfassung	, Recht, Parla	amentsfragen	und Verbrau	rcherschutz FDP			
Bildung, Jugend und Sport CSU SPD FW GRÜ FDP	6.	Mehr Anred	chnungsstund	len für Schul		, Stefan Schuster, Martin Güll u.a. SPD			
		Bildung, Ju CSU	gend und Sp SPD	ort		FDP			

7.	Fraktion (B Verantwort	BÜNDNIS 90	/DIE GRÜN mgang mit N	EN)	Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und gie am Arbeitsplatz
		federführend d Gesundheit SPD		ses für GRÜ Z	FDP
8.	Thomas Ha Schulbauve Ganztagssc	acker, Renate erordnung (Sc	Will, Julika chulBauV) do odernen päda	Sandt u.a. FI en Erforderni	eorg Eisenreich u.a. CSU, DP ssen und Ansprüchen von rkenntnissen anpassen
		federführend igend und Sp SPD		ses für GRÜ	FDP
9.	Fraktion (E Risiken der	Abgeordnete BÜNDNIS 90 Nanotechno 02, 16/5828 (/DIE GRÜN logie für Me	EN)	Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und
		federführend		ses für	
	CSU	d Gesundheit SPD	FW	GRÜ ☑	FDP A
10.	Fraktion (E Bericht zur	BÜNDNIS 90	/DIE GRÜN sundheitsma	EN)	Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und eich Telemonitoring und Telemedizin
		federführend		ses für	
	CSU	d Gesundheit SPD	FW Z	GRÜ Z	FDP

11.	Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Keine Privatisierung der Justiz Drs. 16/4820, 16/5842 (A)					
		federführend , Recht, Parla SPD			cherschutz FDP ohne	
	bzw. gleich	lautendes V	otum des mi	itberatenden	Ausschusses für	
		halt und Fin SPD		GRÜ Z	FDP	
				ш		
12.	Vorlagefris		des Doppell		ian Ritter, Susann Biedefeld u.a. SPD 1/2012 einhalten	
		federführend aalt und Finar SPD		ses für GRÜ Z	FDP A	
13.	und Fraktio Mieterinner Drs. 16/499	on (SPD) on und Mieter 09, 16/5745 (A	der GBW A0 A)	G endlich effe	Harald Güller, Ludwig Wörner u.a. ektiv schützen!	
		federführend nalt und Finar SPD		grü	FDP A	
14.	Eva Gottste Konkrete A	eitsantrag der ein u.a. und F usgestaltung 28, 16/5858 (1	raktion (FW) der Gelenkk)	wanger, Tanja Schweiger,	
		federführend gend und Spo SPD ENTH		ses für GRÜ Z	FDP	

1	15.	Martin Gül Länger gen	eitsantrag der 1 u.a. und Fra neinsam lerne 49, 16/5860 (aktion (SPD) en!	en Markus R	inderspacher, Hans-Ulrich Pfaffmann
			federführend igend und Sp SPD		ses für GRÜ Z	FDP
1	16.	und Fraktio Fachgutach auf der BA	on (BÜNDNI	S 90/DIE GR lerung der No Piding und	RÜNEN) O ₂ -Belastung	Daxenberger, Ulrike Gote u.a. bei einer Geschwindigkeitsreduktion
			federführend d Gesundheit SPD		ses für GRÜ Z	FDP
1	17.	Zukunft der		Ernährung, La		Maria Noichl, Horst Arnold u.a. SPD und Forsten
			federführend Landwirtsch SPD			FDP
1	18.	Reinhold Po Ausschuss "Europäisch	Abgeordnete erlak u.a. SPI für Bundes- u hen Wettbew 33, 16/5874 (D und Europaar erb" informi	ngelegenheite	tus Rinderspacher, en über den
			federführend id Europaang SPD			FDP

19.	SPD Wo Milch o		uss auch Milo		Sabine Dittmar, Ludwig Wörner u.a.
			en Ausschuss aft und Forst FW		FDP A
20.	Johannes H Karsten Kle Zukunft der verantwortu	intersberger on the intersberger of the intersperse	u.a. CSU, Bertermann, ' logie in Baye en und förder	Tobias Thalh ern: Chancen	Hünnerkopf, ammer u.a. FDP für Umwelt und Gesundheit
	Abweichen	des Votum o	ion gemäß § les mitberat tur, Verkehr FW	enden Aussc	husses für
21.	Fraktion (B Finanzierun	ÜNDNIS 90/	/DIE GRÜNI grarpolitik na	EN)	as Mütze, Ulrike Gote u.a. und
	Abweichen	des Votum o	ion gemäß § les mitberat igelegenheite	enden Aussc	
	CSU	SPD	FW Z	GRÜ Z	FDP
22.	Dr. Florian Dr. Andreas Körpergröß	Herrmann u. s Fischer, Pro	a. CSU, of. Dr. Georg tern für den l	Barfuß, Dr.	elika Schorer, Otto Bertermann u.a. FDP gsdienst
			en Ausschuss Innere Siche FW		FDP

 Antrag der Abgeordneten Prof. Ursula Männle, Konrad Kobler, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Thomas Dechant, Dr. Annette Bulfon, Dr. Otto Bertermann u.a. FDP Errichtung eines europäischen Gerichts für europäische Patentangelegenheiten Drs. 16/5274, 16/5875 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für

Bundes- und Europaangelegenheiten

CSU	SPD	\mathbf{FW}	GRÜ	FDP
Z	Z	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FW)

Gewichtung der letzten Schulaufgaben im G9

Drs. 16/5449, 16/5861 (erledigt erklärt)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport

der den Antrag für erledigt erklärt hat

25. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Thomas Mütze, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Sponsoring-Richtlinie vorlegen! Drs. 16/5605, 16/5846 (erledigt erklärt)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

der den Antrag für erledigt erklärt hat

zur 56. Vollsitzung am 14. Oktober 2010

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 14.10.2010 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Thomas Mütze, Ulrike Gote u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Karten auf den Tisch, Frau Staatsministerin Haderthauer: Konzept für die Erstaufnahme von Flüchtlingen in Bayern vorlegen (Drucksache 16/5913)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate	X		IIIICII
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst	X		-
	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		Х	-
Prof. Dr. Barfuß Georg		X	
Prof. (Univ Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried	+ ^		
Bause Margarete			
Dr. Beckstein Günther	+	Х	
Dr. Bernhard Otmar			
Dr. Bertermann Otto		Х	
Dr. Beyer Thomas	X		
Biechl Annemarie		Х	
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus		Х	
Bocklet Reinhold		X	
Breitschwert Klaus Dieter		X	
Brendel-Fischer Gudrun			
Brunner Helmut			
Dr. Bulfon Annette		Х	
Dr. Builon Annette			
Dechant Thomas			
Dettenhöfer Petra		Х	
Dittmar Sabine			
Dodell Renate		Х	
Donhauser Heinz		Х	
Dr. Dürr Sepp	Х		
Eck Gerhard		Х	
Eckstein Kurt			
Eisenreich Georg		Х	
Dr. Fahn Hans Jürgen	Х		
Felbinger Günther	Х		
Dr. Fischer Andreas			Х
Dr. Förster Linus			
DiplDesignerin(FH) Franke Anne	Х		
Freller Karl		Х	
Füracker Albert		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul			
Gehring Thomas	Х		
Glauber Thorsten	Х		
Goderbauer Gertraud			
Görlitz Erika			
-	•	•	•

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Goppel Thomas		Х	
Gote Ulrike	Х		
Gottstein Eva	Х		
Güll Martin	Х		
Güller Harald	Х		
Guttenberger Petra		Χ	
Hacker Thomas		Х	
Haderthauer Christine		Х	
Halbleib Volkmar	Х		
Hallitzky Eike	Х		
Hanisch Joachim	Х		
Hartmann Ludwig	Х		
Heckner Ingrid		Х	
Heike Jürgen W.		Х	
Herold Hans		Х	
Dr. Herrmann Florian	1	Х	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold	Х		
Hessel Katja			
Dr. Heubisch Wolfgang	1		
Hintersberger Johannes	1	Х	
Huber Erwin	1	Х	
Dr. Huber Marcel	1	Х	
Dr. Hünnerkopf Otto	1	X	
Huml Melanie	1	Х	
	1		
Imhof Hermann		Х	
Jörg Oliver		Х	
Jung Claudia	X	<u> </u>	
- Carrier Character			
Kamm Christine	Х	1	
Karl Annette	X		
Kiesel Robert			
Dr. Kirschner Franz Xaver		Х	
Klein Karsten		X	
Kobler Konrad		X	
König Alexander	1	X	
Kohnen Natascha	Х	<u> </u>	
Kränzle Bernd		Х	
Kreuzer Thomas		X	
TA GAZGI TITOTITAS	+	^	}
Ländner Manfred	+	Х	}
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp	+	X	}
Lorenz Andreas	+	X	}
LOIGIL AIIGIGGS	+		

-			
Name	Ja	Nein	Enthalte
			mich
Prof. Männle Ursula			
Dr. Magerl Christian	X		
Maget Franz	X		
Matschl Christa		Х	
Meißner Christian		Х	
Dr. Merk Beate			
Meyer Brigitte		Х	
Meyer Peter			
Miller Josef		Χ	
Müller Ulrike	X		
Mütze Thomas			
Muthmann Alexander	Х		
Naaß Christa			
Nadler Walter		Х	
Neumeyer Martin			
Nöth Eduard		Χ	
Noichl Maria	Х		
Pachner Reinhard		Χ	
Dr. Pauli Gabriele	Х		
Perlak Reinhold	Х		
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael	Х		
Pohl Bernhard			Х
Pointner Mannfred	Х		
Pranghofer Karin			
Pschierer Franz Josef		Х	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radwan Alexander		Х	
Reichhart Markus	X		
Reiß Tobias		Х	
Richter Roland			
Dr. Rieger Franz		Х	
Rinderspacher Markus			
Ritter Florian	X		
Rohde Jörg	^	Х	
Roos Bernhard			
Rotter Eberhard			
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
		^	
Dr. Runge Martin Rupp Adelheid	X		1
Rupp Ademeid	^		
Sackmann Markus		Х	
Sandt Julika	X		
Sauter Alfred	^	Х	
Scharfenberg Maria Schindler Franz	X		
	^	· ·	
Schmid Georg		X	
Schmid Peter		Х	
Schmitt-Bussinger Helga	X	ļ	
Schneider Harald	Х	<u> </u>	
Schneider Siegfried		X	
Schöffel Martin		Х	<u> </u>
Schopper Theresa	X	<u> </u>	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika		Χ	
Schreyer-Stäblein Kerstin		Χ	
Schuster Stefan	Χ		
Schweiger Tanja	Χ		
Schwimmer Jakob		Х	
Seidenath Bernhard		Х	
Sem Reserl			
Sibler Bernd			
Sinner Eberhard		Х	
Dr. Söder Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin			
Dr. Spaenle Ludwig			
Sprinkart Adi	Х		
Stachowitz Diana	X		
Stahl Christine	^		
-		V	
Stamm Barbara	· ·	Х	
Stamm Claudia	X		
Steiger Christa	Х		
Steiner Klaus			
Stewens Christa		Х	
Stierstorfer Sylvia		Х	
Stöttner Klaus		X	
Strehle Max		Х	
Streibl Florian	Χ		
Strobl Reinhold	Χ		
Dr. Strohmayr Simone			
Taubeneder Walter		Χ	
Tausendfreund Susanna	Χ		
Thalhammer Tobias		Х	
Tolle Simone	Χ		
Unterländer Joachim		Χ	
Dr. Vetter Karl			
Wägemenn Corbord		V	
Wägemann Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		Х	
Weikert Angelika	Х		
Dr. Weiß Bernd		X	
Dr. Weiß Manfred		Х	
Dr. Wengert Paul	Х		
Werner Hans Joachim			
Werner-Muggendorfer Johanna	Х		
Widmann Jutta			Х
Wild Margit	Χ		
Will Renate		Х	
Winter Georg		Χ	
Winter Peter		Χ	
Wörner Ludwig			
Zacharias Isabell			
Zeil Martin		Х	
Zeitler Otto			
Zellmeier Josef		Х	
Dr. Zimmermann Thomas		X	
Gesamtsumme	60	85	3
	_ 55	_ 55	

zur 56. Vollsitzung am 14. Oktober 2010

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 14.10.2010 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Dr. Hans Jürgen Fahn u. a. und Fraktion FW; Erarbeitung eines Gesamtkonzepts und Entschärfung der aktuellen Flüchtlingssituation durch flexible Lösungen (Drucksache 16/5924)

	-	T	1
Name	Ja	Nein	Enthalt mich
Ackermann Renate	Х		
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst	Х		
Aures Inge	Х		
Dealth of Martin		V	
Bachhuber Martin		X	
Prof. Dr. Barfuß Georg		X	-
Prof. (Univ Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried			
Bause Margarete			
Dr. Beckstein Günther		Х	
Dr. Bernhard Otmar			
Dr. Bertermann Otto	Х		
Dr. Beyer Thomas	X		
Biechl Annemarie		X	
Biedefeld Susann	Х		
Blume Markus		Х	
Bocklet Reinhold		Χ	
Breitschwert Klaus Dieter		X	
Brendel-Fischer Gudrun			
Brunner Helmut			Ī
Dr. Bulfon Annette		Х	
Dechant Thomas			
Dettenhöfer Petra		Х	1
Dittmar Sabine			1
Dodell Renate		Х	1
Donhauser Heinz		X	†
Dr. Dürr Sepp	Х		+
Вп. Вин сорр			+
Eck Gerhard		Χ	
Eckstein Kurt			
Eisenreich Georg		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X		
Felbinger Günther	X		1
Dr. Fischer Andreas	X		-
	^		1
Dr. Förster Linus	X		1
DiplDesignerin(FH) Franke Anne	^	V	1
Freller Karl		X	-
Füracker Albert		Х	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul		1	
Gehring Thomas	X		
Glauber Thorsten	Х		
Goderbauer Gertraud			
Görlitz Erika			
-		•	

		1	
Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Goppel Thomas		Х	
Gote Ulrike	Χ		
Gottstein Eva	Х		
Güll Martin	Х		
Güller Harald	Χ		
Guttenberger Petra		Х	
Hacker Thomas		Х	
Haderthauer Christine		Х	
Halbleib Volkmar	Х		
Hallitzky Eike	Х		
Hanisch Joachim	Х		
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid		Х	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim		<u> </u>	
Dr. Herz Leopold	Х		
Hessel Katja			
Dr. Heubisch Wolfgang			
Hintersberger Johannes		Х	
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie		X	
Turn Welanie			
Imhof Hermann		Х	
IIIIIOI I leimaini		_ ^	
Jörg Oliver		Х	
Jung Claudia	Х		
Julig Claudia		1	
Kamm Christine	Х		
Karl Annette	X	1	
Kiesel Robert	^		
Dr. Kirschner Franz Xaver		Х	
Klein Karsten		X	
Kobler Konrad		X	
		X	
König Alexander	V	^	
Kohnen Natascha Kränzle Bernd	Х	V	
		X	
Kreuzer Thomas	-	Α.	
I Endner Montrod	-	\ \ \	
Ländner Manfred		X	
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp			
Lorenz Andreas	ļ	Х	1
	1	1	1

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Prof. Männle Ursula			
	V		1
Dr. Magerl Christian	X		
Maget Franz	^	· ·	
Matschl Christa		X	
Meißner Christian		Х	
Dr. Merk Beate		ļ	
Meyer Brigitte		Х	
Meyer Peter			
Miller Josef		Х	
Müller Ulrike	Χ		
Mütze Thomas			
Muthmann Alexander	Χ		
Naaß Christa			
Nadler Walter		Х	
Neumeyer Martin			
Nöth Eduard		Х	
Noichl Maria	Х		
1401CIII IVIAIIA		1	1
Pachner Reinhard		Х	
	V	^	
Dr. Pauli Gabriele	X	<u> </u>	
Perlak Reinhold	Χ	ļ	
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael	Х		
Pohl Bernhard	Χ		
Pointner Mannfred	Χ		
Pranghofer Karin			
Pschierer Franz Josef		Χ	
Dr. Rabenstein Christoph	Χ		
Radwan Alexander		Х	
Reichhart Markus	Χ		
Reiß Tobias		Х	
Richter Roland			
Dr. Rieger Franz		Х	
Rinderspacher Markus		- ^	
Ritter Florian	Х		
Rohde Jörg		- V	1
		Х	
Roos Bernhard		\ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \	
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		Х	
Dr. Runge Martin	Х		
Rupp Adelheid	Χ		
Sackmann Markus		Х	
Sandt Julika	Χ		
Sauter Alfred		Х	
Scharfenberg Maria	Χ		
Schindler Franz	Χ		
Schmid Georg		Х	
Schmid Peter		X	
Schmitt-Bussinger Helga	Х	 ^`	1
Schneider Harald	X	 	
Schneider Figure Schneider Siegfried	_^	~	1
Schöffel Martin		X	<u> </u>
	V	۸	
Schopper Theresa	Х	<u> </u>	ļ

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika		Х	
Schreyer-Stäblein Kerstin		Χ	
Schuster Stefan	Χ		
Schweiger Tanja	Χ		
Schwimmer Jakob		Χ	
Seidenath Bernhard		Х	
Sem Reserl			
Sibler Bernd			
Sinner Eberhard		Х	
Dr. Söder Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin			
Dr. Spaenle Ludwig			
Sprinkart Adi	Х		
-	X		
Stachowitz Diana	^		
Stahl Christine			
Stamm Barbara		Х	
Stamm Claudia	X		
Steiger Christa	Χ		
Steiner Klaus			
Stewens Christa		Х	
Stierstorfer Sylvia		Χ	
Stöttner Klaus		Χ	
Strehle Max		Χ	
Streibl Florian	Х		
Strobl Reinhold	Χ		
Dr. Strohmayr Simone			
Taubeneder Walter		Х	
Tausendfreund Susanna	Х		
Thalhammer Tobias		Х	
Tolle Simone	Х		
Tene emione			
Unterländer Joachim		Х	
Onterialide obaciliii			
Dr. Vetter Karl			
Wägemann Gerhard		Х	
Weidenbusch Ernst		Χ	
Weikert Angelika	Χ		
Dr. Weiß Bernd		Χ	
Dr. Weiß Manfred		Χ	
Dr. Wengert Paul	X		
Werner Hans Joachim			
Werner-Muggendorfer Johanna	Χ		
Widmann Jutta	Χ		
Wild Margit	Χ		
Will Renate		Х	
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wörner Ludwig			
Worner Ludwig			
7-cheries lookell			
Zacharias Isabell		V	
Zeil Martin		Х	
Zeitler Otto		.,	
Zellmeier Josef		X	ļ
Dr. Zimmermann Thomas		Х	
Gesamtsumme	64	84	0